Donnerstag, 29. Mai 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 122 - 22.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 500,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

Heute in der WELT

Der Arzt und die Überstunden

Ärzte der Medizinischen Hochschule Hannover taten genau das, was der Wissenschaftsminister von ihnen verlangte: Sie hielten sich an die 40-Stunden-Woche. Sie schickten Ambulanz-Patienten nach Hause und sagten Operationen ab – nicht aus medizinischen, sondern aus arbeitsrechtlichen Gründen. Die Aktion wirft ein Schlaglicht auf die Arbeitsüberlastung in vielen Kliniken. Erste Reaktion auf den Eklat von Hannover: Es werden 50 neue Arztstellen geschaffen. Seite 3

POLITIK

Verbraucher: Die Haushalte in der Bundesrepublik brauchten im Mai für ihre Lebenshaltung erneut weniger zu bezahlen als vor Jahresfrist. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sanken die Preise für die Lebenshaltung der Privathaushalte gegenüber Mai 1985 um 0,3 Prozent.

Richtlinien: Gen-Laboratorien bedürfen künftig einer Zulassung durch das Bundesgesundheitsamt, um zu verhindern, daß veränderte Organismen unkontrolliert in die Umwelt gelangen. Das sehen die vom Bundeskabinett beschlossenen neuen Richtlinien für die Gen-Technologie vor.

Klassenfahrten: Schulklassen aus Baden-Württemberg können von Juni an wieder Fahrten in die „DDR" unternehmen. Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder hat ein nach dem Reaktor-Unglück von Tschernobyl erlassenes Verbot wieder aufgehoben.

Flucht: Ein 19 Jahre alter Facharbeiter ist aus der „DDR" in die Bundesrepublik geflüchtet. Nach Angaben der Grenzpolizei in München überwand er die Sperranlagen an der Grenze zu Bayern ohne Zwischenfall.

Bereitschaft: Die Sowjetunion hat ihre Bereitschaft signalisiert, an der von Bundeskanzler Kohl angeregten Konferenz über internationale Reaktorsicherheit und Strahlenbekämpfung teilzunehmen. Auch Rumänien und die CSSR zeigen Interesse. (S. 10)

Ausreise: Als einen „bedeutenden Schritt" haben die USA die Ankündigung Moskaus bezeichnet, 117 Sowjetbürgern die Ausreise nach Amerika zu gestatten. Dies sei auch ein Zeichen für den Wunsch der UdSSR, die gegenseitigen Beziehungen zu verbessern.

Kraftwerk: Wien und Budapest haben einen Vertrag über den Bau des umstrittenen Donaukraftwerks Nagymaros im Grenzraum zwischen Ungarn und CSSR unterzeichnet. Wien finanziert den Bau mit sieben Mrd. Schilling vor. Österreichische Firmen sind an dem Projekt beteiligt, das für Österreich Strom liefern soll. (S. 4)

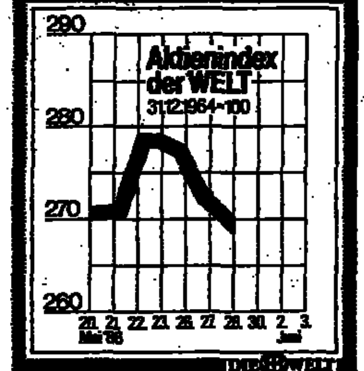
Freigelassen: Fünf österreichische Studenten, die in Prag Flugblätter gegen Kernkraftwerke verteilt hatten und von der Polizei festgenommen wurden, sind „aus humanitären Gründen" wieder freigelassen worden.

WIRTSCHAFT

Protektionismus: Ohne die Behinderungen durch das Welttextilabkommen könnten die Bekleidungspreise in der Bundesrepublik um mindestens zehn Prozent sinken; die gemeinsame Agrarpolitik der EG verteuert die Lebensmittel um 14 Prozent. – Der Einzelhandel beklagt Restriktionen und Protektionismus. (S. 11)

Viag: Zum vorsichtig gewählten Plazierungskurs von 165 DM je Aktie, der 766 Mill. Mark in die Staatskasse bringt, bietet ein 31 Banken starkes Konsortium vom 2. bis zum 5. Juni 226 Mill. DM Aktien der Bundes-Konzernholding Viag AG zur möglichst breiten Streuung bei Publikums-Aktionären an. Die erste Kursnotiz soll am 11. Juni kommen. (S. 11)

Börse: Wachsende Nervosität der Anleger führte zu weiteren Kursrückgängen an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war fest. WELT-Aktienindex 270,45 (272,83). BHF Rentenindex 106,666 (106,570). BHF Performance Index 104,342 (104,191). Dollarmittelkurs 2,2739 (2,2970) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,60 (341,50) Dollar.



KULTUR

Taler: Kostbarkeiten aus dem Münzkabinett des Hauses Braunschweig-Lüneburg, das zuletzt mehr als 40 000 Stück umfaßte, sind zu besichtigen in der Filiale Hannover der Deutschen Bank. Unter dem Titel „Vom Taler zur Mark" sind fünf Jahrhunderte niederdeutscher Geldgeschichte ausgebreitet worden. (S. 17)

Peter Huchel: Einen auf „DDR getrimmten Huchel" will sie verhindern, und deshalb hat die Witwe des Dichters und früheren Chefredakteurs der literarischen Zeitschrift „Sinn und Form" das Angebot des „Aufbau Verlages" abgelehnt, in der „DDR" einen Gedichtband zu veröffentlichen. Sie kennt Manipulation. (S. 17)

SPORT

Tennis: Mit einem 6:1, 6:1-Sieg über die Amerikanerin Gretchen Rush erreichte die Heidelbergerin Steffi Graf bei den offenen französischen Meisterschaften in Paris die dritte Runde. Nach den Turnier-Erfolgen in Hilton Head Island, Amelia Island, Indianapolis und Berlin war es für sie der 22. Einzelsieg in Folge. (S. 9)

Olympia: Rechtzeitig für die Asien-Spiele vom 20. September bis 5. Oktober dieses Jahres in der Olympia-Stadt Seoul wurden jetzt die wichtigsten Sportanlagen und das Olympische Dorf fertiggestellt. Am 6. September, zwei Wochen vor Beginn der Asien-Spiele, werden die ersten Sportler in das Olympische Dorf einziehen.

AUS ALLER WELT



Frack-Verschnitt: Vor genau 100 Jahren löste der Amerikaner Grisworld Lorillard einen Skandal aus, als er zu einem Fest der High Society in einem Anzug ohne Rockschöße erschien. Der Smoking (Foto) war geboren, der „Verfall" des Fracks eingeleitet. (S. 18)

„Flughafen Gottes": Der Glaube, der Berge zu versetzen versteht, kann auch aus einem Sumpf einen internationalen Flughafen stampfen. So dachte der Pfarrer des irischen Wallfahrtsorts Knock, denn im 20. Jahrhundert kommen die Pilger als Pauschalreisende. An diesem Fronleichnamstag wurde der Airport eröffnet. (S. 18)

Wollte Bonn „DDR"-Kontrollen für Diplomaten akzeptieren?

Verärgerung bei den USA / Bundesregierung wartet NATO-Beratung ab

H.-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Die Bonner Reaktion auf die neuen Paßbestimmungen der „DDR" für in Ost-Berlin akkreditierte Diplomaten hat zu einer Verärgerung bei den USA geführt. Ein hoher amerikanischer Beamter bewertete das Verhalten der Bundesregierung als „mangelhaft und zögerlich". Bonn, so hieß es gleichzeitig, sei bereit gewesen, bereits am vergangenen Dienstag die provozierenden Maßnahmen der „DDR" an der Berliner Sektorengrenze prinzipiell zu akzeptieren und die Mitarbeiter der Ständigen Vertretung anzuweisen, bei ihren Dienstgängen oder privaten Fahrten über die Demarkationslinie in Berlin statt der Identitätskarten des „DDR"-Außenministeriums die nunmehr verlangten Diplomatenpässe vorzulegen.

Die Bundesregierung hatte sich bislang sehr zurückhaltend geäußert und ihr weiteres Verhalten offenbar von der NATO-Konferenz in Halifax abhängig gemacht. Dort steht das Thema „Paßaktion der DDR" auf der Tagesordnung. Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble hatte in einem WELT-Gespräch nicht ausgeschlossen, daß die neuen „DDR"-Bestimmungen auch mit der vom Westen geforderten entschiedeneren Abwehr von Terroristen zusammenhängen könnten.

Amerikanische Kreise sind hingegen der Ansicht, die Bundesregierung sehe sich mit Rücksicht auf die innerdeutschen Beziehungen anscheinend nicht in der Lage, schärfer oder zumindest koordinierter auf die „DDR"-Anordnungen zu reagieren. Washington habe den Eindruck, so hieß es aus dieser Quelle, als gingen der Bundesregierung die innerdeutschen Beziehungen und deren möglichst störungsfreier Ablauf über eine „klare, prinzipielle und ohne Nebentüren bleibende" Stellungnahme zu den Vorgängen in Berlin. Die Regierung in Washington sei über diese Haltung „enttäuscht".

Wie in Bonn verlautet, wird zunächst auf der Berliner Ebene versucht, bei den Sowjets zu klären, welche Folgen diese „Politik der Nadelstiche" auf Dauer für Berlin haben könnte. Auf amerikanischer Seite ist man sich ganz offensichtlich darin einig, daß dies gezielte politische Attacken gegen den Status von Gesamtberlin sind. Desto größer scheint der Unmut auf seiten Washingtons und auch in der amerikanischen Botschaft in Bonn zu sein, in welcher geradezu als unprofessionell empfundene Weise die Bundesregierung auf diese Vorgänge reagiert oder Mühe hat, sich auf einheitliches Konzept gemeinsam mit den westlichen Alliierten festzulegen.

Auch der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen kam gestern vor Journalisten auf den Vorgang zu sprechen und sagte, der Senat nehme die veränderte Praxis Ost-Berlins „sehr ernst". Gleichzeitig fügte er jedoch hinzu: „Wir sehen aber keine Veranlassung, unsererseits nunmehr eine größere Dramatik auszulösen. Es ist schlicht und ergreifend ein Nonsens oder eine Übertreibung, von angeblichen Absichten der USA und der anderen Westmächte zu schreiben, ihre Beziehungen zur „DDR" als Reaktion auf diese Vorgänge abzubrechen. Als indirekte Kritik war seine Bemerkung zu verstehen, es sei notwendig, eine „hinreichende Koordinierung" zu bewirken.

DER KOMMENTAR

Das Alibi

ENNO v. LOEWENSTERN

Um einer möglichen Fehldeutung zuvorzukommen: Soweit jetzt aus Ost-Berlin verlautet, die Kontrollen an der Berliner Sektorengrenze sollten der Terrorismusbekämpfung aus Anlaß des „La Belle"-Anschlags dienen, ist das eine nicht nur schwache, sondern bemerkenswert unverschämte Ausrede. Das Problem liegt genau entgegengesetzt: Die „DDR" hat mit Freuden das Terrorismus-Alibi wahrgenommen, um wieder einmal eine Statusschraube anzuziehen.

Diplomaten werden an der Sektorengrenze kontrolliert. Nur müssen sie bislang nicht ihre Pässe, sondern ein „DDR"-Papier vorweisen. Ob ein Papier gefälscht oder echt ist, können „DDR"-Kontrolleure sehr viel leichter an den Dokumenten ihrer Dienststellen beurteilen als bei irgendeinem exotischen Diplomatenpaß – zumal da gewisse exotische Länder im nördlichen Afrika und anderswo bekanntermaßen keine Bedenken haben, Terroristen Diplomatenpässe auszustellen.

Selbstverständlich können die Westalliierten es sich nicht bieten lassen, daß hier die Hilfstruppe einer der vier Besatzungsmächte die Situation ändert und das Viermächte-Gebiet Berlin schikanös zweiteilt. Dies klarstellen, heißt allerdings fragen, wie weit die Bundesregierung – die von einem Status-Einbruch, wenn auch juristisch erst in zweiter Linie, betroffen wäre – ihnen den Rücken stärkt. Wieder einmal entsteht nach den zurückhaltenden, wenn nicht gar verständnisvollen Bonner Äußerungen der letzten Tage der Eindruck, die Amerikaner, Briten und Franzosen seien deutscher als die Deutschen.

Nachgiebigkeit in Rechtsfragen um der „guten Kontakte" willen (lies: um der Entlastung an der innenpolitischen Front gegen Vorwürfe, die Schwarzen könnten es nicht so gut mit den Roten) darf es nicht geben; im Gegenteil, an solchen östlichen Winkelzügen zeigt es sich erst, wie gut die Kontakte in Wahrheit sind.

Mitterrand hält Neuwahlen für möglich

Chirac betont gemeinsamen Willen zur Fortsetzung der gefährdeten „Cohabitation"

pr./DW. Paris

Die Unsicherheit über das Fortbestehen der „Cohabitation" der bürgerlichen Regierung mit dem sozialistischen Staatspräsidenten in Frankreich, hat aus zwei unterschiedlichen Vorgängen neue Nahrung erhalten: In der jüngsten Ausgabe der „International Herald Tribune" wird ein allerdings 14 Tage altes Interview mit François Mitterrand veröffentlicht, in dem der Staatschef vorzeitige Parlamentswahlen nicht ausschließt, wenn die Regierung Chirac aus dem Kurs laufen sollte. Den Eindruck, vor einer unmittelbaren Kontroverse zu stehen, ergibt sich auch aus einer Ansprache des Staatspräsidenten vor den Kadetten in St. Cyr-Coetquidan (WELT v. 28.5.), bei der er der Annäherung seines Premiers an das amerikanische Weltraum-Verteidigungskonzept SDI eine Absage erteilt: „Frankreich kann sich nicht in einen Mechanismus hineinziehen lassen, bei dem es nicht mehr Herr seiner eigenen Entschlüsse ist".

Nach offenen Differenzen zwischen dem Staatspräsidenten und der Regierung in der Frage der Reprivatisierung der Staatsunternehmen und des ersten Fernsehprogramms, der Wahlrechtsreform und des Status des Überseeterritoriums Neukaledonien waren damit erstmals auch öffentliche Meinungsverschiedenheiten in der Außenpolitik aufgetreten.

Nach Gesprächen der WELT im Umkreis des Premiers, soll es inzwischen eine Aussprache zwischen Mitterrand und Chirac gegeben haben. Dabei sei keines der „heißen Themen" ausgeklammert worden. Im Hotel Matignon, dem Sitz des Premierministers, wird versichert, beide Seiten hätten dabei die Fortsetzung der „Cohabitation" sehr hoch eingestuft, was es ermöglichen werde, Divergenzen beizulegen, da der beiderseitige Wille spürbar geworden sei, es nicht zum Bruch ankommen zu lassen.

In dem gestern von der „International Herald Tribune" veröffentlichten Interview erklärte der sozialistische Staatschef, er habe nach der Verfassung die Möglichkeit, die Nationalversammlung aufzulösen, vorgezogene Präsidentschaftswahlen oder aber ein Referendum abzuhalten.

Der Staatspräsident betonte, seit seiner Wahl im Mai 1981 habe es bereits zweimal einen Wechsel der Mehrheit gegeben: im Juni 1981, als die Sozialisten die Majorität auch im Parlament gewannen, und im März 1986, als die bürgerliche Opposition die Parlamentsmehrheit zurückeroberte. „Ein drittes Mal ist nicht unmöglich", erklärte der Staatschef.

Mitterrand übte deutliche Kritik an der Politik der bürgerlichen Regierung, die vieles „rückgängig macht, was wir geschaffen haben". Seine Rolle sei es jedoch nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie vor Entscheidungen „zu warnen, die der tiefverankerten Einheit der Nation schaden könnten". Mitterrand betonte die „hervorstechende" Rolle des Staatspräsidenten in der Außen- und Verteidigungspolitik, bei der inneren Sicherheit und den Menschenrechten.

Seite 2: Zwei Stimmen in Paris

Zynischer Kapitalismus

DW. Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard sieht in der geplanten Regionalisierung der Neuen Heimat den Versuch, „das Unternehmensrisiko für die Dachorganisation Neue Heimat GmbH vom wirtschaftlichen Eigentümer DGB weg auf eine kleine Anzahl kleinerer selbständiger Gesellschaften zu verlagern". In einem WELT-Gespräch sagte der Minister, bei anderen Unternehmen würde der DGB dies zu Recht als „zynischen Manchester-Kapitalismus" bezeichnen.

Seiten 4 und 10: Weitere Beiträge

Silbermünze für zehn Mark

DW. Bonn

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, nach dem das Bundesfinanzministerium zur Prägung von Zehn-Mark-Münzen ermächtigt werden soll. Erstmals soll eine Zehn-Mark-Silbermünze im kommenden Jahr zum 750jährigen Jubiläum Berlins ausgegeben werden. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums ist zur Zeit an eine Prägung in Silberlegierung gedacht. Eine Einführung von Zehn-Mark-Umlaufmünzen kann aber nur mit Zustimmung des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank erfolgen. Die Bundesbank hat sich bisher aus geldpolitischen Gründen gegen die Einführung solcher Umlaufmünzen ausgesprochen.

Bis 1979 wurden silberne Gedenkmünzen mit einem Nennwert von fünf Mark geprägt. Der Anstieg des Silberpreises machte die Ausgabe solcher Münzen dann unmöglich, weil der Metallwert über dem Nennwert des Geldstücks gelegen hätte. Bei einer Silbergedenkmünze mit einem Nennwert von zehn Mark wird diese Gefahr nicht gesehen. Für die Olympischen Spiele 1972 in München ist nach einem Sondergesetz schon einmal ein Gedenk-Zehner in Silber geprägt worden.

FDP rückt weiter von Kalkar ab

DW. Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische FDP geht immer mehr auf Distanz zum Schnellen Brüter in Kalkar. In einem Antrag an den Düsseldorfer Landtag sprechen die Freien Demokraten dem Forschungsreaktor die Notwendigkeit aus Gründen der Energieversorgung ab. Zugleich fordern sie eine forschungs- und industriepolitische Neubewertung der Brütertechnologie. FDP-Fraktionschef Rohde sagte jedoch zu Kalkar: „Eine Nicht-Inbetriebnahme schließen wir nicht aus".

Breit verschärft den Ton gegen Bonn

„Mit aller Kraft gegen Wende-Politiker" / Strauß fordert DGB zu Gedankenaustausch auf

GÜNTHER BADING, Hamburg

Der mit 98 Prozent der Delegiertenstimmen auf dem DGB-Bundeskongreß für vier Jahre im Amt bestätigte DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat der Bundesregierung eine arbeitnehmerfeindliche, neokonservative Wirtschaftspolitik vorgeworfen. Breit verlangte in seiner Grundsatzrede die Ausweitung der Mitbestimmung bis hin zur völligen Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Betrieb. Nur dann könne man von „wirklicher Demokratie" sprechen.

In der nach Tschernobyl auch im DGB einsetzende Diskussion über Alternativen zur Atomkraft ließ Breit keinen Zweifel, daß er auf völlige Abkehr von der Nutzung der Nuklearenergie setzt: „Eine Technik, die nicht versagen darf, weil sonst über Generationen hinaus Menschenleben zerstört, beschädigt oder gefährdet wird, ist nach diesem Menetekel nicht zu verantworten."

Seinen Angriff auf die Politik der Bundesregierung leitete Breit mit der Bemerkung ein, der aus „aufgeblasener Rhetorik" stammende Begriff von der „geistig-moralischen Wende" sei nichts anderes als „Neokonservatismus", in dem es nur Unternehmer und Konsumenten gebe, die Arbeitnehmer aber „nicht oder nur als Störfaktor" vorkämen. Die „Wende" der Koalition von Union und Liberalen „ist noch auf dem Weg", sagte Breit.

Dieses Werk von „Überzeugungstätern" habe folgendes Ziel: „Der Staat soll auf seine klassischen Funktionen zurückgeführt werden: Gewährleistung der Sicherheit nach außen und im Innern; Schutz des Eigentumsrechts gegenüber Arbeitnehmerrechten – das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes wird zur lästigen Sozialstaatsklausel herabgewürdigt." Die Neokonservativen in Deutschland wie Bundeskanzler Helmut Kohl betrachteten den Sozialstaat grundsätzlich als „Irrweg". Mit den „Wende-Politiker" seien „Gesellschaftsveränderer am Werk, gegen die wir uns mit aller Kraft wehren müssen", sagte der mit 503 von 514 Stimmen wiedergewählte DGB-Chef.

Auch Breits Stellvertreter Gerd Muhr und das CDU-Mitglied Gustav Fehrenbach wurden im Amt bestätigt. Fehrenbach, der sich in der Auseinandersetzung um den Neutralitätsparagraphen 116 gegen die eigene Partei und die Sozialausschüsse (CDA) gestellt hatte, erhielt 95 Prozent der Stimmen gegen knapp 88 Prozent vor vier Jahren und konnte damit eine Zustimmung verbuchen, wie sie vor ihm noch kein CDU-Mitglied im DGB-Bundesvorstand erhalten hatte.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat bedauert, daß der DGB in Hamburg keine Vertreter der großen demokratischen Parteien zu Wort kommen ließ. In einem gestern veröffentlichten Brief an Breit bedauert Strauß den Schritt des DGB „um so mehr, als es gerade jetzt nicht weniger, sondern mehr Themen als vor drei Jahren gebe, über die der DGB mit den politischen Parteien offen sprechen sollte".

Seite 2: Zurück ins Neunzehnte

War Tschernobyl seit 1983 undicht?

rtr, Stockholm

Das nach dem Reaktorunglück stillgelegte Kernkraftwerk Tschernobyl hat nach Erkenntnissen schwedischer Wissenschaftler seit der Inbetriebnahme 1983 immer wieder geringe Mengen Radioaktivität freigesetzt. Das erklärte die Verteidigungsforschungsanstalt (FDA). Die schwedische Regierung habe in Moskau um Auskunft darüber gebeten, aber darauf ebensowenig eine Antwort erhalten wie auf den Katalog mit Fragen zum Reaktorunglück.

Atom-Ausstieg ist „illusorisch"

DW. Düsseldorf

Der sofortige Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Kernenergie ist nach einer Modellrechung des Kernforschungszentrums Jülich „illusorisch". Selbst wenn alle alten und umweltschädlichen Kohlekraftwerke wieder ans Netz gingen, wäre die Atomenergie-Lücke längst nicht geschlossen. Ein Fünftel des heutigen Stromverbrauchs, so die Berechnungen der Forscher in Jülich, müßte noch eingespart werden.

Seite 12: Land der Illusionen

Abwehr enttarnt Agenten Warschaus

Aus der Bundesrepublik Deutschland Verbindungen in mehrere NATO-Staaten

WERNER KAHL, Bonn/Karlsruhe

Die Spionageabwehr des Bundesamtes für Verfassungsschutz hat nach längeren Ermittlungen ein polnisches Agentennetz in der Bundesrepublik Deutschland mit Verbindungen in mehrere NATO-Staaten aufgedeckt. Die Aktivitäten des polnischen militärischen Geheimdienstes, die sich in der Bundesrepublik auch gegen die britischen Streitkräfte richteten, wurden gestern durch eine Mitteilung der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe bekannt.

Bei den Ermittlungen wurden nach Informationen der WELT fünf polnische Staatsangehörige als mutmaßliche Agenten enttarnt. Auf Antrag der Bundesanwaltschaft erließ der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof bisher gegen zwei Polen Haftbefehle. Ein dritter festgenommener Pole wurde trotz weiter bestehenden Verdachts der Sicherheitsbehörden wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem der Verdächtige eine Agententätigkeit bestritten hatte. Über die Identität weiterer enttarnter polnischer Staatsangehöriger schwiegen die Behörden gestern mit Rücksicht auf die Ermittlungen.

Wie die Bundesanwaltschaft mitteilte, handelt es sich bei den inhaftierten Polen um den 31jährigen Pjotr Bartwinski aus Düsseldorf-Derendorf und dessen Führungsmann Alfred Balcerowicz, einen 53jährigen Offizier der Geheimdienstzentrale in Warschau. Der am Düsseldorfer Messezentrum wohnhafte Pjotr Bartwinski wird beschuldigt, sich 1978 gegenüber dem militärischen Nachrichtendienst seines Landes verpflichtet zu haben. Nach seiner Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland im März 1981 soll er ständigen Kontakt mit seinem Führungsoffizier gehalten haben, der zu den Treffen mit dem Warschau-Paris-Expreß nach Westdeutschland reiste. Einige Treffen fanden 1983 und 1985 auch in Jugoslawien statt. Dabei setzten die Polen den Ermittlungen der Spionageabwehr zufolge Bartwinski von Düsseldorf aus auch auf die britische Rheinarmee in Deutschland an.

Bei den Sicherheitsbehörden zeigte man sich betroffen, daß der vom Celler Oberlandesgericht an den Bundesgerichtshof versetzte neue Untersuchungsrichter für Spionagefälle trotz dringenden Verdachts gegen den ebenfalls festgenommenen dritten Polen keinen Haftbefehl erließ. Die Aufdeckung des Agentennetzes macht nach Ansicht der Spionageabwehr deutlich, wie die Polen im Fächer der kommunistischen Nachrichtendienste unter Leitung der Sowjets zur Ausspähung der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten eingesetzt werden. Im Vorjahr wollte der polnische Geheimdienst in Bremen einen Stützpunkt aufbauen.

Warschauer Arbeiter werfen Behörden Manipulation vor

Polen protestieren nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

DW. Warschau

Mehr als 3000 polnische Arbeiter haben in Warschau „die Unverantwortlichkeit" der Behörden angeprangert und ihnen vorgeworfen, Informationen über die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl „aus politischen Gründen manipuliert" zu haben. In einer Erklärung an die polnischen Bischöfe drücken die Arbeiter der betroffenen Bevölkerung in der Ukraine ihre volle Sympathie aus, kritisieren jedoch gleichzeitig die „unverständliche" Verspätung, die sowjetischen Behörden bei der Verbreitung von Informationen über die Ereignisse in dem Kernkraftwerk von Tschernobyl an den Tag legten.

Die Unterzeichner der Erklärung, darunter auch zahlreiche Mütter, beklagten den Zynismus der polnischen Führung. Man habe versucht Wahrheit zu verbergen, obwohl die Lage „dramatisch" gewesen sei. In dem Dokument rufen die Warschauer Arbeiter alle Polen dazu auf, öffentlich gegen das unverantwortliche Verhalten der Behörden zu protestieren. Sie unterstreichen, daß die Auswirkungen der radioaktiven Wolke, die über Polen hinweggezogen ist, noch lange zu spüren sein werde.

Wegen des Fehlens von „ehrlichen Informationen" über die Katastrophe von Tschernobyl hatte es vor allem in der Gegend von Bialystok an der sowjetischen Grenze und in Danzig zahlreiche Proteste gegeben. In diesen Gebieten war erhöhte Radioaktivität gemessen worden. Aus einer Umfrage des staatlichen Rundfunks ging hervor, daß die Polen unzureichend über die Katastrophe informiert worden waren.

Unterdessen hat das Landgericht in Wien seine Zuständigkeit für Klagen gegen die UdSSR wegen des Reaktorunfalls erklärt. Ein Anwalt hatte die Klage, die auf „Feststellung der Haftung der UdSSR" lautet, eingereicht. Als Streitwert wurden 61 000 Schilling angegeben. Diese Summe stellt sicher, daß ein Verfahren bis vor das oberste Gericht gebracht werden kann. Durch eine „Haftungsfeststellung" könne die normale dreijährige Verjährungsfrist für Schäden auf 30 Jahre ausgedehnt werden.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zurück ins Neunzehnte

Von Günther Bading

Verständlich, daß Ernst Breit in seinem Grundsatzreferat als wiedergewählter DGB-Vorsitzender aus John Stuart Mills Schriften aus dem Jahre 1862 zitierte. Denn nur, wenn man sich zurückversetzt in jene Zeit der Ausbeutung der Arbeiterklasse – damals gab es noch Klassen –, kann man wenigstens erahnen, was den Vorsitzenden des 7,7 Millionen Mitglieder starken Gewerkschaftsbundes bewegt.

Es scheint, daß Breit in der Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung irgendwo in der Endphase des vergangenen Jahrhunderts stehengeblieben ist. Seine Beschreibung des angeblichen Neokonservativismus der Bundesregierung, ihrer Wirtschaftspolitik, auch die der Unternehmer heute trifft nicht zu. Unsere Unternehmer sind keine Ausbeuter, *niemand will den Sozialstaat abschaffen,* niemandem ist an schwachen Gewerkschaften gelegen, weder den Regierenden noch den Arbeitgebern. Man fragt sich, ob Ernst Breit das nicht weiß oder ob er es nicht mehr wissen will.

Der nächste Bundeskongreß des DGB findet 1990 statt, im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Die technische Revolution wird dann noch weiter fortgeschritten sein. Die Produktion wird noch stärker automatisiert, auf Maschinen, auf Roboter und diese steuernde Mikrochips verlagert sein. Den Industriearbeiter klassischer Prägung, der mit der Hand an der Maschine den Reichtum des Volkes schafft, wird es immer weniger geben. Auf die Arbeitswelt kommen tiefe Veränderungen zu. Breit aber hatte dazu nichts zu sagen.

Neomarxismus kann keine Antwort auf angeblichen Neokonservativismus sein, schon gar nicht auf einen in der beschriebenen Form nicht real existierenden Neokonservativismus. Breits Flucht in klägliche Vergleiche der Industriegesellschaft des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts mit der Ausbeutergesellschaft der Epoche von Karl Marx können nicht davon ablenken, daß die Aufgabe des DGB nicht Vergangenheitsstudie, sondern Zukunftsgestaltung heißt. Eine Antwort *auf diese Fragen* ist der DGB-Vorsitzende schuldig geblieben.

SALT vor dem Ende

Von Fritz Wirth

Unter den wenigen Rüstungsabkommen zwischen Moskau und Washington, die noch mehr oder minder intakt sind, ist das SALT-II-Abkommen gewiß das exotischste. Es ist vom amerikanischen Kongreß niemals ratifiziert worden, es ist offiziell bereits Ende 1985 ausgelaufen – und es *wird dennoch* von den USA grollend als gültig behandelt.

Für Ronald Reagan jedoch, der stets ein Gegner dieses Vertrages war, wurden die Bemühungen, diesen Vertrag durch künstliche Beatmung und mit einem Übermaß an pragmatischer Geduld *am Leben zu erhalten, zunehmend zu einem* Ärgernis. Es widerspricht seinem Instinkt und seiner Logik, einen Vertrag zu respektieren, der von den Sowjets nach seiner Meinung erwiesenermaßen mißachtet wird.

Seine gestrige SALT-Erklärung reflektiert dieses Unbehagen. Sie unterscheidet sich jedoch deutlich von allen früheren. Während alle bisherigen amerikanischen SALT-Erklärungen, mit denen Reagan sich widerstrebend dem Abkommen beugte, deutlich defensiven Charakter trugen, ist Reagan dieses Mal direkt in die Offensive gegangen. Die Botschaft seiner Erklärung lautet: Die Entscheidung über die Zukunft des SALT-Abkommens liegt künftig nicht mehr in Händen Washingtons, sondern des Kremls. Er hat den Ball in den Hof Gorbatschows gespielt und das sowjetische Wohlverhalten zum Kriterium für die Zukunft dieses Abkommens gemacht.

Das ist mehr als ein Manöver. Es bedeutet, daß die Zukunft des SALT-II-Vertrages nicht mehr von ein paar überzähligen Poseidon-U-Booten oder B-52-Bombern mit Marschflugkörpern abhängt, sondern davon, ob die Sowjets sich von einem ganzen Raketensystem, den SS 25, trennen, die nach US-Ansicht eine eindeutige Vertragsverletzung darstellen.

Mit anderen Worten: *Die Zukunft des SALT-II-Abkommens* hängt am seidenen Faden. Es würde nicht überraschen, wenn in sechs Monaten endgültig seine Nachrufe zu lesen sind. Die trauernden Hinterbliebenen sollten bei der Suche nach den Schuldigen jedoch keine Probleme haben, die richtige Adresse zu finden. Ronald Reagan hat ihnen gestern mit der letzten Chance, die er diesem Vertrag gab, den Weg gewiesen.

Zwei Stimmen in Paris

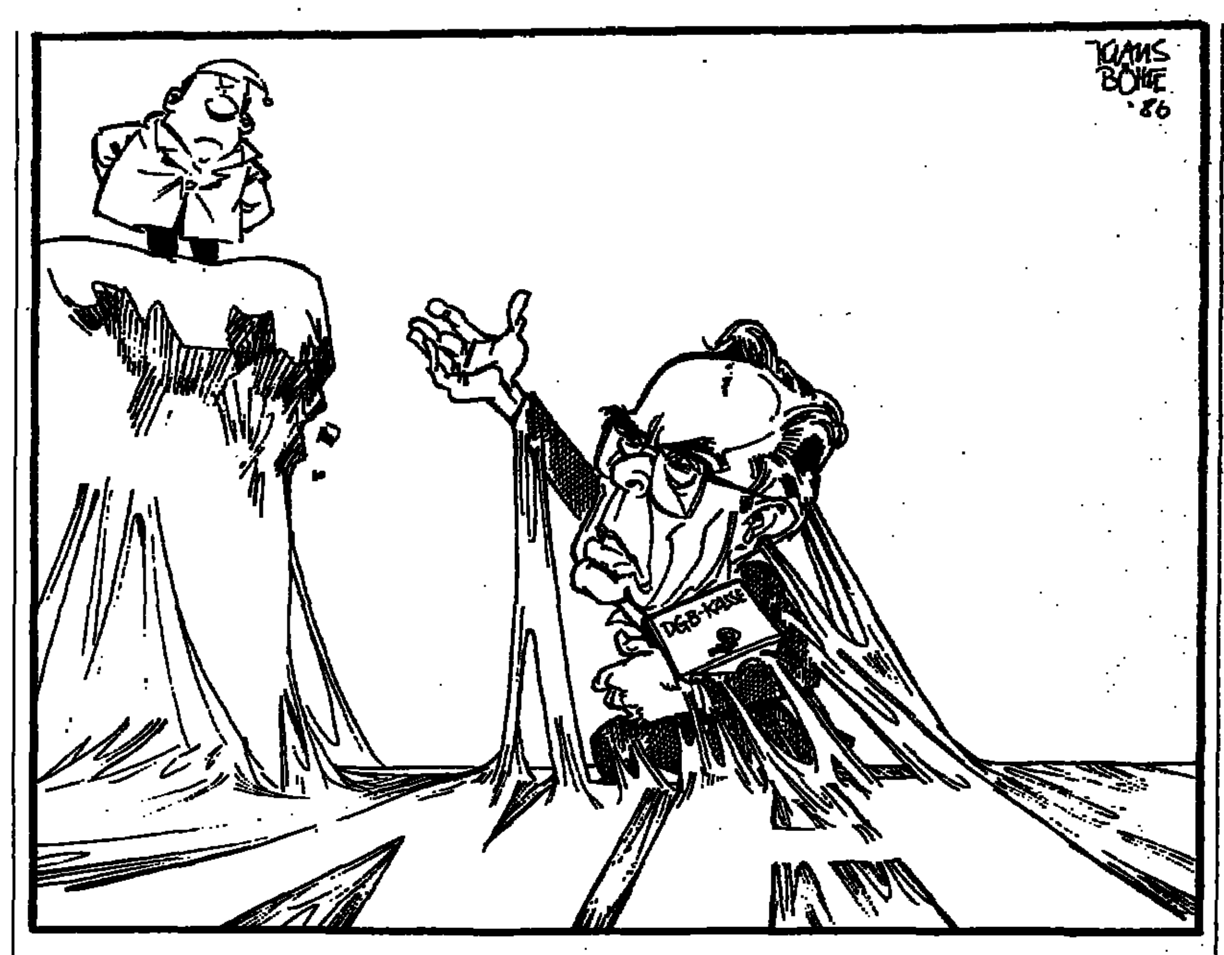
Von Peter Ruge

Soll Frankreich doch noch in SDI einsteigen? Der Gaullist Chirac sagte vor fünf Tagen ja, der Sozialist Mitterrand wiederholte jetzt sein Nein. Der Fall ist da: Die „Cohabitation" steht vor ihrer Bewährung. Nach der Konstitution bestimmt der Premier die Politik, darüber aber wacht im Auftrag derselben Verfassung der Staatspräsident. Er führt den Vorsitz im wöchentlichen Ministerrat.

Daß es zur Kraftprobe an der Staatsspitze kommen würde, zeichnete sich seit dem Machtwechsel am 16. März ab. Immer wieder erging sich Mitterrand in dunklen Andeutungen: Er werde die Parlaments-Ermächtigungen für die Regierung, mit „ordonnancen" das bürgerliche Reformprogramm in Gang zu setzen, nicht unterschreiben, wenn sie „einen sozialen Rückschritt" bedeuten, er habe Vorbehalte gegen gewisse Privatisierungspläne, er sei *„tief beunruhigt" über die Statusänderung* für Französisch-Neukaledonien. Seit kurzem jedoch setzt Chirac auch neue Gewichte in der Außenpolitik: von Zentralamerika bis Südafrika, von Nahost bis in den Weltraum. Mitterrand klappt daher das Visier herunter.

Seismographisch reagierte die Pariser Börse schon im Vorfeld des Konflikts durch zwei Kursstürze. Obwohl die bürgerliche Regierung einen geradezu napoleonischen Feldzug gegen Inflation, Arbeitslosigkeit und Außenhandelsdefizit einleitete, scheint dieser Schwung durch die sibyllinische Haltung des Staatspräsidenten gebremst. *Der Premier hat vergeblich um* das Vertrauen der französischen Unternehmer geworben, mit ihm in eine neue Zukunft zu starten, den Abwertungsbonus zu Investitionen zu nutzen: Abwarten, eingraben, die sich anbahnende Krise überstehen, heißt dort die Losung.

Chiracs Bastion ist die bürgerliche Parlamentsmehrheit: Dreimal sind die Mißtrauensanträge der Opposition gescheitert. Dreimal hat sich der Wählerauftrag für Jacques Chirac bestätigt, mit einer anderen Politik in Frankreich die sozialistische Auffassung von Mein und Dein, von Freiheit und staatlichem Dirigismus zu beenden. *Nur* einer scheint sich diesem Willen zu widersetzen: Staatspräsident Mitterrand – sein Wort aber ist auch Chiracs Devise: „Frankreich kann nicht länger mit zwei Stimmen sprechen".



Steuerzahler, hilf! KLAUS BÖHLE

Der GAU im Gehirn

Von Günter Zehm

Die Reaktor-Explosion von Tschernobyl, soviel ist jetzt klar, hat nicht in der Sowjetunion, sondern in der Bundesrepublik Deutschland die nachhaltigsten Wirkungen gezeitigt. Freilich handelt es sich um politische, nicht um medizinische Wirkungen. Was das Medizinische betrifft, so bleibt ja nach wie vor festzuhalten: 1. Keinem einzigen deutschen Baby wurde „durch Tschernobyl" auch nur ein Härchen auf der Glatze gekrümmt; 2. Wer hierzulande in zwanzig oder dreißig Jahren an Krebs erkranken wird, kann das nach dem einstimmigen Urteil aller wissenschaftlich Ernstzunehmenden nicht auf „Tschernobyl" zurückführen.

Dennoch verhält sich ein großer Teil der hiesigen Öffentlichkeit so, als sei die Katastrophe ganz speziell über die Bundesrepublik Deutschland hereingebrochen. Jemand, der lange keine Zeitungen mehr gelesen hat (weil er vielleicht auf Expedition am inneren Amazonas war) und der nun unvorbereitet in die deutsche Medienlandschaft eintaucht, muß notwendig den Eindruck gewinnen, mitten in Deutschland, z. B. in Biblis, sei ein GAU passiert, und zwar deshalb, weil die Bonner Regierung ruchlos Plutonium für militärische Zwecke abschöpfen wollte.

Das Ausland schüttelt wieder einmal den Kopf über die „rätselhaften Deutschen"; kein Wunder, denn die Lawine von Hysterie und Panikmache, die hierzulande durch Tschernobyl losgetreten wurde, findet in keinem anderen Land auch nur annähernd eine Parallele. Kein anderes Volk wälzte sich derart in Angst und Weltuntergangsstimmung. Nirgendwo anders kamen Regionalregierungen auf den Gedanken, auf Grund willkürlich und abenteuerlich niedrig angesetzter Rem-Werte ganze Gemüseernten zu vernichten und den Kindern das Spielen im Freien zu verbieten. Nirgendwo anders wurde in den Medien darüber diskutiert, ob man den Schwangeren empfehlen müsse, „wg. Tschernobyl" abzutreiben usw.

Bemerkenswert dabei allerdings: „Rätselhaft" verhielten sich nur die Deutschen westlich der innerdeutschen Demarkationslinie. Die Landsleute in der „DDR" waren (nach allem, was wir darüber wissen können) zwar schockiert über die Kaltschnäuzigkeit der sowjetischen Nachrichtenverweigerung, holten sich Rat bei Fachleuten, dachten über Sicherungen vor Strahlenschäden nach. Aber die westdeutsche Hysterie, die sie in ARD und ZDF ausgiebig besichtigen konnten, teilten sie nicht, wunderten sich vielmehr darüber, waren peinlich von ihr berührt. Sie verhielten sich also sehr viel „europäischer" als die Westdeutschen.

Allein diese Beobachtung relativiert die Spekulationen, die nun hier und da wieder über die „deutsche Seele" angestellt werden, über ihr angeblich dumpfes Waldgängertum, über die „angeborene deutsche Irrationalität" beim Umgang mit den Kräften der Natur. Die derzeit in der Bundesrepublik grassierende Katastrophen- und Angstmachepolitik ist keineswegs Ausfluß angeborener Hinterwäldlerei, sondern ganz überwiegend Resultat einer präzise verfolgten Strategie fundamental-oppositioneller Gruppierungen, einer Strategie, die auf die Schwächung der deutschen Positionen im internationalen Koordinatennetz aus ist, auf ihre Herauslösung aus dem westlichen Bündnis und – nach innen gewendet – auf eine kräftige Deformierung der repräsentativen Demokratie.

Schon jubilieren Kommentatoren, Tschernobyl habe das politische System der Bundesrepublik innerhalb kürzester Zeit in Richtung auf das alte Apo-Ideal einer Basis- und Graswurzeldemokratie verändert, habe die führenden Politiker zu angstbibbernden Gefangenen plebiszitähnlicher Wahlentscheidungen gemacht. Schon warnen theologische Arbeitskreise in öffentlichten Aufrufen vor einer „Schuldzuweisung an die Sowjetunion"; der eigentliche Schuldige an Tschernobyl sei der „kapitalistische Atomstaat", der den Sowjets die falschen Armaturen geliefert habe, und der „US-amerikanische Globalimperialismus".



Brannte es hier oder in Tschernobyl? Kraftwerk Biblis FOTO: REKORT

Führende Angehörige der heute in Köln zusammentretenden „Ärzte gegen den Atomkrieg" fordern, daß die Politik angesichts Tschernobyls in eine „präventive Medizin" umzuwandeln sei, mit den weißbekittelten Seelen- und Antiatom-Ärzten als den neuen, ausschlaggebenden Instanzen. So grotesk sich solche Forderungen ausnehmen mögen – vor allem im Hinblick auf den gleichzeitig erneuerten Lobpreis der Basis-Demokratie lassen sie doch erkennen, welche Kräfte hinter der Katastrophenpolitik stehen. Es sind die Matadore der „Szene", jene macht- und revolutionshungrigen Gruppen von politisierenden Halbgebildeten ohne demokratisches Mandat, wie wir sie seit der „Kulturrevolution" von 1968 kennen.

Diese Gruppen unterwanderten inzwischen zahlreiche Institutionen, speziell die Sender, sie spielen auch schon eine große Rolle innerhalb der SPD. Doch sie wissen, daß sie unter normalen politischen Verhältnissen keine Chance haben, legal an die Regierung zu kommen. So gieren sie nach dem Ernstfall, und ihre Medienmacht erlaubt es ihnen, Ereignisse wie Tschernobyl ohne weiteres zum Pseudo-Ernstfall hochzuputschen. Sehr bezeichnend: Viele Rundfunkredaktionen glichen in den Tagen unmittelbar nach dem Tschernobyl-GAU regelrechten Bürgerkriegsstäben, die nur noch damit beschäftigt zu sein schienen, mit immer neuen Richtwerten immer neuen Hörergruppen Angst zu machen.

Nein, „die Deutschen" neigen gewiß nicht mehr als andere Europäer zur Hysterie. Aber in der Bundesrepublik Deutschland gibt es an wichtigen Schalthebeln besonders viele besonders erfahrene fundamental-oppositionelle Gruppierungen, die an der planmäßigen Erzeugung von Hysterie interessiert sind. Gute ökologische Politik kann nur machen, wer es versteht, diesen Gruppierungen wirksam entgegenzutreten.

IM GESPRÄCH F. Colasuonno

Priester-Diplomat im Osten

Von Ladislaus Hory

Die Ernennung des Erzbischofs Francesco Colasuonno zum Nuntius für Sowjeteuropa ist eine der wichtigsten personellen Entscheidungen des Vatikans in letzter Zeit. Colasuonno übernimmt das Agendenpaket seines unermüdlichen Vorgängers, des Casaroli-Nachfolgers Luigi Poggi, der zum Apostolischen Nuntius für Italien ernannt wurde.

Ein Wechsel in der osteuropäischen Vatikanpolitik ist nicht zu erwarten. Natürlich wird Erzbischof Colasuonno einen besseren *Modus* vivendi zwischen der Kirche und den kommunistischen Staaten anstreben. In den vergangenen fünfzehn Monaten war er Roms diplomatischer Vertreter in Jugoslawien. Vorher hat er einige Jahre in Moçambique als apostolischer Delegat verbracht. Gelegenheiten, marxistische Regimes kennenzulernen, hatte er also genug.

In Ungarn hat sich die Lage seit den Turbulenzen der fünfziger Jahre etwas konsolidiert. Die heute linientreuen Bischöfe können Auslandsreisen unternehmen, wenn auch ihre Fahrer ein Tagebuch darüber im Auftrage des „Amtes für kirchliche Angelegenheiten" führen müssen. Gewisse katholische Publikationen können erscheinen; ein Altersheim für Priester und ein Meditationszentrum für Laien durften erbaut werden. Die Budapester Theologische Akademie darf mehr Kurse als früher veranstalten. Es wird über die Ernennung neuer Bischöfe verhandelt, und es ist zu erhoffen, daß wieder ein neuer Frauenorden seine hauptsächlich soziale und gesundheitliche Tätigkeit aufnehmen darf.

In Polen muß die Regierung das Prestige der katholischen Kirche respektieren, aber die Machthaber sind nicht bereit, der Kirche einen legalen Status im System zuzubilligen. In der Tschechoslowakei wird religiöse Aktivität am stärksten kontrolliert, wenn nicht unterdrückt. Die Medien diffamieren die Kirche unablässig als reaktionär und antisozialistisch. In Mitteldeutschland, wo die



Nuntius in Sowjeteuropa: Erzbischof Colasuonno, Auftraggeber FOTO: AP

Katholiken in der Minderheit sind, gab es keine großangelegte Verfolgung der kirchlichen Institutionen und der Gläubigen. Karitative Organisationen können relativ ungehindert wirken; kirchlicher Besitz wurde nicht konfisziert, und das Regime mischt sich in die Ernennung lokaler kirchlicher Amtsträger nicht ein; es wird jedoch erwartet, daß die Regierung im voraus informiert wird.

Schwer wird es der neue Nuntius auch im stalinistischen Rumänien haben. Die griechisch-katholische Nationalkirche wurde nach der kommunistischen Machtübernahme liquidiert beziehungsweise in die orthodoxe Kirche hineingezwungen. In Siebenbürgen und Banat hingegen, wo zweieinhalb Millionen Ungarn und mehrere hunderttausend Volksdeutsche leben, ist die römische Kirche stark, obwohl Temesvár und Großwardein nach Verjagung ihrer Oberhirten keine Bischöfe haben.

Erzbischof Colasuonno wird um die Erleichterung der pastoralen und spirituellen Mission kämpfen. Dabei bleibt Leitmotiv der Vatikandiplomatie, den Dialog nicht abbrechen zu lassen, ihn vielmehr nach Möglichkeit zu erweitern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung kommentiert das jüngste KSZE-Treffen:

Die US-Unterhändler bezogen den konsequenten Standpunkt, auf neue, wohlklingende Absichtsfloskeln zu verzichten, sofern sich die in der KSZE-Schlußakte von Helsinki bereits zu Papier gebrachten Ziele eines freieren Umgangs der Europäer nicht weiter konkretisierten. Bei den Westeuropäern scheint ... schon das Gespür für die sowjetische Taktik verloren, mit Deklamationen Politik zu machen.

Frankfurter Neue Presse

Sie schreibt zum Kauf der „Neuen Heimat Südwest" durch Hessen:

Für die 30 000 Wohnungen, die davon betroffen sind, muß der hessische Steuerzahler zweimal in die Tasche greifen. Zum einen wurden diese Wohnungen bereits bei ihrem Bau *mit erheblichen Steuermitteln* subventioniert, zum anderen werden jetzt ein zweites Mal Steuergelder zugeschossen.

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung meint zum Paß-Erlaß in Berlin:

Dabei handelt es sich nicht um „Formelkram". Vielmehr ist es ein weiterer Versuch des Ostens, den rechtlich noch immer bestehenden *Viermächte-Status für ganz Berlin zu* unterlaufen. Weil dieser Status die juristische Grundlage für die Anwesenheit amerikanischer, britischer und französischer Truppen in West-Berlin ist und damit auch für die Freiheit der Westberliner, *muß* die Angelegenheit sehr ernst genommen werden.

Rhein-Neckar-Zeitung

Das Heidelberger Blatt geht auf den DGB-Kongreß ein:

Welchen Platz wollen die Gewerkschaften einnehmen? ... Niemand wird die Verdienste der Einheitsgewerkschaft *für den Wiederaufbau* und die Stabilität der Nachkriegsdemokratie geringschätzen. Aber sie sind dadurch zustande gekommen, daß der DGB und seine Mitglieder die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen nicht *mit* einem allgemeinpolitischen Mandat verwechselt haben.

die tageszeitung

Die alternative Berliner Zeitung schreibt zum Anti-Atom-Protest österreichischer Studenten in Prag und Budapest:

(Bemerkenswert ist) die gelassene Reaktion der Regierungen in Prag und Budapest. Ein Grund dafür ist, daß sich die Herrschenden in dieser Frage eins wähnen mit ihrem Volk. Der Stromabschaltungen und der Verschmutzung durch Braunkohlekraftwerke müde, möchten viele ... die ihnen angepriesene „saubere" Energie".

Le Parisien libéré

Die Zeitung schreibt zur französischen SDI-Beteiligung:

Der Präsident sieht keine Möglichkeit, den großen französischen Unternehmen eine *Mitarbeit* am SDI zu verbieten, was jedoch etwas völlig anderes ist als der Eintritt Frankreichs in einen „strategischen Mechanismus". Der Präsident hat jedoch die Gelegenheit ergriffen, an die Vorrechte zu erinnern, auf denen er in den Bereichen Verteidigung und Außenpolitik zu zu bestehen gedenkt.

Das große Säbelrasseln wegen Lemnos

Athen fühlt sich von den Türken bedroht / Von Evangelos Antonaros

Gut sind die Türken in diesen Tagen auf den NATO-Oberkommandierenden General Bernard Rogers nicht zu sprechen. Fast täglich verlangt die türkische Presse in gehässigen und – wie manche westliche Diplomaten wissen wollen – teilweise vom Ankaraer Außenministerium inspirierten Berichten die Ablösung des Amerikaners, weil er die Maske abgelegt und sich als „Freund der Griechen" erwiesen habe.

Ankaras Zorn richtet sich gegen Rogers, weil er angeblich, nach türkischer Vermutung sogar mit Washingtons Einverständnis, einen wichtigen Teilaspekt des griechisch-türkischen Dauerkonflikts im Sinne Athens regeln wolle durch Einbeziehung der zu Griechenland gehörenden nordägäischen Insel Lemnos in die Manöverplanung der NATO. Ähnliche Pläne sind in den letzten Jahren immer wieder an Ankaras Veto in den obersten NATO-Gremien gescheitert. Als Reaktion darauf hat Griechenland fast alle NATO-Manöver boykottiert.

Auch letzte Woche ließen die Türken es nicht zu, daß Lemnos bei der NATO-Übung „Force Goal" berücksichtigt wurde. Daraufhin blockierte Griechenland im Gegenzug die Stationierung von einigen Raketen des Typs „Harpoon" für die türkische Marine am Bosporus.

Die Türken behaupten, daß die Griechen die Insel völkerrechtswidrig militarisiert hätten. Das Abkommen von Lausanne aus dem Jahr 1923 untersage die Befestigung der Dardanellen und der Nachbarinseln. Nach Athens Rechtsstandpunkt, den manche westliche Experten teilen, ist dieses Verbot seit dem Abkommen von Montreux 1936 nicht mehr gültig, das die Befestigung der Dardanellen zuläßt.

Daß die NATO den griechischen Standpunkt (stillschweigend) unterstützt, hat sie durch die Finanzierung eines supermodernen Militärflughafens auf Lemnos demonstriert. Dennoch will Ankara diese vollendeten Tatsachen keineswegs akzeptieren: „Es ist nicht unsere Absicht, die Anerkennung dieser De-facto-Situation in einem NATO-Dokument, in welcher Form auch immer, zuzulassen", sagte Außenminister Vahit Halefoglu. Und die in Ankara erscheinende Publikation „Newspot", die als Sprachrohr der Regierung gilt, forderte alle Drittländer auf, diesem bilateralen Streit gefälligst fernzubleiben.

Nach Informationen in Ankara – die von US-Seite bisher nicht dementiert wurden – ist Griechenland angeblich bereit, Amerika für seine schnelle Eingreiftruppe eine Operationsbasis auf Lemnos für den Spannungsfall einzuräumen. Athen nutzt offenbar Ankaras Weigerung aus, den USA ähnliche Stationierungsrechte in Ostanatolien zu gewähren. Griechenpremier Andreas Papandreou schlüge mit seinem Lemnos-Coup – über den in Griechenland bisher kein Wort geschrieben worden ist – drei Fliegen mit einer Klappe:

Einmal würde er die wirtschaftlich notwendige Annäherung an die USA vorantreiben. Andererseits könnte er den Amerika-Gegnern in Griechenland diese Entwicklung als Sieg über den Erzfeind Türkei schmackhaft machen. Schließlich würde er die De-facto-Anerkennung des Rechtsstatus von Lemnos durch den wichtigsten Verbündeten erreichen.

Eine neue Komponente erhielt der Konflikt durch die überraschende Entscheidung Athens, einen Luftkorridor zwischen der nordgriechischen Stadt Thessaloniki und der ostägäischen Insel Chios weiter nach Osten zu verlegen. Die auf J-60 umbenannte Luftstraße führt Flugzeuge über die Insel Lemnos und hart an der türkischen Grenze entlang. In den Augen der Türkei, die sofort protestierte, handelt es sich um eine „reine Provokation", die Westanatoliens Sicherheit akut bedrohe.

Aber auch die Griechen fühlen sich gefährdet. Athen verweist vor allem auf eine Erklärung von Ministerpräsident Turgut Özal: „Griechenland ist ein Land mit acht bis neun Millionen Menschen. Seine Inseln liegen weit auseinander. Die Türkei ist ein Land mit über fünfzig Millionen. Wir wollen keine Konfrontation. Falls es jedoch zum Konflikt kommen sollte, wird es für die Griechen schwierig sein."

Ein Athener Regierungssprecher sprach daraufhin von einem „handfesten Beweis dafür, daß die Türkei expansionistische Tendenzen" habe. Vor allem die griechischen Ägäis-Inseln seien akut bedroht. Um die griechischen Ängste dramatisch zu unterstreichen, rief Außenminister Karolos Papoulias die Botschafter aller NATO- und EG-Länder ins Ministerium, um sie über „diesen ungeheuerlichen Vorgang" zu unterrichten.

Außenstehende mögen diese Neuauflage des türkisch-griechischen Konflikts für eine Belanglosigkeit halten. Aber die Stimmung ist kritisch geworden. Athen lehnt den Dialog ab. Die Türken sind ihrerseits frustriert, weil die Griechen die Normalisierung der Beziehungen zur EG blockieren. Was wie eine Lappalie aussieht, könnte sich zuspitzen; sehr zum Nachteil der Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses in der Südostflanke.

„Ach, Sie wollen nach Teheran-sur-Oise“

Bevor der Ayatollah den Schah stürzte, gewährte ihm Frankreich Gastrecht. Heute sind es Tausende von Khomeini-Gegnern, die im Oise-Tal eine iranische Kolonie bilden. Sie stoßen nicht nur auf Vorbehalte der Einheimischen, auch für die neue Regierung werden sie zum politischen Handikap.

Von PETER RUGE

Am Telefon meldet sich Mohammed: Das Hauptquartier der Mudschahedin sei leider *im Moment nicht zugänglich*, eine europäische militärische Offensive in Iran werde vorbereitet – es knackt in der Leitung wie Maschinengewehr-Salven, also werden wir wohl vom französischen Geheimdienst abgehört. Im Pressebüro, sagt Mohammed weiter, könnten sie jetzt auch *niemanden* empfangen, als Treffpunkt schlage er ein Café auf den Champs-Elysées vor.

Sie kommen zu zweit ins Colisée, *stolze Iraner. Der Ramadan* verbietet es ihnen, auch nur ein Glas Tee zu sich zu nehmen, dafür reden sie abwechselnd wie ein Wasserfall – von ihrem Widerstandskampf gegen Khomeini, von den Ausbildungslagern in Kurdistan, von ihrem Führer *Massoud Radjavi, der erst* vom Schah verfolgt wurde, den dann der Ayatollah ins Gefängnis werfen ließ und der 1981 wie durch ein Wunder flüchtete; wie er seither bei seinem Bruder in Auvers-sur-Oise Aufnahme fand, der als Arzt dort seit langem lebt. Eine *Geschichte, die nach* Art östlicher Desinformation gespickt ist mit vielen Details: „In diesem Monat haben die Mudschahedin in Iran 27 Attentate verübt“ – und die gerade deshalb so suspekt erscheint. Wer sind diese Rebellen, die vom französischen Bo*den aus einen Krieg führen?*

Die Kirche von Auvers hat der Maler van Gogh berühmt gemacht. Den Weg zu den Iranern kennt ebenfalls jedes Kind: „Ach, Sie wollen nach Teheran-sur-Oise.“ *Auf* der Brücke sind die Spuren des letzten Bomben*anschlags beseitigt, im Ort haben die* Geschäfte geöffnet – keinesfalls eine Selbstverständlichkeit, denn die 6000-Seelen-Gemeinde im Oise-Tal nahe Pontoise hatte erst kürzlich „tote Stadt“ gespielt, um gegen die Anwesenheit der Mudschahedin, der iranischen Oppositionellen, zu *protestieren*. Seit sich die Manifestationen Pro-Khomeini-Studenten mehrten, fühlen sich viele Bürger in Auvers nicht mehr sicher in ihren Häusern: „Tokio hat doch gezeigt, wie die heute mit Raketen schießen können.“

„Sie benehmen sich tadellos, *kein* Lärm, *sie sind ganz unauffällig*“, sagen die unmittelbaren Nachbarn. Daß ab und zu Regierungslimousinen durch ihre Straßen fahren, daran haben sie sich gewöhnt, wie an das Kommen und Gehen der Gendarmerie, die inzwischen einen Sicherheitskordon um die Festung der Mudschahedin legte. Denn was sich dem Neugierigen bietet, ist mehr als der Anblick einer bescheidenen Arztvilla: Es *sind militärische Anlagen*, über mehrere Grundstücke verteilt. Die Rue des Gords ist von beiden Seiten durch schwere Eisenbarrieren unzugänglich gemacht, die so gewaltig angelegt sind, daß diese Hindernisse je*dem Lastwagen standhalten könnten.* Die Tore zu öffnen, ist nicht Sache der französischen Polizei, sondern der iranischen Wachen, die innerhalb der Straße patrouillieren und die per Funk die Absperrung freigeben.

Ein hoher Sendemast, Stacheldraht und Scheinwerfer überall bestätigen den Eindruck, einem Generalquartier gegenüberzustehen, von dem aus militärische Operationen in 6000 Kilometer Entfernung geleitet werden. Massoud Radjavi ist heute der politische und militärische Chef der *OMPI*, der „Progressiven Bewegung des iranischen Widerstandes gegen Khomeini“. Daß die Mudschahedin eine potentielle Gefahr für das Regime in Teheran darstellen, verdeutlicht Punkt drei eines Forderungskataloges, den die islamische *Revolutionsregierung* jetzt an Paris richtete: „Werft Radjavi und seine Leute aus Frankreich hinaus.“ Punkt eins und zwei lauten: „Wenn Ihr die Beziehungen der 5. Republik zu Iran normalisieren wollt, dann stellt die Waffenlieferungen an unseren Kriegsgegner Irak *ein* und gebt die eine Milliarde Dollar zurück, die Ihr vom Schah habt.“

Der neuen bürgerlichen Regierung unter Premierminister Jacques Chirac wurde aber nicht nur eine verfahrene französische Nahost-Politik von den Sozialisten in den Schoß gelegt, unter Druck steht Paris auch durch *die Geiselnahme von inzwischen* neun französischen Staatsbürgern in Libanon. Diese Terrorakte werden pro-iranischen Gruppen in Beirut zugeschrieben, was Teheran nun ausspielt: „*Wollt* Ihr in der Geiselaffäre einen Befreiungserfolg, dann erfüllt unsere drei Forderungen.“

Ayatollah Khomeini scheint heute vergessen zu haben, was er Frankreich früher verdankte: ein jahrelanges, ungestörtes Asyl. Diese 5. Republik übt überhaupt eine Anziehungskraft besonderer Art auf verfolgte Politiker aus: Kaiser Bokassa, der iranische Premier Bachtiar, der haitische Flüchtling Duvalier – um nur einige zu nennen – sie alle fanden Gastrecht und eine geradezu verführerische Freiheit, sich politisch von Frankreich aus zu betätigen.

Das *Generalquartier in Auvers ist* das logistische Zentrum einer weltweiten Agitprop-Bewegung. Auf sich aufmerksam zu machen, im Gespräch zu bleiben, dazu dient auch eine an einem anderen Ort hergestellte Wochenzeitung in französischer Sprache, die „*Iran Libération*“. *Von* Auvers aus werden auch die zahlreichen Kommandos iranischer Studenten gesteuert, die an den Ausgängen der Metro mit Petitionen stehen oder die in den deutschen Innenstädten Unterschriften gegen Khomeinis Verbrecher sammeln.

Die Organisation wirkt aber auch nach innen, in einen wachsenden mehrere tausend Personen starken iranischen Kreis hinein, der sich im Tal der Oise in mehreren Ortschaften angesiedelt hat.

Die *OMPI*-Führer organisieren Sprachschulen, in denen Farsi gelehrt wird, sie geben inzwischen sogar Heiratsurkunden aus und führen iranische Standesamtbücher. Das alles kostet Geld. Anhänger werden zudem besoldet: Lehrer, Soldaten, *Funktionäre – das alles schätzt* der ehemalige Mitarbeiter Yakoubi, der sich von der Organisation trennte, auf einen Aufwand, der 1984 bei rund 87 Millionen Franc gelegen habe. Woher kommt das Geld?

Spenden, sagen die Mudschahedin. *Es seien freiwillige Abgaben*, besonders von den Reichen aus dem Basar in Teheran. So sollen kürzlich 15 Millionen Franc der Bewegung hinterlassen worden sein. Denn in Auvers-sur-Oise findet sich nicht nur die OMPI, Massoud Radjavi ist auch *Sprecher des CNR, des „Nationalen* Widerstandsrates“, der provisorischen iranischen Regierung. Schließlich sei er 1981 mit Bani Sadr, dem Ex-Präsidenten Irans, zusammen im Oise-Tal beim Bruder angekommen.

Am 9. Januar 1983 besuchte der irakische *Vizepremier Tareh Azziz* das Hauptquartier der iranischen Oppositionellen in Frankreich. Unterzeichnet wurde eine Allianz mit der feierlichen Versicherung, nach dem Sturz Khomeinis werde durch Radjavi sofort der Krieg gegen Irak einge*stellt. In diesem Augenblick* kündigte Bani Sadr Radjavi seine Freundschaft auf. Auch andere Gruppierungen, wie die „Guerrilleros der Fedajin“ zogen sich aus der CNR zurück. Der Traum von einer geschlossenen iranischen Widerstandbewegung zer*brach, dafür setzten Gerüchte ein,* daß die OMPI nun aus irakischen Finanzquellen gespeist werde.

Seither wächst die Furcht vor dem Verrat in den eigenen Reihen in Auvers-sur-Oise. Sie läßt die OMPI zu immer neuen Sicherheitsvorkehrun*gen greifen. Den* Mudschahedin lassen die französischen Gendarmen bei der Ausweiskontrolle den Vortritt, erst dann werden die Papiere des deutschen Journalisten notiert, derweil die schußsicheren Westen an die Wachablösung übergeben werden. *An den Hecken hinter der* beweglichen Wagenbarriere sind Blendvorrichtungen angebracht, die nur der Sprechfunk überwindet.

Die persische Antwort von innen ist unmißverständlich: Das nächste Eisentor zu den Innengrundstücken *bleibt verschlossen, Massoud Radjavi* habe Wichtigeres zu tun, als auf die Frage zu antworten, ob er mit einer Ausweisung durch die französischen Behörden rechne. In Auvers stellen sich die Bürger wieder darauf ein, von Touristen nach dem Grab des *Malers van Gogh gefragt zu werden.*



Widerstand im Exil: Massoud Radjavi (li.) mit ehemaligen iranischen Offizieren in Auvers-sur-Oise
FOTOS: AFP



Proteste der Einheimischen in Auvers: „Radjavi nein, Sicherheit ja“

Der Arzt und die Überstunden oder Das Signal von Hannover

Der Schreckschuß zeigte schnelle Wirkung: Als an der Medizinischen Hochschule Hannover sich Ärzte getreu an eine neue Anweisung hielten, eine Arbeitszeit von 40 Stunden in der Woche nicht zu überschreiten, lagen Teile des Klinik-Betriebs von jetzt auf gleich lahm. Nun soll – über Jahre gestreckt – das medizinische Personal aufgestockt werden.

Von EWALD REVERMANN

Eine fatale Situation. Zwölf Patienten der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) sollen laut Plan an diesem Tag, letzten Freitag, operiert werden. Sie sind darauf vorbereitet. *So der sensible Mann mit* der komplizierten Fraktur, dem das OP-Team von Professor Harald Tscherne durch einen mehrstündigen Eingriff am Hüftgelenk wieder ein beschwerdefreies Gehen ermöglichen möchte.

Doch statt beruhigender *Worte* des Anästhesisten zur Vorbereitung auf die Narkose kommt der Oberarzt mit der Hiobsbotschaft: An diesem Tag kann nicht operiert werden, weil die *MHH-Ärzte in dieser Woche* – wie üblich – zuviel gearbeitet haben, eine Anordnung aus dem niedersächsischen Wissenschaftsministerium vom 13. Mai ein Überschreiten der 40-Stunden-Woche aber nicht mehr toleriert. So steht es auch auf verteil*ten Handzetteln. Absagen von Opera*tionen nicht aus medizinischen, sondern aus formalen, arbeitsrechtlichen Gründen – das mußte auf die Patienten wie ein Schock wirken.

Ein in der deutschen Medizingeschichte bisher wohl einmaliges Signal. Wegen der *Ministeranweisung* hat auch der international renommierte Herzchirurg Professor Hans-Georg Borst, der am Montag seinen 100. Patienten mit implantiertem Herzen vorstellte, in der letzten Woche „die Hälfte der vorgesehenen Eingriffe“, unter *anderem sechs Herzopera*tionen, zurückgestellt. Operationen, die ohne Nachteile für die Kranken auch später ausgeführt werden können, betonte Professor Borst gegenüber der WELT.

Handzettel auch für gut weitere 40 Männer und Frauen in der *Ambulanz*, die teils von den ostfriesischen Inseln weit angefahren sind zur Routine- oder Vorbereitungsuntersuchung. Sie werden wieder nach Hause geschickt wegen der Überstunden-Regelung und müssen sich einen neuen Termin geben lassen.

Der für die schnelle Versorgung von Unfall- und Notfallpatienten lebenswichtige Rettungshubschrauber „Christof 4“ kann nicht mit dem vorgesehenen *Notarzt* starten, weil der sein Überstundensoll auch längst erfüllt hat. Daß die Ärzte im Rettungswesen ihrem Hippokrateseid dennoch treu bleiben und im Falle eines Falles trotz aller behördlichen Reglementierung für den Patienten da *sind, ist an diesem schwarzen Freitag* dem Assistenzarzt Dr. Peter Kalbe aus der Unfallchirurgie zu verdanken: Er steigt nach 16.00 Uhr freiwillig unter Verzicht auf Überstundenbezahlung auf. Praktisch in Eigeninitiative wird das System aufrechterhalten, was der Medizinischen Hochschule Hannover medizintechnisch und auch bezüglich medizinischer Qualifikation nicht nur für Norddeutschland einen so hervorragenden Ruf eingebracht hat: Versorgung von jährlich mindestens 300 Schwerstverletzten, die hochqualifizierte Ärzte in anderen Kliniken doch lieber den noch besser qualifizierten Teams der MHH anvertrauen möchten. Anlauf*stelle* auch für vier auswärtige Hubschrauberstationen mit Patienten gar aus Bremen und Bielefeld in Ostwestfalen. 54 Prozent aller MHH-Patienten kommen schließlich von weit her.

Was Professor Harald Tscherne (53), der aus Österreich stammende Chef der *MHH-Unfallchirurgie*, im Gespräch mit der WELT an Hintergründen aufzählt, dürfte im Grundsatz auch wohl die Situation der meisten anderen deutschen Kliniken umreißen. Der Klinikchef hat seit 15 Jahren unverändert 27 medizinische Mitarbeiter, die Zahl der *Operationen ist* in dieser Zeit jedoch um das Dreifache auf jährlich 6000 gestiegen. Nun hat erst kürzlich das zuständige Ministerium eine einzige zusätzliche *Stelle bewilligt.*

Hatte die Ärzteschaft schon von sich aus zum Beispiel so wahnwitzig anmutende Nachtdienst-Regelungen wie den durchgehenden Bereitschaftsdienst von Samstag bis Montag abgebaut und den Nachtdienst für *den betroffenen Arzt generell etwas* humaner und auch physisch ein klein wenig zumutbarer „geschichtet“, so war auch beim besten Willen ein Problem kaum aus der Welt zu schaffen: *Bei einem Eingriff*, der auch acht Stunden und länger dauern kann, ist eine *Ablösung durch einen anderen* Chirurgen nicht möglich. Und dieser damit bereits zu lange arbeitende Arzt muß anschließend auch noch seine Stationspatienten betreuen. Von Wissenschaft und Forschung („die kann nur in der noch verbleibenden Freizeit stattfinden“) ist überhaupt nicht die Rede.

Die vom niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Forschung Johann-Tönjes Cassens (CDU) gewollte „Entzerrung“ des Überstundenproblems durch „Umschichtung“ wird von den MHH-Ärzten und auch von Klinikchef Tscherne im Grundsatz positiv gewertet: statt Überstunden neue Plätze für stellenlose Ärzte – auch wenn dies für Vater Staat mehr Geld kostet.

Bei allem „solidarischen Wohlwollen“ aber legt Tscherne den Ministeriums-Beamten eine Rechnung vor, die nicht aufzugehen scheint. In der *unteren Kategorie der „einfachen* Ärzte“ ist für ihn der Einsatz von Jung-Ärzten bedingt praktikabel. „Aber auch ein Notarzt für den Rettungshubschrauber muß mindestens ein Jahr praktische Erfahrungen haben.“ Auf der mittleren Ebene (Stationsarzt *zum Beispiel*) oder gar der höheren (Oberarzt) zeichnet sich Ausweglosigkeit ab. Ein Stationsarzt muß mindestens sechs Jahre, ein Oberarzt gar zwölf Jahre Qualifikation nachweisen. „Aber stellenlose Ärzte in diesem Bereich gibt es überhaupt nicht“, sagt Tscherne und verweist auf ein weiteres Problem: Selbst wenn ein ausreichend qualifizierter Arzt wechseln würde, müßte er seine angelernten Methoden denen *des neuen Teams anpassen, was unter* Umständen auch sehr lange Zeit dauern könnte.

Der Eklat von Hannover, der in konsequenter Ausführung eine Reduzierung der Operationen um ein Viertel zur Folge hätte, wird von Medizinern als „längst überfällig“ gewertet und ist für Professor Tscherne „das letzte Mittel zum Aufrütteln“ gewesen. Was inzwischen auch Wissenschaftsminister Cassens veranlaßt *hat, nach einer intensiven Diskussion* mit der Klinikleitung mit einer „Klarstellung“ an die Öffentlichkeit zu gehen: Im Interesse einer medizinischen Versorgung werde es entgegen dem ursprünglichen Willen des Ministeriums kein Überstundenverbot geben. *Ein mehrjähriger Stufenplan soll* mit einem Kostenaufwand von jährlich drei Millionen Mark zu den bisherigen rund 780 fünfzig zusätzliche Arztstellen an der MHH ermöglichen, davon dreißig für die Umorganisation der Bereitschaftsdienste und zwanzig für den Abbau bezahlter Überstunden.

Aber CDU-Minister Cassens läßt auch durchblicken, daß er für die entscheidende Frage nach dem Woher mit genügend qualifizierten Fachärzten keine sofort greifbare Lösung pa*rat hat.* Seine *drei* Tage *nach dem* einmaligen Aufschrei jetzt verbindlich gegebene Zusage, es würden auch weiterhin Überstunden gestattet, mag auf betroffene Patienten etwas beruhigend wirken.

Für die MHH-Ärzte jedoch – so *muß man erste Kommentare werten* – ist dies allenfalls der bescheidene Ansatz einer Problemlösung.



Jubiläum in Hannover: Professor Borst (li.) und Minister Cassens stellen den 100. Patienten vor, der an der MHH ein fremdes Herz bekam
FOTO: HANS JÜRGEN FRATZER



Strauß: Wien bei Umweltschutz kein Vorbild

dpa, Wien

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat österreichische Kritik an der deutschen Kernenergie zurückgewiesen. Strauß erklärte in diesem Zusammenhang, Österreich betreibe und exportiere „umweltschädliche Wasserkraft".

In einem gestern von der Wiener Landesregierung veröffentlichten Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten heißt es, Österreich könne „kein Vorbild sein", weil es Wasserkraftwerke in Alpentälern und

Donaustaustufen baue oder plane. „Es wird nun versucht, die Errichtung einer Donaustaustufe und ihre ökologischen Folgen nach Ungarn zu exportieren und den Strom zu importieren. Eine solche Politik können sich die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern nicht leisten". In Wien wurde gestern ein Vertrag mit Ungarn über die österreichische Beteiligung am Bau des umstrittenen Donaukraftwerks Nagymaros an der Grenze zwischen Ungarn und der CSSR unterzeichnet. Wiens Bürgermeister Helmut Zilk hatte nach der Katastrophe von Tschernobyl an Strauß die Bitte gerichtet, auf die geplante Wiederaufarbeitungsanlage zu verzichten.

„Biblis-Stillegung unwahrscheinlich"

dpa, Frankfurt

Einen Beschluß über die Abschaltung des Kernkraftwerks Biblis hält Hessens Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) für diese Legislaturperiode des Landtags für ausgeschlossen und in der nächsten Wahlperiode für unwahrscheinlich. Bei einem Gespräch mit Frankfurter Journalisten sagte der Minister, ein Ausstieg aus der Kernenergie sei erst dann möglich, wenn es dazu realistische und finanzierbare sowie vor allem umweltschonende Alternativen gebe.

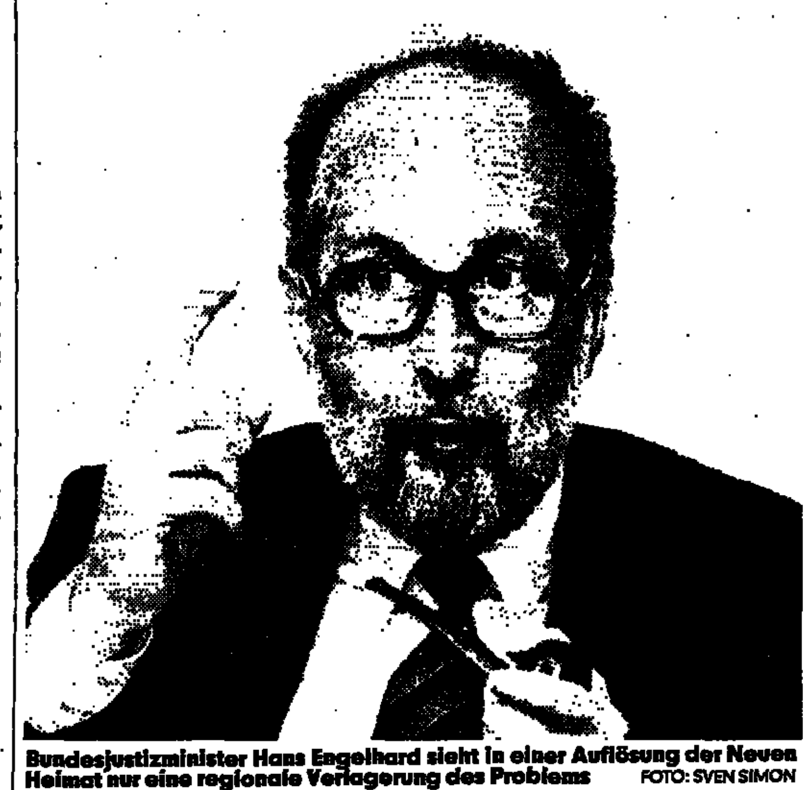
Steger erklärte, die Grünen hätten die SPD zu *konsequentem* Nachdenken über Alternativen in der Umwelt- und Energiepolitik gezwungen. Die SPD müsse aber, um glaubwürdig zu bleiben, ohne Anstöße von Grünen ihre Politik formulieren und sie auch ohne Scheu vor Konflikten in der Öffentlichkeit begründen und durchsetzen.

Rheinmetall: Noch zwei Ermittlungen

DW. Düsseldorf

Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft ermittelt noch in zwei Fällen gegen den Rüstungskonzern Rheinmetall wegen des Verdachts, illegal Waffen exportiert zu haben. Beide Ermittlungsverfahren sind als „Verschlußsachen" eingestuft, so daß Leitender Oberstaatsanwalt Eberhard Knipfer gestern keine näheren Angaben machen konnte. Am Dienstag hatte das Düsseldorfer Landgericht gegen vier Rheinmetall-Manager, die gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen hatten, Bewährungsstrafen zwischen 15 Monaten und zwei Jahren sowie Geldbußen verhängt. Damit waren *zum* ersten *Mal* Mitarbeiter eines deutschen Rüstungsunternehmens verurteilt worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Bundesjustizminister Hans Engelhard sieht in einer Auflösung der Neuen Heimat nur eine regionale Verlagerung des Problems FOTO: SVEN SIMON

„DGB will sich aus der Verantwortung stehlen"

WELT-Gespräch mit Minister Engelhard zur Neuen Heimat

DW. Bonn

Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP) hat die geplante Auflösung der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat als den „dreisten Versuch" des Deutschen Gewerkschaftsbundes bezeichnet, „sich aus der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung für das marode Unternehmen herauszustehlen".

In einem WELT-Gespräch sagte Engelhard: „Mit der vorgesehenen Regionalisierung der Neuen Heimat ist nichts anderes bezweckt, als das Unternehmensrisiko für die Dachorganisation Neue Heimat GmbH vom wirtschaftlichen Eigentümer DGB weg auf eine Anzahl kleinerer selbständiger Neue-Heimat-Gesellschaften zu verlagern, die dann ihrem ungewissen Schicksal überlassen würden."

Dabei wisse der DGB ganz genau, daß die Schwierigkeiten der Neuen Heimat damit nicht gelöst, sondern regional weiter bestehenbleiben würden. So sei es voraussehbar, daß gerade solche Regionalgesellschaften der Neuen *Heimat wirtschaftlich im* Trudeln bleiben würden, in deren Region die Neue Heimat auch heute schon am Rande des wirtschaftlichen Abgrunds stehe.

Regionalisierung nur ein unternehmerischer Trick

Die Regionalisierungspläne in bezug auf die Neue Heimat seien deshalb ein bloßer „unternehmerischer Trick", mit dem sich der wirtschaftliche Eigentümer DGB aus der Schußlinie nehmen wolle.

Die Gewerkschaften würden ein solches Verhalten – wenn nicht gerade der DGB selbst betroffen wäre – bei anderen Unternehmen zu Recht als klassisches Beispiel eines „zynischen Manchester-Kapitalismus" bezeichnen: Zunächst habe der DGB als wirtschaftlicher Eigentümer der Neuen Heimat GmbH jahrzehntelang ein katastrophales Mißmanagement einreißen lassen, das zur Verschuldung des Konzerns in Milliardenhöhe *geführt habe*.

3500 NH-Mitarbeiter stünden auf der Straße

Dann versuche er in geradezu schamloser Weise die Folgen dieses Mißmanagements auf Kosten der Steuerzahler abzuwenden, indem er Bund und Länder zu weiteren Subventionierungen des bankrottösen Konzerns dränge. Nachdem nunmehr aber klar sei, daß er mit diesem Vorhaben zu scheitern drohe, weil insbesondere die Bundesregierung nicht bereit sei, unter Einsatz weiterer Steuergelder die Neue Heimat zu sanieren, wolle man sich nun des ungeliebten Konzerns, der ehemals noch als „Paradepferd" angeblicher gewerkschaftlicher Wohltätigkeit gepriesen wurde, kalt entledigen. Achselzuckend werde dabei offensichtlich in Kauf genommen, daß ein Großteil der derzeit noch 3500 Beschäftigten der Neuen Heimat bei zu erwartenden Zusammenbrüchen einzelner Regionalgesellschaften auf der Straße steht.

Damit sei *wieder* einmal mehr bewiesen, wie ernst es den Gewerkschaften mit der Wahrung von Arbeitnehmerinteressen sei, wenn es um die Sicherung wirtschaftlicher Interessen gewerkschaftseigener Unternehmen gehe.

Tschernobyl und die Folgen war gestern das Thema in vier Landtagen:

Düsseldorf: Brüter soll nicht ans Netz

hy. Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Professor Reimut Jochimsen (SPD) hat noch einmal unmißverständlich betont, seine Partei werde alles daran setzen, das Atomgesetz *zu ändern und die Voraussetzungen* dafür zu schaffen, daß der Schnelle Brüter in Kalkar nicht ans Netz geht. Genehmigungen stünden derzeit wegen noch ausstehender technischer Problemlösungen „überhaupt nicht" zur Diskussion. Dieses „historische Bauwerk am Niederrhein" bezeichnete er als „einen Torso", der alles andere als fertiggestellt sei. Solange die alten Bestimmungen gelten, werde er sich aber weiter als Genehmigungsbehörde in die Bundesaufsicht *eingebunden fühlen*.

Bei einem Hintergrundgespräch machte er am späten Dienstagabend nach dem Treffen der Atomminister mit Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann mit einem Berg an Papier zur Unterstützung seiner Argumentation deutlich, Kalkar sei in diesem Moment noch gar nicht entscheidungsreif. Eine Vielzahl von Mängeln, die zum Teil erst während der Bauphase eingetreten seien, müßten geprüft, eine Unzahl von nachgeforderten *Gutachten gesichtet* und gewertet werden. Dabei fiel sogar das Wort vom „Pfusch am Bau".

Mit dieser Taktik, die zwar auf eine Verzögerung hinausläuft, aber als solche nicht nachzuweisen ist, will sich die Landesregierung offensichtlich bis zu den Bundestagswahlen im Januar 1987 über die Runden bringen.

Gleichzeitig baute Jochimsen der nordrhein- westfälischen FDP mehrere Brücken. Er begrüßte die Parteitagsbeschlüsse der Freien Demokraten von Hannover, bei denen die Nordrhein-Westfalen unter Achim Rohde und Horst-Ludwig Riemer als Speerspitze nachhaltig die Entscheidungen beeinflußten. Inzwischen haben schon mehrere Kontakte zwischen den Fraktionsspitzen von SPD und FDP stattgefunden.

„Vertane Chance"

Sehr heftig reagierte Jochimsen auf die Art, in der Innenminister *Friedrich Zimmermann* (CSU) *die* Kollegen der Länder behandelt hätte. Das Gespräch sei „eine vertane Chance was den Versuch angeht, Vertrauen wieder herzustellen." Das Treffen sei von Zimmermann „auf Unterwerfung angelegt und nicht auf Kooperation ". Mit der vom Bundesinnenminister ausgegebenen Parole „Augen zu und durch, eiskalt und schneidig " sei nichts gewonnen: „Der hat wohl gedacht, das sei ein Abteilungsleitergespräch ".

Kiel: SPD für Einstieg in Ausstieg

geo. Kiel

Im schleswig-holsteinischen Landtag sind die Gegensätze der Parteien in der Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie hart aufeinandergeprallt. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Klaus Kribben, verteidigte die Kernenergie unter anderem mit dem Hinweis, daß es zur Zeit keine Alternative zu dieser Form der Energiesicherung in der Bundesrepublik Deutschland gebe. Den Beschluß von Ministerpräsident Uwe Barschel, das fast fertiggestellte *Kernkraftwerk* Brokdorf einer weiteren Prüfung durch die Reaktorsicherheitskommission zu unterziehen, begrüßte Kribben für die Fraktion.

Frage nach den Kosten

Unmißverständlich machte Kribben denn auch klar, daß Brokdorf ans Netz gehen werde, sofern die Kommission das Sicherheitskonzept bestätige. Die Notwendigkeit von Brok*dorf begründete Kribben mit dem* Energiebedarf in den nächsten Jahren und der Chance, die Strompreisdisparitäten zu anderen Regionen in der Bundesrepublik auszugleichen.

Die Sozialdemokraten forderte er auf, eindeutig zu sagen, wie sie „den Ausstieg bewältigen" wollten. Sie müßten dann aber auch die Kraft aufbringen, sich zu den Kosten zu äußern. Nach Einschätzung Kribbens würde der Ausstieg, gemessen an einem Zeitraum der nächsten 15 Jahre, *die Steuerzahler* rund *70 Milliarden* Mark kosten, mehr als Bund, Länder und Gemeinden pro Jahr an Neuverschuldungen auf sich nähmen. Bei einem Rückgriff auf alte Reserven wie Kohle, Öl oder Gas würden angesichts der unzureichenden Umwelttechniken nicht nur die Bemühungen um die Umwelt zunichte gemacht. Auch der Strompreis werde kurzfristig um 70 Prozent teurer.

Oppositionsführer Björn Engholm forderte hingegen mit dem Verzicht auf die Inbetriebnahme von Brokdorf, „mit dem Einstieg in den Ausstieg" zu beginnen. Der Sozialdemokrat meinte, daß vor einer endgültigen Weichenstellung eine Diskussion in der Öffentlichkeit geführt werden müßte. Auch die SPD hätte einst den Einstieg in die Kernenergienutzung begrüßt, doch habe die SPD Schleswig-Holsteins bereits vor mehr als zehn Jahren den „Atomenergie-Pfad" als den falschen Weg angesehen.

Nach Meinung Engholms könnten Punkte eines anderen Energieversorgungssystems das Sparen, die „optimale Nutzung der Quellen" Wind, Sonne, Biogas, der Aufbau eines Kraft-Wärme-Koppelungssystems und die Verwendung von Kohle sein.

Stuttgart: Teufel verweist auf Risiko

gü. Stuttgart

Das Reaktorunglück von Tschernobyl ist nicht ohne Ausstrahlung auf die Energiepolitik der Regierungspartei in Baden-Württemberg geblieben. „Wir können nicht so weitermachen wie bisher", meinte CDU-Fraktionschef Erwin Teufel gestern in einer von den Grünen beantragten Landtagsdebatte. Und weiter: „Die Zukunft gehört nicht der Kernenergie." Kein Mensch, so befand Teufel, könne mit „so großen Risiken" leben, wenn es „gefahrlosere Arten der Energieerzeugung" gebe.

Auf die Suche nach diesen gefahrloseren Energieträgern begeben sich jetzt alle Parteien im Stuttgarter Landtag. Kurzfristig setzen dabei so*wohl die Grünen als auch die SPD auf* die Kohle. Während allerdings die alternative Ökopax-Partei aufgrund der Annahme, man könne den bisherigen Stromverbrauchszuwachs zwangsweise ins Gegenteil verkehren, den „Atomstaat" sofort abschaffen will, tritt die SPD für einen bis zum Jahr 2000 befristeten „ökologisch verantwortbaren und ökonomisch machbaren Ausstieg aus der Kerntechnologie" ein.

Sprecher der FDP-Fraktion bezeichneten den Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie ebenfalls als Ziel ihrer Politik. Dies jedoch werde, wie ihr Vorsitzender Hinrich Enderlein unterstrich, „in weniger als 20 Jahren kaum möglich sein". Ein sofortiger Ausstieg, wie ihn die Grünen propagierten, würde schnell zu einem „ökologischen und ökonomischen Scherbenhaufen" führen.

Spürbar ergriffen

Teufel, den das „katastrophale Ereignis" in der Ukraine spürbar ergriffen hatte, warnte zwar vor „energiepolitischen Schnellschüssen". Zugleich bezeichnete er Tschernobyl jedoch als „Einschnitt", der zu einer neuen Gewissenserforschung, zum „Innehalten, Nachdenken und neuem Vorausdenken" zwinge. Große Forschungsanstrengungen forderte der Vorsitzende der 68köpfigen Mehrheitsfraktion „in Richtung Kernfusion, Energieeinsparung und alternative Energiearten wie die Wasserstofftechnologie".

Ministerpräsident Späth, um politische Schadensbegrenzung bemüht, trat zwar auch für die Untersuchung alternativer Energiekonzepte ein, warnte jedoch davor, „alles in Frage zu stellen, was wir an kerntechnischer Sicherheit aufgebaut haben". Eine grundlegende Überprüfung aller in Betrieb oder im Bau befindlichen Atomkraftwerke lehnte der Suttgarter Regierungschef prinzipiell ab.

Wiesbaden: Börner steht zu Fischer

dpa, Wiesbaden

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) hat das Konzept seines Umweltministers Joschka Fischer (Die Grünen) zum baldigen Verzicht auf die Nutzung der Atomenergie als „verdienstvollen Diskussionsbeitrag" begrüßt. Der Regierungschef berichtete während der Haushaltsdebatte des Landtags gestern in Wiesbaden, er habe Fischer um das „Szenario" gebeten, damit über die künftige *Energiepolitik konkret* diskutiert werde. Die Vorschläge des Umweltministers enthielten eine Reihe von Fragen, um die sich die Sozialdemokraten nicht drücken wollten.

Kompromißbereit

Börner teilte mit, SPD und Grüne hätten vereinbart, ihre teilweise „fundamental unterschiedlichen" Vorstellungen über die Verwendung der Atomkraft zunächst auf Parteiebene zu besprechen und mögliche Ergebnisse „in die Landesregierung hineinzutragen". Zu dem Verlangen der Ökopartei nach Änderung der rot-grünen Koalitionsvereinbarung zur Atompolitik sagte der Ministerpräsident, wer Verträge ändern *wolle, könne unter* fairen Partnern mit Ernsthaftigkeit rechnen. Man werde sehen, ob SPD und Grüne ihre Zusammenarbeit „auf der Grundlage eines Kompromisses" fortsetzen könnten oder nicht.

Der Regierungschef äußerte sich zuversichtlich, daß die ökosoziale Koalition bis zum Ablauf der Wahlperiode des Landtags im Herbst 1987 halten werde. Die SPD wolle weder das südhessische Atomkraftwerk Biblis um einen dritten Reaktor erweitern noch in Borken bei Kassel ein Kernkraftwerk bauen. Sie lehne sowohl den Schnellen Brüter in Kalkar als auch die nukleare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf ab.

Börner, der auch SPD-Landesvorsitzender ist, fügte hinzu, er stehe zu seiner von den Grünen kritisierten Regierungserklärung vom 6. Mai, in der er sich trotz des Reaktorunfalls in Tschernobyl zur Anwendung der Kernenergie bekannt hatte. Allerdings müsse die Frage nach der Sicherheit von Atomanlagen wegen des Unglücks in der Sowjetunion „neu diskutiert" werden. Der Glaube an die absolute Zuverlässigkeit der Technik habe sich als falsch erwiesen. Er bedauere es deshalb, daß Bund und Länder am Dienstag in Bonn keine grundsätzliche Überprüfung der Kernkraftwerke vereinbart hätten.

Seite 2: Der GAU im Gehirn

Fischer will vom Interview-Partner gründlich mißverstanden worden sein

DW. Bonn

Um die von der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" wiedergegebenen Forderung des hessischen Umweltministers Joseph Fischer (Die Grünen), „Flüchtlinge aus der DDR zurückzuschicken", ist ein heftiger Streit entbrannt. Während Fischer dieses Zitat bestritt und als „groteske und böswillige Verzerrung" seiner politischen Auffassung und Überzeugungen bezeichnete, hielt die Zeitung ihren Bericht über die Äußerungen Fischers „in vollem Umfang aufrecht".

Fischer habe die Frage gestellt, wer denn schon einmal dazu Stellung genommen habe, was die Bundesrepublik Deutschland der „DDR" als Gegenleistung für den Abbau der Mauer in Berlin zu bieten hätte. Dazu die „Hannoversche Allgemeine Zeitung": „Fischer beantwortete diese Frage mit den Worten ‚Wir müssen uns dazu bereitfinden, Flüchtlinge in die DDR zurückzuschicken.' Es sollte unterschieden werden zwischen ‚*Wirtschaftsflüchtlingen*' und ‚politischen Flüchtlingen'. Wer nachweislich aus politischen Gründen die DDR verlassen habe, solle in der Bundesrepublik Asyl erhalten. Die anderen müßten zurückgeschickt werden."

Auf den Einwand der Redakteure, ob die Bundesrepublik denn auf das Selbstbestimmungsrecht für die 17 Millionen Menschen im anderen Teil Deutschlands und damit für Deutsche auf ein Recht verzichten dürfe, das sie für alle anderen Völker fordere, habe Fischer lapidar erklärt: „Die Deutschen haben 1933 auf ihr Selbstbestimmungsrecht verzichtet".

Der hessische Umweltminister, dessen umstrittenes Zitat bundesweit von den Medien aufgegriffen worden war, wirft seinem Interviewpartner eine „verkürzte Wiedergabe" vor. Er präzisierte seine Position mit dem Satz: „Solange ein Staat seinen Bürgern die individuellen und kollektiven Menschenrechte – zum Beispiel körperliche Unversehrtheit, soziale Wohlfahrt, freie Meinungsäußerung, Freizügigkeit, politische Selbstbestimmung – vorenthält, ist jeder Mensch, der von dort in die Bundesrepublik kommt, ein politisch Verfolgter ..."

Wer aus einer Diktatur – „sei sie nun kapitalistisch oder kommunistisch begründet" – in die Bundesrepublik komme, müsse uns willkommen sein. Niemand solle aus der Bundesrepublik zurückgeschickt werden.

Allerdings – so Fischer – sei von der Bundesrepublik ein Verzicht „auf die Wiedervereinigungsillusionen zu fordern – mit allen politischen Konsequenzen", wie der Minister der Grünen vor dem hessischen Landtag ausführte.

Wer andererseits glaube, die Menschenrechte und das Recht auf Selbstbestimmung in Osteuropa und in der „DDR" den Völkern auf Dauer vorenthalten zu können, der unterliege ebenfalls einer gefährlichen Illusion. Von der „DDR" sei die „praktische Anerkennung der Menschenrechte auch und gerade der Freizügigkeit" zu fordern. Der Versuch des hessischen Umweltministers, von seinen umstrittenen deutschlandpolitischen Äußerungen abzurücken, geschieht nicht zuletzt vor dem Hintergrund des starken Drucks in den Reihen der Grünen.

Es sei schon immer seine Position gewesen, daß niemand, „der aus einer *Diktatur kommt" zurückgeschickt* werden dürfe. Zudem regele das Grundgesetz den Anspruch von Deutschen aus der „DDR" gesondert. Dies gelte, bis eine Änderung, ebenso wie bei der Präambel, mit Zwei-Drittel-Mehrheit von den zuständigen Verfassungsorganen beschlossen würde. Dennoch – so wendet Fischer ein – werde ein „verantwortungsvolles Nachdenken über die Entwicklung der beiden deutschen Staaten" nicht umhin kommen, die fatale ideologische und militärische Konfrontation „zweier Supermächte", „zweier Militärblöcke" und „zweier deutscher Staaten" in Mitteleuropa grundsätzlich zu überdenken. Das – wie sich Fischer ausdrückt – „Gerede von der offenen deutschen Frage" und von der „*offenen Sudetenfrage*" trage nicht zu einem Abbau dieser Konfrontation bei. Wer heute noch von der Wiedervereinigung des alten Bismarckreiches „träumt und schwätzt", der träume einen gefährlichen Traum.

Disput zwischen Rau und Botschafter Burt

Kritik an Sicherheitspolitik der Sozialdemokraten

DW./rtr, Bonn

Zwischen dem SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau und dem amerikanischen Botschafter in Bonn, Richard Burt, ist es bei einer Tagung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten über die Sicherheitspolitik der SPD gekommen.

In Anwesenheit des amerikanischen Botschafters Richard Burt hatte Rau erklärt, in der Bevölkerung der Bundesrepublik wachse die Sorge, daß vom Verhalten des wichtigsten Bündnispartners USA Gefahren auch für die Deutschen ausgehen könnten. Er nannte als Beispiel das Vorgehen gegen Libyen, das den Eindruck verstärkt habe, die Amerikaner würden Europa entgegen den Beschlüssen der NATO auch als einen Stützpunkt benutzen, um ihren „Weltmachtinteressen" außerhalb des NATO-Bereichs Nachdruck zu verleihen. Rau: „Dies entspricht nicht dem Verhältnis, das man unter Bündnispartnern fordern muß." Daraufhin kritisierte der amerikanische Botschafter Richard Burt die Haltung der SPD, weil damit die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Westens in Europa unvermeidlich geschwächt würde.

Burt: „Die Ursache für Spannung und Unsicherheit in Europa ist nicht das Wettrüsten, sondern die Tatsache, daß Europa gespalten ist." Als Konsequenz der von Sozialdemokraten verfochtenen „defensiven Verteidigung" hielt Burt der SPD vor, daß auf dem Boden der Bundesrepublik gekämpft werden müßte und somit dieses Land zerstört würde.

Zu der amerikanischen Operation gegen Libyen meinte Burt, wenn in Europa stationierte amerikanische Truppen in Ernstfällen nicht reagieren könnten, wäre die logische Konsequenz, daß man sie aus Europa zurückziehen müsse. Dafür würde er aber nicht plädieren.

Rau hatte sich vor der Friedrich-Ebert-Stiftung ausdrücklich zur NATO-Zugehörigkeit bekannt und eine „zeitgemäße Strategie" gefordert. Diese müsse mehr Vertrauen und Entspannung möglich machen. Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik sei eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" auf beiden Seiten.

„Harakiri-Taktik der CDU"

Albrechts Strategie stößt auf Unverständnis bei der FDP

mj, Hannover

Verstört bis verärgert zeigen sich die niedersächsischen Freidemokraten angesichts der jüngsten Tendenz in der CDU-Wahlkampfstrategie, „sicherheitshalber" auf eine Alleinmehrheit bei der Landtagswahl zu setzen. FDP-Listenführer Walter Hirche spricht von „Harakiri-Taktik" und stellt gegen die ungünstigen Demoskopiewerte seiner Partei die Gegenrechnung, daß bei allen bekannten Umfragen jeweils bis zu einem Viertel der Befragten „keine Angaben" gemacht hätten; aus eben diesem Potential seien der FDP 1985 in Berlin und Nordrhein-Westfalen bei gleichen Ausgangswerten die benötigten Stimmen zugewachsen.

Offenbar vor diesem Hintergrund gibt sich auch CDU-Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann weiterhin zuversichtlich, daß die FDP wieder in den Landtag einziehen werde. In Anspielung auf entsprechende Akzentunterschiede zwischen Bonner und Hannoveraner CDU-Erklärungen meint die FDP, an der Leine könne es nur Schaden anrichten, wenn „aus Unkenntnis der Landessituation Nervosität vom Rhein" hereingetragen werde. Weiterhin habe Geltung, daß „46 plus 5 Prozent eine Regierungsmehrheit ergibt, 47 plus 4 aber nicht".

In diesem Sinne urteilte FDP-Wirtschaftssprecher Otto Graf Lambsdorff auf einer Veranstaltung der „Liberalen (Wahl-)Initiative" in Hannover, Wähler seien „meistens klüger als Geschäftsführer von Parteien". Lambsdorff trat als Zielgruppen-Zugpferd der nach Berliner und nordrhein-westfälischem Vorbild tätigen Initiative auf, die in Niedersachsen – nach spätem Start – FDP-Stimmenwerbung in vorwiegend wirtschaftsbürgerlichen Kreisen betreibt.

Hauptinitiator ist der Margarine-Fabrikant Ulrich Rau aus Hilter bei Osnabrück, unterstützt von regional namhaften, zumeist nicht parteigebundenen „Wirtschaftsliberalen" in und um Hannover, Hildesheim, Braunschweig, Göttingen, Celle, Osnabrück und Stade. In deren Veranstaltungen besonders begrüßt werden CDU-Mitglieder, die zu erkennen geben, „diesmal FDP" wählen zu wollen, weil „Niedersachsen sich hessische Verhältnisse nicht leisten" könne.

Lange führt Neuseeland in die Isolation

lim. Bonn

Am heutigen Donnerstag trifft der Premierminister Neuseelands, David Lange, zum Auftakt einer Europa-Reise in Köln ein. Er will dort vor dem umstrittenen Kongreß „Ärzte gegen den Atomkrieg" sprechen. Von dem Sozialisten Lange wird erwartet, daß er vor allem Kritik an den Atomversuchen Frankreichs im Pazifik übt. Diplomaten in Wellington befürchten allerdings, daß der „Papandreou des Pazifik" die Gelegenheit auch nutzen will, um die USA und die NATO insgesamt hart zu attackieren.

Zu dieser Befürchtung besteht Anlaß. Neuseeland gerät zusehends in eine außenpolitische Isolation, die Lange zu Ausfällen provozieren könnte. Von den jetzt anlaufenden Seemanövern des Anzus-Paktes (Neuseeland, Australien, USA) unter der Bezeichnung „Rimpac 86" ist Neuseeland ausgeschlossen worden. Die USA begründeten diesen Schritt mit den andauernden Meinungsverschiedenheiten über die Benutzung neuseeländischer Häfen für US-Kriegsschiffe, die atomgetrieben oder atombewaffnet sind. Wellington wird auch von der nächsten Sitzung des Anzus-Paktes im August in San Francisco ausgeschlossen.

Auch auf einem anderen sicherheitspolitischen Gebiet zahlt sich die starre anti-nukleare und anti-amerikanische Haltung des David Lange nicht aus. Die britische Regierungschefin Frau Thatcher hat nach Zeitungsberichten entschieden, daß die Neuseeländer nicht mehr an der wöchentlichen Lagebesprechung der britischen Nachrichtendienste und des politischen Verteidigungsstabes teilnehmen dürfen. Gemeinsam mit einem amerikanischen, einem kanadischen und einem australischen Offizier war Neuseeland seit rund vierzig Jahren bei einem Teil dieser Sitzungen präsent. Grund für die Verbannung aus diesem Kreis sei das Bedenken Washingtons über die außenpolitische Linie des neuseeländischen Premiers. Seine Unberechenbarkeit werde als Sicherheitsrisiko eingestuft.

Lange mußte auch seine Geheimdienst-Offiziere aus Hawaii und Canberra abziehen. Damit ist die Regierung Neuseelands und ihr rund 230 Agenten zählender Nachrichtendienst von den geheimdienstlichen Erkenntnissen des Westens – die Nabelschnur Wellingtons für die Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage – vorerst weitgehend abgeschnitten.

UNO in Finanznot: Dritte Welt will nicht sparen, USA zahlen weniger

Auch das Geld der Sowjets läßt auf sich warten / Etatlücke von 175 Millionen Mark

A. v. KRUSENSTIERN, New York

UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar, sonst nicht aus der Ruhe zu bringen, läßt neuerdings seinen Frust zum Vorschein kommen. „Diese Kurzsichtigkeit verstehe ich nicht", beschwerte er sich bei der Presse. „Unsere ganze Organisation hat darunter zu leiden."

Wer an Kurzsichtigkeit krankt, das sind seiner Ansicht nach die Entwicklungsländer, die sich weigern, Sparmaßnahmen zuzustimmen und Streichungen auf der Ausgabenseite des UNO-Budgets zuzustimmen. Das Ergebnis: Das Defizit wächst und wächst, und die Weltorganisation treibt dem Bankrott entgegen.

„Ich komme mir vor wie ein Arzt, der einem Patienten ein Medikament verschreibt und dann erfahren muß, daß er es nicht nimmt", sagte Pérez de Cuéllar. „Bei der nächsten Visite werde ich ein Skalpell in der Hand haben."

Im UNO-Haushalt klafft eine Lükke von etwa 80 bis 90 Millionen Dollar (etwa 175 bis 200 Millionen Mark), die bis Jahresende auf rund 270 Millionen anwachsen kann. Da keine Aussicht besteht, mehr Geld einzutreiben, kann diese Lücke nur durch Sparmaßnahmen geschlossen werden.

Der Hauptgrund, warum die Lücke entstand, ist die zunehmende Interesselosigkeit der USA an den Vereinten Nationen. Der Kongreß hat in den letzten Monaten mehrere Gesetze verabschiedet, die die Regierung zwingen, ihre Zahlungen an die Weltorganisation zu verringern. Eines kürzt den amerikanischen Beitrag von bisher 25 Prozent des UNO-Budgets auf 20 Prozent. Ausfall für die Weltorganisation: 42 Millionen Dollar. Ein anderes kürzt den Beitrag um die (geschätzte) Summe, die Sekretariatsangehörige aus kommunistischen Ländern von ihrem Gehalt an ihre Regierungen abführen müssen. Ausfall: rund 20 Millionen Dollar. Und die allgemeinen Sparmaßnahmen, die das sogenannte Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz der US-Regierung auferlegt, führen zu einem weiteren Ausfall von etwa 20 Millionen.

Die USA sind nicht das einzige Land, das sich weigert, von den Vereinten Nationen vorgelegte Rechnungen in vollem Umfang zu bezahlen. Die Sowjetunion und 17 andere Länder stehen bei der Organisation ebenfalls in der Kreide.

Das Grundübel liegt darin, daß 80 Prozent der Beiträge zu den UNO von den USA, der Sowjetunion und acht anderen Industrieländern stammen. Bei der Ausarbeitung des Budgets haben diese Staaten, da sie nur jeweils eine Stimme haben, wenig zu sagen. Die Höhe der Ausgaben wird von den Entwicklungsländern bestimmt, die zwar nur minimale Beiträge leisten, aber in der Generalversammlung die Mehrheit bilden. Sie weigern sich, Kürzungen zuzustimmen, und erwarten vom Generalsekretär, daß er den Industrieländern irgendwie zusätzliche Gelder abknöpft. Pérez de Cuéllar berief deshalb die Generalversammlung Anfang Mai zu einer Sondersitzung ein, um den Delegierten einen Kompromiß abzuringen. Nach tagelangem gutem Zureden und erschöpfendem Ringen hinter den Kulissen stimmte die Dritte Welt schließlich Einsparungen von rund 30 Millionen Dollar zu.

Unter anderem erklärte die Gruppe der 51 afrikanischen Länder sich bereit, auf eine Sondersitzung der Generalversammlung über das Thema Namibia zu verzichten und es stattdessen im Rahmen der regulären Sitzung im Herbst zu behandeln. Ferner wurden der Bau des umstrittenen Konferenzzentrums in Äthiopien sowie andere Bauvorhaben verschoben.

Aber die Einsparung von 30 Millionen Dollar reicht natürlich nicht aus, um den Haushalt auszugleichen. Weitere Millionen hofft Pérez de Cuéllar durch eine Einstellungs- und Überstundensperre, rigorose Reisebeschränkungen und andere administrative Maßnahmen zu sparen.

(SAD)

Entführte Deutsche – zu Fuß frei?

Rebellenführer Calero wirft Sandinisten Verzögerung vor / Wischnewski nach Managua

DW. Miami

Der nicaraguanische Rebellenführer Adolfo Calero hat die sandinistische Regierung beschuldigt, die Befreiung der von seiner Bewegung entführten Deutschen zu behindern. „Wenn es nach uns ginge, wären die Leute innerhalb weniger Stunden befreit", sagte er in einem Gespräch mit der WELT.

Der Chef der „Demokratischen Kräfte Nicaraguas" (FDN), der größten antisandinistischen Guerrilla-Organisation, vermutet, daß die Comandantes in Managua die vorgeschlagene Hubschrauber-Evakuierung der Deutschen nach Costa Rica verhindern wollen. „Sie würden wohl die jungen Leute selbst gern übernehmen, damit sie von ihnen entsprechend indoktriniert und der Presse präsentiert werden können." Calero betonte: „Wir möchten die Deutschen nicht einfach ziehen lassen. Wir befürchten, daß ihnen die Sandinisten etwas antun und uns die Schuld geben."

Er ist enttäuscht, daß die Verhandlungen über eine Befreiung der Entführten, in die neben dem Internationalen Roten Kreuz auch die Bonner Behörden eingeschaltet sind, so schleppend verlaufen.

Die FDN-Führung überlege zur Zeit, ob die Deutschen nicht zu Fuß nach Costa Rica gebracht werden sollen. „Das dauert aber mindestens eine Woche. Das Gebiet ist sehr sumpfig." Die Deutschen befinden sich etwa 70 bis 80 Kilometer von der costaricanischen Grenze entfernt.

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes in Bonn reist der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski nach Nicaragua, um sich „im Interesse und Auftrag" von Angehörigen der Entführten in die Bemühungen um die Freilassung einzuschalten.

Calero berichtete, seine Kämpfer hätten ein Ausbildungslager guatemaltekischer Guerrilleros im Südosten Nicaraguas gesucht, als es zu den Kämpfen mit den sandinistischen Truppen gekommen sei, bei denen die deutschen Brigadisten festgenommen wurden. „Wir suchten nach Guatemalteken und entdeckten Deutsche."

In den letzten zwei Wochen hat Calero mit Arturó Cruz und Alfonso Robelo, zwei anderen Führern der antisandinistischen Bewegung, in Miami über die Beilegung diverser Differenzen verhandelt. „Wir haben nicht alle Probleme gelöst", sagte Calero, „aber wir werden zusammen bleiben." Er dementierte damit Gerüchte, daß sich die „Demokratische Nicaraguanische Opposition" (UNO), das Führungsgremium der „Contras", spalten werde.

Neue Gesetze Moskaus gegen die Korruption

DW./AFP, Moskau

Ein Jahr nach Beginn der Kampagne gegen Alkoholimus und Korruption in der Sowjetunion sind jetzt die entsprechenden Gesetzesmaßnahmen eingeleitet worden. Die am 1. Juli in Kraft tretenden Gesetze zielen vor allem auf eine härtere Bestrafung der Wirtschaftsdelinquenten. Außerdem soll damit eine größere Transparenz der Einkommen ermöglicht werden.

Vorgesehen ist auch, daß die Todesstrafe künftig für mehr Delikte gelten soll. Sie besteht seit 1962 für Korruption und Veruntreuung, wobei der Funktionärsrang, die Höhe der illegal erworbenen Summen und Rückfälligkeit eine Rolle spielen. Auch die Haftstrafen für einfache „Mitläufer" bei Schwindelaffären werden heraufgesetzt. Die Benutzung von Staatsfahrzeugen zu privaten Zwecken wird ebenfalls mit höheren Geldstrafen belegt. Zwei Jahre Arbeitslager gibt es, wenn man Brot, Mehl und andere in der Sowjetunion wegen blockierter Preise billige Lebensmittel an Vieh verfüttert. Der Sanktionskatalog gegen die „illegale Bereicherung" reicht bis hin zu Kleindiebstählen, die vom sowjetischen Gesetz bisher nicht erfaßt wurden. Sie werden mit Strafen bis zu zwei Jahren Arbeitslager geahndet.

Das aktuelle Fachbuch

Auf den Bürger kommt es an

Zu einem heimlichen Bestseller entwickelt sich das erstmals 1981 erschienene Büchlein „Was Sie schon immer über Abfall und Umwelt wissen wollten". Mit jetzt insgesamt 156 000 Exemplaren erscheint das vom Bundesinnenministerium herausgegebene Nachschlagewerk in diesem Frühjahr bereits in seiner sechsten Auflage.

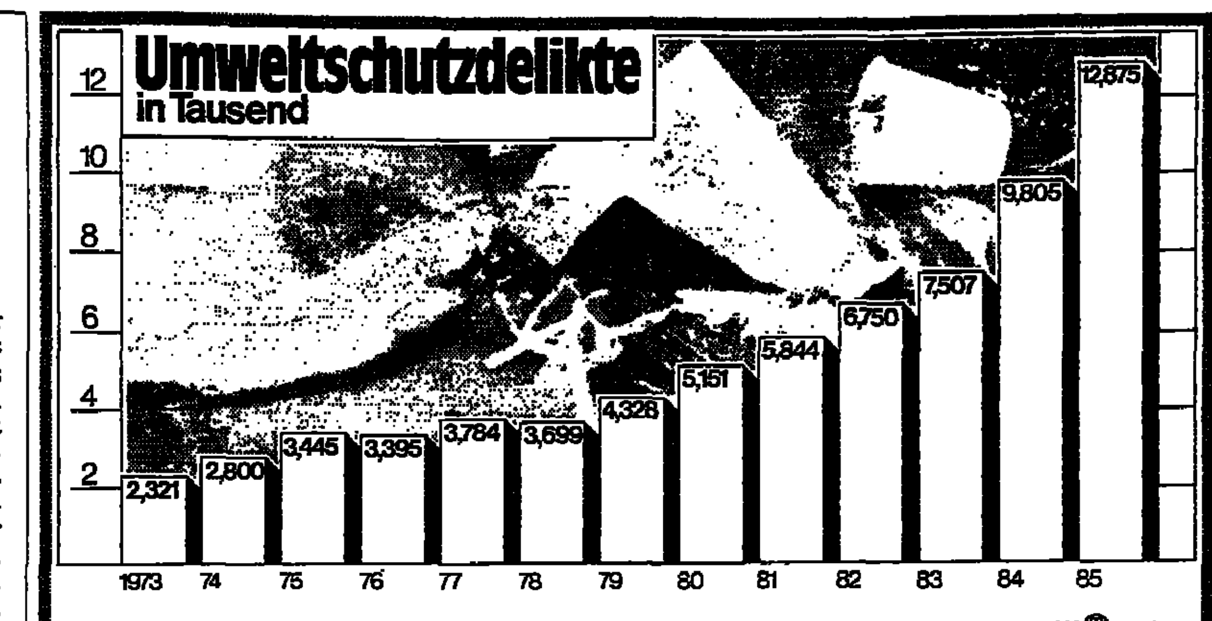
Das Buch ist in drei Teile untergliedert. Der erste Abschnitt informiert in eindrucksvoller Weise, durch zahlreiche Tabellen und Diagramme erhärtet, mit konkreten Zahlen über Art und Ausmaß des Wohlstands-, Landwirtschafts- und Industriemülls. Die bislang möglichen Recycling-Verfahren werden ebenso dargestellt wie richtungweisende neue Ideen auf dem Weg zur „Verwertungsgesellschaft".

Entgegen allen Prognosen und Erwartungen ist der „Müllberg" in der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 70er Jahre nur langsam gewachsen. Doch muß die Frage erlaubt sein, ob es für die Millionen Tonnen Abfälle, die wir immer noch jährlich produzieren, wirklich keine andere Möglichkeit gibt, als diese zu verbrennen, zu verbuddeln oder ins Meer zu schütten.

Den zweiten und weitaus umfangreichsten Teil des Buches stellt über 167 Seiten ein Abfall- und Umweltwörterbuch dar, das beim „Aachener Verfahren" beginnt und beim „Zukunftsinvestitionsprogramm" endet. Der Schlußteil des Buches richtet sich mit Tips und Vorschlägen direkt an den Leser und rät, wie sich der einzelne im täglichen Leben umweltbewußter verhalten kann. Hier schießen die Autoren teilweise über das Ziel hinaus, wenn sie raten, den eigenen Hund nur dort „sein Geschäft" erledigen zu lassen, wo dies ohne Belästigung der *Allgemeinheit geschehen könne.*

JÖRN EHLERS

„Was Sie schon immer über Abfall und Umwelt wissen wollten", herausgegeben vom Bundesinnenministerium; Verlag W. Kohlhammer Stuttgart, 227 S., DM 9,80.



Schlechte Zeiten für Kavaliersdelikte

Studie des Umweltbundesamtes: Die Aufklärungsquote bei Umweltstraftaten steigt

Straftaten gegen die Umwelt werden in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973 statistisch erfaßt. In den vergangenen zwölf Jahren stieg die Zahl der in dieser Erhebung berücksichtigten Fälle, also die der Polizei angezeigten, von 2321 im Jahre 1973 auf 12 875 im letzten Jahr. Die Dunkelziffer im Bereich der Umweltschutzdelikte liegt jedoch mit Sicherheit viel höher. Zu diesen Ergebnissen kommt eine im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) jetzt veröffentlichte Studie.

Dieser Entwicklung wird seit dem 1. Juli 1980 durch die Aufnahme des Abschnitts „Straftaten gegen die Umwelt" ins Strafgesetzbuch (StGB) Rechnung getragen. Seitdem können Gewässerverunreinigungen, Luftverschmutzung, umweltgefährdende Abfallbeseitigung oder die Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete mit Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren bzw. mit hohen Geldstrafen geahndet werden.

„Dennoch kann das Strafrecht nur begrenzte Funktion haben und nicht vorbeugend wirken, da es erst nach entstandenem Schaden ansetzt." Auf diese „Feuerwehrfunktion" weist der UBA-Jurist Prof. Peter-Christoph Storm hin. Er führt die gestiegene Zahl der angezeigten Umweltschutzdelikte auf das verstärkte Umweltbewußtsein der Bevölkerung und auf die Tatsache zurück, daß Straftaten gegen die Umwelt nicht mehr als Kavaliersdelikte angesehen werden.

Die aktuelle Statistik über Umweltschutzdelikte für das Jahr 1984 kommt auf eine Zahl von 9805 Straftaten. Ein Fünftel aller Delikte sind demnach in Niedersachsen verübt worden. Mit einem Anteil von 16,1 Prozent folgt Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle. Die geringsten Probleme mit Umweltstraftätern haben die Behörden im Saarland, wo weniger als ein Prozent aller Delikte registriert wurden.

Die Steigerungsrate dieser Fälle beträgt 1984 plus 30,6 Prozent und weist damit eine völlig andere Tendenz als die Steigerungsrate der Gesamtkriminalität (minus 4,9 Prozent) auf. Trotzdem machen die angezeigten Umweltschutzdelikte nur 0,2 Prozent der insgesamt 4 132 783 Fälle, die die Polizei 1984 beschäftigten, aus.

Fast drei Viertel aller Verstöße sind Fälle von Gewässerverunreinigungen. Mit 17,3 Prozent folgen die Straftaten der umweltgefährdeten Abfallbeseitigung. Luftverunreinigungen lagen nur in 4,2 Prozent aller Fälle vor. „Beliebtester Tatort" waren Gemeinden mit bis zu 20 000 Einwohnern, in den Großstädten ging der Anteil der Umweltkriminalität leicht zurück.

In der Arbeit gegen die Umweltkriminellen verzeichnet die Polizei 1984 überdurchschnittliche Erfolge. Verbesserte Ausrüstung, verstärkte Aufklärung und erhöhte Wachsamkeit in der Bevölkerung führten zu einer Aufklärungsquote von 71,5 Prozent.

Von 5769 Verstößen im Jahre 1983 ist die Zahl der ermittelten Gewässerverunreinigungen im Jahre 1984 auf 6992 Fälle gestiegen, dies entspricht einer Steigerungsrate von 21,2 Prozent. Auch hier steht das Land Niedersachsen an der Spitze der Statistik. Die Aufklärungsquote für diese Art von Verstößen beläuft sich auf 67,2 Prozent. Auffällig ist hier die sehr geringe Erfolgsrate der Behörden in Berlin, dem Sitz des Umweltbundesamtes.

Einen überaus starken Anstieg der Fälle von Luftverschmutzung registrierte die Polizei 1984. 415 Fälle stehen hierbei 118 Verstößen des vorhergehenden Jahres gegenüber.

Die Studie des Umweltbundesamtes kommt zu dem Schluß, daß letztlich nicht die Umweltschutzdelikte zunehmen. Vielmehr wachse die Bereitschaft, solche Verstöße nicht mehr als nebensächlich abzutun, sondern sie der strafrechtlichen Verfolgung zuzuführen.

Prof. Peter-Christoph Storm, einer der Autoren der Studie, schränkt die Aussagekraft der Statistiken jedoch ein: „Sie sind stark verbesserungsbedürftig." Seiner Meinung nach werden in den polizeilichen Angaben zu den Straftaten gegen die Umwelt kleinere Verstöße einzelner Personen zu Unrecht ebenso stark bewertet wie die Verstöße großer Unternehmen. Zudem tauchen einige Verstöße größerer Sünder gar nicht erst in den Statistiken auf, da oft schon im Vorfeld von Ermittlungen Mängelbeseitigung eine Strafverfolgung nicht mehr nach sich ziehe.

A. M. ADOLPH/C. HEINE

Freie Fahrt der zügigen Sanierung?

Die Erfassung und Bewertung von Altlasten bedarf einer einheitlichen Regelung

„Wenn das Dioxin nicht gewesen wäre, hätten wir es erfinden müssen", konstatiert Volker Franzius vom Berliner Umweltbundesamt, „denn endlich hat man etwas für die Altlasten getan." Unter Altlasten versteht er stillgelegte Müllkippen, wilde Ablagerungen, Halden mit umweltgefährdenden Produktionsrückständen, verseuchte Betriebsgelände, defekte Abwasserkanäle und sonstige Verunreinigungen durch die unsachgemäße Lagerung gefährlicher Stoffe.

In der Vergangenheit wurde die Beseitigung von Abfällen, besonders von solchen, die giftige Substanzen enthielten, häufig großzügig gehandhabt. Diese Stoffe wurden entweder „wild" oder ohne Kontrolle auf genehmigten Deponien gelagert. Als Folge treten heute oft massive Grundwasser- und Bodenverunreinigungen auf. Mit dem Erbe, das uns das früher fehlende Umweltbewußtsein beschert hat, müssen wir uns heute herumschlagen.

Dr. Franzius gibt die aktuelle Zahl der Laststandorte mit 35 000 für das gesamte Bundesgebiet an, wobei er darauf hinweist, daß man mit der Erfassung dieser Standorte noch am Anfang steht. Kontaminierte Industriegelände seien so bisher nur in Hamburg und Berlin erfaßt.

Luftbilder liefern Daten

Nachdem das Abfallbeseitigungsgesetz von 1972 erlassen worden war, standen die Behörden vor dem Problem, alle „Giftplätze" zu erfassen. Dabei bedienten sich die Ämter im wesentlichen folgender Methoden: Man wertete vorhandene Kenntnisse der Bevölkerung und frühere Akten und Karteneintragungen aus. Oft halfen auch gezielte Umfragen und die Auswertung von Luftbildern, denn allzuoft verschwanden nicht nur Bauschutt in den Bombenkratern, sondern auch giftige Substanzen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Erfassung der Altlastenstandorte war nur der erste Schritt, wichtiger noch ist die Abschätzung der von ihnen ausgehenden Gefahren und die Möglichkeit der Sanierung.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine einheitliche Bewertung für kontaminierte Standorte. Die Bewertung festgestellter Schadstoffkonzentration erfolgt je nach Bundesland unter Berücksichtigung der örtlichen Situation und der von den Behörden zugelassenen Richtwerte. Die daraus resultierende Unsicherheit verhindert häufig die schnelle und zügige Sanierung der Altlasten.

Die Sanierungstechnik hat die Aufgabe, vorhandene Boden- und Grundwasserkontaminationen zu beseitigen oder, wenn dies nicht möglich ist, eine weitere Ausbreitung und Verseuchung zu verhindern. Als eine Methode steht zur Zeit die Möglichkeit des Ausgrabens, die sogenannte Auskofferung von abgelagerten Abfällen und verseuchten Böden mit erneuter Ablagerung auf ausgewiesenen Abfalldeponien, zur Verfügung. Doch stellt dies lediglich eine Verlagerung des Problems dar. Erfolgreicher dagegen erscheint die nachträgliche Einkapselung von Altlasten durch Oberflächenabdichtung und Dichtwände.

Die Methode des Abdämmens durch Trennwände wird häufig mit hydraulischen Maßnahmen (z. B. Abpumpen) kombiniert. Dabei wird das kontaminierte Grund- und Sickerwasser über Förderbrunnen gewonnen und nach entsprechender Behandlung gereinigt. Nachteilig ist, daß dadurch nur bereits gelöste und ins Grundwasser gelangte Schadstoffe beseitigt werden.

Einsatz von Bakterien

Attraktiver erscheinen daher biologische, chemische oder physikalische Verfahren, die sogenannten In-situ-Techniken, bei denen kontaminierte Bereiche durch äußere Einwirkungen so behandelt werden, daß die Verseuchung reduziert oder gar vollständig beseitigt wird.

Neben dem Verfahren der „Auswaschung" sind in letzter Zeit besonders Verfahren mit Mikroorganismen, also bakterielle Reinigungsverfahren, in den Blickpunkt gerückt. Diese werden vornehmlich für die Behandlung kontaminierter Böden eingesetzt.

Wenn auch der Verursacher von Altlasten zur Sanierung verpflichtet werden kann, so muß man doch feststellen, daß in der Regel dazu die rechtlichen Möglichkeiten begrenzt sind. Entweder ist der eigentliche Verursacher unbekannt, oder er verfügt nicht über die entsprechenden Mittel, so daß der Staat bzw. der Steuerzahler für die Sanierung aufkommen muß. Neueste Schätzungen des Umweltbundesamtes dafür belaufen sich auf 17 Milliarden Mark. Diese Ausgabe zur Sanierung von Altlasten, so Volker Franzius, sei zwar nicht mehr zu verhindern, jedoch solle die Vermeidung von „Neulasten" im Vordergrund stehen.

H. BÄTZ/W. KREIS

Ein Engel geht auf Kundenfang

Produkte mit dem Umwelt-Gütesiegel erweisen sich immer mehr als Verkaufsrenner

Seit neun Jahren gibt es ihn, und jeder ist ihm schon einmal begegnet: dem „Blauen Umweltengel" als Zeichen für ein umweltfreundliches Produkt. Im Farbengeschäft und in den Regalen der Supermärkte schmückt das Signum die Verpackung von schadstoffarmen Lacken bis hin zu umweltfreundlichen Rohrreinigern oder anderen Haushalts-Saubermännern. Der umweltbewußte Verbraucher soll, so die Absicht der Initiatoren, beim Einkauf deutlich die Spreu vom Weizen trennen und sich für das umweltverträgliche Produkt entscheiden.

Da immer mehr Hersteller und Werbefachleute den Wettbewerbsvorteil durch den „Umweltengel" erkennen, nimmt das Interesse an einer entsprechenden Auszeichnung in starkem Maße zu.

Bei der Vergabe des „Umweltengels" – inzwischen über 1300 Mal vergeben – *orientiert sich die Jury nach* Angaben des Umweltbundesamtes „an dem höchsten Stand der Technik". Produkte, die lediglich gesetzliche Auflagen erfüllen, werden nicht extra gekennzeichnet. Mit der Vergabepraxis sollen gleichzeitig den jeweiligen Branchen Maßstäbe für eine Weiterentwicklung gesetzt werden. Die Vergabe des Umweltzeichens ist dabei auf drei Jahre befristet. Nach Ablauf dieser Frist entscheidet eine Jury, die im Mai und Dezember eines jeden Jahres zusammentritt, über eine Verlängerung.

Für Umweltschützer und Verbraucherverbände sind die Vergabe-Bedingungen zu lasch. Sie sehen nicht ein, warum z. B. Deo-Sprays mit umweltfreundlichen Treibgasen die Plakette bekommen, derweil Produkte, die ganz auf diesen Zusatz verzichten, weil sie das Mittel anders „an den Mann bringen", leer ausgehen.

Einen begründeten Antrag für die Vergabe des Umweltzeichens kann *jeder beim Umweltbundesamt* einreichen. Das Amt sammelt die Vorschläge und erarbeitet nach einer Expertenanhörung eine Empfehlung für die „Jury Umweltzeichen".

Die interessierten Hersteller beantragen nach positivem Entscheid der Jury beim RAL (Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e. V.) die Berechtigung zur Nutzung des Umweltzeichens für das entsprechende Produkt. Was allerdings kaum bekannt ist: Für die Nutzung des „Umweltengels" werden finanzielle Beiträge erhoben, wobei sich der „Preis" nach dem Umsatz des gekennzeichneten Produkts richtet.

Die niedrigste Stufe sieht bei einem Jahresumsatz bis 500 000 Mark einen Beitragssatz von 250 Mark vor. Beträgt der Jahresumsatz mehr als zehn Millionen Mark, liegt der Beitrag bei 3000 Mark pro Jahr. Diese Investition lohnt allemal: Besonders kleine und mittelständische Unternehmen sehen hier eine effektvolle Werbung, *und das fast zum Nulltarif.*

ULRICH PAUL

Der Sternenhimmel im Juni

Von ERICH ÜBELACKER

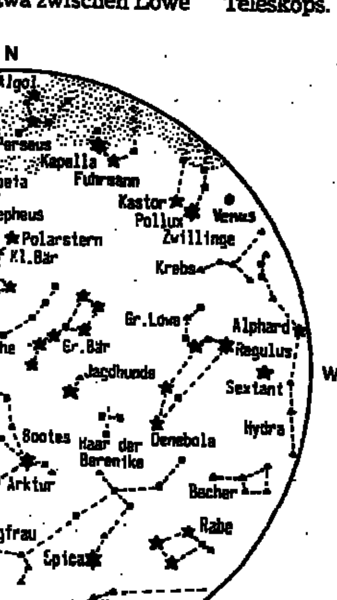
Am 21. 6. beginnt, astronomisch gesehen, der Sommer. Die Sonne geht in Deutschland je nach geographischer Lage etwas vor oder nach 21.30 Uhr Sommerzeit unter. Man muß mindestens bis 23 Uhr warten, um die Sterne einigermaßen gut beobach*ten zu können. Im Norden der Bun*desrepublik wird es zur Zeit sogar überhaupt nicht richtig dunkel, da dieses Gebiet dem Reich der Mitternachtssonne schon recht nahe liegt.

Ein helles Gestirn wird man allerdings kurz nach Sonnenuntergang im Nordwesten überall leicht finden können: Die Venus ist nach wie vor strahlender Abendstern. Am 10. 6. sorgt sie für die schönste Konstellation des Monats, da sie an diesem Tag von der zunehmenden Mondsichel überholt wird.

Am 15. 6. erreicht der Mond das erste Viertel und lädt zur Feldstecher- oder Fernrohrbeobachtung ein, die bei Halbmond besonders empfehlenswert ist. An der Grenze zwischen Hell und Dunkel sieht man dann sehr gut die Mondkrater, *da dort*, vom Mond aus gesehen, gerade die Sonne aufgeht und wegen ihrer schrägen Stellung noch nicht ins Kraterinnere hineinscheinen kann. Die Ränder der Krater sind schon beleuchtet, ihre Böden noch dunkel, und dieser Kontrast läßt die Ringgebirge besonders gut hervortreten. Bei Vollmond dagegen sind die Krater kaum zu erkennen. Die dunklen Mondmeere, große, längst erkaltete Lavafelder, und von einigen Kratern ausgehende Strahlen aus hellem Material sind jedoch auch am 22. 6., wenn die Vollmondstellung erreicht ist, gut zu sehen.

Nach 23 Uhr erkennt man knapp über dem Nordwesthorizont nahe der Venus die beiden Hauptsterne der Zwillinge, Kastor und Pollux. Der Löwe steht um 23 Uhr genau im Westen, hoch über ihm findet man leicht den Großen Bären oder Großen Wagen, unter ihm erkennt man den Kopf der Wasserschlange oder Hydra. Dieses Sternbild ist eine lange Sternenkette, deren hinteres Ende nach Einbruch der Dunkelheit etwa über dem Südpunkt liegt.

Im Südwesten stehen die Sternbilder Jungfrau, Rabe und Becher. Im Sextanten, etwa zwischen Löwe und Becher gelegen, können geübte Fernrohrbeobachter den nun schon sehr lichtschwachen Halleyschen Kometen finden. Hoch über dem Südpunkt erkennt man leicht den Bärenhüter oder Bootes mit seinem hellen Hauptstern Arkturus, dem *sich die nördliche Krone anschließt.*



Im Südwesten ist der Skorpion aufgegangen, in dem wir auch nach wie vor den Saturn finden, der gerade seine erdnächste Stellung hinter sich hat und die ganze kurze Juninacht hindurch gut zu beobachten ist. Sein herrliches Ringsystem ist schon dem Kleinfernrohr zugänglich, ebenso sein hellster Mond Titan, der am 5. und 21. 6. den größten westlichen, am 13. und 29. 6. den größten östlichen Abstand vom Saturn erreicht.

Ein weiterer Planet macht nun immer mehr auf sich aufmerksam, der rötliche Mars, der am 1. Juni um 0.30 Uhr, am 15. Juni bereits gegen 23.30 Uhr aufgeht. Er wird im nächsten Monat seine erdnächste Stellung, die Opposition erreichen, ist aber schon jetzt ein lohnendes Objekt für den Besitzer eines kleinen Teleskops. Leider steht der Planet, von Deutschland aus gesehen, nur *knapp über dem Horizont.*

Im Osten findet man um 23 Uhr das Sommerdreieck mit den hellen Sternen Wega in der Leier, Deneb im Schwan und Atair im Adler. Über dem Nordhorizont steht das „Himmels-W", die Kassiopeia, deren mittleres Dreieck ziemlich genau wie eine Pfeilspitze zum Polarstern zeigt, der immer über dem Nordpunkt steht. Um den Himmel über dem Nordhorizont zu simulieren, muß man die Sternkarte auf den Kopf stellen. Die in dieser Position beiden linken Hauptsterne des Großen Wagens weisen ebenfalls zum Polarstern, der zum Kleinen Wagen oder Kleinen Bären gehört.

In der zweiten Nachthälfte taucht ein weiterer heller Planet, der Jupiter, am Osthorizont auf, und zwar am 1. 6. um 2.30 Uhr, zur Monatsmitte etwa um 1.30 Uhr. Da er nur von schwachen Hintergrundsternen umgeben ist, kann man ihn wegen seiner großen Helligkeit leicht identifizieren. Selbst das bescheidenste Amateurteleskop zeigt den täglichen Stellungswechsel der vier hellsten Jupitermonde.

Mulroney – trotz Erfolg ein glückloser Premier

Kanadas Liberale im Aufwind / Schwieriger Partner USA

FRITZ WIRTH, Washington

Brian Mulroney, der kanadische Premierminister, schaut nicht ohne Neid auf das unverwüstliche „Teflon-Image" des amerikanischen Präsidenten, von dem offenbar die Folgen aller politischen Unglücke und Fehlkalkulationen auf wundersame Weise abzugleiten scheinen. Mulroney dagegen ist ein Premier ohne politische Fortune.

Das ist bitter und überraschend zugleich für einen Mann, der im September 1984 immerhin mit der größten parlamentarischen Mehrheit in der kanadischen Geschichte die Wahlen gewann. Seine Partei, die Progressiven Konservativen, gewann damals 211 der 282 Sitze.

Mulroney jedoch machte in den letzten 20 Monaten die gleichen Erfahrungen wie Margaret Thatcher in Großbritannien: Erdrutsch-Siege sind kein Freifahrtschein für ungetrübte politische Vergnügungsreisen.

Im Gegenteil: Regierungen mit so starker parlamentarischer Rückendeckung sind offenbar schadensanfälliger und fahrlässiger als jene, denen die Opposition scharf auf den Fersen sitzt. So sind bisher vier Minister aus dem Kabinett Mulroney ausgeschieden, der letzte, Sinclair Stevens, Minister für regionale Industrieentwicklung, vor 14 Tagen.

Diese Rücktritte hatten zur Folge, daß die vor 20 Monaten so schwer geschlagenen Liberalen in den Meinungsumfragen *heute wieder vor der* Partei Mulroneys rangieren.

Grund zum Hadern

Mulroney hat guten Grund, mit seinem politischen Schicksal zu hadern, denn diese Affären überschatten eine Reihe politischer Erfolge, die fast in Vergessenheit geraten sind. So hatte die kanadische Wirtschaft im letzten Jahr mit 4,1 Prozent eine Wachstumsrate, die höher war als die aller anderen Industrienationen mit Ausnahme Japans. Er selbst beansprucht für *sich das Verdienst*, 400 000 *neue* Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosenrate von zwölf auf zehn Prozent gesenkt zu haben.

Nichts verdeutlicht jedoch mehr seinen Mangel an politischer Fortune als die „Saure-Regen-Affäre" mit den USA. Als ihm nach langen erfolglosen Bemühungen und spürbarem Desinteresse der USA bei der Lösung dieses Problems vor wenigen Wochen endlich ein Durchbruch gelungen schien und Präsident Reagan ein Kooperations-Abkommen unterschrieb, machte am *Ende* nicht dieser Erfolg Schlagzeilen in Kanada, sondern eine Ohrfeige, die die Frau des kanadischen Botschafters in Washington ihrer Sekretärin verabreicht hatte.

Problem „saurer Regen"

Inzwischen nun ist diese Angelegenheit durch die Deaver-Affäre abgelöst worden, dessen *Lobbyisten*-Dienste die kanadische Regierung für 105 000 Dollar eingekauft hatte und die nun den Eindruck vermittelt, als sei es nicht das diplomatische Geschick *Mulroneys* gewesen, *das die* Reagan-Administration in der Sache „saurer Regen" umstimmte, sondern der Einfluß Michael Deavers.

Der Popularitätsschwund Mulroneys in den *letzten Monaten muß* aber noch lange nicht bedeuten, daß die Liberalen nach der katastrophalen Niederlage im Jahre 1984 wieder auf dem besten Wege zurück zur *Macht* sind.

Die nächste Parlamentswahl ist bis zum September 1989 fällig, und für den Ausgang dieser Wahl werden die zwei zentralen politischen Aufgaben, die in den kommenden Jahren vor Mulroney liegen, ausschlaggebend sein: die Verwirklichung seines ehrgeizigen Plans eines Freihandelsabkommens mit den USA und die Reduzierung des Haushaltsdefizits in Höhe von 26 Milliarden US-Dollar.

Das Thema eines Freihandelsabkommens weckt zur Stunde die meisten politischen Emotionen. Die Gespräche werden voraussichtlich anderthalb bis zwei Jahre dauern; sie dürften also zum beherrschenden Thema bei der nächsten Parlamentswahl werden.

Mulroney sieht dieses Abkommen in erster Linie als einen Schutzschild gegen den immer härter werdenden Protektionismustrend im US-Kongreß. *Außerdem hofft* er, *dadurch* neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Die Gegner dieses Abkommens befürchten nicht nur eine zunehmende „Amerikanisierung" des kanadischen Alltags, sondern einen Verlust politischer Souveränität. Die Liberalen unterstellen Mulroney, er wolle Kanada zum 51. amerikanischen Bundesstaat machen.

Trotz aller Verbote gelingt es Moskau nicht, Kraft und Gewissen der Gläubigen Rußlands zu brechen

Der Kreml läßt eine Lockerung der Religionsgesetze verkünden und verspricht mehr Freiheit für die Kirchen. Es fällt schwer, mehr als nur Propaganda dahinter zu vermuten. Denn die Wirklichkeit der Kirchen in der Sowjetunion ist gezeichnet vom Kampf gegen die Nomenklatura.

R. M. BORNGÄSSER, Moskau

„Gott ist tot" – so hieß es nach der Oktoberrevolution. Doch 69 Jahre danach drängen sich die Gläubigen noch immer in die russisch-orthodoxen Kirchen und Klöster. Mag die Sowjetmacht in der Osternacht auch noch so viele Milizionäre aufbieten, mag sie die Gitter vor den Kirchen auch noch so eng stellen, so daß der Kirchgang zum Spießrutengang wird, und mögen auch noch so viele „stille" Beobachter unter der Menge der Andächtigen verteilt sein – es läßt sich nicht leugnen, es gibt eine Art „religiöser Renaissance" in der Sowjetunion, die alle Schichten der Bevölkerung ergriffen hat. Besonders die Jugend und die Intellektuellen. Und das, obwohl die russisch-orthodoxen Christen mit ihrer Zugehörigkeit zur Kirche sich selbst zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradieren, *denn wer in diesem* Staat Karriere anstrebt, darf nun einmal kein Christ sein.



In Rußlands Kirchen brennen die Kerzen, Zeichen der Hingabe bis zum Martyrium, nach wie vor: Szene in der Dreifaltigkeitskathedrale von Sagorsk FOTO: MANFRED VOLLMER

Die einst ausgegebene plumpe Parole „Kreuz *oder* Traktor" erweist sich längst als überholt, seit die gläubigen Bauern Kreuze an ihre Traktoren hefteten und damit demonstrierten, daß sie keinen Widerspruch zwischen *Religion und* Technik sehen. Dennoch: Kirche in der Sowjetunion, das heißt auch heute noch immer Kampf des Systems gegen Religion und Kirche, obwohl man sich rein äußerlich arrangiert zu haben scheint und obwohl die sowjetische Verfassung die „Gewissensfreiheit", freilich nicht die „Religionsfreiheit", garantiert hat. Die Kirche darf „Kulthandlungen" nur in Gotteshäusern ausüben und finanziert sich selbst (Kirchensteuer zahlt niemand). Jede Tätigkeit außerhalb des Kirchengeländes wird ihr untersagt. So darf sie keinen Religionsunterricht erteilen, nicht zu außen- und innenpolitischen Themen Stellung nehmen – mit einer Ausnahme: Sie darf für den Weltfrieden und gegen den Atomkrieg die Trommel rühren.

Die Kirche in der Sowjetunion darf weder karitative Hilfsorganisationen unterhalten, noch Bücher mit religionsphilosophischem, mystischem oder belletristischem Inhalt in der Kirche benutzen, noch religiöse Literatur *außerhalb der Kirche* verkaufen. Lang ist der Katalog der Verbote. Und in der Praxis wird er von linientreuen Funktionären noch strenger gehandhabt.

Unter Stalin gab es im Jahre 1939 im ganzen weiten Sowjetland nur noch 400 Kirchen für gottesdienstliche Zwecke. 1917 waren es 79 000 gewesen. *Priester, Mönche, Nonnen* und Novizen wurden verfolgt, verbannt, des Landes verwiesen. Doch wie sehr der Glaube im russischen Volk verwurzelt ist, zeigt, daß mit dem Einmarsch der deutschen Truppen 1941 innerhalb kürzester Zeit in den besetzten Gebieten Tausende von Kirchen und Klöster wieder eröffnet wurden.

Im Jahre 1958 gab es in der Sowjetunion noch 22 000 Kirchen und 69 Klöster. Doch drei Jahre später in der Chruschtschow-Zeit waren es nur noch 11 500 Kirchen und 1979 nur noch 7062. Der Amtsantritt von Breschnew stoppte keinesfalls die Welle der Kirchenverfolgung, sondern verlangsamte sie nur.

Seit Mitte der 70er Jahre wird der Kirchenkampf in der Sowjetunion wesentlich subtiler geführt. Die neuen Methoden zielen vor allem darauf ab, die Kirchen von innen her auszuhöhlen, ihren Prozeß des „Absterbens" zu beschleunigen. Das geht so: Man läßt nur jeden vierten Bewerber zum Studium an den noch verbliebenen Seminaren und Akademien zu, so daß derzeit in der Sowjetunion weit mehr Priester aus Altersgründen und Tod ausscheiden, als Kandidaten die Weihe erhalten. Zum zweiten schließt man die Kirchen aus „Sicherheitsgründen", da angeblich die Bausubstanz zu schlecht ist. Vom gleichen Schicksal sind auch Klöster und Wallfahrtskirchen bedroht.

Zwar gibt es ein Episkopat, das seine Stimme erheben könnte. Da dieses sich aber so vorzüglich mit dem Regime arrangiert hat, sind kaum Einsprüche zu erwarten. Trotz dieser deprimierenden Lage, gelingt es dem Staat nicht, die Kirche total zu unterwerfen, oder gar auszumerzen. Immer wieder entstehen Organisationen, die für die ihnen garantierte Glaubensfreiheit kämpfen und trotz schärfster Verfolgung gelang es bisher nicht, diese kritischen Stimmen endgültig zum Schweigen zu bringen. Selbst Verhaftungen und jahrelanger Lageraufenthalt vermag die Kraft der Gläubigen nicht zu brechen.

Nicht nur die russisch-orthodoxe *Kirche hat für ihren Glauben zu* kämpfen, sondern auch die anderen Religionen. So die römisch-katholische Kirche in Litauen und die Unierten in der Ukraine. Sie werden *besonders mit dem Vorwurf verfolgt*, daß die eigentliche „Befehlszentrale" ihres Glaubens im Ausland, in Rom, liege. Deshalb waren sie dem sowjetischen Staat nie treu ergeben. 1946 *zwang die sowjetische Regierung die* Unierten zur Vereinigung mit der russisch-orthodoxen Kirche, um so den Einfluß des Vatikans auszuschalten. Die unierte Kirche besteht seitdem *unter schwierigsten Bedingungen.*

Besonders zu leiden haben die Juden in der Sowjetunion. Sie gelten als gefährlich, weil sie zu einer im Ausland weit verbreiteten Gemeinschaft gehören, und mit einem „feindlichen" Staat, Israel, sympathisieren. Seit der Oktoberrevolution wurden damals alle 3000 Synagogen bis auf rund 50 geschlossen. Auch Moslems und die Buddhisten der Burjäten, Tuviner und Kalmücken im Osten sind nach wie vor Repressalien ausgesetzt.

Daß die sowjetischen Politiker jeden Glauben als Fremdkörper in ihrem System empfinden, Religionsgruppen unterstellen, sie seien „Agenten" eines fremden Stastes, zeigt mal wieder die „Prawda". Sie ruft ihre ideologischen Kader und schulischen Erzieher zu einer Verstärkung der atheistischen Propaganda im Kampf gegen den „militanten Klerikalismus" auf. Im selben Artikel wird der *neuerliche* Appell zum ersten Mal auch in einen direkten Zusammenhang mit der 1000-Jahr-Feier anläßlich des Beginns der Christanisierung Rußlands gestellt, die von der russisch-orthodoxen Kirche für 1988 vorbereitet wird. Der Sowjetstaat dürfe sich nicht mit „spontanen Atheisten" begnügen, die sich dem Atheismus sowie der Religion gegenüber gleichgültig verhielten, sondern er müsse seine Kader dazu anhalten, solche Bürger „mit allen Mitteln" zu „bewußten Atheisten" zu erziehen. Da hat sich seit Lenin nichts geändert.

Mitterrand will „Fürsprecher" Sacharows sein

dpa/AP, Paris

Der französische Staatspräsident François Mitterrand will bei den Bemühungen um Freiheit für den in der Verbannung lebenden sowjetischen Regimekritiker Andrej Sacharow die Rolle des „Fürsprechers" übernehmen. Das bot Mitterrand, der in der ersten Julihälfte nach Moskau fahren will, Sacharows Ehefrau Jelena Bonner bei einem Gespräch im Elyseepalast in Paris an. Über mögliche Initiativen Mitterrands wurden aber keine Angaben gemacht. Nach Angaben eines Sprechers drückte Mitterrand Frau Bonner seine Bewunderung aus: „Sagen Sie ihrem Mann, daß ich zu denen gehöre, die ihn nie vergessen werden."

Vor Journalisten zeigte sich Frau Bonner beeindruckt von dem herzlichen Empfang in Frankreich. Sie sagte, die von Frankreich bisher vertretene Geheimdiplomatie im Interesse der verfolgten Dissidenten sei nutzlos, solange sie nicht von öffentlichen Erklärungen und Demonstrationen begleitet werde. Nach ihren Gefühlen zu ihrer Rückkehr in die Sowjetunion befragt, antwortete Jelena Bonner: „Das ist äußerst kompliziert. Es fällt mir schwer, meine Kinder zu verlassen, meine Enkel, meine Mutter. Zur gleichen Zeit möchte ich meinen *Mann wiedersehen. Aber wenn mein* Mann nicht dort wäre, würde ich niemals zurückkehren." Frau Bonner kam aus den Vereinigten Staaten, wo sie sich sechs Monate lang zu einer medizinischen *Behandlung aufgehal*ten hatte. Gestern flog sie nach London und traf mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zusammen.

Mehr Prestige als Einfluß

Alfred Grossers Untersuchung der französischen Außenpolitik seit 1944

Wenig mehr als zwanzig Jahre ist es her, seit der prätentiöse François Mauriac das Frankreich de Gaulles Europa und der Welt als Vorbild präsentieren konnte, das er anderen Nationen zur Nachahmung empfahl. Vergleicht man damit die kühle Objektivität, mit der Alfred Grosser die französische Außenpolitik der vier Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg analysiert, dann wird sofort klar, wieviel sich in der Einstellung Frankreichs zur Umwelt in so kurzer Zeit geändert hat.

Was dabei am meisten auffällt, ist die sorgfältige Distanz, die der in Frankfurt geborene Professor der politischen Wissenschaften, einer der unbeirrbarsten Wegbereiter der deutsch-französischen Freundschaft, zu dem französischen Selbstverständnis hält. Immer wieder wird man an die strenge Kritik erinnert, *die ein anderer Professor, der in* Fürth geborene Henry Kissinger, an der Außenpolitik der Vereinigten Staaten übt.

Es ist natürlich kein Zufall, daß die Reserve, mit der beide der Mentalität *ihrer neuen Heimat begegnen*, und das besondere Einfühlungsvermögen, das ihnen abgefordert wird, solche Parallelen hervorbringt. Der Abstand, aus dem sie die Probleme betrachten, schärft den Blick für die im Nationalcharakter liegenden Vorbelastungen, die der französische Anspruch, der Welt Lektionen zu erteilen, und das amerikanische Vertrauen in die missionarische Sendung der USA für die Entwicklung einer sachbezogenen Außenpolitik bedeuten. Was *die Außenpolitik* Frankreichs angeht, sieht es Grosser als seine Aufgabe an, „französische Mythen zu entlarven und französische Überheblichkeit zu bekämpfen". Es verdient Unterstützung, wenn er die Leser der deutschen Ausgabe davor warnt, in hämische Genugtuung zu verfallen.

Dazu ist um so weniger Anlaß, als in der Bilanz von vierzig Jahren Außenpolitik, die Grosser zieht, sich nichts auch nur annähernd mit dem vergleichen läßt, was er die Verbindung Frankreichs und Deutschlands zu einem „Paar" nennt. Mit Recht weist er das Hauptverdienst an dieser Entwickung de Gaulle zu, der es „auf spektakuläre Weise" fertiggebracht habe, Millionen noch zögernder Franzosen für die Verständigung zu gewinnen.

Grosser verschweigt die Widersprüche nicht, die noch heute die Einstellung Frankreichs zur Bundesrepublik kennzeichnen, die einerseits einen privilegierten Rang in allen französischen Meinungsumfragen einnimmt, auf der anderen Seite aber die Vorurteile der Vergangenheit, denen sie bei den Franzosen begegnet, noch lange nicht völlig überwunden habe. Die Neigung Frankreichs, anderen Völkern Lehren zu erteilen, die für diese verletzend sind, sei durchaus noch nicht überholt.

Mit der Selbstgefälligkeit seiner *Landsleute geht Grosser mit einer* Offenheit ins Gericht, zu der bei seiner Herkunft eine beträchtliche Portion intellektueller Ehrlichkeit gehört. Es sind nicht gerade nebensächliche Zeugen, die er für seine Kritik an der französischen Überheblichkeit anführen kann – de Gaulle, der 1967 fand, die Ziele Frankreichs lägen, eben weil sie französisch sind, im Interesse aller Menschen. Oder Giscard d'Estaing, der sich 1975 zu dem Satz verstieg: „Frankreich ist das Beste, was es gibt." Oder Mitterrand, der den „undefinierbaren Genius" rühmte, der es Frankreich erlaube, die grundlegenden Bedürfnisse des *menschlichen Geistes* zu erfassen.

Alfred Grosser:
Frankreich und seine Außenpolitik, 1944 bis heute
Aus dem Französischen von Reinhard Kreuz und Marianne Punstein. Carl Hanser Verlag, München. 405 S., 54 Mark.

Grosser sieht in der Geringschätzung, die Frankreich den USA und insbesondere der amerikanischen Kultur entgegenbringt, die Kompensation eines Minderwertigkeitsgefühls, *die das Ungleichgewicht* an Macht und Einfluß bemänteln soll.


Alfred Grosser
FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Dagegen macht er für das Bestreben, an der Gestaltung der Weltpolitik aktiv mitzuwirken, nicht ausschließlich das französische Geltungsbedürfnis verantwortlich. Er gibt zu bedenken, daß die deutsche Einstellung nach 1945, sich möglichst weitgehend aus dem großen Weltgeschehen auszuklammern, die Rolle Europas als einer die Weltpolitik mitgestaltenden Macht blockierte und daher die weltpolitischen Bestrebungen Frankreichs rechtfertigt.

Dennoch scheint es dem Autor nicht im Interesse Frankreichs zu liegen, wenn es fortgesetzt eine herausgehobene Stellung innerhalb Europas beansprucht. Er sieht darin eine Behinderung des Einflusses, den es ausüben will, und erinnert die Franzosen nicht ohne Sarkasmus daran, daß die führende Rolle, die sie spielen möchten, von ihrem tatsächlichen *Einfluß, nicht* aber von der Befriedigung ihres Prestigedenkens abhängt.

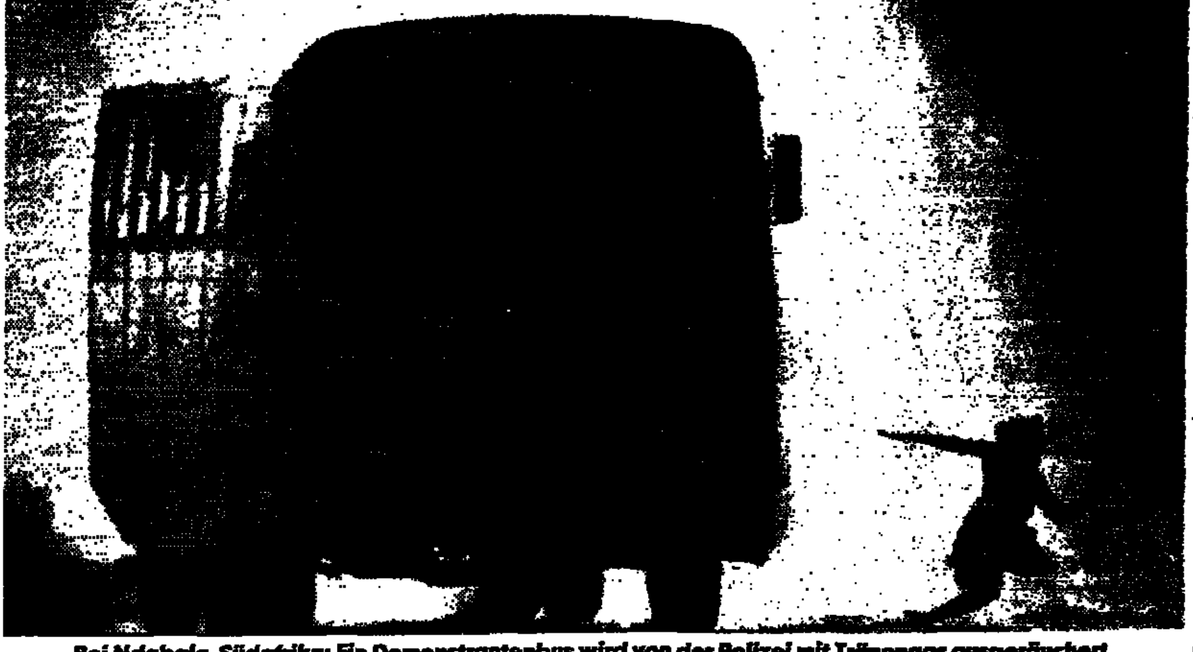
Seine Analyse der französischen Außenpolitik gerät so zu einem Plädoyer für die europäische Verantwortung. Das kann nur als Absage an den Nationalismus verstanden werden, der fünfhundert Jahre den supremen Wert der französischen Politik darstellte. Hier bleibt offensichtlich noch ein Nachholbedarf für das französische Selbstverständnis, das sich nur zögernd den neuen Gegebenheiten anpaßt.

Paris darf sich nicht wundern, wenn die industrielle Ausbildung in Marokko von Amerikanern und Deutschen wahrgenommen wird, meint Grosser, solange Frankreich den Marokkanern lieber Literaturkenntnisse vermittelt und es für einen Rückfall in die Barbarei hält, daß es dabei an Boden verliert.

Doch das zentrale Thema Grossers bleibt es, bei aller Kritik am übertriebenen Nationalgefühl der Franzosen den Kontrast herauszuarbeiten, der zwischen Frankreich und der Bundesrepublik besteht: „Es gibt kein deutsches Äquivalent für La France, weil die Bundesrepublik kein – oder noch kein – eigentliches Vaterland sein kann."

Daß trotzdem die deutsch-französischen Beziehungen nicht brüchig geworden sind, sondern sich, unabhängig von der ideologischen Orientierung wechselnder Regierungen, ständig verbessert haben – das ist die ermutigende Botschaft dieser objektiven, kritischen und unvoreingenommenen Untersuchung der französischen Außenpolitik.

HEINZ BARTH


Bei Ndabala, Südafrika: Ein Demonstrantenbus wird von der Polizei mit Tränengas ausgeräuchert
FOTO: AFP

Sind denn alle Weißen konspirativ?

Selektive Forschungsmethode: Joseph Lelyvelds Südafrika-Buch

Mit der Frage „was wissen wir wirklich über dieses Land, in dem sich Schwarze und Weiße in so tragischer Weise gegenüberstehen?" wird der Leser gleich in die Problematik des Buches selbst eingeführt. Joseph Lelyveld legt dort eine umfassende Sammlung emotional eindringlicher Einzelberichte südafrikanischer „Wirklichkeit" vor. Bis ins *Einzelne schildert er die für Europäer* oft deprimierenden Lebensumstände vieler Schwarzer in diesem Lande. Der Leser wird jedoch mit der Fülle von Tatsachen und ihren Bewertungen alleingelassen. Eine ausreichende Analyse der Ursachen der angerissenen Probleme liefert der Autor nicht. Er beschränkt sich darauf, in immer gleicher Weise die Absurdität der Apartheid klar zu machen, indem er weißen Wohlstand und Selbstgerechtigkeit mit Elend und politischer Machtlosigkeit der Schwarzen konfrontiert. Die Hintergründe des Geschehens macht diese Methode nicht deutlich; sie verwirrt eher.

Unterentwicklung wird von ihm als originäres Merkmal des Apartheidsystems dargestellt. Gerade dies trifft jedoch nicht zu. Eine gewissenhafte Analyse hätte zu der Feststellung führen müssen, daß die geschilderten Lebensumstände keine südafrikanischen Besonderheiten sind, sondern allgemeine, für die meisten *afrikanischen Staaten geltende* Begleiterscheinungen des Entwicklungsgegensatzes zwischen Erster und Dritter Welt darstellen.

Lelyveld, dessen Buch inzwischen mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet wurde (s. die WELT v. 22. Mai), sieht gelegentlich diesen Grundkonflikt, jedoch niemals in seiner ganzen Tragweite für die Beurteilung möglicher Besserungen. Allzu oft ist festzustellen, daß seine kritischen Argumente ihr Ziel verfehlen. So hält er der häufig in Südafrika vertretenen These von der „schwarzen Passivität" die Behauptung entgegen, daß viele junge Schwarze mit ihrem Einsatz in der militanten Opposition Aktivität de*monstrierten. Die „Passivitätsthese"* bezieht sich jedoch auf die Wirtschaftsmentalität, auf den rationalen Einsatz vorhandener Mittel, nicht auf die Persönlichkeit im ganzen. Das Unvermögen, im Wirtschaftsprozeß nach europäischen Maßstäben befriedigende Ergebnisse zu erzielen, kann durchaus in der gleichen Person mit einem aktivierenden Revolutionismus verbunden sein. Eine gründlichere Erörterung dieses Fragenkomplexes hätte auf die Uneinheitlichkeit der Verhaltensmuster kommen müssen. Es wäre interessant gewesen, inwiefern sich Differenzierungen nach unterschiedlichen Sozialverbänden feststellen lassen.

Joseph Lelyveld:
Die Zeit ist schwarz
Tragödie Südafrika. Aus dem Amerikanischen von Bernd Rullkötter. Ullstein Verlag, Berlin. 383 S., 38 Mark.

Ein weiteres bezeichnendes Merkmal für die vorgefaßte Meinung des Autors ist sein Bestreben, der weißen Bevölkerungsgruppe schlechthin eine konspirative Haltung zu unterstellen. Grenzkorrekturen zur Konsolidierung der Homelands werden für ihn zu „Grenzmanipulationen". Gewiß ist es eine Frage der persönlichen Interessenlage, wie man diesen Sachverhalt bezeichnet. Jedoch überschneiden sich Gemeinwohl und Einzelinteresse in der Regel und konnten auch hier im Einzelfall sehr verschieden liegen. Generell von Grenzmanipulation zu sprechen wird der Sache nicht gerecht. Ebenso lassen sich Homeland-Politiker nicht mit *dem Wort „Speichellecker" abtun.* Buthelezis Persönlichkeit ist nicht das einzige Gegenbeispiel.

Es ist auch nicht weißer Nachlässigkeit zuzuschreiben, wenn ein Schwarzer nach einem Verkehrsunfall das Krankenhaus trotz der Notwendigkeit weiterer stationärer Behandlung bereits nach einem Tage wieder verläßt. Nachlässigkeit im europäischen Sinne ist weit eher eine Eigentümlichkeit der Schwarzafrikaner. Zudem empfinden viele von ih*nen die Atmosphäre des Kranken*hauses als eine Bedrohung, die schwerer auf ihrem Gemüt lastet als die Erkrankung.

Charakteristisch für Lelyvelds Kunst der Überredung ist sein ständiger Versuch, den Einzelfall in subjektiver Beobachtung zur allgemeingültigen Gesetzmäßigkeit zu erheben. So läßt sich aber nicht die Frage „was wissen wir wirklich über dieses Land?" zutreffend beantworten. Der Autor bekennt sich sogar freimütig zu einer selektiven Wirklichkeitswahrnehmung: „Ich habe ... Forschungsergebnisse geplündert, wo es meinen Zwecken entsprach." Hätte er nicht Forschungsergebnisse so verwenden müssen, daß sie der Wahrheit dienen?

HEINZ-DIETRICH ORTLIEB

Mehr als Klischees

Ebenso entfernt von vorbehaltloser Bewunderung wie von modischem Denkmalsturz sind die zwölf Porträts, die hier von Sebastian Haffner und Wolfgang Venohr gezeichnet werden: „**Preußische Profile**" (Ullstein Verlag, Berlin. 320 S., 29,80 Mark). In einem weiten Bogen, der sich von Friedrich Wilhelm I., dem Soldatenkönig, bis zu Ernst Niekisch spannt, wird preußisch-deutsche Geschichte lebendig. Bei der manchmal eigenwilligen, aber gerechten Darstellung von Persönlichkeiten wie Philipp zu Eulenburg, Erich Ludendorff und Wilhelm II. kommt auf seine Kosten, wer mehr erfahren *will* als das, was an Klischees kursiert. ohn

Bleibende Gefahren

Das Streben nach Gleichheit und die Sucht nach Wohlstand, so hat schon vor 150 Jahren der scharfäugige Tocqueville ausgemacht, seien „ungleich leidenschaftlicher und anhaltender als für die Freiheit". Freiheit kann eben nur unter Opfern gewonnen *und gesichert werden, ein* mühseliges Unterfangen und im Ausgang nicht immer gewiß. Die Freuden der Gleichheit dagegen und die Wonnen des Wohlstands scheinen sich fast von selbst zu entfalten. Häufig genug ziehen Völker aus purer Trägheit sogar Despotismus und Knechtschaft den Anstrengungen der Freiheit vor. Seit Tocqueville, so Klaus Hornungs These, hat sich die Menschennatur keinen Deut geändert; *die Gefahren, die* jener sah, nimmt der gelernte Politikwissenschaftler des Jahrgangs 27 auch an unserem eigenen Gemeinwesen wahr. Darum überschreibt Hornung sein lesenswertes Büchlein mit „**Wohlfahrtsdemokratie und Sicherheit**" (Der Fall der Bundesrepublik Deutschland. MUT-Verlag, Asendorf. 112 S., 14,80 Mark). Dieser Exkurs über die Gefahren einer wirklichkeitsflüchtigen, emotionalisierten *Politikgestaltung* plädiert für Selbstbehauptung in Freiheit.

hst.

Neue Aufschlüsse

Auch in dieser Hinsicht waren sie wie andere, weniger hochgeborene Zeitgenossen: Einige der Hohenzollern waren (zumindest bis Kriegsanfang) für die Nationalsozialisten, andere waren indifferent, und wenige hatten etwas dagegen. Dies zeigt Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen in seinem Buch „**Das Haus Hohenzollern**" (Verlag Langen-Müller, München. 416 S., 44 Mark). In diesem Band, der sich auf größtenteils bisher unzugängliche Dokumente stützt, steht mancherlei Unbekanntes: beispielsweise, daß die Weimarer Republik Wilhelm II. zu verstehen gab, sie habe nichts gegen seine Heimkehr (als Sitz war Schloß Homburg vor der *Höhe vorgesehen) – allerdings* natürlich als Privatmann. Die eher trockene Darstellung hat den großen Vorteil, daß sie viele Legenden ebenso wie manche Vorurteile der Realität gegenüberstellt.

H. O.

Verspottete Bonner Politiker

Die „Steuerreform für unvermummte Leibesfrüchte" ist nicht durchgekommen. Kunststück: sie ist nur eine der vielen Erfindungen von Martin Bernstorf, der die Bonner Szene als Satiriker betrachtet. Zunächst waren die Kabinett-Stückchen des Autors eher Randnoten und Gelegenheitswerke, doch inzwischen ist eine stattliche Sammlung beieinander, *von der unter dem Jubel-Titel* „**Darum ist es am Rhein so schön**" eine unzensierte Auswahl angeboten wird (Albrecht Knaus Verlag, München. 190 S., 19,80 Mark).

Es handelt sich gelegentlich um leicht verderbliche Ware, denn das Personal auf der Bonner Bühne und in den Probesälen wechselt manchmal schnell. Von daher ist auch der Dank des Autors an die Politiker zu verstehen, die ihm das Material für seine nie zu langen Texte fortwährend gratis liefern. Und die Politiker wiederum können ihm dankbar dafür sein, daß er sie kräftig durch den Kakao zieht, denn immerhin sehen sie danach viel süßer aus als zuvor.

Friedrich Schiller unterschied zwischen „strafender" und „lachender" Satire. Schwer, die beiden Typen voneinander zu trennen, wenn man Bernstorf liest. Im Text von „Dieser Bundespräsident ist zu kompetent" wird kräftiger zugeschlagen als in der Denkschrift „Schlesien bleibt, wo es ist", mit der vom Autor auf die allerknappste und daher wirksamste Weise dargestellt wird, wie schwer die Lösung der deutschen Frage ist. Aber der Hieb sitzt bei beiden „strafend" wie „lachend" im Ziel.

Helmut Kohl muß, will er beim Image des Vaters kleiner Kinder Johannes Rau mithalten, einen kleinen Nicaraguaner adoptieren, „schwarzhaarig und glutäugig, das fegt die Sozis aus dem Bundestag", läßt Bernstorf seine eigenen Kinder plappern.

Doch es wird an manchen Stellen auch echte Lebenshilfe geboten, zum Beispiel beim „Kriminalpolitischen Segen der Weihnachtsbutter" oder bei der Schilderung „Reagan bei den Ewings".

Ein für Bonn wichtiger Bestandteil fehlt dem Buch, das sich eben auch hier von der Norm abhebt: es hat am Schluß kein Namensregister. Jeder, der „drin" ist und das wie einen Orden trägt, muß von Anfang bis Ende alles lesen, um wirklich Bescheid zu wissen.

EBERHARD NITSCHKE

Aus den Verliesen des Systems

Eine Frau berichtet über acht Jahre in russischer Gefangenschaft

Im Jahre 1947 wird die junge Wienerin Margrethe Witschel unschuldig eingesperrt und von den russischen Besatzern auf „Tournee" in sowjetische Gefängnisse und Lager geschickt. In acht Jahren erleidet nun die von Natur aus lebenslustige Frau das, was man aus der offiziellen Darlegung der „ruhmreichen" Geschichte der Sowjetunion nicht erfährt. Ihr Buch heißt: „**Und dennoch überlebt**" (Böhlau Verlag, Wien/Köln. 281 S., 38 Mark).

Diese Frau überlebte physische und psychische Strapazen, die nur jemand voll beurteilen kann, der wenigstens andeutungsweise selbst etwas davon zu spüren bekam. Nur er kann das unmittelbar nach der Rückkehr aus Sibirien niedergeschriebene *und erst jetzt veröffentlichte* Buch „nacherleben": 20 000 km mit 100 Kriminellen zusammengepfercht in einem Viehwaggon; Todesängste während einer Überfahrt mit dem Passagierschiff „Feliks Dzerschinsky" bei Windstärke neun; monatelanges Arbeiten bei schlechtester Ernährung ohne Ruhetag; Sommer-Bekleidung bei 50 Grad unter Null; keine Zahnbürste, aber jede Menge Wanzen und Läuse; im Karzer die Schlafstelle neben einem Krautfaß, das sechzehn Nonnen als WC dient und erst geleert wird, wenn es randvoll ist.

Unter kriminellen Mädchen, die sich von Kopf bis Fuß mit einem Sud aus Tintenstift, verbrannter Gummisohle und Zucker einrieben, erfuhr sie, daß sich zum Tode verurteilte Verbrecher auf die Brust und auf den Rücken Lenin und Stalin tätowieren ließen: „Kein Mensch in ganz Rußland würde auf diese Bilder schießen, denn er würde sofort selbst erschossen."

Margarethe Witschel, die ganz im Sinne von Karl Marx im Land derer, die sich auf ihn berufen, gezwungen wurde, ein „erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen" zu sein, erfuhr ihre Läuterung auf eine den Marxisten nicht genehme Weise: „Ich fühlte plötzlich, daß es einen Gott geben muß, der unser Leben in der Hand hat. Und zu ihm glaubte ich nun einen Weg finden zu müssen." – Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Österreich kommt Margaretha Witschel 1955 mit vielen ihrer Landsleute frei.

SIEGMAR FAUST

FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT

Briegel hoch im Kurs und ein Teamchef, der nervös ist

Ausgerechnet Vojtech Christow (41) aus der Tschechoslowakei, der Mann, der beim K. o. in der Europameisterschaft 1984 in Frankreich gegen Spanien (0:1) Schiedsrichter war, pfeift am 4. Juni in Queretaro auch den deutschen WM-Start gegen Uruguay.

Nach Christow treffen die Deutschen bei der Weltmeisterschaft in Mexiko auf zwei weitere alte Bekannte: Ion Igna aus Rumänien und Alexis Ponnet aus Belgien leiten die beiden weiteren Gruppenspiele gegen Schottland und Dänemark am 8. und 13. Juni in Queretaro.

*

Der Schwede Erik Fredriksson wurde von der Schiedsrichter-Kommission des Weltverbandes (FIFA) als Referee für das Eröffnungsspiel Italien gegen Bulgarien am Samstag (31. Mai, 20 Uhr MEZ) im Azteken-Stadion von Mexico City bestimmt.

*

Bundesliga-Schiedsrichter Volker Roth aus Salzgitter pfeift die Vorrunden-Begegnung Portugal gegen England am 3. Juni in Monterrey und kommt zudem im Eröffnungsspiel sowie beim Spiel Portugal gegen Marokko jeweils als Linienrichter zum Einsatz.

*

Cesar Luis Menotti, der frühere Trainer der argentinischen Nationalmannschaft, erklärte: „Deutschland wird seine Gruppenspiele gewinnen, Dänemark wird Zweiter." Als Favoriten nannte Menotti Brasilien. Außerdem, so Menotti, dürfte bei dieser Weltmeisterschaft das spielerische Moment endlich wieder die Oberhand über die Rennerei und die Brutalität gewinnen und der herrlichsten Nebensache der Welt die Faszination zurückgegeben.

*

In Queretaro wurde die deutsche Nationalmannschaft mit Blumen und Maschinenpistolen empfangen. Anmutige WM-Hostessen überreichten Franz Beckenbauer und seinen Spielern beim Eintreffen im prunkvollen Hotel „Mansion Galindo" bunte Sträuße. Doch selbst die Übergabe dieser Willkommensgeschenke verfolgte ein Heer von Sicherheitskräften.

Franz Beckenbauer reagierte auf das alles äußerst mürrisch. „Wenn Beckenbauer freundlicher reagiert, wenn er für uns und die Kameras ein Lächeln gezeigt hätte, wäre die Bevölkerung von Queretaro schon auf seiner Seite gewesen", meinte enttäuscht Gabriela Lucas, Landwirtschafts-Ingenieurin und Hobby-Hosteß. Eine harmlose Good-will-Aktion, die der DFB gegen eine Jugend-Auswahl der Region geplant hatte, war dann Auslöser für eine eher peinliche Kontroverse vor den versammelten Journalisten. „Wer hat das abgemacht", raunzte Beckenbauer DFB-Sprecher Rainer Holzschuh an, der kleinlaut bemerkte, alles sei rechtzeitig vereinbart worden. Nun darf gerätselt werden, wie die von Holzschuh angekündigte „Public-Relation-Aktion" enden wird, zumal Beckenbauer in scharfem Tonfall anmerkte, das gedruckte Tagesprogramm der Nationalmannschaft könne man sowieso vergessen ...

*

Für die Fernsehzuschauer in den USA werden die Titelkämpfe in Mexiko zur Mini-WM. Zwar hat die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC ein Team ins südliche Nachbarland geschickt, doch das soll nur sieben von 54 Spielen übertragen. Immerhin: Deutschlands Vorrunden-Auftritt gegen Schottland am 8. Juni steht auf dem NBC-Programm.

*

Hohes Ansehen genießt Hans-Peter Briegel bei Ron Atkinson, dem Manager von Manchester United. Der nach der WM zu Sampdoria Genua wechselnde Briegel ist der einzige Deussche, den Atkinson in eine zehn Namen umfassende Liste der Superstars der 13. WM aufgenommen hat. „Seine dynamische Spielweise beeindruckt mich sehr und wird sich hier durchsetzen." Atkinson wird in Guadalajara die Vorrundenspiele der Gruppe D als Fernseh-Kommentator beobachten.

*

Brasiliens Vorstopper Mozer ist wieder nach Mexiko zurückgekehrt und wird nun bei der Mannschaft bleiben. Er hat sich drei Tage zuvor einer Meniskusoperation in den USA unterziehen müssen.

TENNIS / Klarer Sieg im zweiten Spiel für Steffi Graf bei den französischen Meisterschaften in Paris

Teamchef Klaus Hofsäß prophezeit: In Paris ganz weit kommen, dann Wimbledon gewinnen

dpa, Paris

Steffi Graf feierte ihren 22. Sieg in Folge. Mit dem 6:1, 6:1 erreichte die 16jährige Heidelbergerin gestern in Paris bei den Offenen französischen Tennis-Meisterschaften über Gretchen Rush (USA) als erste Spielerin des 128er-Feldes die dritte Runde. Kurz danach folgte ihr die 17jährige Fürtherin Claudia Porwik mit einem überraschend sicheren 6:4, 6:2 gegen Patrizia Tarabini (Argentinien).

Doch das Interesse konzentrierte sich ganz auf die zweite glanzvolle Vorstellung der viermaligen Turniersiegerin von Amelia Island, Hilton Head, Indianapolis und Berlin. Unter den Zuschauern, die Steffi Graf auf dem Centre Court beobachteten, war zeitweilig auch Ion Tiriac, der Manager des deutschen Wimbledonsiegers Boris Becker.

Die Weltranglisten-Dritte ließ ihrer Gegnerin (Nr. 247) ebensowenig eine Chance wie zum Auftakt der Stuttgarterin Andrea Betzner. Statt 34 Minuten dauerte das Spiel diesmal allerdings 53 Minuten und hatte den Schönheitsfehler eines verlorenen Aufschlagspiels im zweiten Satz.

Aber ansonsten stimmte alles. „Ich habe riesiges Selbstvertrauen und bin in sehr guter Verfassung", kommentierte Steffi Graf ihr Spiel, in dem sie von Anfang an Druck machte. Sie spielt mit einhundertprozentiger Leistung und Einsatz. Es liegt ihr einfach noch nicht, so wie die routinierten Profis Martina Navratilova oder Chris Evert-Lloyd gewissermaßen mit angezogener Handbremse ein Turnier zu bestreiten.

In den Pausen sprang sie immer schon lange vor der „Time"-Aufforderung des Schiedsrichters von ihrem Stuhl auf. Sie wollte spielen. Es macht ihr besonders Spaß, ihre Vorhand-Bälle zu plazieren. „Das ist mein bester Schlag, und damit treffe ich wirklich gut." Ihre Vorhand-Bälle haben ähnlich enormen Druck wie die der Herren.

Trotz der vielen Schulterklopfer, die sie jetzt in Paris plötzlich umschwärmen, bleibt Steffi Graf bescheiden. Den zahlreichen amerikanischen und englischen Journalisten, die einen neuen Triumph mit dem ersten Gewinn eines Grand-Slam-Turniers schon jetzt ausmalen, sagte sie: „Das ist alles viel zu früh, schon für dieses Jahr vorherzusagen, ich würde Paris gewinnen. Vielleicht nächstes Jahr."

Klaus Hofsäß, neuer Teamchef des Deutschen Tennis-Bundes für die Damen, ist optimistisch. Der Trainer, der im letzten Jahr zur Verblüffung der Fachwelt den Wimbledon-Sieg von Boris Becker prophezeit hatte, denkt in seiner Begeisterung über das Spiel seines besten Schützlings sogar schon weiter und meinte in der französischen Hauptstadt, Steffi werde in Paris „ganz weit kommen und danach Wimbledon gewinnen".

Darüber macht sich die Blondine, der in Paris viel Sympathie entgegengebracht wird, „überhaupt keine Gedanken". Sie geht „nur von Spiel zu Spiel". Im nächsten ist die Siegerin zwischen Bettina Bunge (Aschaffenburg) und der Holländerin Marcella Mesker ihre Gegnerin.

Für andere Pläne bleibt keine Zeit. Der ersehnte Boutiquen-Bummel fiel bisher ebenso aus wie der eigentlich vorgeschriebene Besuch einer Schule des Tennis-Verbandes, in der die Jung-Profis unter 18 Jahren die WTA-Regeln lernen müssen und sogar eine schriftliche Prüfung über die Benimm-Regeln auf den Plätzen ablegen sollen. Doch dabei schneidet die selten schimpfende Steffi Graf auch ohne Ausbildung schon jetzt mit Auszeichnung ab.

STAND ● PUNKT / „DDR"

Auf dem Spielfeld war die deutsch-deutsche Fußballwelt in Ordnung. Bundesligaklub Blau-Weiß 90 Berlin besiegte den „DDR"-Gast Energie Cottbus 6:1. Fouls gehörten zu den Raritäten. Die Fußballer West nahmen darauf Rücksicht, daß die Kicker Ost noch mitten im Aufstiegskampf zur „DDR"-Oberliga stehen.

Als ein Cottbusser Spieler humpelte, rief Blau-Weiß-Trainer Bernd Hoss seinem Cottbusser Kollegen Fritz Bohla zu: „Fritz, wechsele ruhig noch einen aus." Die Trainer, die sich kurz zuvor kennengelernt hatten, waren schon per du. Eine Auswechslungsquote über die üblichen zwei Spieler hinaus hatte man vorher nicht festgelegt.

Daß die Cottbusser am Spieltag anreisten und nach dem Spiel wieder abreisten, dafür hatten sie die plausible Begründung, daß sie noch voll im Meisterschaftsstreß stehen. Immerhin nahmen sie noch die Einladung zu einem gemeinsamen Bankett an, ehe sie sich per Omnibus wieder auf den Weg in die Lausitz machten.

Doch bei diesem offiziellen Teil zeigte sich, daß deutsch-deutscher Sportverkehr immer noch von Unregelmäßigkeiten begleitet wird. Die Cottbusser Delegationsleitung, beaufsichtigt vom Protokollchef des Turn- und Sportbundes der „DDR", bestand darauf, daß die Frauen oder Freundinnen der Berliner Spieler daran nicht teilnehmen. Begründung: „Das ist bei uns nicht üblich."

Der Gastgeber fügte sich dem Wunsch der Gäste. Eine kleine atmosphärische Störung am Rande einer sonst lockeren Begegnung. Aber ein Lehrstück dafür, welche absurden Blüten im „DDR"-Sozialismus so manchmal reifen. D. D.

Ein Vater klagt an

sid, Marseille

Julio de Angelis, der Vater des bei Formel-1-Testfahrten vor zwei Wochen tödlich verunglückten Elio de Angelis, will bei einem ordentlichen Gericht in Toulon Anklage gegen „X" erheben. De Angelis senior will damit „Licht in die Umstände bringen, unter denen mein Sohn starb". „Bei Elios Unfall ist das ganze Unvermögen einiger Veranstalter zum Ausdruck gekommen. An der Unfallstelle waren keine Sicherheits- und Rettungstrupps postiert. Viel zu spät kamen Arzt und Sanitäter, einen Hubschrauber forderte man erst an, als wertvolle Zeit verstrichen war."

In seine Anklage bezieht der Millionär aus Rom auch das Brabham-BMW-Team ein, in dessen Wagen Elio de Angelis starb. „Es erstaunt mich, daß sich bei einem so hochentwickelten Auto Teile lösen können."

Königliches Pferd

kgö, Baden-Baden

Ein königliches Pferd startet am Sonntag im Großen Preis der Badischen Wirtschaft, dem Hauptrennen des Frühjahrs-Meetings auf der Galopprennbahn von Iffezheim bei Baden-Baden. Doch der vierjährige Hengst Leading Star mit Jockey Tony Murray gehört in England keineswegs zur ersten Garde. Sein Trainer Ian Anthony Balding aus Kingsclere sagt deshalb bescheiden: „Schon mit einer Plazierung wären wir durchaus zufrieden."

Der Rennstall der englischen Königin ist mit diesem Pferd zum ersten mal auf einer deutschen Bahn am Start. Die britische Monarchin selber wird allerdings nicht nach Iffezheim kommen – möglicherweise aber ihr Rennstallmanager, Lord Dorchester.

Im Großen Preis treten lediglich fünf Pferde an, unter ihnen mit Acatenango (Jockey Georg Bocskai) der amtierende deutsche Derbysieger. Trainer Theo Grieper vom Gestüt Röttgen sattelt den Hengst Daun, den Erwin Schindler reitet.

Die weiteren Starter: Love Letter, Sieger im Großen Preis von Gelsenkirchen 1986 mit Peter Alafi, und Cassis, 1986 in einem Gruppe-Rennen in Düsseldorf erfolgreich, mit Peter Remmert im Sattel.

Für Acatenango, 1985 ungeschlagen und auch beim Jahresdebüt in diesem Jahr gleich im Kölner Gerling-Preis erfolgreich, wird wohl die Taktik des Rennens von entscheidender Bedeutung sein. Die Gefahr, daß Acatenango an der Spitze das Rennen für sich selber gestalten muß und dann von einem spurtstarken Pferd am Ende noch geschlagen wird, ist nicht auszuschließen.

NACHRICHTEN

Motorrad: Todessturz

Douglas (UPI) – Von einem Todessturz war gestern das Training zum Motorradrennen um die Tourist Trophy auf der Insel Man überschattet. Der 27jährige Amateur Ian Odgen kam mit hoher Geschwindigkeit vom Kurs ab und war sofort tot.

Großer Tanz-Sieg

Blackpool (sid) – Das deutsche Tanzsport-Paar Horst Beer/Andrea Lankenau (beide Bremerhaven) feierte bei den „British Open" in Blackpool einen großen Sieg. Beer/Lankenau schlugen dabei die norwegischen Weltmeister Bakke/Dehli.

Ausreise genehmigt

Moskau (AP) – Der frühere sowjetische Schach-Großmeister Boris Gulko (38) darf nach siebenjähriger Wartezeit zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn nach Israel ausreisen.

Löring: Rücktritt?

Köln (sid) – Jean Löring, der Präsident des Fußball-Zweitligaklubs Fortuna Köln, will am Ende des laufenden Geschäftsjahres zurücktreten und sich ganz vom Fußball zurückziehen.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Frankreich in Paris, Herren-Einzel, erste Runde: Smid (CSSR) – Schwaier (Deutschland) 6:3, 6:4, 4:6, 6:2; Keretic (Deutschland) – Günthardt (Schweiz) 4:6, 6:3, 4:6; Osterthun (Deutschland) – Bengoechea (Argentinien) 1:6, 7:6, 3:6, 6:4, 6:1, **Damen-Einzel, erste Runde:** Savchenko (UdSSR) – Pfaff (Deutschland) 6:4, 3:6, 9:7; Garrison (USA) – Dinu (Deutschland) 6:2, 6:3.

TISCHTENNIS

Supercup in Bielstein: Halbfinale: Douglas (England) – Kalinic (Jugoslawien) 21:11, 21:16; Wosik (Deutschland) – Orlowski (CSSR) 21:19, 22:20; Finale: Douglas – Wosik 21:18, 22:20.

FUSSBALL

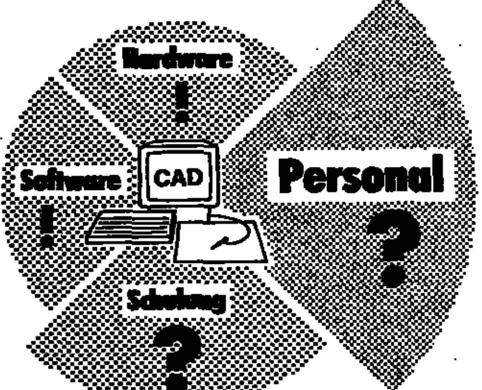
Freundschaftsspiel: Blau-Weiß Berlin – Energie Cottbus 6:1 (2:0).

GEWICHTHEBEN

Junioren-Weltmeisterschaft in Donaueschingen, Klasse bis 60 kg: 1. Xinghui He (China) 280 kg, 2. Dolchev (Bulgarien) 272,5, 3. Xiwei Sund (China) 272,5.

HANDBALL

DHB-Pokal der Männer, Viertelfinale: TuS Schutterwald – THW Kiel 22:20 (12:11).



STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1986/87

Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bochum	Freiburg
2 Bochum	Heidelberg
3 Bochum	Hamburg
4 Bochum	Lübeck
5 Bochum	Kiel
6 Bochum	Tübingen
7 Düsseldorf	Bonn
8 Düsseldorf	Lübeck
9 Düsseldorf	Kiel
10 Frankfurt	Erlangen
11 Frankfurt	Göttingen
12 Frankfurt	Hannover
13 Frankfurt	Hamburg
14 Frankfurt	Münster
15 Frankfurt	TU München
16 Frankfurt	München
17 Frankfurt	Regensburg
18 Frankfurt	Saarbrücken
19 Frankfurt	Tübingen
20 Freiburg	Tübingen
21 Göttingen	Lübeck
22 Heidelberg	Tübingen
23 Köln	Düsseldorf
24 Köln	Hamburg
25 Köln	Münster
26 Marburg	Heidelberg
27 Marburg	Hamburg
28 Marburg	Lübeck
29 Marburg	Kiel
30 Marburg	Mainz
31 Mainz	Bochum
32 Mainz	Düsseldorf
33 Mainz	Essen
34 Mainz	Freiburg
35 Mainz	Heidelberg
36 Mainz	Münster
37 Ulm	München

Humanmedizin
2. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Hamburg
2 Köln	Bonn
3 TU München	Erlangen
4 TU München	Freiburg
5 München	Hamburg
6 Regensburg	Erlangen
7 Würzburg	Erlangen
8 Würzburg	TU München
9 Würzburg	München

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Freiburg
2 Bonn	München
3 FU Berlin	Erlangen
4 FU Berlin	Hamburg
5 Düsseldorf	FU Berlin
6 Erlangen	TU München
7 Erlangen	München
8 Gießen	Düsseldorf
9 Gießen	Göttingen
10 ießen	Hamburg
11 Gießen	TU München
12 Gießen	München
13 Heidelberg	Bonn
14 Marburg	Freiburg
15 Marburg	Göttingen
16 Mainz	Bochum
17 Mainz	Freiburg
18 Mainz	München
19 Saarbrücken	Bonn
20 Saarbrücken	Heidelberg
21 Saarbrücken	Würzburg
22 Tübingen	Bonn
23 Tübingen	Freiburg
24 Würzburg	Freiburg
25 Würzburg	Heidelberg
26 Würzburg	Tübingen

Humanmedizin
2. klinisches Semester

von	nach
1 Bochum	Gießen
2 Bochum	Mannheim
3 Bochum	TU München
4 FU Berlin	Kiel
5 FU Berlin	TU München
6 FU Berlin	München
7 FU Berlin	Tübingen
8 Essen	Mannheim
9 Gießen	Tübingen
10 Gießen	Ulm
11 Kiel	Tübingen
12 Saarbrücken	Kiel
13 Saarbrücken	Mannheim
14 Saarbrücken	München
15 Saarbrücken	Tübingen
16 Tübingen	TU München
17 Tübingen	München
18 Ulm	Tübingen

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1986

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinung: Enno von Loewenstern

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

„Auf der Linie von Genf fortfahren"

lim. Bonn

In dem nicht unterzeichneten Schlußdokument der Bonner KSZE-Tagung werden Tatbestände erwähnt, die bislang bei ähnlichen Verhandlungen immer problematisch waren. Das läßt es geboten erscheinen, auf dieser Linie fortzufahren, so wie es der Leiter der deutschen Delegation, Ekkehard Eickhoff, in seiner abschließenden Erklärung in Bern betonte: „Die Bundesregierung wird sich darum bemühen, das zu bewahren, was in dem in Bern entworfenen Dokument mit allen seinen Unvollkommenheiten für die Menschen erreicht wurde." Sie werde in Wien beim KSZE-Folgetreffen an das anknüpfen, was in Bern geschaffen worden ist.

Fortschritte

Besonders wichtig erscheinen den Experten in Bonn folgende Punkte: „Verwandtenbesuche ohne Altersbegrenzung, gemeinsame Reisen von Familienmitgliedern, Familienzusammenführung gemäß den individuellen Wünschen der Antragsteller, Bekräftigung des Gebots der Nichtdiskriminierung von Antragstellern mit ausführlicher Beschreibung unerwünschter Diskriminierungstatbestände, ungehinderter Post- und Telefonverkehr, Städtepartnerschaften."

Weitere Fortschritte wären unter anderem in folgenden Bereichen fixiert worden: Berücksichtigung wichtiger familiärer Ereignisse als Reisegrund bei Familienbesuchen; humanitäre Regelung von Familienzusammenführungsfällen, die minderjährige Kinder betreffen; erneute Überprüfung sämtlicher bisher gestellter Anträge; Vereinfachung der Beantragungs-, Bearbeitungs- und Entscheidungsverfahren bei Familienbesuchen; verbesserte Arbeitsbedingungen für religiöse Institutionen, zum Beispiel freie Kontakte, Reisen, Publikationen.

Paß nicht berücksichtigt

Keine Berücksichtigung haben in dem Papier westliche Vorschläge gefunden, die folgende Angelegenheiten betrafen: Recht auf einen Paß, die Abschaffung von Ausreisevisa, Gruppen und Gewerkschaftskontakte, Nichtdiskriminierung bei den Reisemöglichkeiten von Verwandten „illegal" Ausgereister.

Börner verteidigt das Geschäft mit der Neuen Heimat: „Sozialbindung" sichern

CDU: Genossen wollen sich an eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen / Mieterschutz-Broschüre

dg./AG. Wiesbaden/Bonn

Die hessische CDU hat der Regierung Börner vorgeworfen, bei dem beabsichtigten Kauf des Wohnungsbau-Unternehmens Neue Heimat Süd-West mit Steuermitteln gewerkschaftliche Mißwirtschaft finanzieren zu wollen. Demgegenüber verteidigte Ministerpräsident Holger Börner (SPD) das Geschäft mit den Worten: „Wir wollen keine Prämien für Spekulanten zahlen, die die Wohnungen aufkaufen". Die Mieter müßten vor dem Verlust der Sozialbindung ihrer Wohnungen geschützt werden.

In der Haushaltsdebatte des Hessischen Landtages, in der die Landesregierung mit einer Ergänzungsvorlage zum Haushalt 1987 die Ermächtigung zur Abwicklung des Geschäfts beantragte, gingen die Oppositionsparteien CDU und FDP mit dem Vorhaben der rotgrünen Koalition hart ins Gericht. Die beantragte Kreditermächtigung, so CDU-Generalsekretär Manfred Kanther, sei ein Nacht- und Nebelverfahren, das mit nicht übersehbaren Forderungen verbunden sei. Kanther: „Erst schafft man durch das Angebot an das Unternehmen den Markt und dann zahlt man den Preis, den der DGB braucht". Wie wäre es denn, so der CDU-Politiker, wenn der „Milliardär DGB seine eigenen Mittel einsetzte, um eine Veräußerung von Wohnungen durch die Neue Heimat zu vermeiden?"

Zuvor hatte Finanzminister Hans Krollmann (SPD) die Absicht der Regierung erläutert, das Geschäft durch Kredite zu finanzieren. Wenn der Landtag der Ermächtigung der Landesregierung zustimme, werde diese ein Angebot der Neuen Heimat Hamburg einholen und an Hand eines beim Verband Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen bestellten Gutachtens prüfen. Die Neue Heimat solle durch Aufkauf der Süd-West-Gesellschaft nicht subventioniert werden, denn bei der Festsetzung eines „fairen Kaufpreises" werde das Land auch Risiken auf der Ertragsseite berücksichtigen.

Die CDU nannte dieses Vorgeben ein „freihändiges Verfahren jenseits aller haushaltsrechtlichen Bindungen", mit dem sich die Genossen der Gewerkschaften und der SPD „an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen" wollten. Der FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt bezeichnete die Vorlage als „Geldwaschanlage über das hessische Landesparlament für die Neue Heimat Hamburg".

Um der allgemeinen Verunsicherung unter den Mietern der Neuen Heimat zu begegnen, hat das Bundesbauministerium ein Faltblatt unter dem Titel „Mieterschutz beim Wohnungsverkauf" herausgegeben. Danach erlöschen die Bindungen des sozialen Wohnungsbaus beim Verkauf einer vermieteten Wohnung grundsätzlich nicht. Der Erwerber trete – unabhängig davon, ob es sich um eine öffentlich geförderte oder freifinanzierte Wohnung handele – mit allen Rechten und Pflichten in den zwischen dem Mieter und dem bisherigen Vermieter bestehenden Mietvertrag ein.

Auch der von einer Umwandlung betroffene Mieter hat bei der Veräußerung der Wohnung alle gesetzlichen und vertraglichen Schutzrechte wie andere Mieter.

Jusos melden ihren „Machtanspruch" an

Kann sich der „Stamokap"-Flügel durchsetzen?

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Jungsozialisten, Partei-Arbeitsgemeinschaft aller 240 000 Sozialdemokraten unter 35 Jahren (davon allerdings nur 35 000 als Jusos aktiv), wollen endlich wieder aus dem Schatten der Nichtbeachtung heraustreten. Der wegen Überschreitens dieser Altersgrenze als Vorsitzender ausscheidende Ulf Skirke hat gestern den „Machtanspruch" der Jung-Genossen formuliert und davon gesprochen, verkrustete Strukturen aufbrechen zu wollen. Im Klartext bedeutet dies die Forderung auch nach Bundestagsmandaten für Jusos, nachdem sich abgezeichnet hat, daß auch 1987 kein Sozialdemokrat unter 35 Jahren nach Bonn kommt.

Voraussichtlich werden sich die Jusos allerdings schon am kommenden Wochenende selbst wieder im wesentlichen auf gruppendynamische Nabelschau konzentrieren und damit Skirkes Forderungen keinen Nachdruck verleihen können. Zwar haben sich die sachliche Vorstellungen der verschiedenen Flügel in der Jung-Genossenschaft in den vergangenen, unter Ausschluß des öffentlichen Interesses gelebten Jahren weitgehend einander angeglichen, aber die alten Heerhaufen stehen noch. Die sogenannten „Undogmatischen", die rund 130 der insgesamt 300 Delegierten stellen, melden erst einmal ihren internen Machtanspruch an und fordern den Juso-Vorsitz, ersatzweise den Sekretärs-Posten. Doch für beide Wahlen stehen mit Vertretern der „Südschiene" aus Bayern bzw. Baden-Württemberg Kandidaten dagegen, die vom „Stamokap"-Flügel gestützt werden. Pessimisten schließen nicht aus, daß „Stamokap" und „Südschiene" vereint alle anderen an die Wand drükken. Es ist fraglich, ob Parteichef Willy Brandt mit seiner Rede am Samstag vermitteln kann.

Aber selbst bei friedlichem Ausgang in Hagen werden es die Jusos schwer haben, ihre personellen Wünsche in der SPD durchzusetzen. Denn seit Monaten laufen bereits die Anstrengungen der weiblichen Konkurrenz, die – notfalls über Quotenregelung – den Anspruch der Genossinnen auf Ämter und Mandate vorantreiben.

Streit unter den Ländern über die Atomenergie

DIETHART GOOS, Bonn

Über die Frage der Sicherheit deutscher Atomreaktoren ist es zwischen Bundesinnenminister Zimmermann, den unionsregierten Bundesländern einerseits und den SPD-Ländern andererseits zum heftigen Streit gekommen. Anlaß ist die Forderung der SPD-Regierungen, als Konsequenz aus der Katastrophe von Tschernobyl die Atomreaktoren der Bundesrepublik Deutschland in einer Sonderaktion auf ihre Sicherheit hin zu untersuchen. Dafür besteht nach Überzeugung der Union keine Veranlassung.

Bei einer Konferenz der zuständigen Minister prallten die Meinungen heftig aufeinander. Der Bundesinnenminister hatte die Sonderkonferenz mit der Feststellung eingeleitet, die zuständige Reaktorsicherheitskommission habe nach der Katastrophe in der Sowjetunion nicht den Eindruck gewinnen können, daß Anlaß für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen in den Kernkraftwerken der Bundesrepublik bestehe. Er versicherte seinen Amtskollegen, die Aufsicht über die kerntechnischen Anlagen erfolge kontinuierlich, umfassend und mit großer Sorgfalt.

Demgegenüber beharrten die SPD-Länder auf weiteren Sicherheitsprüfungen. Sie verlangten, auch solche Experten an der Arbeit der Reaktorsicherheitskommission zu beteiligen, die der Kernkraft betont kritisch gegenüberstehen. Die SPD-Länder forderten, einen Zeitplan für den Ausstieg aus der Kernenergie auszuarbeiten. Bremen, auf dessen Gebiet sich keine Kernkraftwerke befinden, lehnte die Nutzung der Atomenergie nach Darstellung von Zimmermann sogar „absolut brüsk" ab.

Alle Bemühungen, zwischen den Auffassungen beider Seiten zu vermitteln, waren zum Scheitern verurteilt. Die Mehrheit der CDU/CSU-Länder verabschiedete schließlich eine Erklärung, in der die Position des Bundesinnenministers zum Thema Reaktorsicherheit bestätigt wurde. In diesem Papier sprechen der Bund und die Länder die Erwartung aus, „daß die UdSSR nunmehr endgültig alle erforderlichen Informationen über den Unfallhergang von Tschernobyl zur Verfügung stellt". Zimmermann bedauerte, daß es offensichtlich aus parteipolitischen Gründen nicht möglich gewesen sei, einen einstimmigen Beschluß aller Länder zur Reaktorsicherheit herbeizuführen.

Reagan setzt Moskau neue Frist

USA wollen sich weiter an SALT-2 halten / Washington verschrottet zwei Atom-U-Boote

wth. Washington

Präsident Reagan hat den festgefahrenen Abrüstungsdialog mit einer an die Sowjets gerichteten Warnung zu beleben versucht. Er fühle sich nicht mehr länger an den SALT-2-Vertrag gebunden, wenn die Sowjets nicht ihre permanenten Vertragsverletzungen einstellen würden, sagte er. Es war die bisher schärfste Drohung Reagans, der die Tage dieses Abkommens, das bis heute nicht vom US-Senat ratifiziert worden ist, für gezählt hält.

Zugleich gab Reagan jedoch offiziell die bereits vor vier Wochen gefällte Entscheidung bekannt, zwei U-Boote der Poseidon-Klasse abzuwracken, was in der Praxis bedeutet, daß die USA sich vorläufig weiterhin an die Restriktionen dieses Vertrages halten werden. SALT 2 begrenzt die Zahl der Abschußvorrichtungen für Raketen mit Mehrfach-Gefechtsköpfen auf 1200. Dieses Limit wäre gestern ohne die Verschrottung der beiden Poseidon-U-Boote überschritten worden, da das Trident U-Boot „Nevada" mit seiner erhöhten Raketenkapazität seine Testfahrten aufgenommen hat. Die Ausmusterung, so der Sprecher des Weißen Hauses, sei jedoch nicht wegen der beiden Vertragsbedingungen, sondern aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen erfolgt.

Die USA werden im Spätherbst wiederum das SALT-Limit erreichen, wenn die Zahl der mit Marschflugkörpern ausgerüsteten B-52-Bomber die kritische Grenze von 130 überschreitet. Reagan kündigte an, daß er entschlossen sei, diese kritische Grenze zu überschreiten, ohne andere US-Raketensysteme als Ausgleich stillzulegen. Er sei nur dann bereit, diese Entscheidung rückgängig zu machen, wenn die UdSSR in signifikanter Weise ihre bisherige Abrüstungspolitik ändern würden. Das ist ein deutliches Signal an die Sowjets, zu dem erwarteten nächsten Gipfeltreffen – das zum gleichen Zeitpunkt stattfinden dürfte, zu dem auch über die Bestückung der B-52-Bomber entscheiden wird – eine positivere Einstellung einzunehmen.

Ronald Reagan hat aus seiner Abneigung gegen das SALT-Abkommen niemals einen Hehl gemacht. Er hält die Bedingungen dieses Textes für „fehlerhaft" und empfindet es als absurd, daß die USA sich an die Regeln und Bedingungen dieses Vertrages gebunden fühlen, während er nach amerikanischer Ansicht von den Sowjets seit langem mißachtet wird. Die USA betrachten beispielsweise den Bau der sowjetischen SS-25-Rakete als einen klaren Verstoß gegen den SALT-2-Vertrag, der es beiden Großmächten erlaubt, nur einen neuen Typ landgestützter Interkontinentalraketen zu bauen. Die Sowjets haben von dieser Möglichkeit mit dem Bau ihrer SS-24-Rakete Gebrauch gemacht und behaupten, daß die SS-25 keine neue Rakete, sondern die Weiterentwicklung des bereits bestehenden Typs SS-13 sei.

Seite 2: SALT vor dem Ende

Wörner testet in Brasilien Flugzeug

rmc. Brasilia

Der Besuch von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner in Brasilien hat dazu beigetragen, gute Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu schaffen. Wörner, der als erster Ressortchef der Hardthöhe Brasilien und anschließend Argentinien besucht, trat in Brasilia nicht als „Waffenverkäufer" oder Käufer brasilianischer Militärausrüstung auf. Nach deutscher Ansicht hat Brasilia nicht sehr viel an Waffensystemen zu bieten, die für die Bundeswehr von Interesse sind, oder nicht in der Bundesrepublik selber hergestellt werden.

Wörner wollte dennoch nicht ausschließen, daß sich die deutsche Luftwaffe konkret für die Beschaffung des brasilianischen Schulflugzeuges „Tucano" interessieren könnte. Der Minister hat dieses einmotorige Flugzeug selbst geflogen und es für die deutschen Zwecke als gut geeignet bezeichnet.

Freispruch in Athen für Protestanten

idea, Athen

Mit einem Freispruch endete in Athen eine Revisionsverhandlung gegen drei protestantische Missionare, die der Abwerbung eines Minderjährigen aus der griechisch-orthodoxen Kirche angeklagt waren. Das Urteil hebt eine Verurteilung der Missionare vor zwei Jahren zu je dreieinhalb Jahren Gefängnis auf. In der Begründung hieß es, die Missionare – ein Amerikaner, ein Brite und ein Grieche – hätten den Jugendlichen nicht zum Verlassen seiner Kirche aufgefordert.

Das den Verhandlungen zugrundeliegende Gesetz aus dem Jahre 1938, das der griechisch-orthodoxen Kirche in dem Mittelmeerland eine Vorrangstellung einräumt, war im Vorfeld und während der Auseinandersetzung von verschiedenen Seiten kritisiert worden. Ein Staatssekretär im Justizministerium hatte es als „anachronistisch" bezeichnet, über 1000 Briefschreiber forderten in Athen dessen Abschaffung.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Dubiose Totenscheine

„Auch heute noch sind Scheintote zu beklagen"; WELT vom 15. Mai

Sehr geehrter Herr Günter,

das Problem der „fehlerhaften Leichenschauen" dürfte sich in ganz anderen Dimensionen als denen bewegen, die Ihr Artikel bei der Lektüre erweckt.

Die Autoren, welche sich mit diesem Problem beschäftigt haben, gehen davon aus, daß etwa 40 Prozent der auf den Leichenschauscheinen eingetragenen Todesursachen falsch sind (G. Dohm im „Deutschen Ärzteblatt" Nr. 11, S. 669, 1980, und W. Eisenmenger in der „Medical Tribune" Nr. 46, S. 38–39, 1985).

Bei ca. 600 000 Todesfällen jährlich in der Bundesrepublik bedeutet dies, daß etwa 240 000 Totenscheine mit einer fehlerhaften Todesursache versehen sind.

Brettel zitiert eine Untersuchung (H.-F. Brettel im „Deutschen Ärzteblatt" Nr. 40, S. 42, 1982), bei der in 1351 Fällen durch nachträgliche Obduktionen die Leichenschaudiagnosen kontrolliert wurden. Dabei wurde in vier bis sechs Prozent der Fälle eine Fehldiagnose von rechtlicher Relevanz festgestellt. Hinter den Standard-Todesursachen wie Herzschlag, Herztod, Herz- und Kreislaufversagen verbargen sich in Wirklichkeit Strangulationen, Erschießen, Stromtodesfälle, Vergiftungen, Abtreibungen und Gewalteinwirkungen anderer Art.

Auf die jährlichen Todesfälle der Bundesrepublik hochgerechnet, ergibt sich die schier unglaubliche Zahl von 24 000 bis 36 000 Fällen, bei denen sich die Staatsanwaltschaft noch eingehender mit der Todesursache beschäftigen müßte.

Ich frage mich schon lange, warum auf diesem Gebiet ein derart gravierendes Wissensdefizit in der Öffentlichkeit und Desinteresse bei der Versicherungswirtschaft besteht.

Für dieses Phänomen habe ich als Erklärung das überhaupt nicht gerechtfertigte, aber dennoch vorhandene schier grenzenlose Vertrauen der Öffentlichkeit zu den Ärzten anzubieten.

Mit freundlichem Gruß
Dr. H.-O. Jäckel,
Arzt für Rechtsmedizin,
Kulmbach

Zur Reform des Studiums

„Der lange Marsch durch die Hochschulen"; WELT vom 17. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

zweifellos hat Frau Wilms recht, wenn sie Studienzeiten von oft mehr als sechs Jahren an unseren Universitäten kritisiert. Es ist jedoch sehr fraglich, ob es sinnvoll ist, kürzere Studienzeiten durch, wie von ihr angedroht, Zwangsmaßnahmen gegen die Studenten zu erzwingen.

Zwangsexmatrikulationen oder Studiengebühren für „Dauerstudenten" verfehlen die eigentlichen Ursachen für die langen Studienzeiten völlig.

Kann aber mit der Androhung einer Zwangsexmatrikulation zum Beispiel Orientierungslosigkeit aufgrund einer mangelhaften Studienberatung bekämpft werden? Sind damit katastrophale Studienbedingungen und überfüllte Veranstaltungen an den Universitäten zu beseitigen?

Erwerbstätigkeit neben dem Studium ist für viele Studenten heute leider eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Wären da nicht Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Studenten besser als die Einführung von zusätzlichen Studiengebühren?

Es ist auch falsch, pauschal von wachsenden Anforderungen und langen Prüfungsvorbereitungen zu sprechen. Eine Verkürzung des Lehrangebots führt doch aber letztlich nur zu einer Verminderung der Qualifikation der Hochschulabsolventen. Viel wesentlicher wäre die Erkenntnis, daß an unseren Universitäten in vielen Studiengängen oft der falsche Stoff in der falschen Art und Weise vermittelt wird.

Welcher Vorwurf ist einem Studenten zu machen, dessen Studienzeit sich verlängert, weil er Vorlesungen stehend auf dem Flur verfolgen muß oder in Pflichtübungen und -seminaren keinen Platz bekommt? Hier hilft nicht die Zwangsexmatrikulation, sondern eine bessere Ausstattung der Universitäten. Staatliche Zwangsmaßnahmen gegen die Studenten sind ein untauglicher Versuch, die Studienzeiten bei einem gleichzeitigen Erhalt der Qualifikation der Absolventen zu senken.

Wenn Frau Wilms kürzere Studienzeiten „erzwingen" und – das setze ich hierbei voraus – gleichzeitig die Qualifikation der Absolventen verbessern will, so ergeben sich hierfür ganz andere Möglichkeiten als dirigistische Eingriffe des Staates in abstrakte Prüfungsordnungen.

Statt einer derartigen Flickschusterei an der Peripherie sind massive Veränderungen in Form und Struktur der heutigen Universitätsausbildung notwendig.

Mit freundlichen Grüßen
Stephan Holowaty,
Universität Hamburg, Fachschaft Wirtschaftswissenschaften – Studentenschaft der Fachrichtungen Betriebs- und Volkswirtschaftslehre

Hymne anno 1911

Sehr geehrte Damen und Herren,

um es kurz zu machen: Ich bin 1911 in Hamburg zur Schule gekommen. Auch da schon sangen wir bei nationalen Anlässen „Deutschland über alles", bei gewissen Begebenheiten allerdings in Verbidung mit „Heil dir im Siegerkranz".

Mit freundlichem Gruß
John Schuback,
Hamburg 65

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Reaktorvergleich

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sicherheit kerntechnischer Anlagen oder die Bändigung des vorhandenen Gefährdungspotentials hängt primär von den technisch-physikalischen Gegebenheiten, zum Beispiel dem Reaktortyp, und den getroffenen sicherheitstechnischen Maßnahmen ab. Sicherheitstechnische Anforderungen und abgeleitete Maßnahmen sind damit anlagen-, aber auch länderspezifisch.

Die Vorzüge der den deutschen Kernkraftwerken zugrunde liegenden Sicherheitskonzeption wurden zum Beispiel eindrucksvoll demonstriert anläßlich der intensiven Diskussionen zum Harrisburg(TMI)-Störfall. Bereits damals wurde gefragt, ob ein solches Ereignis in deutschen Kernkraftwerken möglich sei oder nicht. Diese Frage konnte bereits damals verneint werden, obwohl es sich dabei um einen vergleichbaren Reaktortyp handelte. Nicht einmal das ist bei dem Reaktor von Tschernobyl der Fall.

Damit dienen diese Diskussionen nicht der Klärung von Sachfragen, sondern der Verunsicherung der Bevölkerung. Wer derart unqualifiziert auf die Kernenergie einschlägt, ohne die vielfältigen Risiken zu erwähnen, die durch den Einsatz von Kernenergie reduziert werden (Kriegsgefahr und Umweltprobleme sind nur einige davon), hat nicht das Wohl unserer Republik, sondern nur seine eigenen egoistischen Ziele im Sinn.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Max Hintergräber,
Erlangen

Wort des Tages

„Überraschung und Verwunderung sind der Anfang des Begreifens."

José Ortega y Gasset, spanischer Philosoph und Autor (1883–1955)

Sprachlos

Ich wurde seinerzeit von dem Schriftsteller Ota Filip um ein Gespräch gebeten, das er als Grundlage für seine Reportage über die tschechische Kulturszene in Wien verwenden wollte, in deren Rahmen auch einige sogenannte „Chartisten", genauer gesagt: Unterzeichner der Charta 77 vom 1. 1. 1977, aktiv sind. Ota Filip weitete seine Reportage jedoch auch auf die Wiener „Chartisten" überhaupt und indirekt auch auf die Charta 77 aus.

Und eben in diesem Zusammenhang beruft er sich wörtlich auf meine Person. Dazu habe ich ihn weder ermächtigt noch entspricht es der Wahrheit und verzerrt zusätzlich das Gesamtbild.

Ich werde das anhand eines extremen Beispiels erklären: Ein tschechoslowakischer Bürger nimmt monate- oder jahrelang an den Aktivitäten der Charta 77 teil. Dann wird seine Tätigkeit bekannt, es droht ihm *Verfolgung, er unterschreibt* die Erklärung der Charta 77 vom 1. 1. 1977, nimmt das großzügige Angebot der österreichischen Regierung bezüglich der Asylzusage an und verläßt bald sein Land. Im Westen hat er dann Schwierigkeiten mit der Integrierung; besonders die Sprache macht ihm zu schaffen. Das wiederum erschwert die Suche nach Arbeit. Ich glaube nicht, daß es zuviel verlangt ist, ein wenig Verständnis für diese Problematik zu erwarten.

Einem Emigranten, der vollkommen in das westliche Leben integriert ist, der außerdem von klein auf Deutsch spricht, wie das bei Ota Filip der Fall ist, scheint dies jedoch sehr schwer zu fallen.

Auch die quantitativen Angaben von Ota Filip müssen mit Vorsicht genossen werden. Sie sollten sich auf empirische Analysen stützen; aber diese existieren noch nicht. Anhand solchen soliden Untersuchungen ließen sich sinnvoll die Probleme der Integration von Emigranten diskutieren; aber nicht anhand solcher Zerrbilder, wie sie Ota Filip präsentiert.

Jiří Němec,
Unterzeichner der Charta 77, des Komitees zur Verteidigung der ungerecht Verfolgten (VONS) und Kollektivs der Sprecher der Charta 77, Wien

Personen

WAHL

Der Präsident der Universität Marburg, Professor Dr. **Walter Kröll**, ist zum stellvertretenden Vorsitzenden der Ständigen Konferenz für Hochschulfragen des Europarates in Straßburg gewählt worden. Die Bundesrepublik Deutschland wird in diesem Gremium durch je einen Vertreter des Bundes, der Länder und der Hochschulen präsentiert.

EHRUNGEN

Konsul **Klaus Richter**, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels und Präses der Industrie- und Handelskammer Lübeck, wurde von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** *mit dem Großen Verdienstkreuz* des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Das Amt des Präses versieht Klaus Richter seit 1973. Der Lübecker ist unter anderem Mitglied des Außenwirtschaftsbeirates beim Bundesminister für Wirtschaft und gehört dem Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau an sowie dem Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn.

*

Der schwedische Dichter, Schriftsteller, Essayist, Kritiker und Gelehrte Dr. **Lars Gustafsson** aus Uppsala, wird mit dem mit 25 000 Mark ausgestatteten Henrik-Steffens-Preis der Hamburger Stiftung F.V.S. in Lübeck am Freitag ausgezeichnet. Der 50jährige Gustafsson studierte Mathematik und Philosophie, wurde zum Dr. phil promoviert und habilitierte sich. Seit 1983 lebt er in Texas und lehrt an der dortigen Universität. Der Henrik-Steffens-Preis *ist außerdem mit einem Stipendium* von 10 000 Mark für ein einjähriges Studium an einer deutschen Hochschule verbunden, dessen Empfänger von dem Preisträger vorgeschlagen wird. Für das Studien-Stipendium benannte Dr. Gustafsson den Literaturwissenschaftler und Kritiker Dr. **Andern Olsson** aus Stockholm.

*

Dolf Sternberger, Professor für politische Wissenschaften, Schriftsteller und Publizist, ist mit der Carl Zuckmayer-Medaille des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten ausgezeichnet worden. Regierungschef Dr. **Bernhard Vogel** überreichte die für besondere Verdienste um die deutsche Sprach verbliebene Medaille Sternberger als bisher sechsten Preisträger.

*

Eberhard Möbius, Autor der ARD-Fernsehspielserie „Engels & Consorten", ist Träger des ersten mit 50 000 Mark dotierten Medienpreises im Gedenken an den Industriellen **Herbert Quandt**. Der zweite Preis ging zu gleichen Teilen, je *25 000 Mark* an die Wirtschaftsredaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" für die Serie „Mit Ideen zum Erfolg" und an die Wirtschaftsredaktion der „Stuttgarter Zeitung" für die Reihe „Das Unternehmensporträt".

GEBURTSTAGE

Der älteste ehemalige Bischof in der Evangelischen Kirche in Deutschland, **Wilhelm Kieckbusch** aus Stockelsdorf bei Lübeck, feierte gestern seinen 95. Geburtstag. Der 1891 in Hamburg-Eppendorf geborene Kieckbusch war von 1930 bis 1976 Bischof der evangelischen Landeskirche Eutin. Im Ruhestand arbeitete er anschließend jahrelang ehrenamtlich als Krankenhausseelsorger. Sein Berufsleben hatte der in armen Verhältnissen aufgewachsene Kieckbusch als Volksschullehrer begonnen. Nach dem Kriegsgefangenschaft studierte er in Berlin *Theologie und wurde 1924 ordiniert.* Kieckbusch ist Ehrenbürger in Stadt Eutin.

*

Am Sonntag feiert der Chemiker **Bernd Braun** seinen 80. Geburtstag. Dr. Braun war 40 Jahre Leiter der Forschung und Entwicklung der B. Braun Melsungen AG und ist auch heute noch forschend für die Optimierung der medizinisch-chirurgischen Prothetik tätig. Der Chemiker und Mediziner gilt als einer der wegbereitenden Pioniere für den Einsatz von medizinischen Kunststoffeinmalartikeln in der Medizintechnik sowie der Entwicklung synthetischen chirurgischen Nahtmaterials. Dr. Braun gehört zu den Gründungsmitgliedern der Akademie für medizinische Fortbildung, Kassel-Bad Nauheim und rief zusammen mit seinem Bruder **Otto** vor 20 Jahren die B. Braun-Stiftung ins Leben und förderte die Entwicklung der Medizin durch die Stiftung des Jubiläumspreises der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, des Karl-Thomas-Preises der Gesellschaft für Anästhesie und Wiederbelebung und der Herausgabe der auflagenstärksten Fachzeitschrift für Schwestern und Pfleger.



Bernd Braun

*

Am Samstag feiert Professor Dr. **Günther Liebster**, emeritierter Ordinarius für Obstbau der TU München in Weihenstephan, seinen 75. Geburtstag. Nach einem Gartenbaustudium in Berlin und seiner Promotion 1940 widmete er sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit über die Intensivierung von Obstkulturen, Sortenfragen und Schädlingsbekämpfungen. 1953 erhielt er dann einen Ruf an den Münchner Lehrstuhl, wo er bis zu seiner Emeritierung 1976 wirkte.

MUSIK

Der Chefdirigent der Südwestfälischen Philharmonie, **Jorge Rotter** (44), ist mit Wirkung vom 1. Mai gleichzeitig zum Chefdirigenten des Nationalsymphonie-Orchester Argentinien in Buenos Aires berufen worden. Rotter ist als Leiter dieses Ensembles unter anderem Nachfolger von **Erich Kleiber** und soll der Musik auf nationaler Ebene neue Impulse verleihen.

GESTORBEN

Einer der bedeutendsten deutschen Bauhistoriker, der Münchner Professor **Oswald Hederer**, früherer Extraordinarius für Neuere Baukunst an der TU München, ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Ein besonderes Verdienst Hederers, der sich in seinem wissenschaftlichen Werk insbesondere mit der Architektur des Münchner Klassizismus befaßte, hatte dieses Thema als selbständiges Lehrgebiet (in sinnvoller Ergänzung zur Bauforschung der Antike) an der TU München eingeführt.

*

Der frühere amerikanische Diplomat und Politiker **Chester Bliss Bowles** ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Bowles hatte eine 29jährige Karriere als Gouverneur, Kongreßabgeordneter, Präsidentenberater und Botschafter in Indien unter vier amerikanischen Präsidenten hinter sich. Bowles diente unter anderem Präsident John F. Kennedy als außenpolitischer Berater sowie stellvertretender Außenminister und machte sich auch als Mitbegründer der berühmten New Yorker Werbeagentur Benton and Bowles einen Namen.

Ehemalige Genossen

hdt. – Die Bielefelder AVA AG, das im Nordwesten der Bundesrepublik so erfolgreiche Einzelhandelsunternehmen, das auf dem besten Wege ist, den bisherigen regionalen Rahmen zu sprengen, wird in Kürze seine Aktien an der Börse einführen. Nach Hussel, der Asco und Massa dürfte damit ein weiteres, sehr interessantes Wertpapier aus dieser Branche gebührende Aufmerksamkeit finden. Schließlich handelt es sich um ein expansives Unternehmen, das bereits des öfteren bewies, wie man neue Märkte erschließen kann.

Die AVA AG verdient jedoch auch Beachtung wegen eines ganz anderen Aspekts. Ihre Wurzeln waren einige kleine örtliche Konsumgenossenschaften, die fusionierten und deren leitende Köpfe es schnell verstanden, sich den Spielregeln der harten Wettbewerbslandschaft anzupassen und ihr sogar neue Akzente zu setzen. Anstatt auf die Vorteile einer sogenannten Gemeinnützigkeit zu pochen, praktizierte man diese mit dem in allen Märkten des Unternehmens geltenden Prinzip der Dauertiefpreise. Davon profitierten die Verbraucher, dadurch florierte das Unternehmen, und das *nutzt auch den vielen tausend* Kleinaktionären, zu denen sich die ehemaligen Genossen längst gemausert hatten. Jede der Aktien, entstanden vor langer Zeit aus den damals eingezahlten und immer hoch verzinsten Genossenschaftsanteilen von 50 DM, verkörpert heute einen Wert von 650 DM, und das ist immerhin das 13fache. Manch eine andere Genossenschaft sollte da vor Neid erblassen.

Börsenreform

ed. – Wenn es ein Jahr gedauert hat, bis sich die acht deutschen Börsen über eine so nebensächliche Frage einigen konnten, ob im Optionshandel der Dividendenabschlag an der Heimatbörse oder an der Frankfurter Börse maßgeblich sein soll, läßt sich ermessen, welche Widerstände noch zu überwinden sind, bis sich die acht im Rahmen der neuen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Wertpapierbörsen zu einem wirklichen „Finanzplatz Deutschland" *zusammenraufen. Zu* groß ist die Angst kleinerer Börsen, noch mehr Anteile am Wertpapierhandel an die führende Börse in Frankfurt zu verlieren. Dabei sollten gerade die kleineren Börsen mit regional verwurzeltem Geschäft erkennen, daß sie von der Intergration in einen nationalen Markt mit einem Höchstmaß an Transparenz – *besonders auch für internationale* Anleger – letztlich nur profitieren und daß hier langfristig wahrscheinlich ihre einzigen Überlebenschancen liegen. Diese Erkennt*nis sollte auch bei den Länderbe*hörden reifen. Wenn sie noch allzu lange auf ihre föderale Kompetenz pochen, werden ihre Börsen eines Tages zur finsteren Provinz.

VERBRAUCHERPREISE / Einzelhandel beklagt Restriktionen bei den Importen

Protektionismus verteuert Waren um deutlich mehr als zehn Prozent

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Ohne die Behinderungen durch das Welttextilabkommen könnten die Bekleidungspreise in der Bundesrepublik um mindestens zehn Prozent sinken. Die gemeinsame Agrarpolitik der EG verteuert die Lebensmittel um 14 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt Gerd C. Kade, Präsident der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE). Die AVE hat als Mitglieder vor allem die großen Kaufhäuser und Versender.

Selbst die direkten Kosten des Protektionismus, also ohne die Fehlleitung von Kapital, Arbeitskräften und anderen *Ressourcen, würden häufig* unterschätzt. So habe der deutsche Einzelhandel im engeren Sinne (ohne Autos und Brennstoffe) im vergangenen Jahr rund 378 Mrd. Mark umgesetzt. *Die Konsumgütereinfuhr – auf* Einzelhandelsverkaufspreis hochgerechnet – habe bei rund 185 Mrd. Mark gelegen. Bereits die Hälfte aller im Einzelhandel verkauften Waren werde aus dem Ausland importiert.

Belastet würden diese Einfuhren auf ganz unterschiedliche Weise, so durch Marktordnungssysteme, vor allem für Agrarprodukte sowie für Textil- und Bekleidungserzeugnisse, durch Exportselbstbeschränkungsmaßnahmen, durch Einfuhrkontingente, Exportsubventionen, nicht tarifäre Importbarrieren oder Sonderschutzzölle.

Hinzu komme die vielgestaltige Palette des Verwaltungsprotektionismus, deren Kosten allein für die EG auf 30 Mrd. Mark veranschlagt werden. Bei Gründung der EG habe es 120 000 Zöllner gegeben, jetzt seien es 125 000, und das in einem angeblich gemeinsamen Markt. Nach Schätzungen würden zehn bis 20 Prozent des Welthandels durch Handelsrestriktionen *beeinträchtigt*, bei *Konsumgüter* seien es sogar rund 30 Prozent. Die AVE und die OECD kommen zu dem Ergebnis, daß die Welteinfuhr (cif) von 4500 Mrd. Mark mit rund vier *Prozent durch nichttarifäre protek*tionistische Maßnahmen verteuert wird. Dies bedeute eine Mehrbelastung der Verbraucher in aller Welt für importierte Erzeugnisse von 400 Mrd. Mark.

Bei Konsumgütern, die einen Anteil am Welteinfuhrvolumen von rund 20 Prozent haben, betrage die Belastung durch nichttarifäre protektionistische Maßnahmen rund sechs Prozent. Das ergebe eine Mehrbelastung der Verbraucher bei importierten Erzeugnissen von 150 Mrd. Mark.

In der Bundesrepublik, auf die mit 464 Mrd. Mark rund ein Zehntel des Welteinfuhrvolumens entfällt, dürfte die Mehrbelastung der Verbraucher für importierte Konsumgüter bei 15 Mrd. Mark liegen. Insgesamt würden alle importierten Erzeugnisse durch den Protektionismus um 35 bis 40 Mrd. Mark verteuert. Diese globale Betrachtung werde durch zahlreiche Einzeluntersuchungen gestützt. So verursache der Agrarprotektionismus der EG ein Hochpreisniveau, das rund 25 Prozent über den Weltmarktpreisen liegt. Das verteuere die Lebensmittel für den EG-Verbraucher um rund 80 Mrd. Mark jährlich, davon entfielen 20 Mrd. auf den deutschen Konsumenten. Ohne diesen Protektionismus könnten die deutschen Lebensmittelpreise nach Angaben Kades um 14 Prozent sinken.

Eine Untersuchung der EG kommt zu dem Ergebnis, daß die Bekleidungspreise in der Gemeinschaft wegen des Multifaserabkommens durchschnittlich um 30 bis 40 Prozent gestiegen sind. Kade hält diesen Effekt für etwas überzeichnet, er rechnet für die Bundesrepublik mit gut zehn Prozent. Er stützt sich dabei auf Untersuchungen in den USA, die den Effekt von Importrestriktionen für Bekleidungserzeugnisse auf 17 bis 25, für Zucker auf 30 und für Automobile auf fünf Prozent veranschlagen.

In England seien die Textilpreise um durchschnittlich 20 Prozent verteuert worden. In Schweden verursachen die Textilrestriktionen Preiserhöhungen bei Bekleidungsartikeln um zehn bis 15 Prozent. Allein die reinen „Papierkosten" des Verwaltungsprotektionismus werden in einer OECD-Untersuchung mit 1,4 bis 5,7 Prozent des Warenwertes angegeben.

VIAG-TEILPRIVATISIERUNG

Bund verkauft die Aktien zum Stückpreis von 165 DM

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Zum vorsichtig gewählten Plazierungskurs von 165 DM je Aktie, der 766 Mill. DM in die Staatskasse bringt, bietet ein 31 Banken starkes Konsortium (Federführung Deutsche Bank, Mitführung Bayerische Vereinsbank und Commerzbank) vom 2. bis zum 5. Juni 226 Mill. DM Aktien der Bundes-Konzernholding Viag AG, Bonn/Berlin, zur möglichst breiten Streuung bei Publikumsaktionären an. Weitere 6 Mill. DM Aktien sind zum gleichen Preis für die Belegschaft reserviert. Der Bund trennt sich damit von 40 Prozent des Aktienkapitals von 580 Mill. DM, das insgesamt zum Börsenhandel zugelassen wird. Die erste Kursnotiz soll am 11. Juni kommen.

Die Viag-Vorstandsmitglieder Rudolf Escherisch und Werner Lamby nennen anläßlich der Vorlage der 1985er Konzernbilanz den Plazierungspreis fair und in die Börsenlandschaft passend. Die Viag-Holding werde auch für 1986 ihren für 1985 auf 5 (4) DM erhöhten Dividendensatz gewiß zahlen, im Zweifel in Zukunft auch mehr. Nebst Steuergutschrift ergibt diese Dividende auf die für 1986 voll gewinnberechtigten Aktien eine Rendite von 4,73 Prozent des Kaufpreises – als Jahresrate wegen des erst am 10. Juni fälligen Kaufpreises fast doppelt so viel.

Im Einklang mit den konsortialen Bankanalysten prognostiziert der Vorstand für das Konzernjahr 1986 ein DVFA-Ergebnis (mit Steuergutschrift) von 15 DM je Aktie nach 16,50 DM in 1985 und 17,10 DM im bisher besten *Viag-Jahr 1984*. Auch das demnach beim Faktor elf liegende Kurs/Gewinn-Verhältnis sei für diese „gemischte Aktie" (zwei Drittel des Konzernertrages aus Strom/Gasversorgung, ein *Drittel aus Aluminium/Chemie*) durchaus „börsenkongruent.

Parallel zur Teilprivatisierung wurde durch Hauptversammlungsbeschluß vom 23. Mai ein bedingtes Kapital von 100 Mill. DM für die Emission von 300 Mill. DM Optionsschuldverschreibungen (mit Aktionärsbezugsrecht) geschaffen, die voraussichtlich im Herbst voll emittiert werden und der Schuldenkonsolidierung dienen sollen. Bleibt der Bund dabei (erwartungsgemäß) passiv, so würde sich seine Viag-Mehrheit auf 51 Prozent an später 680 Mill. DM Aktienkapital reduzieren. Im übrigen habe der Bund auch anläßlich der üblichen Marktschutzvereinbarung mit den Konsortialbanken erklärt, daß kein weiterer Verkauf aus seinem Viag-Aktienbesitz beabsichtigt sei.

Auf der somit von allfälligem Verkaufsdruck aus Alt-Eigentümerkreis befreiten Publikumsaktie lastet nach *dem Urteil des Vorstands auch der* Schatten der 1986 stark spürbaren Aluminium-Krise nicht sonderlich schwer. Verluste erwarte man, dank zuvor hoher Vorsorge, auch 1986 *nicht. Zumindest die 5 DM Dividen*de, für die 1985 nur die Hälfte des Konzerngewinns gebraucht wurde, könne man bequem darstellen.

ILA im Steigflug

Von DOMINIK SCHMIDT

Selbstbewußter denn je zeigen sich die Veranstalter der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung ILA '86, die vom 6. bis zum 15. Juni in Hannover-Langenhagen stattfindet und von Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnet wird. Die Gründe dafür, daß längst nicht mehr so eifersüchtig wie in früheren Jahren auf den Aero-Salon in Paris oder die britische Luftfahrtschau geschielt wird, liegen auf der Hand: Das Interesse der internationalen Luft- und Raumfahrtindustrie an der ILA ist deutlich gewachsen. Mit 423 Ausstellern aus 17 Ländern haben die Anmeldungen ein Rekordniveau *erreicht; an der letzten ILA im Jahre* 1984 beteiligten sich noch 370 Firmen. Zum ersten Mal ist in Hannover auch Japan mit einem Gemeinschaftsstand vertreten.

Der Bundesverband der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI) macht für den erhöhten Stellenwert der ILA ein weiteres Moment geltend. Im Rahmen der Schau gibt es ein umfangreiches Tagungsprogramm, zu dem Fachleute aus aller Welt erwartet werden. Im Vordergrund steht die Welt-Konferenz des Regionalluftverkehrs. Auf ihr wird die Gründung eines Weltverbandes der Regionalfluggesellschaften nach dem Beispiel der IATA, des internationalen Verbandes *der großen Linienfluggesellschaften*, angestrebt. Auf breites Interesse stößt ferner das Weltraumrechtssymposium zum Thema „Rechtliche Probleme bei Bau und Nutzung von *Raumstationen*".

Nicht zuletzt die anhaltend günstige wirtschaftliche Situation der Branche beeinflußt die zuversichtliche Stimmung im Vorfeld der hannoverschen Luftfahrtschau. Gerade in den letzten Jahren erwies sich die Luft- und Raumfahrtindustrie als ausgesprochene Wachstumsbranche. Dies gilt sowohl für den zivilen wie für den militärischen Bereich, wie die Umsatzentwicklung zeigt. Noch 1978 repräsentierte die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie ein Volumen von *rund sechs Milliarden Mark*; für 1985 errechnet sich ein Umsatz nahe der 15-Milliarden Mark Grenze.Rund die Hälfte davon entfällt unverändert auf die Zivilluftfahrt.

Speziell auf diesem Gebiet stehen die Signale langfristig auf Grün. Alle am Luftverkehr beteiligten Unternehmen prognostizieren eine Verdoppelung des Aufkommens bis zum Jahre 2000. Höhere Stückzahlen und größere Flugzeuge sind also vorprogrammiert. Airbus Industrie zum Beispiel rechnet für die nächsten zwanzig Jahre weltweit mit einem Bedarf von 9100 Flugzeugen. Dies entspricht aus heutiger Sicht einem Umsatzvolumen von etwa 470 Milliarden US-Dollar. Vor allem Flugzeuge für den Kurz- und Mittelstreckenbereich dominieren bei dieser Bedarfsprognose.

Airbus Industrie will daran angemessen partizipieren. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1986 verzeichnet das Unternehmen bereits beachtliche Akquisitionserfolge. 59 Bestellungen sind immerhin schon eingegangen, einiges wird noch hinzukommen. So werden zur ILA die ersten Order für die beiden neuen Projekte A 330 und A 340, deren Entwicklung erst Ende Januar dieses Jahres gestartet wurde, erwartet.

Immer stärkere Bedeutung erlangt für die Branche der Bereich Maintenance, also die Wartung und Überholung von Flugzeugen, Hubschraubern und Triebwerken. Von den insgesamt 72 000 Beschäftigten der deutschen Luftfahrtindustrie sind immerhin knapp 20 Prozent auf diesem Gebiet tätig. Folgerichtig wird diesem Arbeitsbereich auf der ILA '86 mit einer eigenen Halle Rechnung getragen.

Entspannt hat sich das Verhältnis der Luft- und Raumfahrtindustrie zum „Partner Staat". Die Entscheidung der Bundesregierung, sich an der Entwicklung des europäischen Jagdflugzeugs JF 90 zu beteiligen, hat die Gemüter beruhigt. Die Projektstudie für den Jäger ist fertiggestellt, die Gründung der Managementgesellschaft steht bevor. Ob Frankreich sich an dem Projekt beteiligen wird, ist allerdings noch offen. Auch die Aussichten für eine Realisierung des neuen Panzerabwehr-Hubschraubers sind gemeinsam mit den Franzosen gestiegen.

Letztlich bleibt als Wunsch gegenüber Bonn die beschleunigte europäische Integration auf dem Gebiet der Raumfahrt übrig. Auch dafür ist die ILA die ideale Plattform: Europas Raumfahrtindustrie wird in Hannover komplett vertreten sein.

AUF EIN WORT

„Wir müssen darauf schauen, daß wir nicht mehr Energie für die Erhaltung des Bestehenden aufwenden als für den Aufbau des Neuen. Wenn jeder den Besitzstand wahren will, dann folgt Stillstand, Subventionen sind verloren."

Dr. Hans Singer, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Essen.
FOTO: DIE WELT

Weniger Steuern für Bund und EG

dpa/VWD, Bonn

Bund, Ländern, *Gemeinden und* der Europäischen Gemeinschaft fließen in diesem Jahr voraussichtlich 458,1 Mrd. DM aus deutschen Steuern zu. Das sind infolge eines auf nominal rund sechs Prozent heraufgesetzten Wirtschaftswachstums 800 Mill. DM mehr, als bei der letzten Steuerschätzung im November 1985 angenommen wurden. Wie das Finanzministerium in Bonn nach der Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung weiter mitteilte, profitieren von dieser Entwicklung auch für die Jahre bis 1990 vor allem die Länder und Gemeinden, während der Bund und die EG die eindeutigen Verlierer sind.

KAPITALMARKT

Trotz neuer Emissionsflut aus dem Ausland freundlich

cd. Frankfurt

Gelassen hat der Markt gestern die Ankündigung der Emission von 70-DM-Auslandsanleihen mit einem Volumen von 16,9 Mrd. DM im Juni aufgenommen, weil man damit rechnet, daß nur ein Teil der bei der Bundesbank angemeldeten Emissionswünsche realisiert wird. Für den Mai waren sogar 72 Anleihen mit einem Volumen von 18,7 Mrd. DM vorgemerkt worden, von dem lediglich rund 30 Prozent an den Markt kamen. Viele Anleihen wurden wegen des überraschenden Zinsanstiegs im Mai zurückgestellt; ein Teil davon dürfte sich im Juni-Emissionskalender wiederfinden.

Außerdem werden, wie seit einiger Zeit zu beobachten ist, zahlreiche Emissionsvorhaben nur vorsorglich angemeldet. Von den Juni-Emissionen entfallen 60 auf festverzinsliche Anleihen mit einem Volumen von 14,7 Mrd. DM.

Am inländischen Rentenmarkt war zwar die Stimmung gestern freundlicher. Bundestitel gewannen bis zu 35 Pfennig, und ihre Umlaufrendite sank von 5,87 auf 5,84 Prozent; doch die neue Bundesanleihe profitierte davon nicht. Die 5,75prozentige zehnjährige Tranche über 3 Mrd. DM findet praktisch überhaupt keine Käufer, während für den 30jährigen Sechsprozenter (1 Mrd. DM) etwas spekulatives Auslandsinteresse besteht. Der größte Teil der Anleihe wird in den Eigenbeständen der Konsortialbanken hängenbleiben.

Etwas belebt hat sich die Auslandsnachfrage nach attraktiver verzinslichen Pfandbriefen öffentlich-rechtlicher Emittenten; die Rendite zehnjähriger Titel sank von knapp sieben auf 6,75 Prozent.

BUNDESKABINETT

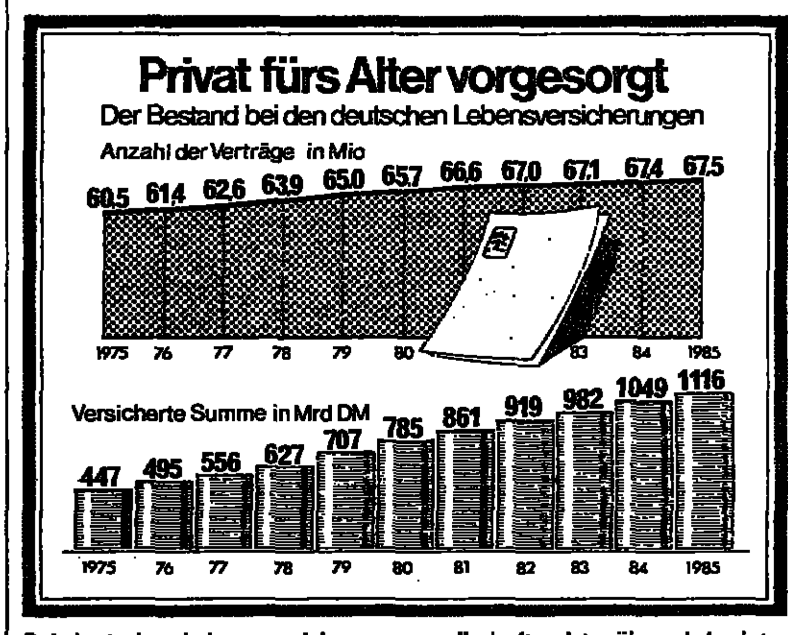
Ausmaß der Steuerflucht ist noch weithin unbekannt

A. G. Bonn

Keine Auskunft über den möglichen Umfang der internationalen Steuerflucht gibt die Regierungsantwort auf eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion, die das Bundeskabinett gestern beschlossen hat. *Wie es darin unter anderem heißt*, weise die Große Anfrage zutreffend darauf hin, daß die im In- und Ausland vorhandenen Daten und Informationen über diesen Tatbestand außerordentlich lückenhaft seien. Zu den Fragen nach Zahlenmaterial stellt die Regierung fest, daß statistischen Erhebungen innerhalb der Finanzverwaltung durch deren Überlastung sehr enge Grenzen gesetzt seien. Die angeforderten Schätzungen würden Unterstellungen über Fehlverhalten von Steuerbürgern voraussetzen, von denen aus grundsätzlichen Überlegungen abgesehen werde. Über Dunkelziffern und über vermutete Hinterziehungsbeträge seien aus diesen Gründen keine verantwortlichen Angaben möglich.

Ganz allgemein stellt die Regierung fest, daß sich Steuerbürger mit Auslandsbeziehungen und die deutsche Außenwirtschaft in der Regel bemühen, ihren Verpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen nachzukommen. Die Bundesregierung habe aber keinen Zweifel, daß es im internationalen Bereich zu beträchtlichen *Verkürzungen kommt*, deren Aufdeckung für die Finanzverwaltung außerordentlich schwierig sei. Dabei handele es sich aber um Erscheinungen „am Rande normalen Wirtschaftens". Die Verhältnisse in den Steueroasen-Ländern selbst könne die deutsche Verwaltung nicht aufklären. Die Regierung will prüfen, ob in der nächsten Legislaturperiode das Außensteuergesetz geändert werden muß.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Bei deutschen Lebensversicherungsgesellschaften ist während der letzten zehn Jahre die versicherte Summe um das Zweieinhalbfache gestiegen, während die Anzahl der Versicherungsverträge relativ konstant blieb. Die Summe pro Vertrag ist daher von 74 000 DM auf 165 000 DM gestiegen.
QUELLE: CONDOR

Demnächst auch Zehn-Mark-Münze

Bonn (A. G.) Die Voraussetzungen *für die Prägung von 10-Mark-Münzen* sollen mit dem von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vorgelegten Novellierungsentwurf über die Ausprägung von Scheidemünzen ge*schaffen werden, den das Bundeska*binett gestern beschlossen hat. Gedacht ist zur Zeit nur an die Prägung von 10-Mark-Gedenkmünzen in einer Silberlegierung.

„Company Cash"

Augsburg (dpa/VWD) – Unter der Bezeichnung „Company Cash" hat die NCR *GmbH (Augsburg) ein* Geld-Selbstbedienungssystem auf den Markt gebracht, mit dem Unternehmen ihren Mitarbeitern die Möglichkeit bieten können, sich innerhalb des Betriebsgeländes jederzeit mit Geld einzudecken. Bedient wird der Automat, wie diejenigen bei den Banken, über eine Plastikkarte mit Magnetstreifen.

Ohne Kompromiß

Brüssel (Ha.) – Auf erhebliche Schwierigkeiten ist der Versuch der *EG-Partner gestoßen, Strahlen*-Höchstwerte für Nahrungsmitteleinfuhren aus Drittländern festzulegen. Die Brüsseler EG-Botschafter konnten sich gestern nicht auf einen Kompromiß einigen. *Möglicherweise muß* jetzt ein Sonderministerrat einberufen werden.

KfW-Kredite teurer

Frankfurt (cd.) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) erhöht die Zinsen für alle von heute an eingehenden Kreditanträgen im Mittelstandsprogramm von 5,75 auf sechs Prozent und im KfW-Umwelt- sowie im KfW-Gemeindeprogramm von 5,25 auf 5,50 Prozent. Unverändert bleiben der Auszahlungssatz von 96 Prozent sowie alle sonstigen Bedingungen.

Bau „katastrophal"

Bonn (A. G.) – Als unbestritten katastrophal bezeichnete der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Fritz Eichbauer, die Ertragslage am Bau. Wie Eichbauer erklärte, sprächen die gewaltigen Schübe bei den Insolvenzen der Jahre 1984 und 1985 eine ganz bittere Sprache. Auch 1986 habe auf diesem Sektor noch keine Wende stattgefunden.

Konjunktur gebremst

Hamburg (dpa/VWD) – *Die Kon*junktur in der Bundesrepublik verlief im 1. Quartal 1986 nach Angaben des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, erheblich ungünstiger, als aufgrund niedriger Zinssätze und günstiger Ertragslage der Unternehmen erwartet wurde. Die Wirtschaftsleistung sei im Vergleich zu den vorangegangenen drei Monaten real leicht gesunken.

Belgien: Diskontsenkung

Brüssel (dpa/VWD) – Die Belgische Nationalbank hat gestern eine weitere Senkung des Diskontsatzes von 8,5 auf acht Prozent beschlossen. Dies ist bereits die vierte schrittweise Senkung des Diskontsatzes nach der Wechselkursanpassung im Ramen des Europäischen Währungssystems (EWS) von Anfang April.

Leu-DM-Optionsanleihe

Frankfurt (cd.) – Über ein von der BHF-Bank geführtes internationales Konsortium begibt die Bank Leu, Luxemburg, eine von der Zürcher Mutterbank garantierte 2,5prozentige zehnjährige Optionsanleihe über 100 Mill. DM zu pari. Zu jedem Anleihestück über 5000 DM gehören zwei Optionsscheine, die zum Bezug von zusammen sechs Inhaber-Partizipationsscheinen (PS) der Bank Leu AG, Zürich, zum Preis von 620 sfr pro PS über nom. 100 sfr in der Zeit vom 12.September 1986 bis zum 14.Juli 1991 berechtigen.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 163,25 (163,76); Elektrowerte: 293,54 (297,52); Autowerte: 753,44 (758,99); Maschinenbau: 155,62 (156,62), Versorgungsaktien: 161,38 (161,73); Banken: 389,95 (393,20); Warenhäuser: 136,47 (136,67); Bauwirtschaft: 471,55 (473,58); Konsumgüterindustrie: 162,71 (165,49); Versicherung: 1462,56 (1487,96); Stahlpapiere: 160,43 (161,35); Gesamt 270,45;.

ENTWICKLUNGSHILFE

DIW: Moskau in Dritter Welt nur wenig attraktiv

Mk. Bonn

Die Attraktivität, aber auch das Engagement der Sowjetunion in der Dritten Welt ist wegen ihrer unzureichenden Wirtschaftskraft begrenzt. Die Entwicklungsländer sind in ihrer Politik ökonomisch primär auf den industrialisierten Westen hin orientiert. Viele Länder der Dritten Welt nutzen ihre Beziehungen zur Sowjetunion in erster Linie, um ihre Verhandlungsposition gegenüber dem Westen zu stärken. *Nach einer Analy*se des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin dürfte sich an diesem Zustand in einer überschaubaren Zukunft kaum etwas ändern.

Vielmehr werde sich der Konflikt mit der Dritten Welt für die Sowjetunion noch verschärfen. So unterstütze *Moskau die Forderungen der* Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung lautstark, solange damit keine eigenen Verpflichtungen verbunden sind. Wenn es *jedoch um regelmäßige fi*nanzielle Leistungen der Sowjetunion geht, würden sie strikt abgelehnt.

Über den Umfang der sowjetischen Entwicklungshilfe gibt es nur Schätzungen. Von den 2,5 Mrd. Dollar, die Moskau in den letzten Jahren den Entwicklungsländern jährlich zur Verfügung gestellt habe, fielen drei *Viertel auf die kommunistischen Ent*wicklungsländer Kuba, Mongolei und Vietnam. Ohne diese Unterstützung der Blockstaaten mache die sowjetische Entwicklungshilfe nur 0,01 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Die Entwicklungsländer wickeln nur 2,5 Prozent ihrer Ausfuhren und 4,5 Prozent ihrer Einfuhren mit der *Sowjetunion* ab. Die Rolle der EG liegt beispielsweise bei 20 Prozent.

BUNDESARBEITSGERICHT / „Telefondatenerfassung dient Interessenausgleich"

Arbeitgeber bestreiten Kontrollabsicht

THOMAS LINKE, Bonn

„Es geht den Unternehmen in keiner Weise darum, durch die Telefondatenerfassungsanlagen irgendein Kontrollinstrument über die Arbeit*nehmer zu erhalten.*" *Mit diesen Wor*ten kommentierte Will Riesenberg, Sprecher der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in Kassel, daß der Arbeitgeber die Daten – also nicht den Inhalt – dienstlicher und privater Telefonate der Arbeitnehmer erfassen und speichern darf.

Das Bundesarbeitsgericht hatte einen Fall aus Düsseldorf zu entscheiden. Ein Stahlhandelsunternehmen hat in seinem Betrieb eine Telefondatenerfassungsanlage installiert – mit Zustimmung des Betriebsrates. Aber über die Frage, ob bestimmte Telefondaten erfaßt werden dürfen, konnten sich die Betriebspartner nicht einigen. Die angerufene, überbetriebliche Einigungsstelle beschloß daraufhin, daß bei Dienstgesprächen und Privatgesprächen auch Datum und Uhrzeit des Gesprächs, dessen Dauer sowie die Nummer des Angerufenen erfaßt werden können. Bei reinen Privatgesprächen werden nur Datum und Uhrzeit, die Dauer des Gesprächs und die angefallenen Gebühren erfaßt.

Diesen Spruch der Einigungsstelle hat der Betriebsrat angefochten. Er ist der Ansicht, der Spruch verstoße gegen Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes sowie gegen das Fernmeldegeheimnis des Anrufers und des Angerufenen. Die Rechtsbeschwerde wurde vom Bundesarbeitsgericht abgewiesen. BAG-Präsident Kissel: „Wenn die gespeicherten Daten nur zur Kontrolle des Telefonverhaltens der Arbeitnehmer und zu Abrechnungszwecken verwendet werden, so handelt es sich lediglich um einen angemessenen Interessenausgleich beim Telefonieren." Der Spruch des BAG bezieht sich ausdrücklich auch auf die Daten der Angerufenen.

Seit 20 Jahren baut Siemens solche Telefondatenerfassungsanlagen. „Früher waren das einfache Tonbänder, die die Daten aufgezeichnet haben. Heute wird die Sache von einem Personal Computer erledigt", erklärt Peter Ruppenthal, ein Sprecher von Siemens. Die Geräte stehen in den Telefonvermittlungen. Sobald dann eine Leitung aufgebaut wird, löst ein Impuls die Speicherung der Daten aus: „Inhaltlich kann da nichts aufgezeichnet werden."

Ziel dieser Anlagen ist es laut Arbeitgebersprecher Riesenberg auch nicht, Privatgespräche zu unterbinden. „Die müssen in begründeten Anlässen aus dem Büro zu führen sein. Es geht den Unternehmen um Kostenersparnis und Kostentransparenz."

SKANDINAVIEN

Mehr Wettbewerb senkt Flugpreise

meh, Kopenhagen

Im Luftraum über Skandinavien wird die SAS mit einer ganz neuen Wettbewerbsdimension rechnen müssen: In Teilen ihres Strecken- und Servicemonopols werden sich künftig andere Fluglinien und vor allem Charter-Gesellschaften stärker festsetzen können. Am weitesten geben die Liberalisierungen im Frachtmarkt: Hier fallen alle Abschottungen. Die neuen Regelungen sind an die Konzessionsverlängerung der SAS gekoppelt, auf die sich jetzt die Regierungen Schwedens, Norwegens und Dänemarks geeinigt haben. „Wettbewerb ist sogar für die SAS gut", meinte der dänische Verkehrsminister Arne Melchior. Zweifellos würden die Einnahmen für die SAS künftig spärlicher fließen. Den Vorteil davon hätten die Verbraucher über günstigere Flugtarife.

Anstelle einer „Siebentagesregel" gilt im Charter-Geschäft künftig eine „Viertagesregel": Charter-Reisende müssen *also* nur noch vier Tage – allerdings mit einer Übernachtung zwischen Samstag und Sonntag – dauern. Auch Kurzreisen zwischen skandinavischen Hauptstädten sind demnächst erlaubt. Dadurch vor allem dürften sich die Ticketpreise nahezu halbieren. Mit dem Argument, dies würde Verkehr von ihren Hauptlinien abziehen, konnte die SAS bislang das Befliegen von ihr nicht bedienter Strecken blockieren. Auch diese Bestimmung wird fallen.

FOTOMARKT / Umsatzwachstum von fünf Prozent in diesem Jahr erwartet – Trend zu höherwertigen Produkten

Die Branche geht wieder lichteren Zeiten entgegen

W. NEITZEL, Rottach-Egern

Der deutsche Amateur-Fotomarkt, der sich lange Zeit im Rückwärtsgang bewegte und immer mehr in den Schatten der dynamischen Fachfotografie geraten ist, geht offensichtlich wieder lichteren Zeiten entgegen. Jedenfalls rechnet die Fotobranche, wie Jochen Münnich, Vorsitzender des *Fotoindustrie-Verbandes anläßlich* der Mitgliederversammlung in Rottach-Egern erläuterte, für 1986 hierzulande mit einem Umsatzwachstum sowohl der Amateurfotografie als auch mit einer Fortsetzung der seit längerem ansteigenden Kurve im Fachbereich.

Prognostiziert wird ein Zuwachs in der Größenordnung von fünf Prozent. Dabei zeichneten sich im Gerätesektor der Amateursparte, in der weitgehend ausländische Erzeugnisse – insbesondere aus Japan – dominieren, hohe Plusraten bei den Sucherkameras ab. Stagnationstendenzen gebe es bei Spiegelreflex-Kameras und weiter ansteigendes Geschäft im Zubehörsektor. Ganz allgemein *gehe der Trend in Richtung* höherwertiger Produkte. Wenngleich der Fotohandel im Bereich der Videokameras und Camcorder schwach repräsentiert sei, signalisierten hier steigende Verkaufszahlen doch, daß man mit Video „gut leben" könne. Die Branche erhoffe sich nicht zuletzt zusätzliche Umsatzimpulse aus der diesjährigen „Fotokina", die vom 3.–9. September dieses Jahres in Köln stattfindet.

Nach den nunmehr vorliegenden, von der GfK ermittelten Zahlen wuchs der gesamte deutsche Fotomarkt (Amateur- und Fachsparte) in 1985 um fünf Prozent auf 10,3 Mrd. DM. Die Fachfotografie kam dabei auf 5,78 Mrd. DM Volumensausweitung (fünf Prozent) und auch die Amateurfotografie (4,52 Mrd. DM) schlug erstmals seit langem ein entsprechendes Wachstumstempo an. Ohne den *weiter geschrumpften* Schmalfilmmarkt, der den Video-Produkten kräftig Tribut zollen mußte und um 25 Prozent auf wertmäßig 140 Mill. DM zurückgefallen ist, vergrößerte sich der *Stehbild-Fotomarkt* sogar um sechs Prozent auf 4,38 Mrd. DM und schloß damit wieder zum Niveau der Jahre 1980/81 auf.

Erfreut zeigt sich die Branche vor allem darüber, daß im vergangenen Jahr mehr Aufnahmen gemacht wurden. Die Amateurfotografen belichteten mit 102 Millionen Filmen 2,75 (2,60) Milliarden Aufnahmen, wovon ein steigender Anteil (61 Prozent) auf Color Negativfilme entfiel. Es zeigt sich dabei ein verstärkter Einsatz höher empfindlicher Filme. Die Zahl der gefertigten Color Papierbilder nahm um sechs Prozent auf 1,79 Milliarden Stück zu.

Beim Kameraabsatz schälten sich im vergangenen Jahr zwei Merkmale heraus, nämlich ein anhaltender Siegeszug der kompakten Kleinbild-Sucherkameras und der allgemeine Trend zum qualitativ höherwertigen Erzeugnis. Während der Stückzahl nach mit 2,31 Millionen Kameras zwei *Prozent weniger als im Vorjahr* an den Mann gebracht wurden, stieg der Wertumsatz um zwölf Prozent auf 660 Mill. DM. Mit 870 000 Kleinbild-Sucherkameras wurden 28 Prozent mehr als in *1984* verkauft. *Die Zahl* der Spiegelreflex-Kameras blieb stabil bei 490 000 Stück. Eindeutiger Verlierer waren die kleinformatigen Kameras der Kategorie 110/Disc, deren Absatz um über 20 Prozent auf 620 000 Stück schrumpfte. Im Zubehörgeschäft ergab sich ein Plus von zwei Prozent auf rund 1,1 Mrd. DM.

Daß deutsche Produkte bestimmter Teilgebiete der Fototechnik nach *wie vor Weltgeltung besitzen*, untermauerte Hans-Joachim Ernst, Vorsitzender der Fachgruppe Foto- und Videotechnik im Verband der deutschen feinmechanischen und optischen Industrie, unter Hinweis auf die Exportausweitung. Die 117 (1984: 120) Betriebe in der Bundesrepublik, die insgesamt rund 16 000 Mitarbeiter beschäftigen, steigerten in 1985 ihre Produktion um 17 Prozent auf 1,53 Mrd. DM und den Umsatz um neun Prozent auf 1,79 Mrd. DM. Der Auslandsumsatz, auf den rund zwei Drit*tel des Geschäfts entfällt*, wurde dabei kräftig um 20 Prozent auf 1,12 Mrd. DM ausgeweitet und war damit erneut Träger der Branchenkonjunktur. Vor zehn Jahren betrug die Exportquote bei einem Gesamtumsatz von zwei Mrd. DM 48 Prozent.

AVA / Hohe Ausschüttung – Kapital wird aufgestockt

Ende August an die Börse

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Am 21. August dieses Jahres werden die Aktien der AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, in den amtlichen Handel der Düsseldorfer Börse eingeführt. Der Zeitpunkt für die Emission erscheint optimal gewählt, denn das Einzelhandelsfilialunternehmen mit seinen zum Jahreswechsel insgesamt 110 Märkten (Gesamtverkaufsfläche 280 000 Quadratmeter) in Westfalen, Niedersachsen und neuerdings auch in Hessen kann eine überzeugende Bilanz vorlegen. 1985 stieg der Umsatz um 9,5 Prozent auf 1,67 (1,53) Mrd. DM, gleichzeitig erhöhte sich der Konzernüberschuß um neun Prozent auf 13,6 (12,4) Millionen DM.

Nach Einstellung von 7 Mill. DM in die freien Rücklagen soll aus dem verbleibenden Bilanzgewinn eine Dividende von 12 DM plus 10 DM Bonus (im Vorjahr 12 plus 3 DM) auf die 50-DM-Aktie ausgeschüttet werden. Die rund 23 000 Kleinaktionäre, von denen ein Viertel aus den Reihen der inzwischen 6300 eigenen Mitarbeiter stammt, kommen damit in den Genuß einer Ausschüttung (insgesamt 44 Prozent), die in der deutschen Handelslandschaft als einmalig anzusehen ist.

Dabei hält das Wachstum des Unternehmens ungebrochen an. In den ersten vier Monaten 1986 stieg der Umsatz bereits wieder um 7,8 Prozent. In Zukunft ist auch der Umsatz der am 1. März übernommenen Helco-Gruppe, Göttingen, einzubeziehen, der im gleichen Zeitraum auf 67 Mill. DM auflief, sowie der im Elektro- und Musikträgermarkt ebenfalls aktiv *gewordenen* Tochtergesellschaft Sinus GmbH.

Für das laufende Jahr sind Investitionen in Höhe von 50 (31,5) Mill. DM vorgesehen, der höchste für diesen Zweck bisher bereitgestellte Betrag, ein Indiz zugleich für weitere Aktivitäten: Vorstandssprecher Wilfried Stein ist denn auch überzeugt, daß die AVA in Zukunft weiter schneller wachsen wird als der Durchschnitt des deutschen Einzelhandels. Dieses Wachstum soll in erster Linie aus der eigenen Substanz erfolgen. Kooperationen mit anderen, die der AVA-*Zielsetzung entsprechen*, werden jedoch nicht ausgeschlossen, was wohl auch für Übernahmen gilt.

Die „Kriegskasse" für solche Vorhaben erfährt in Kürze eine erhebliche Auffüllung. Noch vor der Börseneinführung wird das bisher nur rund 12,2 Mill. DM umfassende Grundkapital um ein bereits genehmigtes Kapital von nominell 2,4 Mill. DM aufgestockt. Die neuen Inhaberaktien werden den bisherigen Aktionären im Verhältnis 5:1 zu einem Stückpreis von 650 DM angeboten, sie können nur im Rahmen der Ausübung von Bezugsrechten erworben werden. Nach Angaben von Stein entspricht der Bezugspreis dem zur Zeit am Kapitalmarkt erzielbaren Preis, er sei nach börsenanalytischen Kriterien festgelegt. Eine Vergütung für nicht wahrgenommene Bezugsrechte erfolgt nicht.

Der für 1985 ausgeschüttete hohe Bonus soll dabei als ein Ausgleich für viele der langjährigen treuen Aktionäre gesehen werden. Eine weitere Kapitalerhöhung steht dann bald wieder ins Haus: Auf der bevorstehenden Hauptversammlung am 30. Juli soll bereits die Genehmigung zur Aufstockung des um 2,4 auf 14,6 Mill. DM erhöhten Grundkapitals um 50 Prozent beantragt werden, Voraussetzung für weitere Expansionen, die bei der Bonität des Börsenneulings mit Sicherheit auch zu vertreten sind.

SPANIEN / Preisentwicklung hat sich verbessert

Probleme mit Arbeitslosen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die spanische Wirtschaft wird zur Zeit von zwei sich ergänzenden Zahlen charakterisiert: Die Inflationsrate ging im April leicht – um 0,2 Prozent – zurück, so daß die Regierung hoffen kann, bereits jetzt den inflationären Stoß, verursacht durch die Anwendung der Mehrwertsteuer nach dem Beitritt zur EG am 1. Januar, aufgefangen zu haben. Dennoch empfiehlt die OECD, die Preisentwicklung noch in den Griff zu bekommen. Voraussetzung dafür sei eine Mäßigung der Gewerkschaften in ihren Lohnforderungen und der Abbau der Lohnpreisindexierung. Als Kompensation könnten die hohen Sozialabgaben reduziert werden.

Doch hier stößt die Regierung schon auf das *zweite große* Problem: die Arbeitslosigkeit. Sie ist auf fast drei Millionen angestiegen (öffentlich registrierte Arbeitslose) und macht rund 22 Prozent der aktiven Bevölkerung aus. Den einzig gangbaren Weg, der Arbeitslosigkeit wirksam begegnen zu können, sieht der Präsident des Dachverbandes der Arbeitgeberorganisationen, CEOE, José Maria Cuevas, in einer Flexibilisierung der strengen Arbeitsgesetze. Sie datieren noch aus der Franco-Diktatur. Nur wenn die Einstellung neuer Arbeitskräfte ihre bindende Last verliert, wären die Unternehmer zu mehr Risiko bereit, um neue, vor allem junge Arbeitskräfte einstellen zu können.

Produktivität zu gering

José Maria Cuevas warnte in diesem Zusammenhang vor einem Optimismus, wie ihn die Regierung im Interesse der für den 22. Juni angesetzten Parlamentswahlen in Spanien zur Schau trägt. „Wir müssen davon ausgehen, daß die spanische Wirtschaft die evidenten Mängel ihrer Produktivität bisher nur mit Hilfe einer Politik der Kompensierung ausgleichen konnte." Mit dem Beitritt zur EG werden die bisherigen Stützen in Form von Zollbarrieren und *Abschreibungsmöglichkeiten für den* Export sowie eine Art Lastenausgleich für *Sozialausgaben* und anderes schrittweise abgebaut. Geblieben sei aber die negative Seite dieses protektionistischen Systems der Vergangenheit. So liegen die Sozialkosten der spanischen Unternehmen um 25 Prozent über dem europäischen Durchschnitt.

Unflexibler Arbeitsmarkt

Die Abschaffung der Ausgleichsstützen bei gleichzeitiger Übernahme der Mehrwertsteuer „legt alle strukturellen Mängel unserer Wirtschaft offen, und das läßt sich nicht mehr vertuschen". Nach Cuevas ist Spanien zur Zeit das Land Europas, das sich am wenigsten verteidigen kann, da es noch nicht wie die anderen Länder der EG über Normen der Angleichung, Etikettierung und Konsuminformationen einen eigenen Schutzschild „des Neoprotektionismus" gegenüber der ausländischen Invasion aufstellen konnte. Der größte Nachteil aber bleibt das Tabu gegenüber jeder Flexibilität des Arbeitsmarktes.

Cuevas wirft der Regierung vor, sie habe das Finanzsystem nach und nach der eigentlichen Produktivität entzogen und es direkt an das Finanzsystem des Staates mit seinen übermäßigen Ausgaben angeschlossen. Auch dieses Manöver werde letztlich von privaten Unternehmen bezahlt. Zur Zeit absorbiere die öffentliche Hand 62 Prozent der jährlichen Finanzschöpfung. 1975 waren es nur fünf Prozent. Während sich der Steuerdruck seit 1982 um vier Prozentpunkte erhöht habe, seien die Staatsschulden allein in diesen letzten vier Jahren von vier Billionen Pesetas auf zwölf Billionen Pesetas (nicht ganz 190 Milliarden DM) angestiegen. Besorgniserregend sei, daß im gleichen Zeitraum die Investitionen der öffentlichen Hand kräftig zurückgegangen seien. Die Privatwirtschaft habe hingegen trotz aller Belastungen ihre Investitionen in dieser *Zeit erhöht.* (SAD)

G + H / Die Preise für Dämmstoffe ziehen wieder an

Verluste schnell überwunden

dpa/VWD, Ludwigshafen

Die Grünzweig + Hartmann und Glasfaser AG (G + H), Ludwigshafen, hat die aus der Baukrise resultierende Verlustsituation bereits nach einem Jahr überwunden. Für 1986 rechnet Vorstandsvorsitzender Joseph Kartaun sogar mit einem guten Ergebnis. G + H, der nach eigenen Angaben führende deutsche Dämmstoffhersteller, gehört zur französischen Saint-Gobain-Gruppe.

G + H hat seine Position 1985 auf dem um sieben Prozent auf rund 13,76 Mill. Kubikmeter geschrumpften Dämmstoffmarkt gehalten. Auf dem deutschen Markt sind neben G + H (Marktanteil um 50 Prozent) nur noch zwei Anbieter (Rockwool, Owens-Corning-Glas) vertreten. Das Personal wurde um 40 Prozent auf 1623 Beschäftigte Ende 1985 abgebaut. Der Gruppenumsatz stieg nach den Angaben auf 1,19 (1,18) Mrd. DM. In der AG ging er vor allem durch die Einstellung der unrentablen Hartschaumproduktion in Ludwigshafen und Bochum um 1,8 Prozent auf 433,2 Mill. DM zurück. Das Betriebsergebnis, das 1984 mit 44 Mill. DM in die roten Zahlen gerutscht war, sei nur noch leicht negativ.

Für 1986 rechnet die G + H-Gruppe bei leicht rückläufigem Absatz, aber höheren Preisen und einem eher besseren Montagegeschäft mit einem weiteren Umsatzzuwachs (AG: etwa 450 Mill. DM). Die Verkaufspreise, die Ende 1985 das Niveau von 1983 (plus 15 Prozent) erreichten, wurden Mitte März nochmals um sechs Prozent angehoben. Weitere Erhöhungen seien nicht beabsichtigt. Im laufenden Jahr will G + H wieder etwa 25 Mill. DM in der Gruppe investieren.

COMPUTERINDUSTRIE / Großfusion in den USA

Burroughs übernimmt Sperry

dpa/VWD, New York

Die beiden US-Computerhersteller Sperry, New York, und Burroughs, Detroit, haben sich auf einen Zusammenschluß geeinigt. Damit entsteht das nach IBM zweitgrößte Unternehmen der Branche mit 10,5 Mrd. Dollar (24 Mrd. DM) Jahresumsatz. Burroughs wird den Sperry-Aktionären insgesamt 4,44 Mrd. Dollar für ihre Anteile bezahlen.

Die bislang größte Fusion im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung sieht vor, daß Burroughs 31 Mill. Sperry-Aktien, oder 54 Prozent des Kapitals, zum Stückpreis von 76,50 Dollar in bar übernimmt. Die verbleibenden Anteile will Burroughs gegen Wertpapiere zum gleichen Preis eintauschen.

Burroughs hat unter seinem Verwaltungsratsvorsitzenden W. Michael Blumenthal, der bei Präsident Jimmy Carter Finanzminister war, zum ersten *Mal* vor einem Jahr ein Übernahmeangebot gemacht. Weil Sperry nicht darauf reagierte, zog Burroughs das Angebot zurück. Anfang Mai bemühte sich Burroughs erneut, doch auch diesmal zeigte sich Sperry nicht sonderlich interessiert. Sperry setzte sich dann mit etwa 50 Unternehmen in Verbindung, denen es eine Verkaufsofferte vorlegte, doch das Ergebnis war offenbar nicht zufriedenstellend.

Zusammen brachten es die beiden Unternehmen im vergangenen Jahr auf einen Gewinn von einer Mrd. Dollar bei 10,78 Mrd. Dollar Umsatz. Der Umsatz von IBM betrug 50,06 Mrd. Dollar. Digital Equipment Corp, der bisher zweitgrößte Hersteller, der nun diesen Platz an Burroughs-Sper*ry abtreten muß, erzielte 6,69 Mrd.* Dollar Umsatz. Es folgen Honeywell Inc mit 6,62 Mrd. Dollar Umsatz, Hewlett-Packard Co mit 6,51 Mrd. Dollar und Control Data Corp mit 3,68 Mrd. Dollar.

PRIVATBRAUEREI DIEBELS / Mit neuen Kunden

Einbruch in die Pils-Front

Bm. Düsseldorf

Trotz der Stagnation am deutschen Biermarkt gelang der Privatbrauerei *Diebels GmbH & Co. KG, Issum*, im Geschäftsjahr 1985 wieder ein Ausstoßplus von 6 Prozent auf über 1,3 Mill. Hektoliter. Die neuen Kunden wurden nach Auskunft des Sprechers *der Geschäftsführung, Hans Joachim* Weiss, vornehmlich unter Pils-Trinkern gewonnen. Für 1986 ist ein Ausstoßzuwachs von 2,5 Prozent geplant.

Über dem Ausstoßzuwachs lag die Erhöhung der Netto-Erlöse mit plus 7 Prozent auf 158,3 Mill. DM. Der Faßbieranteil liegt mit 30,6 Prozent erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Hoch ist auch die Produktivität der Brauerei mit 3031 (2960) hl je Mitarbeiter. Saldiert stieg die Zahl der belieferten Gastronomiebetriebe um 500 auf rund 9500. Die Kapazität beträgt nach Auskunft des geschäftsführenden Braumeisters, Rolf Schäuble, 1,35 bis 1,4 Mill. Hektoliter. Dem Ausstoßwachstum werde man durch Anbauten folgen.

Investiert wurden im Berichtsjahr 9,4 (18,3) Mill. DM. 1986 werden es 13,9 Mill. DM sein. Die Mittel stammen wie bisher aus dem Haus. Weiss nannte keine Details zur Ertragslage, *die er jedoch als „voll befriedigend"* bezeichnete. Da Altbier wesentlich kürzere Produktionszeiten als etwa Bier Pilsener Brauart hat, Diebels aber im Preisband von Premium-Pilsener verkauft wird, darf man eine zweistellige Umsatzrendite vermuten.

Diebels Alt wird zu 90 Prozent in *Nordrhein-Westfalen* vertrieben. Bei Alt hat Diebels inzwischen einen Marktanteil von 59,6 Prozent. Stärkstes Gebinde ist die Halbliter-Euroflasche mit über 850 000 Hektoliter. Sie steigerte ihren Absatz um 5,1 Prozent. Die Drittelliter-Vichy-Flasche kam um 9,8 Prozent auf fast 40 000 Hektoliter im 24er-Karton voran. Sehr gut im norddeutschen Raum entwickelte sich das Geschäft mit der Drittelliter-Flasche im 6er-Pack von 2600 auf 5800 Hektoliter. Die Drittelliter-Dose als einziges Einweggebinde legte 12,7 Prozent auf über 8600 Hektoliter zu. Neu kommt in diesen Tagen das Fünf-Liter-Partyfäßchen in den Handel.

Nach Fertigstellung der Keg-Faßabfüllung, der weiteren Arrondierung des Betriebsgeländes und nach Erweiterung der EDV wurde mit der Errichtung eines neuen Labors und mit dem Um- und Ausbau des zweiten Sudhauses *begonnen*. Im Plan steht ferner die Erweiterung der Filtration, die Anschaffung von drei weiteren Gär- und Reifebehältern, der Bau einer Versuchsbrauerei und die *Bohrung neuer Tiefbrunnen. Die* reinen Media-Ausgaben werden von der Geschäftsführung für 1986 mit 8 Mill. DM angegeben. Diebels vertreibt auch Stauder-Pils, Maisel Diätbier und die Schneider Weisse.

Die Bundesbahn erweitert Angebot

DeT, Bonn

Reisezeitverkürzungen, ein „Wochenendpaket" für umweltbewußte Bürger sowie die Ausdehnung des Citybahn-Netzes, das bisher auf der Nahverkehrsstrecke Gummersbach–Köln unerwartete Erfolge gezeitigt hat, sind die wichtigsten Änderungen im Reisezugverkehr der Deutschen Bundesbahn.

Im Intercity-Verkehr entstehen Zeitersparnisse durch den Einsatz schnellerer Loks sowie die Verlegung der Paßkontrolle in den fahrenden Zug und teilweise kürzere Grenzaufenthalte. Durch die Stillegung einiger unrentabler Haltestellen werden auch die Fahrtzeiten etlicher D-Züge verkürzt. Bei den Autoreisezügen wird auf den meisten Anlagen die Zeit zwischen Ladeschluß und Zugabfahrt geringer, so daß auch hier kürzere Reisezeiten anfallen.

Der 1984 eingeführte Versuch mit der „Citybahn" auf der Nahverkehrsstrecke Gummersbach–Köln führte zu einem unerwarteten Zuwachs von 40 Prozent mehr Fahrgästen und wird daher für weitere Strecken in Erwägung gezogen, wo eventuell schon nächstes Jahr im „Citybahn-Café" belegte Brötchen und Getränke angeboten werden. Das 1985 im Nahverkehr entstandende Defizit von 4 Mrd. DM soll durch die langfristig geplante bundesweite Einführung des Citybahn-Konzepts verringert werden.

Umweltbewußte Bürger kommen durch den Sommerfahrplan der Bundesbahn ebenfalls auf ihre Rechnung. Ein autoloser Wochenendausflug in den Hunsrück wird durch die Einführung von drei Zugpaaren auf der bisher brachliegenden Strecke Koblenz–Emmelshausen ermöglicht.

NFD verbessert Sommerflugplan

DeT, Nürnberg

Der Nürnberger Flugdienst (NFD), eine auf Geschäftsreisen spezialisierte Fluggesellschaft, rechnet damit, *1986 an die guten Ergebnisse der vorangegangenen* Jahre anknüpfen zu können. Hierzu sollen vor allem einige Veränderungen im Sommerflugplan beitragen, die schnellere Anschlüsse gewährleisten. Auf der wirtschaftlich bedeutendsten Strecke Nürnberg-Paris werden in Zukunft die Abendverbindungen auch an Sonntagen geflogen. Neu eingeführt wird die Strecke Nürnberg-Genf. Von Genf bestehen mit Swissair günstige Anschlußmöglichkeiten nach Afrika und in den Mittleren Osten.

Nach der Übernahme der Morgenverbindung, die bisher von PanAm betreut wurde, wird die Strecke Nürnberg-Brüssel von der NFD zwei*mal täglich* bedient. Weitere Vorteile bestehen in der grundsätzlichen Anwendbarkeit von Sondertarifen sowie der Einführung des „Start"-Systems, das eine raschere Abwicklung sämtlicher Buchungen ermöglicht.

KERNENERGIE / Jülicher Modellrechnung: Ein Verzicht wäre durch deutsche Kohle nicht auszugleichen

Grünen-Vorschlag ins Land der Illusionen verbannt

KARL LOHAUS, Düsseldorf

Der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie bleibt „pure Illusion". Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, der so die Forderung der Grünen abqualifiziert hatte, und andere Warner sind durch eine jetzt abgeschlossene Modellrechung an der Kernforschungsanlage (KFA) Jülich eindrucksvoll bestätigt worden. Selbst wenn alle alten und unsauberen Kohlekraftwerke, die Hunderttausende von Tonnen Schwefeldioxid und Stickoxid zusätzlich in die Luft blasen würden, wieder ans Netz gingen, die Kohlehalden und die nationale Kohlereserve verfeuert, die Braunkohle- und Steinkohleförderung bis an die Grenzen des Möglichen gesteigert würde, wäre die Kernenergie-Lücke nicht geschlossen. Noch rund ein Fünftel des heutigen Stromverbrauchs müßte eingespart werden.

„In den privaten Haushalten mag dies möglich sein", meint der Leiter der Programmgruppe Systemforschung an der KFA Jülich, Hermann Josef Wagner, „in der Industrie wären Produktionseinschränkungen, Kurzarbeit oder Entlassungen eine unausweichliche Folge." Dem Computer-Programm in Jülich wurde die – nicht einmal realistische – Annahme zugrundegelegt, daß die Braunkohlenkraftwerke im Grundlastbereich von 6500 Stunden Laufzeit auf 7500 Stunden hochgefahren und die 1985 vorwiegend im Mittellastbereich 3800 Stunden gelaufenen Steinkohlekraftwerke 6000 Stunden überwiegend im Grundlastbereich übernehmen werden. Damit wären aber erst 2200 Stunden von 7300 der Kernkraftwerke *im Grundlastbereich ersetzt.*

Um den Strom nur eines Kernkraftwerks aus Kohle herzustellen, braucht man, so die Jülicher Forscher, zwei Millionen Tonnen Steinkohle im Jahr. Ingesamt wären das rund 40 Millionen Tonnen. Die deutsche Steinkohleförderung stößt aber schon mit rund zehn Millionen Tonnen mehr im Jahr an ihre Grenze von 90 Millionen Tonnen, die Förderkapazität der Braunkohle liegt bei 120 Millionen Tonnen, rund 20 Millionen Tonnen mehr als derzeit geschürft werden.

In einem zweiten Modell haben die Jülicher einen Stufenplan untersucht, der von der Nutzung der Kernkraft für eine Übergangszeit ausgeht. Vorausgesetzt wird dabei, daß die Bevölkerung spart, der Energiebedarf nur noch um knapp ein Prozent pro Jahr wächst, und daß Steinkohle und Braunkohle im höchstmöglichen Maß gefördert werden. Doch am Ende steht auch hier der zusätzliche Import von Erdöl und Gas, denn 45 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) müßten durch fossile Brennstoffe ersetzt werden.

Strompreise steigen

Den Investitionsbedarf in neue Kraftwerke bezifferten die Jülicher mit sechs Milliarden DM pro Jahr; hinzu kämen die Abschreibungen auf die stillgelegten Kernkraftwerke. Der Preis einer Kilowattstunde Strom müßte nach der Rechnung im Mittel um fünf Pfennig auf 21 Pfennig steigen. Die Luft wäre, auch wenn alle Kraftwerke mit Reinigungsanlagen ausgerüstet und die niedrigen Werte der *Großfeuerungsanlagenverordnung* erreicht wären, mit 250 000 Tonnen Schwefeldioxid mehr belastet.

Ob „Szenario-Rechnungen" aufgehen, geben Experten zu bedenken, hängt davon ab, ob die Annahmen in der Praxis bewältigt werden und ob *die Mehrheit der Bevölkerung die Lösung* akzeptiert. Wenn man keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Dritten Welt und die künftiger Generationen nähme und fossile Energie kaufte, wie der Markt es erlaubt, sei Vieles möglich, wenn man nur zahlen kann. Ob es auch verantwortbar wäre, bleibe die Frage.

„Steigen wir aus", sagt Professor Klaus Knizia, Chef der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, Dortmund, steigen die Strompreise. Wer bezahlen kann, werde weiter verbrauchen, *wer nicht zahlen kann*, werde weniger verbrauchen. Das gelte für Haushalte und Unternehmen. Doch Knizia warnt: „Industrien würden abwandern, manche Produktionen würden bei uns aufgegeben. Das Heer der Arbeitslosen würde sich vergrößern. „Wer trägt dann die Verantwortung?" Knizia sagt voraus, Jahre später, „wenn das Besserwissen wieder dem Wissen gewichen wäre", würden in der Bundesrepublik wieder Kernkraftwerke errichtet – ausländische voraussichtlich.

Unterstellt, Solar- und regenerative Energien wären wirtschaftlich, was nicht einmal der Fall ist, könnten sie im Jahr 2000 in der Bundesrepublik erst *30 bis 40 Millionen Tonnen* Steinkohleeinheiten ersetzen. Um dies zu erreichen, müßten in Ein- und Zweifamilienhäusern drei Millionen Wärmepumpen und drei Millionen Solarkollektoren installiert, und außerdem 1000 große Windanlagen (Growiane), einige hunderttausend kleinere Windräder und einige hunderttausend Biogasanlagen gebaut werden. Nehme man die bestmögliche Solaranlage, würde die Kilowattstunde Strom im günstigsten Fall 50 Pfennig (heute 16 Pfennig) kosten, eher jedoch 70 Pfennig bis eine Mark. Realistisch sei auch aus heutiger Sicht die Annahme, das nur rund ein Fünftel der rechnerisch möglichen Leistung anfiele.

Kaum mehr Sicherheit

Die Frage nach dem Gewinn an Sicherheit durch den Ausstieg aus der Kernenergie läßt Fachleute zögern. An den Grenzen lebten die Bundesbürger eher unsicherer als heute, denn in der „DDR" und im Ausland würden Kernkraftwerke mit niedrigerem Sicherheitsstandard zugebaut. Ein Frankfurter, der Biblis in der Nachbarschaft *habe*, gewinne *dagegen* an relativer Sicherheit. Unter dem Strich sei es für alle aber kaum ein Sicherheitsgewinn. Dies müßten die Politiker, wenn sie es ehrlich meinten und nicht nur auf den vermeintlichen wahltaktischen Vorteil für die eigene Partei schauten, den Wählern offen sagen.

Knizia formuliert die Frage hart: „Müssen wir nicht auch besorgt sein über den psychischen Schaden, den Panikmache anrichten kann?" Der Nuklearmediziner Wilhelm Börner von der Universität Würzburg meint, nach der statistischen Wahrscheinlichkeit müßten von 60 Millionen Bundesbürgern rund zwölf Millionen an Krebs sterben. (dpa)

ITALIEN / Mehr Kontrolle über Auslandsinvestitionen?

Diskussion um Gesetzentwurf

GÜNTHER DEPAS, Mailand

In und außerhalb der italienischen Regierung hat die Diskussion darüber begonnen, wie und ob die Investitionen italienischer Unternehmen im Ausland oder ausländischer Unternehmen in Italien einer Kontrolle unterzogen werden sollen. Den Stein ins Rollen gebracht hat ein sozialistischer Parlamentsentwurf, der Auslandsinvestitionen meldepflichtig machen will. Im einzelnen sieht der Entwurf vor, daß Auslandsinvestitionen innerhalb von fünf Tagen vor Abschluß der Operation dem Amt des Regierungschefs zur Kenntnis gebracht werden müssen. Meldepflichtig werden sollen alle Unternehmen mit einem Kapital von über 30 Milliarden Lire oder einem Umsatz von mehr als 100 Milliarden Lire (etwa 147 Millionen DM) oder *mehr* als 500 Beschäftigten.

Weit auseinander gehen die Meinungen über die Opportunität dieser Initiative. Während der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi, der als geistiger Urheber des parlamentarischen Gesetzentwurfs gilt, in einer Erklärung die Notwendigkeit für den Staat unterstrichen *hat*, über den Verkauf italienischer Firmen ins Ausland zumindest informiert zu werden, lehnen die Industrie und Teile der Parteien alles ab, was der Wirtschaft neue Fesseln anlegen könnte. Bisher besteht in Italien im Falle von Auslandsinvestitionen keinerlei Informationspflicht gegenüber staatlichen oder Regierungsstellen. Einzige Ausnahme bilden die Staatsunternehmen, die das Ministerium für Staatsbeteiligungen über Veränderungen unterrichten müssen.

Offiziell heißt es, daß die jüngsten Fälle von Beteiligungen der Libyen Foreign Arab Investment Corporation an italienischen Unternehmen, darunter die Übernahme der Mineralölgesellschaft Tamoil, den Anstoß zu der sozialistischen Parlamentsinitiative gegeben haben. Die Kritiker des Entwurfs vermuten aber, daß dahinter mehr als nur der Wunsch nach Information stehen könnte. Vor allem der Spitzenverband der italienischen Industrie und die der Wirtschaft nahestehenden Parteien, wie die Republikaner und die Christdemokraten, befürchten, daß damit die Einspruchsmöglichkeit der Regierung auch auf die Privatunternehmen ausgedehnt werden soll, die bisher jedem Zugriff entzogen sind.

Wirtschaftsexperten der republikanischen, christlich-demokratischen und selbst kommunistischen Parteien sind daher mit den Verbänden der Wirtschaft einig darin, daß in einem eventuellen Gesetz scharf zwischen der gewünschten Information und der – unerwünschten – Kontrolle zu unterscheiden sein wird. Als unakzeptabel finden es alle Kritiker auch, daß nach dem sozialistischen Entwurf die Meldung der Auslandsinvestitionen direkt an das Amt des Ministerpräsidenten zu erfolgen hat.

Die meisten Parteien und die Wirtschaftsverbände *stimmen* außerdem darüber ein, daß in dieser Phase der verstärkten Internationalisierung der italienischen Unternehmen alles vermieden werden sollte, was diesen Prozeß behindern könnte. Die meisten italienischen Großunternehmen haben derzeit eine Serie von Kontakten im Gange, die auf Joint-ventures oder Beteiligungen mit ausländischen Partnern gerichtet sind.

BANKHAUS LAMPE / „Klasse statt Masse" zahlt sich aus

Oetker behält sein Juwel

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Appetit, den man im letzten Jahr der Schweizerischen Bankgesellschaft nachsagte, könnte eine große Auslandsbank durchaus am Mehrheitserwerb der Bankhaus Lampe KG, Bielefeld/Düsseldorf, haben. Denn die mit bisher fünf Niederlassungen im Bundesgebiet präsente Privatbank (in ein bis zwei Jahren soll der Platz Frankfurt hinzukommen) zeigt sich auch für 1985 in glänzender Ertragsverfassung, die hier weit offener als sonst im Privatbankenkreis publiziert wird. Aus einem um 5,9 (3,7) Prozent auf 3,43 Mrd. DM gestiegenen Geschäftsvolumen, das nebst der (thesaurierenden) Luxemburger Tochter die 4-Mrd.-Schwelle überschritt, wird „nach Risikovorsorge bis an die Grenze des steuerlich Vertretbaren" ein Gewinn von 20 (13) Mill. DM ausgewiesen.

Der stärkt mit 7 (3) Mill. DM die Eigenmittel auf 110 Mill. DM und wird mit abermals 10 Mill. DM auf 60 Mill. DM Kommanditkapital ausgeschüttet. Der daran mit 70 Prozent beteiligte Allein-Komplementär Rudolf-August Oetker, versichert Helmut Nieland als Sprecher der Geschäftsführung, werde zumindest auch in der banküblich mit 4 bis 5 Jahren anzusetzenden „Mittelfrist"-Zukunft nicht verkaufen; desgleichen nicht die zwei übrigen Kommanditisten (Deutsche Genossenschaftsbank mit 25 und C. A. Delius & Söhne, Bielefeld, mit 5 Prozent.

Das Ertragsjuwel im Oetker-Reich profitierte 1985 mit seiner Devise „Klasse statt Masse" vor allem im Wertpapiergeschäft. Das mit 4,3 Mrd. DM erstmals genannte Kunden-Depotvolumen dürfte gegenüber 1984 um die Hälfte bei einer um 22 Prozent auf circa 3000 erhöhten Kundenzahl gewachsen sein. Der Provisionsüberschuß stieg auf 17,9 (12,9) Mill. bei noch 48,6 (49,7) Mill. DM Zinsüberschuß. Insgesamt habe das „zinsunabhängige Geschäft" nun die Hälfte des Bankertrages gebracht; diese günstige Relation wolle man mindestens halten, besser noch ausbauen.

Trotz rückläufiger Nachfrage im Kurzfrist-Bereich ist das Kreditvolumen der Bank noch um 2,4 (1,1) Prozent auf 1,7 Mrd. DM gewachsen, dazu 429 (470) Mill. DM bei der Luxemburger Tochter. Die Bilanzsumme der KG stieg um 4,4 (3,6) Prozent auf 2,84 Mrd. DM. Vorrangig rekrutiert sich die Kreditkundschaft aus Mittelständlern (ab 50 Mill. DM Umsatz) mit ausgeprägten Branchen-Schwerpunkten bei Dienstleistungen (23,9 nach 22,4 Prozent des Volumens) und Handel (25,6 nach 24,5 Prozent). Die Forderungsausfälle seien gering geblieben.

Im bisherigen Verlauf von 1986 blieben Geschäft und Ertrag „weit über Plan". Erstmals beginnt die Bank jetzt die Placierung von Mittelfrist-Inhaberschuldverschreibungen mit einem Anfangsvolumen von 50 Mill. DM.

HAPAG-LLOYD / Gut gefüllte Kriegskasse für Einstieg in neue Märkte? – Gestärkt in die lange Ratenschlacht

Fahrt in ruppige See bei stabiler Verfassung

JAN BRECH, Hamburg

Mit ausgefahrenen Stabilisatoren hat der Hapag-Lloyd-Konzern in diesem Jahr Fahrt aufgenommen. Vor ihm liegt ruppige See. Auf den traditionellen Routen der größten deutschen Reederei herrschen ruinöse Ratenkämpfe, der Kursverfall des Dollar drückt auf die Erlöse. Die Hapag-Lloyd-Gruppe, die mehr als 70 Prozent des Umsatzes auf den Meeren einfährt, steht, kaum daß sie ihre bisher schwerste Krise abgewehrt hat, vor einer neuen Bewährungsprobe.

Vorstandssprecher Hans Jakob Kruse *ist sich denn auch sicher, daß* Hapag-Lloyd in diesem Jahr deutlich schlechter abschneiden wird. Insgesamt aber, so meint er, werde die Reederei über das ganze Jahr noch schwarze Zahlen schreiben. Die Linienfahrt sei zur Zeit „gerade noch positiv". Ausgleich für die verschlechterten Ergebnisse in der Schiffahrt erhofft sich Kruse aus den Beteiligungen, vor allem der Touristik, und aus weiteren Kostenreduzierungen an Land und auf See.

Hapag-Lloyd kommt in der neuen, *schwierigen Situation zugute, daß die* Phase der Restrukturierung endgültig vorbei ist und die Flotte gestärkt in die Ratenschlacht geht, die voraussichtlich bis 1988 dauern wird. Die Probleme im Beteiligungskreis sind bis auf eine Ausnahme gelöst und auf ihrem ursprünglichen Terrain profitiert die Reederei von der breiten Risikostreuung innerhalb des Liniennetzes von 17 Einzeldiensten.

Zum anderen ist die finanzielle Basis wieder solide. Die Flotte ist auf weniger als 25 Prozent abgeschrieben, die Entschuldung weiter vorangekommen, *die Liquidität glänzend.* Hapag-Lloyd verfügt über eine Kriegskasse von mehr als einer halbe Mrd. DM, ein Betrag, der fast vermuten läßt, das Unternehmen stehe vor einem neuen Sprung in andere Märkte. Kruse dementiert solche Vermutungen. Die hohe Liquidität sei Vorsorge für schwierige Zeiten und diene der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

Daß Hapag-Lloyd die Nebelbänke passiert hat, in denen es fast zur Grundberührung gekommen war, belegt der Abschluß für 1985, der die von Kruse vor Jahresfrist gegebene Prognose weit übertrifft. Die Ausschüttung einer Dividende von 3 DM an die freien Aktionäre ist kein Thema mehr. Da die Deutsche und Dresdner Bank (jeweils 40 Prozent) und die Versicherungsholding Veritas wieder auf Dividende verzichten, können vom Jahresüberschuß der AG 75 Mill. DM den Rücklagen zugeführt werden. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme steigt damit bei der AG auf 23 Prozent, im Konzern *auf 17 Prozent.*

Bei sehr konservativer Bilanzpolitik dürfte der ausgewiesene Gewinn der AG von 76 Mill. DM und im Konzern von 95 Mill. DM nur andeuten, was Hapag-Lloyd wirklich verdient hat. Gemessen am Gewinn pro Aktie, den Finanzchef Bernd Wrede für den Konzern mit 34 (29) DM und für die AG mit 26 (24) DM angibt, dürfte Hapag-Lloyd, das aufgrund bestehender Verlustvorträge 1985 keine Körperschaftsteuer zu zahlen hat, ein Gewinn vor Steuern von mehr als 150 Mill. DM haben.

Wichtigste Ertragsquelle mit einem Anteil von mehr als 70 Prozent war die Linienfahrt. Das Ergebnis in dieser Sparte wäre noch wesentlich besser gewesen, hätte sich Hapag-Lloyd nicht aufgrund eines selbstmörderischen Ratenkriegs aus dem Transpazifik zurückgezogen. Kostenpunkt: 50 bis 60 Mill. DM.

Den Rest steuerte der Beteiligungskreis mit Erträgen von 36 Mill. DM in der AG und 16 Mill. DM im Konzern bei. Gut verdient hat Hapag-Lloyd im Bereich Touristik mit den Sparten Flug, Reisebüro und Kreuzfahrt (Europa). Zum ersten Mal fuhr ferner die Spedition Pracht ein positives Ergebnis ein. Letzter und einziger Ausreißer blieben die Küsten- und Hafendienste mit rund 12 Mill. DM Verlust, davon allein 9 Mill. DM bei der Unikai Hafenbetrieb GmbH. An dieser Gesellschaft ist *Hapag-Lloyd zu 74,9 Prozent beteiligt.* Bei fehlender Auslastung droht auch 1986 noch ein leichtes Minus.

Hapag-Lloyd ist unverändert interessiert, neben der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG einen dritten Partner zu finden, der Geschäft einbringen kann und dem 50 Prozent angedient werden könnten. Sorgen macht in diesem Jahr ferner die, mit nur 6 *Schiffen, kleine Versorgerflotte.*

Alles in allem zeigt sich der Vorstand aber zuversichtlich, daß Hapag-Lloyd auch in den nächsten Jahren genügend „Puste" hat, um die Segel unter Wind zu halten. Der finanzielle Status brauche keinen Vergleich zur internationalen Konkurrenz zu scheuen, erklärt Wrede. Hinderlich für die Fahrt durch die Stürme der nächsten Jahre hält Kruse allerdings den „fast selbstmörderischen" Tarifabschluß der Reeder mit der ÖTV. Er kostet Hapag-Lloyd zusätzlich 7 bis 7,5 Mill. DM und das bei hoher Kapitalintensität.

Hapag-Lloyd	1985	±%
Gruppenumsatz (Mill. DM)	4 399	+ 2,3
dav. Frachtdienste	3 171	+ 1,3
Hafen-Küsten-Dienste	218	- 3,5
Touristik	848	+ 8,8
Spedition	106	+ 1,9
Belegschaft	7 002	- 1,9
Jahresüberschuß (Konzern)	95	+ 25,0
in % vom Umsatz	2,2	(1,8)
Brutto-Cash-flow	318	+ 8,9
in % vom Umsatz	7,5	(6,9)
Eigenkapital	369	+ 28,1
in % d. Bil.-Summe	17,0	(13,0)
Investitionen	238	- 8,9
Abschreibungen	192	+ 12,2

FLACHGLAS

Mit drei neuen Gesellschaften

dpa/VWD, Fürth

Die Flachglas AG, Fürth, hat 1985 trotz negativer Einflüsse auf Mengen und Erlöse ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Prozent auf 979 *Mill. DM gesteigert.* Der Jahresüberschuß sank um 3 Mill. auf 34,39 Mill. DM. Daraus werden 10 (13) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt. Erneut sollen 18 Prozent Dividende auf das Grundkapital von 136 Mill. DM ausgeschüttet werden (Hauptversammlung am 18. Juni in Nürnberg). Im Konzern stiegen die Umsätze im wesentlichen durch die Ausweitung des Exports und durch erstmals konsolidierte Gesellschaften (9 Mill. DM) um 5,4 Prozent auf rund 1,36 Mrd. DM.

Die anhaltende Schwäche des *Hochbaus* hat *die Nachfrage im* Hauptumsatzbereich Basisglas weiterhin gedrückt. Dies sei auch durch Renovierungsarbeiten nicht kompensiert worden. Durch höheren Export und geringfügige Preiserhöhungen sei es aber gelungen, den Umsatzanteil von 38,9 auf 39,6 Prozent auszubauen. Der Bereich Sicherheitsglas vergrößerte seinen Umsatzanteil von 31,8 auf 33,2 Prozent.

Der Bereich Isolierglas entwickelte sich mit einem Umsatzanteil von 15,7 Prozent nach 17,7 Prozent rückläufig. Der Markt sei durch Überkapazitäten sowie einem weiteren Preisverfall gekennzeichnet. Auf den Bereich Kunststoffe entfielen wieder 10 Prozent Umsatzanteil. Das Schwergewicht lag auf Formteilen aus glasfaserverstärkten Kunststoffen.

Investiert wurden 50 (42) Mill. DM, vor allem in die Glasveredelung. Die Zahl der Mitarbeiter lag mit 6 841 auf Vorjahresniveau. Für 1986 rechnet der Vorstand weiterhin mit scharfem Wettbewerb wegen der ungenügenden Auslastung bei Basisglas und *Weiterverarbeitung.* Bei den Beteiligungen wurden 1985 drei Gesellschaften neu gegründet: Die Solvar-Systembau Gesellschaft für Solare Variable Bausysteme mbH, Gelsenkirchen, die CTA Gesellschaft für Composite-Technologie-Automation mbH, Hamburg, deren Geschäftszweck die Entwicklung von Automatisierungslösungen ist, und die Flachglas Versicherung AG.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue KKB-Tochter

Düsseldorf (J.G.) – Mit 6 Mill. DM Aktienkapital hat die Düsseldorfer KKB Bank KGaA die „GKB Gewerbekreditbnak AG, Düsseldorf" gegründet. Die Tochter soll auf dem Feld der Investitionskredite an Mittelstandsfirmen und Freiberufler (ab 30 000 DM) arbeiten und die Absatzfinanzierung für Produzenten und Händler von Investitionsgütern betreiben. „Schrittweise" soll sie Niederlassungen in bedeutenden deutschen Großstädten aufbauen.

Tokyobank in München

Frankfurt (cd.) – Die Bank of Tokyo (Deutschland) AG, Frankfurt, eröffnet als erste japanische Bank eine Repräsentanz in München, die Kunden in den süddeutschen Raum begleiten soll, wo vor allem der High-Tech-Sektor für japanische Unternehmen an Bedeutung gewinnt. Außer über ihre Frankfurter Tochter ist die Mutter, die Bank of Tokyo Ltd. in der Bundesrepublik mit Niederlassungen in Düsseldorf, Frankfurt und Hamburg sowie durch die BOT Lease vertreten; die Bank of Tokyo-Gruppe hat in Deutschland, wo sie über 500 japanische Firmen betreut, ein Geschäftsvolumen von mehr *als* 7 *Mrd.* DM.

WestLB-Venture

Düsseldorf (Py.) – Die Westdeutsche Landesbank hat als alleinige Gesellschafterin eine neue Beteiligungsgesellschaft, die Techno-West Management GmbH, Düsseldorf, gegründet. *Die Gesellschaft,* die über ein Kapital von 20 Mill. DM verfügen wird, soll jungen Technologie-orientierten Unternehmen Risikokapital zur Verfügung stellen. Das Angebot der Bank kann durch Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Technologie-Programm ergänzt werden. Techno-West erwirbt Minderheitsbeteiligungen an neugegründeten oder jungen Unternehmen ohne zeitliche Befristung.

Despa: Gute Halbzeitbilanz

Frankfurt (cd.) – Bei der Sparkassen-Immobiliengesellschaft Despa *hat sich der Anteilsabsatz in der* ersten Hälfte des Geschäftsjahrs um mehr als die Hälfte auf 150 Mill. DM erhöht. Der Immobilienbestand wurde durch Kauf von fünf Objekten auf 68 Liegenschaften mit einem durchschnittlichen Vermietungsstand von 95 Prozent aufgestockt. Der Anteilswert stieg von Anfang Oktober bis Ende März um 3,3 Prozent.

Gerling-Vorzüge

Köln (VWD) – Die Verwaltung der Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-AG, Köln, schlägt der HV am 3. Juli vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1985 von 15,1 (13,0) Mill. DM unverändert 10 Prozent auf die Vorzugsaktien von nominal 3,4 Mill. DM zu verteilen. Auf die Stammaktien in Höhe von nominal 83,6 Mill. DM (davon 72,6 Mill. DM eingezahlt) sollen 16 (14) Prozent *gezahlt* werden. Die *Stammaktien von* nominal 22,0 Mill. DM (davon 11,0 Mill. eingezahlt) aus der Kapitalerhöhung vom 2. Juli 1985 mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1985 sollen mit 16 Prozent bedient werden.

Toyota vorne

Tokio (dpa/VWD) – Toyota Motor *blieb 1985 das 3. Jahr hintereinander* das gewinnstärkste Unternehmen Japans. Der Autokonzern versteuerte nach Angaben der Teikoku Data Bank einen Gewinn von 693,6 Mrd. Yen (8,32 Mrd. DM) - 30,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

Risikovorsorge wurde erhöht

Py. Düsseldorf

Das zu gleichen Teilen dem Kölner Privatbankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie. und der niederländischen Bank Pierson, *Heldring & Pierson N. V.* gehörende Bankhaus Oppenheim Pierson International S. A., Luxemburg, hat im Geschäftsjahr 1985 einen Zins- und Provisionsüberschuß von 220 Mill. lfr (10,8 Mill. DM) erzielt. Dies geht vor allem auf das gestiegene Provisionsaufkommen aus dem Wertpapiergeschäft zurück. Die sonstigen Erträge, darunter Erträge aus Wertpapieren, stiegen auf 86 Mill. lfr (4,2 Mill. DM). Wegen Einlegen eines Rumpfgeschäftsjahres sind diese Zahlen mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Probleme in einigen Schuldnerländern wird das Betriebsergebnis nochmals zur Risikovorsorge verwandt. Dadurch erhöhte sich die Position Wertberichtigung auf 814 Mill. lfr (40 Mill. DM). Eigenmittel und bedingtes Kapital von 1,52 (1,39) Mrd. lfr (74,5 Mill. DM) machen 6,6 (5,6) Prozent der – bedingt durch die Wechselkursveränderung des US-Dollar – um 8 Prozent auf 23 Mrd. lfr (1,13 Mrd. DM) gesunkenen Bilanzsumme aus.

Die Kreditnachfrage bei dem auf *das kurzfristige Geschäft spezialisierten* Institut blieb das Jahr 1985 über schwach. Das Kreditvolumen ging um fast zwei Prozent auf 13,8 Mrd. lfr (637 Mill. DM) zurück. Das entspricht 60 Prozent der Bilanzsumme, gut die Hälfte davon waren mittelfristige Ausleihungen. Der Anteil der Kundengelder an den Gesamteinlagen hat sich auf 5,7 (4,3) Mrd. lfr (279 Mill. DM) erhöht. Sie bestreiten 27 Prozent der Einlagen. Die Einlagen der Firmenkundschaft sind weiter gewachsen. Das Einlagengeschäft mit der Kundschaft war von *einem lebhaften* Effektengeschäft begleitet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Rita Braun geb. Werthmann, Alsdorf, Inh. e. Taxiunternehmens, Mietwagen- und Tankstellenbetriebes, Baesweiler-Setterich; **Duisburg:** Xenos Basar GmbH; **Gelsenkirchen:** Niehaves Bauelemente Vertriebs und Montage GmbH, Bottrop; **Groß-Gerau:** Nachl. d. Lothar Faust, Büttelborn; **Hannover:** J. W. Sältzer GmbH; **Koblenz:** Hans Peter Büttig; **Lörrach:** Nachl. d. Ronald Wittmann, Rheinfelden; **Moers:** Heinz-Werner Clasen; **Nürnberg:** Contract Hausbau GmbH; **Wiesbaden:** Nachl. d. Hermine Schirmer geb. Zindel; Nachl. d. Otto August Freund; **Wilhelmshaven:** Nachl. d. Hans Karl Müsker.

Vergleich beantragt: Bayreuth: Härtl GmbH & Co. KG, Kulmbach.

NAMEN

Manfred Greune, Geschäftsführer der Herzberger Papierfabrik Ludwig Osthushenrich GmbH & Co. KG, ist zum Vorsitzenden des Verbandes Norddeutscher Papierfabriken gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Peter K. Temming,** Glückstadt, der zum Ehrenvorsitzenden ernannten worden ist.

Hans-Kurt Weckert, Geschäftsführer der Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt, ist zum Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Inkassounternehmen (BDIU) gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Felix Faulstich,** Inhaber der Euro-Inkasso, München, der zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde.

Franz Feldbausch, Sprecher der Geschäftsführung der J. D. Broelemann GmbH & Co., Bielefeld, wurde zum Präsidenten der DPI Diaries Publishers International, dem internationalen Verband der Kalenderhersteller, gewählt.

Gisbert Bredendiek, geschäftsführender Gesellschafter der geneal Büromöbelfabrik GmbH, Essen, vollendet am 31. Mai 1986 das 60. Lebensjahr.

HAMBURG-MANNHEIMER / Schwaches Wachstum im Neugeschäft auch 1985

Die Kunden erhalten 600 Millionen

HARALD POSNY, Hamburg

Die Hamburg-Mannheimer Versicherung AG (HM), Hamburg, hat offensichtlich Wachstumsprobleme. Zum zweitenmal hintereinander ist 1985 bei ihr das Neugeschäft zurückgeblieben, in der Summe um fast 5, der Vertragszahl nach sogar um 13,7 Prozent. Unter den Gründen fällt nur der freilich bis 1983 reichende „Sockeleffekt" außerordentlich hohen Neuzugangs beim zweitgrößten deutschen Lebensversicherer auf. Vielleicht *hat man sich auch in der Zielgruppenansprache* etwas verheddert.

Dafür spricht, daß sich die HM nach den Worten des seit einem halben Jahr amtierenden Vorstandsvorsitzenden Klemens Wesselkock an den Auf- und Ausbau eines eigenen Ausschließlichkeits-Außendienstnetzes macht. Gefahren sieht die HM nämlich in der Angreifbarkeit ihrer Bestände. Im Gegensatz zu fremden zuarbeitenden Vertreterorganisationen ist bei Exclusiv-Agenturen ein weitaus stärkerer und dauerhafterer Kontakt zum Kunden möglich.

Abseits vom Wachstums-„Schönheitsfehler" haben höhere Kapitalerträge, ein guter Risikoverlauf sowie ein – gemessen am geringeren Neugeschäft – ordentliches Kostenergebnis zu einem um 17,1 Prozent höheren Bruttoüberschuß von 946 Mill. DM geführt. Die darin zum Ausdruck kommende Ertragsstärke ermöglicht auch im Rahmen der Tarifumstrukturierung der Lebensversicherungstarife in Teilbereichen beachtliche Leistungsverbesserungen.

Das gilt insbesondere für Risikoversicherungen und für die Frauen. Die HM wird allen Kunden für Neuabschlüsse das Recht einräumen, den Vertrag 1987 auf den jeweils neuen Tarif umzustellen. Für neue und alte Kunden wird das Überschußsystem geändert, das zu einer zeitnäheren *Ausschüttung des Zinsüberschusses* führen wird. Dazu werden Sonderausschüttungen von 600 Mill. DM aus dem „Topf" Rückstellungen für Beitragsrückerstattung, „vielleicht auch mehr" (Wesselkock) vorgenommen.

Außerdem sollen den Frauen die höheren Risikogewinne aufgrund höherer Lebenserwartung vergütet werden. Dies soll freilich nicht über eine Beitragssenkung, sondern – um verwaltungsaufwendige Vertragsumstellungen zu vermeiden – in Form einer Überschußbeteiligung (Leistungsverbesserung) geschehen.

Vom Bruttoüberschuß (946 Mill. DM) werden 97,3 Prozent der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Vom Jahresüberschuß fließen 20 (20) Mill. DM in die Rücklagen, 18 Prozent Dividende gehen an die Aktionäre. Das Neugeschäft des 1. Tertials 1986 liegt um 4,5 Prozent über dem freilich sehr schwachen Vorjahr.

In der HM-Sachversicherung AG dominiert die Unfallsparte mit fast zwei Drittel der verdienten Prämien und – als eine ertragreiche Sparte auch die Ergebnisrechnung mit dem (relativ gesehen) wohl besten technischen Gesamtergebnis bundesweit. Es subventioniert (mit 57 Mill. DM höher als bei der HM Sach gesamt) auch erheblich die bei der HM vorhandenen notleidenden Sparten Feuer, Hausrat und Wohngebäude, bringt aber auch den Versicherten mehr Leistung. Positiv ist der insgesamt verbesserte Schadenverlauf und die Kraftfahrt-Risikostruktur.

Der Jahresüberschuß von 31 (25,6) Mill. DM ermöglicht Eigenkapitalstärkung ebenso wie eine von 12 auf 14 Prozent erhöhte Dividende und einen (1985 ergebnisabhängigen) Bonus von 2 Prozent.

Hamb.-Mannh. Sach	1985	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	597	+ 5,5
Nettoprämie [1]	421	+ 6,3
Aufw. f. Vers. Fälle	189	+ 3,6
Vers.techn. Ergebnis [2]	+ 47,7	(+30,5)
Kapitalanlagen [3]	439	+ 13,7
Kapitalerträge [4]	34	+ 10,0

In % d.verd.Beitr.	1985	1984	1983
Selbstbeh.-Qu.(%)	70,5	70,0	68,7
Schadenquote	45,0	46,3	45,0
Verw.-Kostenqu.	41,9	44,4	47,8
Rückstellg.-Qu. [5]	72,4	70,3	68,2
Eigenkapitalquote	31,5	27,0	28,5

[1] Brutto-minus Rückversicherungsbeitr.; [2] nach Entnahme (Zuführung) von 0,8 (3,3) zur (aus) Schwankungsrückstellung; [3] oh. Depotford.; [4] netto; Durchschnittsrendite: 8,4 (8,7) Prozent; [5] vers. techn. Rückstellg.

Hamb.-Mannh. Leben	1985	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	67 462	+ 4,9
Eingel. Neugeschäft	8 608	- 4,9
Beitragseinnahmen	2 445	+ 5,6
Aufw.f.Vers.Fälle	735	+ 14,0
Kapitalanlagen [1]	17 649	+ 11,9
Kapitalerträge [2]	1 288	+ 11,3
Aufw.f.Beitr.Rückerst.	920	+ 17,5
Rückst.f.Beitr.Rückerst.	3 341	+ 18,2

	1985	1984	1983
Stornoquote [3]	6,7	6,8	6,8
Verw. Kostenqu. [4]	4,8	4,9	5,0
Abschl.Kostenqu. [5]	45,9	43,7	44,1
Überschußqu. [6]	49,2	44,8	43,8

[1] ohne Depotford.; [2] netto; Durchschnittsrendite: 7,7 (7,7) Prozent; [3] Rückk.-Umwandlg. in beitr. freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestand; [4] sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Brutto Überschuß einschl. Direktgutschrift von 256 (230) Mill. DM in % d. Beiträge

Aktien ohne Anregungen

Bei geringen Umsätzen weiter nachgebende Notierungen

DW. – Zwar trafen an der Mittwochbörse aus dem Ausland erheblich weniger Verkaufsaufträge ein als am Tag zuvor, dennoch gab es in fast allen Standardaktien neue Einbußen. Ein Zeichen wachsender Nervosität inländischer Anleger sind die teilweise empfindlichen Kursrückgänge in einigen Spezialpapieren. Die Neigung zu Gewinnmitnahmen scheint bei der privaten Kundschaft immer noch zu wachsen. Daran änderten auch die Erholung am Rentenmarkt sowie die weiter steigenden Aktienkurse an der New Yorker Börse nichts.

Mit Abschlägen bis zu zwei DM konnten sich die Papiere der Großchemie bemerkenswert gut behaupten. Der leichte Rückgang der Chemieproduktion im ersten Quartal wird nicht sonderlich tragisch genommen, zumal sich der Dollarkurs in den letzten Tagen wieder erholt hat. Auch bei den Großbanken änderten sich die Kurse nur minimal. Empfindlicher waren die beiden bayerischen Institute. Der Kurs der bayerischen Vereinsbank scheint durch die laufende Kapitalerhöhung negativ beeinflußt zu werden. Relativ rege Umsätze in Feldmühle, wo das aus Gewinnmitnahmen stammende Material weiterhin zu Kursen um 310 DM reibungslos aufgenommen wird. Gut im Markt lagen Daimler um 1300 DM. Hier scheint der Markt allmählich von Kurzspekulanten bereinigt zu sein. Bei Mannesmann hält der Abgabedruck an, löste aber nur noch einen minimalen Tagesverlust aus. Deutlich schwächer tendierte dagegen Preussag.

Frankfurt: Cassella fielen um 10 DM, Kali Chemie um 15 DM und Massa um 15 DM. Bilfinger schwächten sich um 3 DM und Holzmann um 6 DM ab. Buderus stockten um 23 DM und Pfaff um 5 DM an.

Düsseldorf: Balcke-Dürr schwächten sich um 10 DM und Dyckerhoff St. um 7 DM ab. Dortmunder Ritter fielen um 10 DM. Keramag befestigten sich um 4 DM und Nino um 3 DM. Leffers verbilligten sich um 5 DM.

Hamburg: HEW verminderten um 1,50 DM. Beiersdorf erhöhten um 5 DM. Phoenix Gummi stiegen um 3 DM und Bremer Vulkan um 2 DM. Hapag verloren 4 DM und Vereins- und Westbank 5 DM.

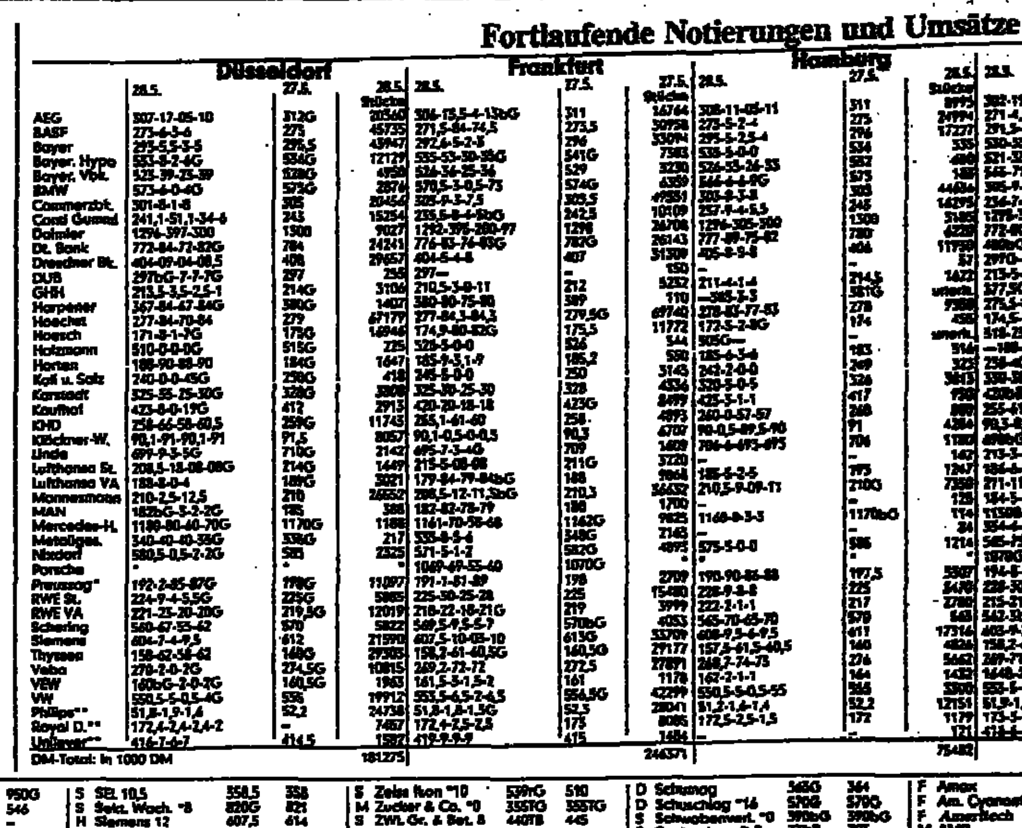
Berlin: Spinne Zehlendorf wurden um 50 DM höher taxiert. Dt. Hypobank Berlin zogen um 21 DM und Rheinmetall St. um 5 DM an. DeTeWe schwächten sich um 18 DM und Bergmann um 11 DM ab. Springer gaben um 8 DM nach.

München: Aigner erhöhten um 10 DM, Audi um 23 DM und Tucher um 32 DM. Gehe AG legten 4 DM zu. Um jeweils 5 DM verminderten Flachglas und Otto Stumpf AG. Escada gaben 50 DM ab und Wanderer 10 DM.

Stuttgart: Aesculap stiegen um 17 DM. Fuchs zogen um 2,60 DM an, DLW waren um 10 DM ermäßigt. Württembergische Feuerversicherung verloren 40 DM.

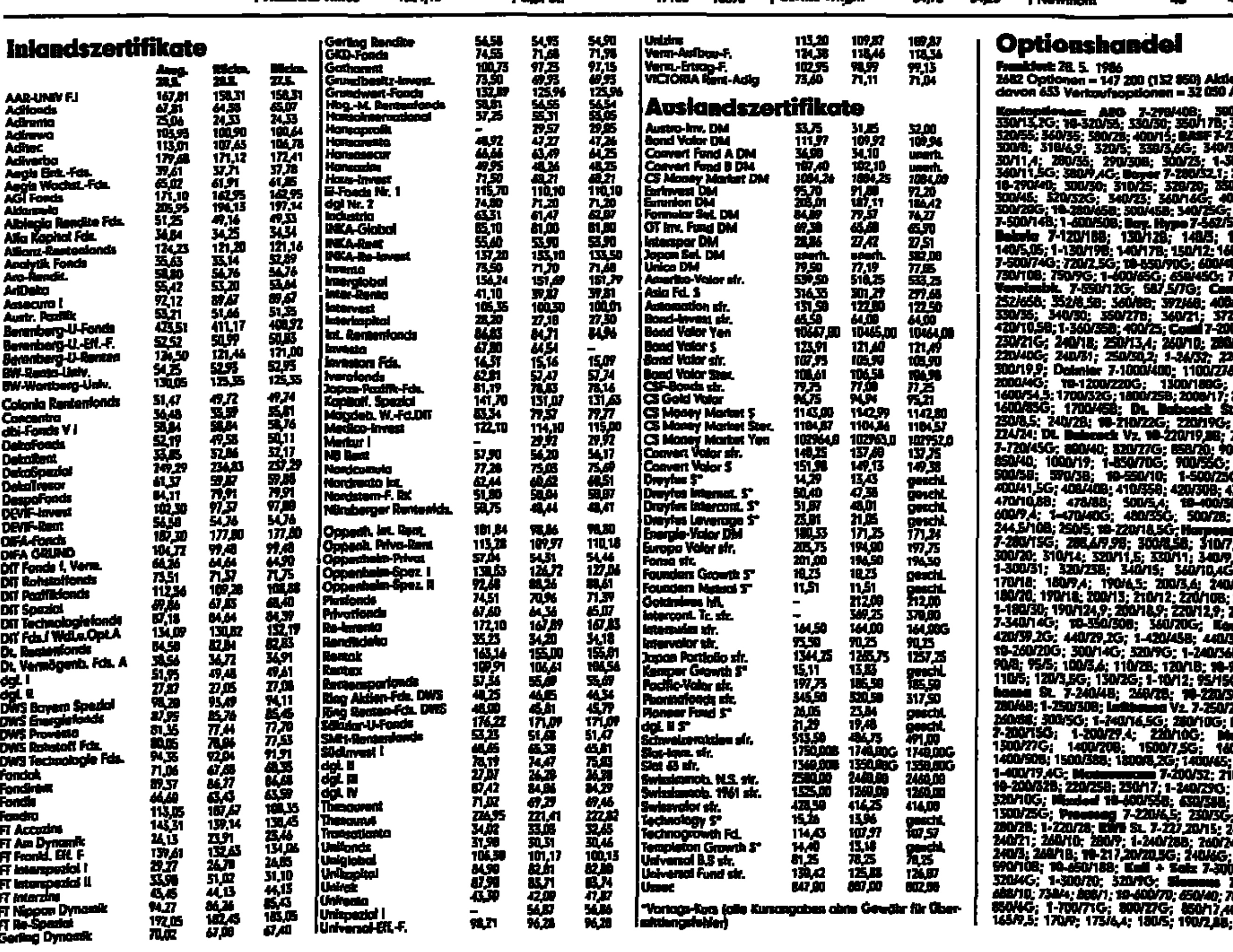
Nachbörse: uneinheitlich

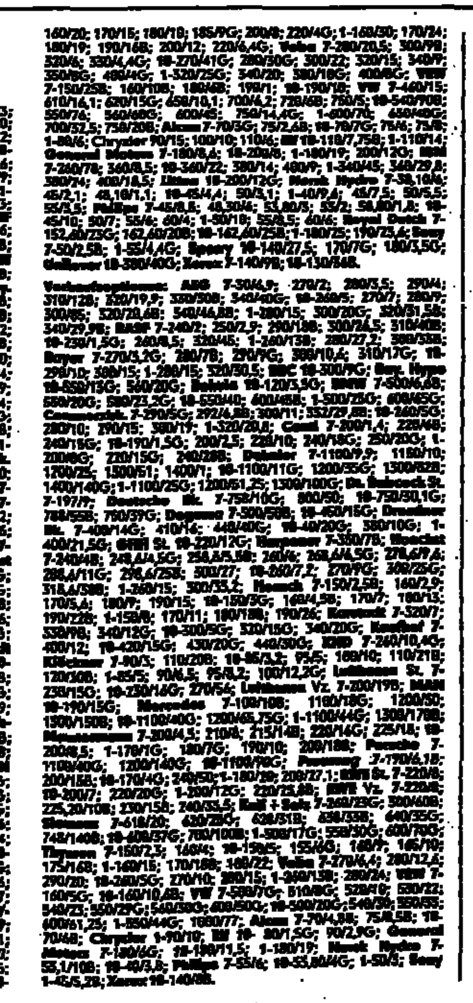
WELT-Aktienindex: 270,45 (272,85)
WELT-Umsatzindex: 5388 (2876)
Advance-decline-Zahl: 72 (59)











Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Pfandbriefrenditen gesunken

Ausgehend von einer Zinssenkung in den USA setzte sich auch am deutschen Rentenmarkt eine Erholung durch. Auf der ermäßigten Basis interessierten sich Ausländer wieder für langlaufende öffentliche Anleihen, deren Kurse bis zu 0,50 Prozentpunkte angehoben wurden. Bei den Pfandbriefen sanken die Renditen im 10jährigen Bereich im Handel unter Banken bis auf 6,74 Prozent. Am Dienstagvormittag waren noch Sätze von 6,91 Prozent genannt worden. Die auflebende Kaufneigung hat den Markt rasch leergeräumt, so daß sehr bald höhere Kurse bewilligt werden mußten.

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Mit leichten Verlusten schlossen am Dienstag die Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Um das Limit niedriger notierte Kaffee. Gut behaupten konnte sich Kakao. Bruchteilige Verluste bei Gold.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	27.5.	26.5.
Juli	255,75	
Sept.	256,50	geschl.
Dez.	264,75	

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	272,05	271,13

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	27.5.	26.5.
	geschl.	geschl.

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	geschl.	geschl.

Genußmittel

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Zinn-Preis Penang

Bauholz

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

J. Harveys Studie über das Hochstapler-Syndrom

Nur eingebildete Kranke

Das habe ich getan', sagt mein Gedächtnis. ,Das kann ich nicht getan haben' – sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich gibt das Gedächtnis nach." Hier ist Nietzsche dem Altvater der Psychoanalyse gewiß zuvorgekommen: Die Erinnerung an Handlungen, durch die man sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat, wird nur zu gern den Tiefenströmungen der Seele überlassen.

Aber kann es umgekehrt angehen, daß einem Taten, auf die man zu Recht stolz sein darf, irgendwann so unheimlich werden, daß man sie nicht mehr auf eigene Verdienste zurückzuführen vermag?

Für die klinische Psychologin Joan Harvey ist das nur eine rhetorische



Frage, denn in ihrer Praxis in Philadelphia behandelt sie Menschen, die ihren Leidensdruck etwa so darstellen: „Egal wie erfolgreich ich bin, ich fühle mich als Schwindler. Jeden Augenblick kann mir einer auf die Schliche kommen."

Siebzig Prozent aller höheren Angestellten identifizieren sich nach Joan Harvey in den USA mit der fixen Idee, „von der Welt als Betrüger *entlarvt" zu werden – sie sind von* einem Syndrom befallen, das jenseits des Atlantik als „Hochstapler-Phänomen" bereits epidemische Ausmaße erreicht haben soll.

Bekommen wir so was also demnächst auch bei uns? Frau Dr. Harvey legt dem Leser jedenfalls nahe, mit Hilfe eines von ihr entwickelten Fragebogens schon einmal ängstlich in sich hineinzuhorchen: „Bisweilen habe ich gedacht, ich sei aufgrund irgendeiner Fehlentscheidung auf meiner momentanen Position."

Eine Mutmaßung, der vermutlich alle Vorgesetzten der Welt bisweilen von seiten ihrer Mitarbeiter ausgesetzt sind, soll hier im Hinblick auf die eigene Person gewürdigt werden, und nur wer dieses Statement strikt für sich ablehnen kann, erhält keinen Punkt auf das Konto seiner „Hochstapler-Gefühle".

Aber Vorsicht: Der Test macht aus jedem Leser recht mühelos ein „HP-Opfer", das sich dann möglicherweise besorgt fragt, ob es seinen Mitmenschen überhaupt noch gerade in die Augen schauen kann.

„Natürlich", schreiben Joan Harvey und die Co-Autorin Cynthia Katz, *„verrät er keinem sein schreckliches* Geheimnis, sondern erwartet angstvoll die Aufdeckung." Bis es allerdings soweit ist, kann er sich durch die beiden Amerikanerinnen weitere Klarheit über das geheimnisvolle „Hochstapler-Phänomen" verschaffen.

Da erfährt er dann, daß sich unter den „HP-Leidenden" verschiedene „HP-Typen" wie die „HP-Arbeitssüchtigen" oder „HP-Charmeure" ausmachen lassen, und unter der Überschrift „Meine Zeit als Hochstapler" kann er teilhaben an den intimen „HP-Erfahrungen" von Joan Harvey selbst. Dieses Leiden sei bei ihr allerdings „nur vorübergehender Art" gewesen.

Spätestens hier wird der kritische Leser überlegen, ob er sich nicht doch lieber an Friedrich Nietzsche halten sollte, für den der echte Hochstapler einer wäre, dem dies nicht einmal in seinen frivolsten Träumen *einfiele.*

Das Buch kann also jedem empfohlen werden, der einmal dabeisein möchte, wie ein Teil der Menschheit für behandlungsbedürftig erklärt wird. Kurzum: Das Werk von Joan Harvey und Cynthia Katz liest sich wie eine Satire auf die Geschäftigkeit derer, für die nur jemand gesund ist, weil er noch nicht gründlich genug untersucht wurde.

Rein didaktisch geben sich die Autorinnen dabei solche Mühe, daß man auf den abwegigen Gedanken kommen könnte, sie trügen selbst ein „schreckliches Geheimnis" mit sich herum – nämlich die tiefe Sorge, daß *die meisten Zeitgenossen* „Das Hochstapler-Phänomen" als ein solches gelassen abtun, statt sich schleunigst auf die Couch zu begeben.

Doch hier hält Gabriel Laub einen kleinen satirischen Trost bereit: „Jede Krankheit verbreitet sich schnell, wenn sie erst einmal entdeckt ist."

CLAUS PETER MÜLLER-THURAU

Joan Harvey: „Das Hochstapler-Phänomen – Die Angst vor dem Erfolg. Ursachen, Auswirkung, Überwindung." Aus dem Amerikanischen von Ingrid von Ulm-Erbach. mvg Verlag, Landsberg am Lech. 224 S., 39 Mark.



Banknote zu 20 Taler vom 1. März 1857 FOTO: NIEDERSÄCHSISCHES MÜNZKABINETT

Das Münzkabinett in Hannover dokumentiert 500 Jahre Geldgeschichte

Der lange Weg vom Taler zur Mark

Sammler von Münzen, erst recht wenn sie sich mit methodischer Akribie in die numismatische Gelehrsamkeit vertiefen, gelten gemeinhin noch immer als kauzig, wo Geld für die gewöhnliche Erfahrung nichts anderes ist als Zahlungsmittel zum Gütererwerb. Ein solcher, ob seiner „wertfreien" Neigung zu Talern und Gulden bei Lebzeiten belächelter „Sonderling" mag auch Gerhard Wolter Molanus gewesen sein, Abt des Klosters Loccum von 1677 bis 1722.

Auch drei Jahrhunderte später käme der Gottesmann in der Quellenforschung zur Wirtschaftsgeschichte des norddeutschen Bundeslandes wohl kaum zu später Ehre, hätten nicht des Abtes Erben dessen Münzsammlung aus Mittelalter und Neuzeit an den hannoverschen Kurfürsten und britischen König Georg II. (August) verkauft. Im Besitz der Welfen wurde sie zum Grundstock für das *nachmalige* Münzkabinett des Hauses Braunschweig-Lüneburg. Bis zur preußischen Annexion Hannovers 1866 wuchs der Bestand in der Obhut der königlichen Bibliothek auf weit mehr als 40 000 Stücke. „Vor den Preußen in Sicherheit" brachte König Georg V. den Schatz in sein österreichisches Exil nach Gmunden.

Nun ist er wieder im Lande, und zu Teilen sogar öffentlich zu besichtigen: bis zum 27. Juni in der Filiale Hannover der Deutschen Bank, vormals Hannoversche Bank. Unter dem Signet des ersten Talers der Landeshauptstadt, geprägt 1590 in Harzer Silber, und dem Ausstellungstitel „Vom Taler zur Mark", sind fünf Jahrhunderte niederdeutsche Geldgeschichte ausgebreitet.

Darüber hinaus birgt die erst zu Teilen systematisch erfaßte Sammlung – zufolge der historischen Personalunion der Königreiche Hannover und Großbritannien – eine Vielzahl von britischen, irischen und Kolonialmünzen. Der Sammlungszeitraum endet mit den letzten Notenausgaben der Hannoverschen Bank von 1874; da trat im Bismarckreich die Einheitswährung Reichsmark endgültig an die Stelle all der zahllosen Gebietswährungen.

Münzen als Geschichtsquelle: Mit fachkundiger Handreichung erschließt sich dem Betrachter aus den Schaustücken der wirtschaftshistorische Hintergrund – bis hin zur (vergnüglichen?) Beobachtung, wie es doch die Regenten unserer Altvorderen, etwa im Dreißigjährigen Krieg, schon allzugut verstanden haben, ihre politischen Missetaten durch Massenausstoß inflationierten Geldes „bezahlbar" zu machen.

Daß Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens dergleichen „Buchstaben zur niedersächsischen Landesgeschichte" mit dem Rang eines nationalen Kulturgutes wieder in Hannover begrüßen konnte, verdankt das Land dem genannten Bankinstitut. Es hat die Sammlung nach einschlägig bewährter Vermittlung seines Ehrenvorsitzenden Hermann Josef Abs im Februar 1983 von den Welfen zu Eigentum erworben – mit der Selbstverpflichtung, sie als „Niedersächsisches Münzkabinett der Deutschen Bank" fürs Herkunftsland zu sichern. An die 15 Millionen Mark sollen bezahlt worden sein – übrigens ein halbes Jahr vor dem spektakulären Rückkauf des berühmten Evangeliars Heinrichs des Löwen.

MICHAEL JACH

Das alte Wiener Ronacher wird wieder bespielt

Lichter des Varietés

Kaum einer redet in Wien noch von den vielen Theaterbauten, die während des Krieges zerbombt oder davor und danach durch die Spitzhacke kaputtgeschlagen wurden. Für alles und alle gab's zum Symbol „das" Ronacher, das ehrwürdige Etablissement an der Sailerstätte, mitten im Herzen Wiens, zwischen Kärntner Straße und Parkring. Es durfte einfach nicht sterben, zu viele Erinnerungen, Leidenschaften und Sentimentalitäten hingen daran. Obwohl es ein Jahrzehnt lang ganz danach ausgesehen hat. Ungenutzt schlief das Ronacher vor sich hin, und seine Fassade wurde allmählich zu einer der attraktivsten Ruinen des Wiener Stadtkerns.

Unzählige Umbaupläne und -projekte wurden gewälzt: von der totalen „Entkernung" bis zur Verwendung als Hotel, Casino, Kaufhaus, Parkgarage, Büro- oder Appartmenthaus, TV-Studio. Ein „Verein zur Rettung des Ronachers" *löste sich mit Millionenschulden* auf, ein paar Journalisten schrieben sich die Finger wund, die Mehrzahl der Politiker hatte längst resigniert. Das Ronacher war zum Tod verurteilt. Als dann im Februar die überraschende Ankündigung kam, das Ronacher werde zu den Festwochen wieder provisorisch zu bespielen sein und anschließend gründlich renoviert – da dachte so mancher an einen vorverlegten Aprilscherz. Er wurde jetzt jedoch wahr.

So konnte Bürgermeister Helmut Zilk, der früher bereits als Wiener Kultur-Stadtrat und dann als Unterrichtsminister zu den stärksten Pro-Ronacher-Kämpfern zählte, am Premierentag Optimismus versprühen: „Egal, wie die Produktion wird, das Wichtigste ist, daß das Ronacher wieder bespielt wird!" Richtig, denn – Hand aufs Herz – für die Wiener wäre es der Skandal schlechthin gewesen, wäre das Ronacher vor die Hunde gegangen. Zumal die Bausubstanz längst nicht so schlecht ist, wie Ronacher-Plünderer oft weismachen wollten. Ruiniert und im Moment nicht verwendbar ist wohl der Bühnenbezirk, jedoch Foyers und Zuschauerraum befinden sich in einem hübsch tragbaren, verstaubten, leicht angeschimmelten Zustand. Es gibt jedoch kaum etwas Schöneres, als durch ein partiell verfallenes Theater zu streifen – mit dem Bewußtsein, daß der Verfall bald abgewendet ist.

Da soll einem nicht die Vergangenheit hochkommen? Die Vergangenheit eines herrlichen Helmer- und Fellner-Baus mit allen Gründerzeit-Attributen: Roter Samt, Plüsch, Gold, Stuck, Kristall finden immer noch eine verführerische Kulisse. 1886 bis 1888 vom Bauherrn Anton Ronacher auf dem Platz des zuvor abgebrannten Stadttheaters für etwa zwei Millionen Gulden errichtet: mit zwei Galerien, einer Hofloge und 62 offenen Logen (insgesamt für 1200 Besucher), dazu ein großflächiges Promenadenfoyer und ein Hotel mit 50 Zimmern. Anton Ronacher richtete sein Etablissement als Konzert- und Ballhaus ein.

In schöner Beständigkeit lösten dann Erfolge und Pleiten einander ab. Der Operettenkomponist Oscar Straus hauste hier, später traten Marika Rökk, Josephine Baker, Lilian Harvey, Enrico Rastelli, Charlie Rivel, Leo Slezak und Hans Moser auf. Als wäre in Europa dazwischen nichts passiert, schaffte es ein Mann namens Bernhard Labriola, im Ronacher *dreimal* Direktor zu sein: von 1930 bis 1933, von 1938 bis 1944 und von 1955 bis 1960.

Das Varieté der großen und kleinen Künste hatte aber auch profaneren Zwecken zu dienen: Von 1945 bis 1955 dem ausgebrannte Burgtheater als Ausweichquartier, von 1960 bis 1976 dem österreichischen Fernsehen als Show-Produktionsstätte.

Seitdem stand es leer, stachelten Besitz- und Politstreitigkeiten einander erfolglos hoch. Bis nun von privater Hand Renovierungsgelder versprochen wurden, die Stadt Wien zuerst mit einem Leasingvertrag einsteigen wollte, neuerdings jedoch Alleinherrscher spielen will. Im Ronacher als Mehrzweck- und Gastspieltheater, wofür natürlich noch kein Konzept vorliegt. Mit Peter Weck als Super-Direktor, der bisher das „Cats"-Musical im Theater an der Wien verwaltete und der nun zum Ronacher auch noch das Raimundtheater, das abgewrackte Operettenhaus an Wiens Peripherie, in herrlicher Personalunion dirigieren soll.

Leer ausgegangen ist dabei Hans Gratzer, Noch-Schauspielhaus-Direktor, Ronacher-Fan und Liebkind der „jungen" Wiener Theaterszene, der zum Ronacher-Auftakt als Regisseur die problematische Johann-Strauß-Operette „Cagliostro" himmlisch-katastrophal in den Sand setzte. So einhellig waren die Verrisse in der Wiener Presse wahrscheinlich noch nie – seitdem das Ronacher besteht.

WALTER GÜRTELSCHMIED

Wer stand hinter dem Türken, der auf Papst Johannes Paul II. feuerte?

Gericht: Agca war kein Einzelgänger

Am Vorabend des Urteils im römischen Prozeß gegen die vermeintlichen Komplizen des Attentats auf Johannes Paul II. hat das sowjetische Fernsehen in einer „Dokumentation" die bulgarischen Angeklagten infolge erwiesener Unschuld freigesprochen. Die italienischen Richter haben sich in der Karwoche dieses Jahres mit einem Pilatus-Urteil begnügt, als sie die drei Agenten der osteuropäischen Regierung aus Mangel an Beweisen – nach dem Grundsatz: im Zweifelsfall zugunsten des Beschuldigten – von der Last der Anklage befreiten.

Es liegt in der Natur einer solchen Freispruchformel, daß sie den Verdacht nicht aus der Welt schafft und die Last der Beweisführung vom Justizapparat auf die politische Auseinandersetzung *und in letzter* Konsequenz auf die Geschichtsschreibung abwälzt. Persönlich und in den Zeitmaßen ihres eigenen Lebens sind die zwei angeblichen Militärdiplomaten und der Angestellte der Luftfahrtgesellschaft aus Bulgarien endgültig davongekommen. Der Staat und das Regime, in deren Diensten Antonow, Aiwasow und Vassiliew standen und nach wie vor stehen, werden sich aber

Das Attentat – ARD, 21.05 und 23.00 Uhr

nicht in eine Privatsphäre zurückziehen können.

Die Beschaffenheit der westlichen Öffentlichkeit und die Mechanismen unserer Informationsmedien sind so geartet, daß ein Urteil wie das römische vom 29. März 1986 ausreichen kann, um einem östlichen Regime gegenüber bis an die äußerste Grenze des Möglichen das günstige Vorurteil anzuwenden. So war auch für einen großen Teil der freien Geister unserer Gesellschaft Stalin so lange ein Wohltäter der Menschheit, bis er von Chruschtschow an den Pranger gestellt wurde. Die tausendfachen Zeugnisse und Aussagen der Opfer und Kenner der stalinistischen Herrschaft waren zuvor als Parteigängertum und Propaganda *abgetan worden.*

Es wird nicht wunder nehmen, wenn eines Tages unter der Berufung auf den römischen Freispruch aus Mangel an Beweisen die Begründung für die Glaubwürdigkeit der sowjetischen und der bulgarischen Thesen abgeleitet wird, wonach die Spuren des Komplotts gegen das Leben des polnischen Papstes nicht nach Sofia und in den Osten, sondern nach Washington und in die Geheimdienststuben der CIA führten.

Es sei aber an die Hintergründe des historischen Attentats von Sarajevo, das vom vollen Erfolg gekrönt war, erinnert. Die serbischen Terroristen hatten nicht nur den Habsburger Thronfolger getötet, sondern auch einen Weltkrieg ausgelöst, in dem das Ziel der Attentäter und des Königreichs Serbien, der Untergang und der Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie, erreicht worden sind.

Das Ergebnis der österreichischen Gerichtsuntersuchung, wonach die Spur der Verschwörung nach Belgrad und in die höchsten Kreise der serbischen Dynastie und der Armee führte, wurde von der Öffentlichkeit der westlichen Alliierten für Propaganda gehalten, frei erfunden, um an Serbien ein unzumutbares Ultimatum richten zu können. Es ist bekannt, was nach dem Kriegsende und *nach dem serbischen Sieg kam: die*



Wegen seiner frappierenden Ähnlichkeit mit dem Attentäter wurde der 25jährige Christopher Buchholz, ein Sohn von Horst, für die Hauptrolle des dreistündigen Fernsehfilms ausgewählt. Er überzeugt aber auch durch seine schauspielerische Leistung, schrieben italienische Kritiker, nachdem der Film im dortigen Fernsehen gelaufen war. Das Foto zeigt ihn in der Szene, in der Johannes Paul Agca im Gefängnis besucht. FOTO: TELEBUNK

staatsoffizielle Ehrung für die Attentäter von Sarajevo, serienweise Errichtung von Denkmälern und ein edler Wettstreit unter den offiziellen Persönlichkeiten und Gruppen um die Frage, wem mehr Verdienste an der Organisation, Unterstützung und Durchführung des Anschlags vom 14. Juli 1914 gebühren.

Gewiß, es ist zu hoffen, daß keine Regierung und kein Geheimdienst eines Tages in die Lage versetzt werden, sich des Komplotts zu rühmen, das die Hand von einem oder zwei Türken bewaffnet hatte, um auf einen Papst zu schießen, dessen Existenz für die Millionen und Abermillionen von Osteuropäern eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft und einen inneren Halt in der unbarmherzigen Gegenwart bedeutet. Eine ganze Reihe von Indizien, die zwar für das Gericht zum Schuldspruch nicht reichten, aber auch einem „Freispruch erster Klasse" im Wege standen, sollten jedoch von der freien Welt weder vergessen noch zerredet werden. Der harte Kern des monumentalen Gerichtsaktes von Rom ist die Feststellung, daß der Anschlag auf den Papst nicht das Werk eines türkischen Einzelgängers und auch nicht einer Gruppe von islamischen Fanatikern, sondern einer internationalen Verschwörung auf dem Boden des Staates Bulgarien und in dessen Hauptstadt Sofia sowie unter Bedingungen der Begünstigung und der Duldung von seiten des bulgarischen Staatssicherheitsdienstes, vor dem Hintergrund einer jahrzehntelangen Komplizenschaft der bulgarischen Behörden und der türkischen Untergrundmafia zum Schmuggel von Waffen *und Rauschgift* war.

Wie jedes Geheimnis, wird wahrscheinlich auch die Kriminalstory um die Schüsse des zu lebenslanger Haft verurteilten Ali Agca aus einem Browning-Revolver am 13. Mai 1981 um 17.23 Uhr periodisch die Medien beschäftigen, wie heute in der deutsch-italienischen Gemeinschaftsproduktion des Regisseurs Giuseppe Fina, der sagt, er habe keinen „Reißer" inszeniert, sondern sich streng an Untersuchungs- und Gerichtsakten gehalten.

Der harte Kern der Tatbestände, die Allianz von islamischen Neofaschisten und von kommunistischen Staatsagenten zur Durchführung von dunklen Geschäften, sollte weder aus dem Auge verlorengehen noch verniedlicht werden. Denn eine solche Nachsicht käme einer zeitgeschichtlichen Fälschung gleich.

ALFONS DALMA

Der schwarze Faktor im Reihenhaus

Eigentlich ist er eher langweilig, dieser Maurice Castle, ein Beamter mit Mittagszeit und geordneten Familienverhältnissen im Reihenhaus. Wäre da nicht seine unterschwellige Angst, eben „der menschliche Faktor".

Diesen Roman hat Graham Greene geschrieben wie alle seine Werke: Er will Kurzweil bieten und nimmt den Vorwurf, am Rande des Entertainments zu arbeiten, als Kompliment: „Wieso am Rande? Ich hoffe, meine Romane sind unterhaltsam." Also fesselt Greene, läßt den Leser durch Castles Leben stöbern. Er ist britischer Geheimagent, aber nicht als überlegene, sondern eher als triste Version; erstklassig für Karteiarbeit.

Einst war er in Südafrika, wurde jedoch des Landes verwiesen, weil er mit den Apartheidgesetzen in Konflikt geraten war. Er hatte sich verliebt in Sarah, eine Schwarze. Sie folgte Castle nach England, und so lebt das Paar zusammen mit Sarahs Sohn Sam und Hund Buller in Berkhamsted (Greenes Geburtsort).

Subtile Bedrohung schleicht sich in den Alltagstrott bei einer Sicherheitsüberprüfung in der Behörde. Eine undichte Stelle in der Afrika-Sektion muß gefunden werden. Der Leser wird bald *zum Mitwisser.* Mit einem Informationsvorsprung verfolgt er die nach geheimdienstlicher Logik in die falsche Richtung laufenden Untersuchungen. Rationalität und Resignation, Stärke und Verzweiflung – Greene zeigt diese Faktoren in einem gelungenen Wechselspiel.

Der menschliche Faktor – ZDF, 22.50 Uhr

Als „schwere Geburt" bezeichnete Regisseur Otto Preminger seine Verfilmung. Um mehr Geld zu verdienen, hatte er versucht, ohne eine Filmfirma in Eigenproduktion zu arbeiten. Doch seine Geldgeber ließen ihn kurz nach Drehbeginn im Stich, so daß er gezwungen war, einige Werke aus seiner Kunstsammlung zu verkaufen, um die Schulden zu tilgen. Dennoch setzte der als Studiodiktator gefürchtete Regisseur – er starb im April – seinen Ehrgeiz daran, den Film zum 2. Oktober 1979 fertigzustellen; zu Greenes 75. Geburtstag.

„Der menschliche Faktor" präsentiert keine fiktive Welt, sondern will, daß man sich einfühlt in den Alltag. In diesem Sinne sagt Castle: „In einem verrückten Beruf gewinnt alles, was Teil der Routine ist, an Wert." Roman wie Film sind aber Fiktion. Greene zitierte dazu Hans Christian Andersen: „Phantasiegeschichten, geformt aus Wirklichkeit." M. S.

ARD

10.00 Katholischer Gottesdienst
11.00 Pergamon
Eine Unterwegsgeschichte aus der Türkei
11.45 Tipfehler
Volksstück von Willy Purucker
Der Tipfehler steht auf einem Lottoschein, mit dem Merz-Rudi und seine drei Freunde Woche für Woche spielen.
13.15 Ein Münchner im Himmel
Zeichentrick
13.25 Abenteuer Tiefsee
Zwischen Krebsen und Kraken
14.25 Liebe Valentina
Spanischer Spielfilm (1982)
Mit Anthony Quinn, Jorge Sanz
Pepe Garcés wächst zu Beginn des Jahrhunderts in Nordspanien auf. Der aufgeweckte Junge ist nicht ganz sicher, was er einmal werden will – ein Held, ein Heiliger oder ein Dichter.
15.50 Tagesschau
16.00 Ballett-Gala
Mit internationalen Tanzstars
16.45 Tom Sawyer und Huck Finn
17.10 Wir Kinder
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Deutsche sind weiß, Neger können keine Deutschen sein
Dokumentation von C. Priemer
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Das Attentat (1)
Auf Johannes Paul II.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Attentat (2)
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken

ZDF

10.05 Anna Karenina
Englischer Spielfilm (1947)
Nach Leo Tolstoi
Mit Vivien Leigh, Ralph Richardson
11.40 Des Königs Traum
Musik in Schloß Neuschwanstein
12.45 heute
12.50 Der Hochzeitslader
Bayerisches Volksstück
13.20 Der Verschwender
Julius verliert, obwohl von den Mächten des Feenreiches behütet, sein gesamtes Vermögen.
15.30 Der Teufelshauptmann
Amerikanischer Western (1949)
Mit John Wayne, Joanne Dru
Regie: John Ford
17.10 heute
17.15 Tollwut
Film von Ilse Hoffmann
19.00 heute
19.15 Fronleichnams-Prozession
19.30 Lieder, die wie Brücken sind
20.00 Berliner Weiße mit Schuß
Vier Geschichten mit G. Pfitzmann
21.00 Kinder Kinder
21.45 heute-journal
22.05 Ärzte gegen den Atomkrieg
Dokumentation von B. Wiegmann
Als die „Internationale Ärztevereinigung für die Verhütung eines Atomkrieges" 1985 den Friedens-Nobelpreis erhielt, gab es Zustimmung und Proteste. Zur Zeit tagt sie in Köln.
22.50 Der menschliche Faktor
Englisch-amerikanischer Spielfilm (1979)
Regie: Otto Preminger
Mit Richard Attenborough
0.40 heute

SAT 1

15.00 Marco
Anschl. Betty Boop
16.00 Musicbox
16.55 Robinson soll nicht sterben
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Romy Schneider, H. Buchholz
Zur Erinnerung an Romy Schneider, die am 29. Mai 1982 in Paris starb.
18.30 APF blick
18.45 Grand Prix
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Y. Montand, Eva Maria Saint
Ein Blick hinter die Kulissen der Autorennfahrer-Elite mit Originalaufnahmen von Monaco bis Monza.
21.30 APF blick
22.15 Lektüre ist angesagt
22.45 High Chaparral
23.35 APF blick



19.00 Nachbar Europa
Die Kathedrale in Chartres
Im Jahre 1198 zerstörte ein Feuer die Fulbertus-Kathedrale von Chartres. Auf ihren Trümmern wurde eine Kirche errichtet, die als der Beginn der Hochgotik gefeiert wird: die Kathedrale „Notre Dame de Chartres"
20.00 Tagesschau
20.15 WM-Endspiel 1978
Holland – Argentinien
22.15 Gespenster
Drama von Henrik Ibsen
Helene Alving, in deren Schicksal Ibsen die fatalen Folgen der „Lebenslüge" – das Kernthema des Stücks – aufzeigt, hat zehn Jahre nach dem Tod ihres Mannes ein Asyl errichten lassen, das seinen Namen tragen soll.
0.25 Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Betrug
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit John Payne, Joan Caulfield
21.45 Machen Sie den Strauß!
Der Kabarettist Thomas Freitag
22.15 Ärzte und Künstler: Abrüsten – wir wollen leben!
Anläßlich des Kongresses der „Internationalen Ärzte-Vereinigung für die Verhütung eines Atomkrieges" in Köln
Anschl. Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Wie Moses vor Pharao
Karl Barth als junger Pfarrer
19.00 Schülerorchester stellen sich vor
19.15 Natur und Freizeit
20.00 Tagesschau
20.15 Mein Onkel
Französischer Spielfilm (1957)
Mit Jacques Tati
22.00 Kultur aktuell
22.50 Unterm Funkturm
40 Jahre Republik Italien
0.20 Nachrichten

HESSEN
18.30 Vorschau
18.35 Auf den Mensch gekommen
Aufzucht von Rassehunden
19.20 Der Clou
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Mit Paul Newman, Robert Redford
21.25 Drei aktuell
21.30 Ivo Pogorelich spielt Ravel
22.20 Oppenheimer, Atomphysiker
23.20 Frankfurter Poetikvorlesungen
Hermann Lenz

SÜDWEST
15.45 Einladung zum Tanz
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit Gene Kelly
17.15 Museumstip
Linden-Museum in Stuttgart
17.30 Telekolleg II
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Unter Wasser
18.36 Show mit Ix und Ypsilon
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Treffpunkt
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.02 Abendschau
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Zum Teufel mit dem Reichtum
Italienischer Spielfilm (1946)
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
21.15 Politik Südwest
Rheinland-Pfalz und Saarland:
21.00 Neues um 9
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.15 Ausgefragt
Gespräch mit Horst Teltschik
Gemeinschaftsprogramm:
21.45 Gesiholt
Ein Schweizer Bauerndorf
22.35 Halleluja Broadway
23.05 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Gilberte de Courgenay
Schweizer Spielfilm (1941)
20.50 Dem Himmel auf der Spur
21.35 Rundschau
21.50 Nürnberger Gespräch '86
22.50 Durch Land und Zeit
22.55 Rundschau
23.00 All meine Sehnsucht
Amerikanischer Spielfilm (1953)

3SAT

18.00 Sport-Zeit
19.00 heute
19.15 Studio
19.30 Das weite Land
Von Arthur Schnitzler
21.20 Rundschau
22.05 Die Sanfte
Französischer Spielfilm (1969)
Mit D. Sanda, Guy Frangin
Inspiriert zu diesem Film wurde Regisseur Robert Bresson durch eine Novelle von Dostojewski.
23.30 Kennwort: Kino
Der Weg nach Bresson
0.25 3SAT-Nachrichten



18.36 Reserviert für Robert Palmer
Moderation: Birgitt Wolff
18.47 RTL-Spiel
18.53 7 vor 7
19.00 RTL-Spiel
19.05 Kronen, Könner, Kavaliere
Heute: Heinz G. Konsalik
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Captain Apache
Englischer Spielfilm (1970/72)
Mit Lee van Cleef, Caroll Baker
22.01 RTL-Spiel
22.05 Neu im Kino
22.15 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Ende einer Dienstreise

Gtl – Spötter haben früh schon Schillers versreiche Ballade „Der Taucher" zu einer einzigen Zeile zusammengezogen und die lautete kurz, knapp und ergreifend: „Gluck, gluck – weg war er". Ein ähnliches Gluckern ertönt jetzt aus Berlin.

Das Berliner RSO sollte als erstes deutsches Radio Symphonie-Orchester auf Südamerika-Tournee gehen. Konzerte im weltberühmten Teatro Colon in Buenos Aires waren ausgehandelt, Auftritte in Rio de Janeiro, Sao Paulo, Montevideo und einigen anderen Städten. Eine annähernd zweijährige Vorbereitungszeit hatte man investiert. Riccardo Chailly sollte dirigieren, die große Martha Argerich nach anderthalb Jahrzehnten der Abwesenheit ihr triumphales Rentree in der argentinischen Heimat feiern.

Eine Tournee der Superlative. Doch – „gluck, gluck – weg war sie". Statt dessen geht ein 80köpfiges Orchester für 20 000 Mark am Tag jetzt in der Berliner Sonne spazieren. Kürzlich erst hat Max Frisch sein Zusammenleben mit Ingeborg Bachmann einem Sturzflug von Ikarus-Charakter verglichen. Etwas ähnliches hat die Argerich *nun bewirkt, nur daß* sie gleich ein ganzes Orchester mit auf den Ausflug zum Abgrund nahm. Sie sagte die Reise wenige Wochen *vor ihrem Beginn kurzerhand ab.* Warum? – Nie sollst du mich befragen. Plötzlich klafften im Tournee-Programm durch Ausfall der Solistin riesige Löcher, die notdürftig gestopft werden mußten. Natürlich sahen die südamerikanischen Veranstalter die künstlerische Lückenbüßerei nicht gerade mit den entzücktesten Augen.

Über dem Hin und Her verlor der sowieso an der Tournee nicht sonderlich interessierte Riccardo Chailly die letzte Lust. Darum trinken Berlins Musiker nun ausgiebig daheim „Jägermeister", weil zwei Hände zu wenig fast überall angemessen ersetzt werden können, nur nicht in der Musik am Klavier. Was die gute alte Lorelei dem Fischer mit ihrem Singen, das jedenfalls hat den Berlinern die Argerich angetan. Sang- und klanglos hat man nun die Tournee auf nächsten Juni vertagt.

„Ein auf DDR getrimmter Huchel, der fällt natürlich flach" – WELT-Gespräch mit Monica Huchel

Es geht um die Würde des Dichters

Vor dreiundzwanzig Jahren, am 25. März 1963, hielt es die SED-Führung unter Walter Ulbricht wieder einmal für angezeigt, die unbotmäßigen Schriftsteller und Künstler zur Unter-Ordnung zu rufen. Auf einer „Beratung" in Ost-Berlin trat das Politbüromitglied Kurt Hager, bis heute dort zuständig für ideologische Fragen und Kulturpolitik, mit einer Abrechnungs-Rede über „Parteilichkeit und Volksverbundenheit unserer Literatur" hervor.

Während Autoren wie Peter Hacks oder Stephan Hermlin zwar scharf kritisiert wurden, aber in der Endkonsequenz glimpflich davonkamen, schlug einem der größten deutschen Poeten ungezügelter Haß entgegen: dem Dichter Peter Huchel. Sein „Verbrechen" hatte vor allem darin bestanden, daß er sich bis November 1962 erfolgreich weigerte, aus der geist- und poesiereichen Literaturzeitschrift „Sinn und Form", deren Chefredakteur er seit 1948 war, ein Parteiblatt zu machen. Von der SED geförderte Hofdichter wie Kuba, Weinert oder Zimmering waren in dieser *Zeitschrift kaum oder nie zu finden,* statt dessen Poesie westdeutscher und westlicher Dichter, Lyrik von Johannes Bobrowski, Essays von Bloch, Ernst Fischer, Lukács, Sartre und anderen unbequemen Marxisten.

Unter Huchels Regie, verkündete Hager damals empört, sei die Zeitschrift bestrebt gewesen, „sich in einem imaginären ästhetischen Raum zu bewegen und nicht von der realen DDR aus den Kampf gegen die imperialistische Ideologie, den Kulturverfall und die Dekadenz in Westdeutschland zu führen". Huchels eigene Gedichte schließlich seien „sein Credo gegenüber der Arbeiter-und-Bauern-Macht und ihrer Politik". Damit war über Huchel, der sich nicht wehren konnte, der Bann gesprochen, begann für den Dichter und seine Familie eine fast zehnjährige *Isolation* in Potsdam-Wilhelmshorst.



Den ganzen Huchel oder keinen: Monica Huchel, die Witwe des Dichters
FOTO: ROGER MELIS

Peter Huchel verschwand von der Bildfläche: ein den deutschen Mauererbauern ausgelieferter Untertan, der dennoch nie zu Kreuze kroch. 1971 ließ man ihn endlich gehen, im Gepäck Briefe und Manuskripte, die Haussuchungen und behördlich angeordnete Diebstähle überlebten und Auskunft geben über die harten Jahre der „Gespräche mit meinem Schweigen", wie es in seinem berühmten Gedicht „Exil" heißt. 1972 *zieht die Familie nach Staufen im* Breisgau. Dort ist Huchel am 30. April 1981 gestorben.

Vier Jahre nach seinem Tod, im Mai 1985, erreicht Monica Huchel, die Witwe des Dichters, ein Brief aus Ost-Berlin, in dem es heißt: „Einem alten Plane folgend, möchten wir gern einen Band mit Gedichten von *Peter Huchel bringen, und wir würden* uns sehr freuen, wenn Sie diesem Vorhaben zustimmten. Selbstverständlich würde Ihnen der Auswahlvorschlag rechtzeitig vorliegen..." Dieser Brief kommt aus dem Lektorat Deutsches Erbe des Aufbau Verlages. Aber Monica Huchel hat den eine Spur zu freundlichen Interessenten aus der „DDR" eine Absage erteilt.

Auf meine Frage nach den Gründen für diese Haltung, sagt die sonst so temperamentvolle Frau, der man *nicht eine Sekunde lang* ansieht, *daß* sie im 72sten Lebensjahr steht, ganz ruhig: „Als ich den Brief las, kam ich mir vor, in eine Falle eingeladen zu werden." Sie begründet dieses Gefühl mit der Erfahrung, daß beruhigend toten Dichtern in der „DDR" noch im Tode das rechte Maß verpaßt werde: 20 Seiten lange „Verdauungs-*anleitungen" krönten* solche Auswahlbände, wichtige Texte dagegen fehlten. „Oder glauben Sie, daß die ein Gedicht wie ‚Ophelia' aufnehmen würden?" Aber gerade dieses Gedicht und all die anderen aus den Jahren 1963 bis 1971 müßten die Leute drüben zu lesen bekommen.

Man habe ihr zwar in einem weiteren Schreiben zugesichert, daß auch diese Periode Berücksichtigung finden würde, aber sie traue dem Frieden nicht. Wenn es um die „DDR" ginge, meint *sie,* müsse man „mindestens so raffiniert sein wie die und dann noch ein ganz klein wenig schlauer: Nach 25 Jahren DDR-Leben – da kann man nicht in die Falle laufen."

Monica Huchel, die erfahrene Journalistin, profilierte Übersetzerin russischer Literatur und Autorin des bezaubernden Katzen-Breviers „Fürst Myschkin", das an ihre und Peter Huchels lebenslange innige Gemeinsamkeit mit Katzen erinnert, diese Frau ist wahrlich alles andere als eine verbiesterte Erbverwalterin. Ihre Verweigerung bezieht sich nicht auf eine von ihr aus gesehen durchaus mögliche Übernahme der „Gesammelten Werke in zwei Bänden", die 1984 bei Suhrkamp erschienen. Was sie ver*hindern will, ist ein „auf DDR getrimmter Huchel*". „Der fällt flach!", sagt sie mit Nachdruck, „denn ich lebe in der Gedankenwelt meines Mannes, und der sagt mir im Geiste: Es gibt keine Konzessionen!" Im übrigen, fügt sie hinzu, wäre ja genug Zeit gewesen, ihn selber zu fragen: von 1971 bis 1981. „Nein, aus meiner inneren Überzeugung geht es nicht."

Was in diesen Worten zum Ausdruck kommt, ist vor allem ein Bewußtsein für Würde, das sich an der Würde eines Mannes orientiert, der sie behauptete, als man sie ihm täglich zu nehmen versuchte. Nicht Hochmut oder verletzter Stolz begründen die Reserve, sondern Erfahrungen: „Ich will gar keine Satisfaktion von denen, die will ich nur von Leuten, mit denen ich auf einer Stufe stehe."

Deshalb übergibt Monica Huchel Menschen, denen sie vertraut, gerne das Werk ihres Mannes, damit es gesichert werden kann und der Nachwelt erhalten bleibt. So hat sie vor kurzem der allmählichen Überführung des Nachlasses von Peter Huchel in das Deutsche Literatur-Archiv nach Marbach zugestimmt. Die Typoskripte der späten Lyrikbände Huchels sind schon dort, Kartons mit wertvoller Korrespondenz werden folgen, ganz zum Schluß dann vielleicht auch die *handschriftlichen Blätter mit Huchels* letzten Gedichten, die sie aus einem Schrank zieht und mir in die Hand drückt. Unter einem von ihnen findet sich eine Notiz an Monica Huchel: „Wieg Deinen Nacken und lies mit Nachsicht die Verse eines Heimatlosen."

Unschwer ist zu erkennen: Wenn Peter Huchel Vertrauen hatte, dann zu seiner Frau. Monica Huchel wird deshalb dafür Sorge tragen, daß Huchels Poesie der Menschenwürde *nicht verlorengeht in heuchlerischen* Interpretationen und in der würdelosen Kompromißgier des Zeitgeistes.

ULRICH SCHACHT

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Matulu"

Aufs Florett gespießt!

An einer deutschen Universität trug es sich kürzlich zu, daß ein vom *Professor ins Gespräch gezogener* Student als sein Hobby die Beschäftigung mit der Literatur angab. Er kannte jedoch keinen einzigen Autorennamen, und es stellte sich heraus, daß er geglaubt hatte, je ein Abonnement von „Spiegel" und „Stern"-weise ihn hinreichend als Literaturkenner aus. Ein solches *Tschernobyl der Kultur* wäre in Frankreich undenkbar. Sogar an den – in Deutschland literarisch leergefegten – Zeitungskiosken sind bedeutende Literaturzeitschriften wie „La Quinzaine littéraire" und „Magazine littéraire" nicht zu übersehen.

Nicht übersehen sollte man aber auch die spontan entstehenden, verschwindenden und wiedererscheinenden Organe, die nicht wenig zur Lebendigkeit des literarischen Lebens beitragen. Das jüngste Beispiel nennt sich „Matulu. Mensuel littéraire et culturel" (36, rue de la Montagne Sainte Geneviève F–75005 Paris). Die erste Nummer (Juni) ist eben erschienen.

Von „Matulu" (der Titel geht auf Jean Cocteau zurück) erschienen schon einmal zwischen 1971 und 1973 unter Leitung von Michel Mourlet 30 Nummern. Es war eine mehr literarische als kommerzielle Gründung. Die Autoren wurden nicht nur nicht honoriert, sondern überwiesen auch noch monatlich eine Summe für den Unterhalt des Blattes. Trotz oder wohl wegen des fehlenden Marketings war das unabhängige, ungebärdige *und unregierbare* Blatt gefürchtet.

1971 revoltierten „ces messieurs de Matulu" gegen das Engagement des Mai 1968 und die von ihm ausgehende kulturelle Umweltverschmutzung. Sie wollten „einen vergessenen Begriff rehabilitieren, den der Freude, der Freude am Schreiben, der Freude am Lesen, der Freude am Hinsehen und Verstehen, der Freude am Sein". *Und das von Michel Mourlet in der* ersten Nummer entwickelte Programm gilt auch heute: „Zurückweisung des Gekünstelten, des Schwindels, der Provokation, des sterilen Formalismus genauso wie der Erschlaffung, des Sichtreibenlassens durch den Zufall und der Abbildung einer häßlichen Realität, die von der Woge der Aktualität hin- und hergeworfen wird ... Literarische Eideshelfer auf diesem Wege sind Barrès, Montherlant, Jünger, Valery, Morand, Nimier, Loti und Rebatet.

Mourlet wollte eine vergessene Kunstform wiederbeleben, die im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert floriert hatte, die Polemik. Er wollte Zwietracht säen, kräftig an die Schienbeine treten und in die fade gewordene literarische Suppe Pfeffer streuen. Nun sind sie wieder da, die Messieurs de Matulu, „ein freches Lächeln im Knopfloch, ein Champagnerglas an den Lippen, die Hand lässig auf den Degengriff gelegt", wie *der neue Redakteur Grégoire Dubreuil* es in seinem Editorial formuliert.

Michel Mourlet schreibt über das Abenteuer von Matulu, Guy Depré über Literatur und Macht, Gabriel Matzneff über den Dank der Anna von Österreich, Jean Cau darüber, wie die jungen Konquistadoren ihre Schiffe verbrannten. Den größten Teil der Zeitschrift füllen jedoch Chroniken unter dem Titel „Ces messieurs de Matulu", in denen die verschiedenen Kulturbereiche *auf das* literarische Florett gespießt werden, eingedenk des im Editorial zitierten Wortes von Jean Cocteau „Der Mensch ist immer eine Nacht (er birgt eine Nacht), und die Arbeit des Künstlers wird es sein, diese Nacht ins volle Tageslicht zu stellen."

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

R. Altman inszenierte in Lille „The Rake's Progress"

Alle Kunst ist Gaukelei

Robert Altman, der seit jüngstem in Paris lebende amerikanische Filmregisseur („M. A. S. H."), inszenierte zum zweiten Mal Strawinskys Oper „The Rake's Progress" und zum *ersten Mal an einem richtigen* Opernhaus, in Lille. Vor vier Jahren, zum 100. Geburtstag des Komponisten, waren es Studenten der University of Michigan gewesen, mit denen er den Untergang des Hogarthschen Wüstlings auf die Bühne gestellt hat.

Der Filmemacher Altman hat auch Filmisches eingebracht, und nicht nur in den Aus- und Überblendtechniken des ganz schön geforderten Beleuchtungsapparates. Da schrecken also den leichtsinnigen Tom Rakewell *in Mother* Gooses Londoner Freudenhaus (künstliche) Riesenbusen und Hinterteile fast wie bei Fellini. Und Altmans eigene Filmvergangenheit zitiert eine blutige Versteigerungsszene mit den freilich nicht gerade in chirurgischer Meisterschaft abgetrennten Gliedern der Türkenbab auf dem Auktionstisch.

Zuletzt beginnt der *Kopf sogar zu* singen. Alle Kunst ist Gaukelei, und Altman ist sich für abgefeimte Illusionstricks nicht zu schade, wenn er *die* Türkenbab zu ihrer Kunst, der Jahrmarktsgaukelei, anders als Strawinsky, zurückkehren läßt. Mit übertriebener medizinischer Kunstfertigkeit trieb Altman immer schon seine zynischen Späße.

Er inszenierte „The Rake's Progress" als Traum und zurückgedrehte Zeit. Das Ende wird vorab verkündet: wohin es führt mit der Sittenlosigkeit und, schlimmer, wenn einer sein Geld nicht beisammenhält, nämlich direktement in die Hölle. Nick Shadows teuflische Gehilfen kochen die Sünder auf kleiner Flamme, bevor Beelzebub selbst die Uhr zurückstellt und das allegorische Spiel in Anne Truloves Garten beginnen läßt.

Der Garten war leider dasselbe Einheitsbühnenbild (Wolf Kroeger/Stephen Altman): Ein riesiger Hahnenkopf schwebt über der Szene mit grünleuchtenden Augen. Und drumherum ein Sammelsurium aus *Figuren, Käfigen, Leitern,* Treppen *wie* das barocke Szenarium zu einer schwarzen Messe. Vornan wallt es immer weiß aus dem großen Höllentopf. Man bekam schon mal Interpretationsschwierigkeiten, die oft frappierende Bildwirkung ging auf Kosten der Deutlichkeit.

Unter all den szenischen Adaptationen, die „The Rake's Progress" – vom an der Hogarthschen Stichvorlage orientierten Realismus bis zu marionettenhafter Stilisierung – bereits erfuhr, schuf Altman sicher das fantastischste Szenario. Immer steigen die Protagonisten durch Leibermengen. Die Menschheit ist ein Lemurengeschlecht, alles kriecht, kraucht, begattet oder malträtiert sich. Nichts ist enervierend oder gar böse, das Ganze ein Satyricon und der Auktionator Sellem (John Fryatt) der lustigste.

Es ist die Moritat vom Teufelspakt, aber in der Bildfantasie des Filmemachers dargeboten, der Strawinskys Künstlichkeit selbst in den Schlußbildern nicht überspielt. Peter Eötvös am Pult des Opernorchesters dirigierte präzise Strawinskys Secco-Klassizismus, aber ein bißchen wie einer, der Strawinsky mag und Mozart mag, aber weniger goutiert, was herauskommt, wenn Strawinsky Mozart adaptiert.

Strawinskys Altersoper ist die einzige, in der er den Sängern Futter gibt: Arien, Duette, Ensembles wie im alten Stil. Herausragend James Schwisow mit schöner lyrischer Komponente in der Titelpartie, Karen Hunter (Anne), Malcolm Walker (Nick Shadow), Rachel Esso als Türkenbab. Das muß man Altman lassen, bei aller Show, er ließ sie singen.

DIETER SCHÜREN

Berlin präsentiert Zeichnungen von Ilona Freyer

Briefe in der Landschaft

Der Raum der Festspielgalerie mit seinen drei Rundsäulen ist ganz und gar neu inszeniert. Alles Weiß. Sogar der weiche Boden, auf dem der Betrachter gedämpft und wie auf Watte zu gehen meint. Die endlose Fensterfront wird von einer hohen Längswand verborgen. Der Effekt bringt Verdichtung und Verengung für ein ungewöhnliches künstlerisches Erlebnis, eine Erinnerungsschau für die 1984 erst 40jährige verstorbene Ilona Freyer.

Die stammte aus Dessau und verwirklichte nach dem Studium in Weißensee in Magdeburg ihre ersten Bühnenbilder. Dort hat auch die Zusammenarbeit mit ihrem Mann Achim Freyer begonnen. Deutsches Theater und Berliner *Ensemble* in Ost-Berlin waren die nächsten Stationen. Seit 1972 lebte und arbeitete Ilona im Westen.

Sie hat für Inszenierungen von Nils-Peter Rudolph, Alfred Kirchner, für Christof Nel, für Herbert Achternbusch und für Claus Peymann Szenen entworfen. Ihre letzte Arbeit für das Theater waren die Kostüme zum Stuttgarter „Echnaton" von Philip Glass 1984, den Achim Freyer inszenierte und bebilderte. Mehrere Jahre hatte Ilona Freyer eine *Gastprofessur* in der Berliner Hochschule der Künste.

Ganz anders als vor drei Jahren, als die Festspiele hochgemut das malerische œuvre von Achim Freyer in einer vermeintlichen „Entdeckungs"-Aktion schier grenzenlos totinszenierten, bringt die jetzige Schau für Ilona starke Konzentration und Nachdenklichkeit. Es gibt an den Stirnwänden einige größere Bilder (die eigentlich auch Zeichnungen *sind*): *Landschaft oder* Menschenschemen, die sich wiederum verschlossen in Landschaft einfügen.

Die übrigen Arbeiten jedoch, die sich in kleinen Holzrahmen aneinander-reihen, sind Belege eines äußerst privaten Schaffens, einer introvertierten Empfindsamkeit, die sich auf kleinstem Format mit Bleistift und Farbkreide, auch als Gouache oder Aquarell niederschrieb. Vieles ist auf Karton, auf kleine Blätter, auf Abrisse, kariertes Papier, auf Seide gebracht. Manche dieser Zeichnungen dienten tatsächlich als Notationen für Bühnenbildentwürfe. Eine szenische Ordnung findet man aber auch bei einer Vielzahl freier Arbeiten.

In den Notizbüchern von Ilona Freyer fanden sich Sätze wie diese: „Ich protestiere gegen das reine Abbild unserer Umwelt – das wäre Doppelselbstmord." Oder: „Die Sucht nach Identität ist die eigene Todessehnsucht. Wenn man das plötzlich weiß, hat man Angst vor der eigenen Identität." Diese Zeichnungen sind tatsächlich eine nicht endende Abfolge von Verbergung und Offenlegung.

Die Menschen, die Ilona in Altenheimen oder Krankenanstalten mehr in ihrer Wesenwirkung denn in ihrer oberflächlichen Erscheinung skizzierte, schlagen mitunter Hand oder Hände vor das Gesicht, sie ziehen sich in ihr eigenes Ich zurück. Eine dynamische Wechselwirkung zwischen Figürlichkeit und voller Abstraktion ist da und verdichtet die Spannung eines tieferen Rätsels.

Einzelne Blätter dramatisieren geradezu farbliche oder blockhafte Energiefelder. Andere suchen, in Pilzen oder Schwänen, verschlüsselte einfache Zeichenhaftigkeit. Körper scheinen horizontal geschichtet. Alles ist Ausschnitt. Nicht endgültig. Voller Geheimnis. Da gibt es eine Landschaft mit brennenden Briefen.

Diese Zeichnungen scheinen ihrerseits Bestandteile eines sehr persönlichen Notizbuches. Man darf ihren autonomen künstlerischen Anspruch nicht überbewerten. Aber ihre starke mythische und psychologische Kraft, Leben und Lebenssinn für sich selbst bildnerisch zu erforschen und dabei auch die Verzweiflung des Scheiterns offenkundig werden zu lassen – diese Erfahrung macht in der Strenge und Schönheit der Ausstellung betroffen (Bis 8.6., Katalog 25 Mark).

PETER HANS GÖPFERT



Erforschte den Lebenssinn mit dem Zeichenstift: Ilona Freyer
FOTO: JOCHEN CLAUSS

Schallaburg: „Polen im Zeitalter der Jagiellonen"

Aktualisierte Geschichte

Und ich, der ich diese Chronik schreibe, fühle große Freude über die Beendigung des preußischen Krieges, die Wiedergewinnung der seit langem vom polnischen Königreich losgelösten Gebiete ... und wäre noch glücklicher, wenn ich noch die Wiedergewinnung und Vereinigung Polens mit Schlesien, dem Lubusker Gebiet und dem von Slupsk erleben könnte." Jan Dlugosz schrieb das 1467 im zwölften Buch seiner „Annales seu cronica inclyti regni Poloniae". Zu lesen ist es auf einer großen Schrifttafel in der Ausstellung „Polen im Zeitalter der Jagiellonen 1386–1572", die als Niederösterreichische Landesausstellung vorwiegend von polnischen Wissen*schaftlern auf der Schallaburg* bei Melk (wo in früheren Jahren bereits Ungarn und die „DDR" mit Kunst zu Gast waren) arrangiert wurde.

In den Räumen trifft man immer wieder auf solche Tafeln mit Bekenntnissen der Könige und Großfürsten über ihre Friedensliebe, über Fairneß im Kriege, über die Rechtsgleichheit aller und Toleranz in Glaubensdingen. Sie simplifizieren die Herrschaftsmechanismen eines Zeitalters, das mit anderen Maßstäben als denen *eines gegenwärtigen Politik*verständnisses gemessen werden muß, wenn man seine historische Dimension verstehen will.

Doch das bereitet den Polen offenbar noch immer Probleme. Sie glauben einem Rechtfertigungszwang für ihre heutige Politik und vor allem für ihren augenblicklichen Territorialbestand zu unterliegen. *Und darum* projizieren sie die Nationalstaatsidee in eine Zeit, in der solche Ideen noch völlig irrelevant waren und betrachten als polnisches Land, was ein Herrscher in Polen – selbst wenn er wie die litauischen Jagiellonen kein Pole war – einmal besessen, erobert oder gekauft hatte. Da liest man zum Beispiel in der Vitrine neben der Bulle von Papst Johannes XXIII. von 1415, daß damit „alle verliehenen Privilegien, die dem Ritterorden eine gewisse Berechtigung für Gebiete Litauens und Rutheniens zuerkannten", außer Kraft gesetzt worden seien.

Das ist eine dieser Formulierungen, die *historische Fakten ihrer* Faktizität zu entkleiden versuchen. Denn wie wäre es, wenn man eine solche „gewisse Berechtigung" auf Gebiete beziehen würde, *die unter den Jagiellonen* polnisch waren, heute aber sowjetisch sind, oder die unter den Jagiellonen und danach nie polnisch waren, *es aber seit 1945 sind.* Solche unhistorischen Argumentationen führen in der Ausstellung bei der Benennung von Orten und Personen zu grotesken Verrenkungen.

Obwohl allenthalben auf die ethnische Vielfalt und die Toleranz gegenüber den verschiedenen Religionen und Glaubensrichtungen unter den Jagiellonen verwiesen wird, beschränkt sich die Ausstellung ausschließlich auf die polnische Komponente. Das Großfürstentum Litauen, tragender Bestandteil jagiellonischer Herrschaft, weil mit der polnischen Krone in Personalunion verbunden, kommt als Kulturträger nicht vor. Litauisch als Sprache existiert nicht. Deutsch ist in der Ausstellung nur in drei, vier mehrsprachigen Büchern zu entdecken, Jüdisches, Jiddisches oder Hebräisches überhaupt nicht.

Es wäre deshalb sinnvoller gewesen, die Ausstellung „Kunst in Polen im Zeitalter der Jagiellonen" zu nennen. Denn darum geht es vor allem, auch wenn in die Raumfolge gelegentlich Kabinette eingefügt sind, die politische Ruhmestaten der litauischen Dynastie zu veranschaulichen trachten. Sie beginnt mit schönen Beispielen mittelalterlicher Buch- und Glasmalerei. Dem schließen sich Tafelbilder und Altarflügel an, die *zwar, gemessen an der zeitgenössischen* altniederländischen, italienischen und Nürnberger Malerei (die durch Hans Sueß von Kulmbach und Hans Dürer direkt in Krakau präsent war) noch „altmodisch" und stark der Gotik verbunden wirken. Aber malerisch sind sie von einem sehr eigenen Reiz. Bei der Plastik ist hier gut der Übergang vom spätgotischen „weichen Stil" der Madonnen zu dem herberen Typus zu beobachten, der durch Veit Stoß in Krakau eingeführt und von dort verbreitet wurde.

Außer mit Goldschmiedearbeiten und ungewöhnlichen Stickereien auf liturgischen Gewändern prunkt die Ausstellung auch mit sechs der ursprünglich 142 großen und weithin berühmten Tapisserien, die einst Sigismund II. August, der letzte Jagiellone, in Brüssel für den Wawel in Krakau in Auftrag gab.

Dieses Nebeneinander von unterschiedlichen Kunstformen aus allen Teilen Europas und ihre Vermischung in „jagiellonischen" Werken lassen das eindrucksvolle Bild einer Kultur entstehen, die eher europäisch als polnisch geprägt war. Aber das *galt damals* für sehr viele Teile Europas. Deshalb sind die aktuell-politischen Floskeln in der Ausstellung nur ein unnötiges Beiwerk, eher ko*misch* als überzeugend. (Bis 2. Nov.; Katalog 180 öS.)

PETER DITTMAR

JOURNAL

Abstrakte Bildtafeln landeten auf Bauschutt

AP, **Hamburg**

Mehrere Bildtafeln des deutschen Farbfeldmalers Georg Karl Pfahler sind in Berlin zunächst im Bauschutt gelandet und dann von einem Kunststudenten übermalt worden. Die abstrakten Bildsegmente gehören zu zwei mehrteiligen, großformatigen Bildwänden, die der 59jährige Pfahler 1966 für die Mensa der Technischen Universität Berlin geschaffen hat. Ihr Marktwert wird auf rund 200 000 Mark geschätzt. Die Arbeiten waren 1982 wegen Renovierungsarbeiten abgehängt worden und verschwunden.

Archäologen-Krimi ist entschieden

dpa, **Göttingen**

Mit modernen Mitteln der Gerichtsmedizin ist ein fast 60 Jahre alter Archäologenstreit um die Echtheit nordeuropäischer Knochen-Funde jetzt entschieden worden. Der Göttinger Historiker Peter Pieper konnte nachweisen, daß von den 1927 bei Oberhammelwarden an der Unterweser gefundenen sieben „Runen-Knochen" einer gefälscht ist, alle anderen dagegen echt sind. Zu sehen sind die Fund- und Beweisstücke ab heute im Staatlichen Museum für Naturkunde und Frühgeschichte in Oldenburg.

Denkmalpflege ist auch Gefährdung

dpa, **Stuttgart**

Denkmalpflege ist fast immer mit der Gefährdung der Bausubstanz und oft mit der Zerstörung des Denkmals verbunden. Mit dieser These rufen Experten des Denkmalschutzes dazu auf, Denkmalpflege nach dem Motto „Nicht restaurieren, sondern konservieren" zu betreiben. Einhellige Meinung der Teilnehmer bei einer Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz in Stuttgart: Die Praxis bereitet unverändert Sorge. Die Denkmalpfleger erklärten, die Sorge der Bevölkerung um den historischen Lebensraum würden von Politikern mißbraucht zu wahl*taktischen „Denkmal-Manipulationen*". Sie plädieren dafür, die Zahl der geplanten Sanierungsmaßnahmen zu halbieren.

Werke aus sowjetischen Museen in Washington

AFP, **Washington**

41 impressionistische und postimpressionistische Gemälde aus sowjetischen Museen werden bis 15. Juni in der National Gallery in Washington und danach in Los Angeles und New York gezeigt. Die Ausstellung gehört zu den ersten Projekten des sowjetisch-amerikanischen Kulturabkommens.

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Amsterdam: François Morellet – Stedelijk Museum (2. 6.–20. 7.)
Baden-Baden: 77 Jahre Kunsthalle, Kunsthalle, (7. 6.–29. 6.)
Basel: Bruce Neumann / Zeichnungen 1965–1986 – Museum für Gegenwartskunst (bis 13. 7.)
Bonn: Gotthard Grauber / Zeichnungen – Kunstmuseum (bis 29. 6.)
Cloppenburg: Trachtenforschung gestern – Kleiderforschung heute – Museumsdorf (8. 6.–31. 12.)
Darmstadt: Martin Kippenberger – Landesmuseum (8. 6.–10. 8.)
Symmetrie in der Kunst, Natur und Wissenschaft – Mathildenhöhe (1. 6.–24. 8.)
Düren: I. Internationale Biennale der Papierkunst – Leopold-Hoesch-Museum (bis 17. 8.)
Essen: Barock in Dresden – Villa Hügel (8. 6–2. 11.)
Deutsche Fotobilder der 80er Jahre – Museum Folkwang (bis 22. 6.)
Frankfurt: Vision der Moderne – Architekturmuseum (7. 6–17. 9.)
Freiburg: Die Zähringer – Augustinermuseum (31. 5–31. 8.)
Halbturn/Burgenland: Hans Makart und der Historismus in Budapest, Prag und Wien – Schloß Halbturn (bis 26. 10.)
Hannover: Skulptur – Kestner-Gesellschaft (bis 22. 6.)
Aspekte der italienischen Kunst 1960 bis 1985 – Kunstverein (bis 6. 7.)
Heidelberg: Die Renaissance im deutschen Südwesten – Schloß (21. 6.–19. 10.)
Kassel: Antike Bauten in Modell und Zeichnung um 1800 – Schloß Wil*helmshöhe* (8. 6.–5. 10.)
Retrospektive Anton Stankowski – Orangerie (1. 6.–6. 7.)
Köln: Karl Marx – Kunsthalle (bis 22. 6.)
Krefeld: Ähnlichkeiten / Mimesis und Metamorphosen der Architektur – Haus Lange (bis 20. 7.)
Ludwigshafen: Tausendundeine Dose – Stadtmuseum (bis 3. 8.)
Mainz: Radierungen von Ludwig Emil Grimm – Landesmuseum (bis 29. 6.)
Napoleon-Karikaturen – Gutenberg-Museum (5. 6.–24. 8.)
Mannheim: Werner Knaupp – Kunsthalle (bis 13. 7.)
Gerd Dengler – Kunsthalle (bis 13. 7.)
Mönchengladbach: Per Kirkeby – Museum Abteiberg (bis 29. 6.)
Salzburg: Emil Nolde / Aquarelle – Rupertinum (bis 20. 7.)
Salzburgs Wallfahrten in Kult und Brauch – Dommuseum (bis 19. 10.)
Schweinfurt: Conrad Westpfahl – Städtische Sammlungen (31. 5.–29. 6.)
Wien: Franz Gertsch / Bilder – Museum moderner Kunst (bis 29. 6.)
Zürich: André Thomkins – Kunsthaus (bis 29. 6.)
Daum Nancy – *Museum* Bellerive (3. 6.–17. 8.)

Die Großmütter haben es oft besser gewußt

Lebensmittelhygieniker: Mit Nahrung sorgfältiger umgehen

DIETER DOSE, Berlin

Hackfleisch, eine besonders verderbliche Ware, gehört in den Kühlschrank. Jede Hausfrau, so meint man, weiß es. Lebensmittelhygieniker jedoch vertreten die Auffassung, daß gerade die Hausfrauen zu sorglos mit Fleisch, Obst und Gemüse umgehen. „Unsere Großmütter haben darüber mehr gewußt", sagt Klaus Gerigk, Abteilungsleiter Lebensmittelhygiene *im Bundesgesundheitsamt.*

Um Strahlen, Bakterien und Chemie geht es derzeit im Berlin: Rund 1000 Experten aus 60 Ländern, darunter auch Ostblockvertreter (aber keine Russen), beraten auf dem „2. Weltkongreß Lebensmittelinfektionen und -intoxikationen". Im Klartext: Lebensmittelvergiftungen. Die aber haben in einem bedrohlichen Ausmaß zugenommen.

Die Zahl der gemeldeten Fälle stieg in der Bundesrepublik von rund 35 000 vor zehn Jahren auf 50 000 im vergangenen Jahr. „Vorsichtig geschätzt liegt die Dunkelziffer etwa zehnmal höher", sagt Professor Dieter Großklaus, Chef des Bundesgesundheitsamtes (BGA). Rückläufig sind in Deutschland zwar die Salmonellenvergiftungen, die durch andere Erreger (Staphylokokken) hervorgerufenen aber nehmen zu.

Vom Produzenten über den Transporteur und Handel bis zum Verbraucher müsse der Hygiene mehr Beachtung geschenkt werden. *Im Hering, in der eingelegten Gurke* oder in Hülsenfrüchten haben Bakterien geringe Chancen, sich zu gefährlichen Keimen zu entwickeln. Um so mehr in verschiedenen Fleischerzeugnissen, Krusten- und Schalentieren, Mayonnaise und Salaten, sogar im *Schokoladenpudding.*

Fast alle Vergiftungen, entstanden z. B. durch schmutzige Hände, unsachgemäße (zu warme) Lagerung, Verunreinigungen bei der Zubereitung oder Überlastung von Kühleinrichtungen, lösen *Darminfektionen,* Übelkeit und Bauchschmerzen aus.

Daß die Lebensmittelhygiene auch für die Wissenschaft ein noch längst nicht restlos erforschtes Feld ist, zeigt ein Beispiel aus Frankreich. Dort erkrankten *1700 Personen nach dem* Genuß von Pferdefleisch. Bis dahin war nicht bekannt, daß auch Pferde Trichinenträger sein können. Ziel des Kongresses ist es, Empfehlungen für die Weltgesundheitsorganisation und die Länder mit dem Ziel einer weltweiten Aufklärung über Lebensmittelvergiftungen zu erarbeiten.

Als die Tagesordnung des Kongresses, der in Berlin im Abstand von etwa fünf Jahren zu einer Dauereinrichtung werden soll, festgelegt wurde, wußte man noch nichts von Tschernobyl. So wurde kurzfristig das Thema der radioaktiven Vergiftung von Lebensmitteln in das Programm aufgenommen. Der Sitzungssaal, in dem Professor Alexander Kaul, Leiter des Instituts für Strahlenhygiene des BGA, das Wort ergriff, fand besonderen Zustrom.

Kaul will Langzeitschäden als Folge des Reaktorunglücks von Tschernobyl nicht ausschließen. Nach den bisherigen Erkenntnissen aber liege die radioaktive Belastung innerhalb der *Normalrate. Bei einer Untersu*chung von 100 Kindern an seinem Institut auf „Ganzkörper-Radioaktivität" wurden als höchste Dosis 0,05 rem festgestellt. Das seien etwa ein Fünfzigstel dessen, was von einigen Wissenschaftlern als Obergrenze an*genommen* wird.

LEUTE HEUTE

Ein Rad für Juliana

Die ehemalige Königin der Niederlande, **Juliana** (77), eine begeisterte Radfahrerin, hat das erste Exemplar eines Spezialfahrrades für ältere Verkehrsteilnehmer erhalten. Das von einem *Arzt entwickelte Rad hat* Blinker, die einen Richtungswechsel anzeigen, eine Spezial-Lenkstange und einen für ältere Menschen konstruierten Sattel.

Ein Teddy von Maggie

Die britische Premierministerin **Margaret Thatcher** verleiht für wohltätige Zwecke ihren eigenen Teddy-Bären. „Maggie" und drei weitere Politiker stellen ihre Kuscheltiere dem Verband *für Querschnittsgelähmte* zur Verfügung, der die Stofftiere in Southport zur Schau stellt. Auch aus der königlichen Familie sollen Teddies vertreten sein.

Monsignore James Horan wird wohl als irischer Don Camillo in die Luftfahrtgeschichte eingehen. Hochwürden stampfte im abgelegenen Moor von Mayo für 45 Millionen einen Großflughafen aus dem Boden. Nun sollen Jumbos Pilger aus aller Welt ins 400-Seelen-Dorf Knock bringen. Der ehrgeizige Pater träumt *von einem zweiten Lourdes.*

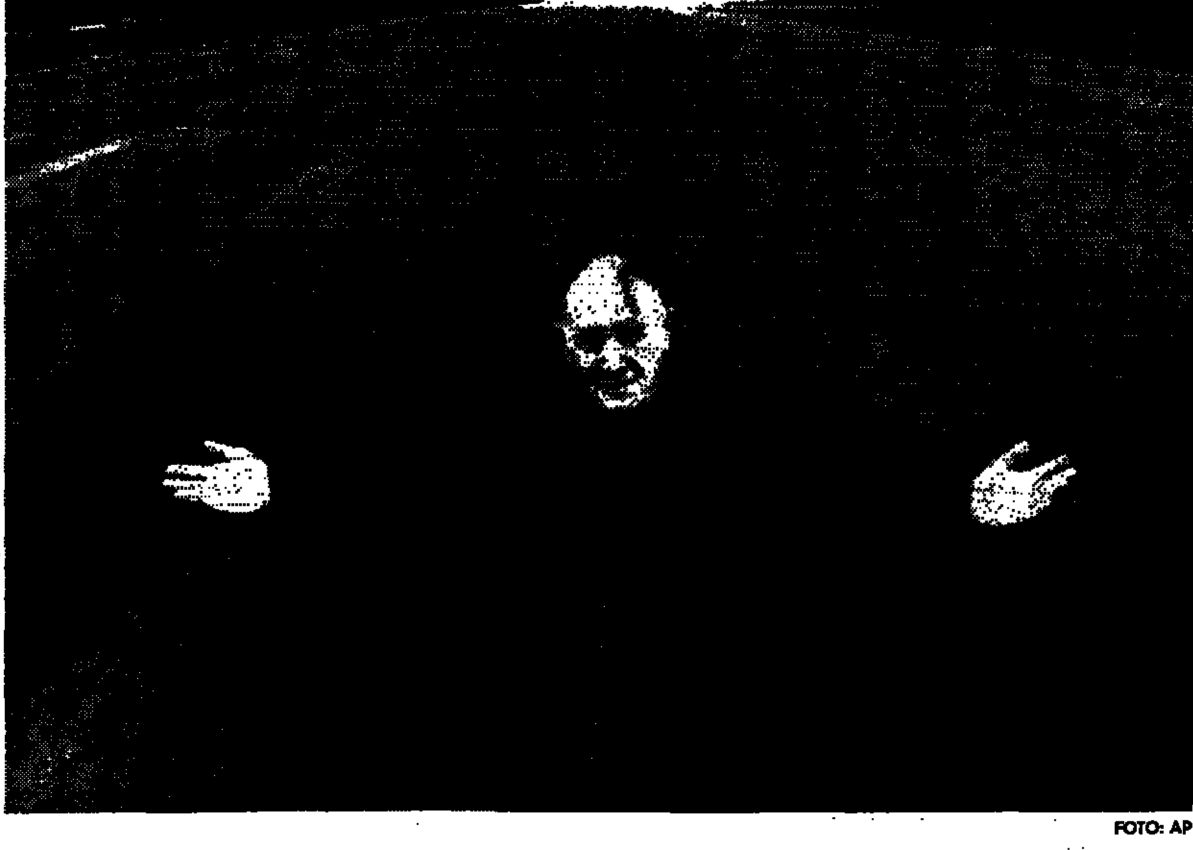


FOTO: AP

Für Maria ein Airport nach 23 Jahren

Der Glaube, der Berge versetzt, kann auch aus einem Sumpf einen internationalen Flughafen stampfen. Dieses Wunder wirkte in Irlands entlegener Grafschaft Mayo Monsignore James Horan (72), Pfarrer des 400-Seelen-Dorfes Knock, das nun seinen eigenen, 45 Millionen Mark teuren Airport bekam, der am heutigen Fronleichnamstag feierlich seiner Bestimmung übergeben wird.

Als der Priester vor 23 Jahren nach Knock versetzt wurde, kam ihm ein erleuchtender Gedanke. Knock hat seinen Marienschrein, seit dort 1879 die Jungfrau Maria erschien. Warum, so sinnierte Hochwürden, soll in Knock nicht möglich sein, was Millionen von Pilgern aus aller Welt nach Lourdes zieht? Ein Flughafen mußte her, denn im 20. Jahrhundert kommen die Pilger nicht mehr zu Fuß, sondern als Pauschalreisende mit dem Flugzeug.

Irlands Behörde für die Verwaltung der internationalen Flughäfen Dublin, Shannon und Cork, Air Reanta, reagierte auf das Projekt eines vierten wie ein ungläubiger Thomas: schon der dritte sei unrentabel. Doch die Flughafenexperten hatten nicht mit der politischen Verschlagenheit dieses Dorfpfarrers gerechnet, der nun als ein irischer Don Camillo in die Luftfahrtgeschichte der grünen Insel eingehen wird.

Pfarrer Horan verstand es, sein Projekt zum Politikum zu machen. Immer, wenn Parlamentswahlen herannahten, lancierte er die Idee eines irischen Wallfahrtsflughafens als Wahlkampfthema. Da es in Irland fast jedesmal ein Kopf-an-Kopf-Rennen von Fianna Fail und Fine Gael gibt, wollte keine der beiden großen politischen Parteien auch nur einen Wahlkreis in Mayo riskieren, indem sie Marienverehrer vor den Kopf stieß.

Charles Haughey, Chef von Fianna Fail biß als erster an und versprach, im Falle seiner Wahl öffentliche Gelder für den löblichen Zweck locker zu machen. Das ist auch der Grund, warum Haughey jetzt, als Oppositionsführer, den Flughafen eröffnet. Die Subventionen begannen in Pfarrer Horans Baugesellschaft zu fließen, die mit 5000 Mark Eigenkapital angetreten war.

Kleine Leuchtpyramiden als Orientierungshilfe

Hochwürden köderte die Regionalpolitiker mit dem Hinweis zu seiner Lobby, das Flughafenprojekt werde die galoppierende wirtschaftspolitische Auszehrung der Region mit hoher Abwanderung durch gezielten Aufbau einer „Infrastruktur" stoppen. Nicht so ernst nahm man seine Anregung, neue Wege der Selbsthilfe zu beschreiten: So wollte er von den Agraranrainern Traktoren zum Bugsieren von Großraumjets *ausleihen,* um die Kosten für die Anschaffung von Spezialzugmaschinen zu sparen.

Kein Wunder, daß die Legendenbildung früh einsetzte, zumal es um *einen „Flughafen Gottes" geht. So ist* wohl der Vorschlag zu erklären, Knock Airport könne auf Positionsleuchten verzichten und somit Strom sparen. Denn gleich neben der Rollbahn könne man den Torf für kleine Leuchtpyramiden stechen, um den *Piloten bei Nebel Orientierungshilfe* zu bieten.

Vor drei Jahren, als schon über 31 Millionen Mark verbaut waren, drohte das Wunder im Dubliner Kompetenzensumpf zu versinken. Dr. FitzGeralds Fine-Gael-Regierung hörte auf die Warnungen der Experten und drehte den Geldhahn zu.

Hatte Monsignore zunächst die öffentliche Hand zum Geben gebracht, scheute er sich nicht, es nun bei den privaten Händen zu versuchen. Hochwürden ging mit dem Klingelbeutel auf Reisen, bis zu den irisch-stämmigen Glaubensbrüdern in den USA. Er wirkte auch dieses Wunder.

Als Papst Johannes Paul II. 1979 seine Iren besuchte, gelang es dem Dorfpfarrer von Knock, den Heiligen Vater zu einem Abstecher zu seinem Marienschrein zu bewegen. 450 000 Gläubige pilgerten damals mit. Inzwischen *wallfahrten* mehrere Zehntausend im Jahr nach Knock.

Mit Wallfahrern in die Gewinnzone?

Von der 2,9 Kilometer langen Piste heben nun bis auf weiteres erst Turboprop-Maschinen ab. Im Juni beginnen planmäßige Flüge nach Stansted bei London. Die irische Flughafenbehörde wollte mit diesem heißen Eisen im Moor von Mayo trotzdem nichts zu schaffen haben und überließ das Flughafenmanagement der britischen Flughafenbehörde. Flughafendirektor Maurice Buckby, ein englischer Gastarbeiter, teilt mit seinem 33köpfigen Personal und mit Monsignore den Glauben, daß Knock mit 250 000 Passagieren in die Gewinnzone kommen wird, und daß die Ankunft der Wallfahrt-Jumbos nur eine Frage der Zeit ist. Denn Pfarrer Horan hat es selbst gesagt: „Der Herr ist mein Kopilot."

SIEGFRIED HELM (SAD)

Reisen nach Skandinavien wird billiger

dpa, **Kopenhagen/Stockholm**

Mit drastischen *Preissenkungen* haben Reiseveranstalter und Hotels in Skandinavien auf den starken Rückgang von Buchungen aus den Vereinigten Staaten für die Sommersaison reagiert. Eine Reihe großer Hotels in Kopenhagen haben ihre Preise für die Zeit zwischen Mitte Juni und Mitte August um die Hälfte gesenkt.

Ähnliche Billigangebote haben auch mehrere Reedereien für Kreuzfahrten gemacht. In Schweden und Dänemark wird mit einem Rückgang der Besucherzahlen um 20 bis 25 Prozent gerechnet. Nach ersten Schätzungen belaufen sich die erwarteten Einnahmeverluste für den schwedischen Fremdenverkehr auf umgerechnet 218 Millionen Mark. Ursache für den Rückgang der Buchungen ist neben der Furcht vor terroristischen Anschlägen vor allem das Reaktorunglück von Tschernobyl.

Woran Menschen sterben

dpa, **Wiesbaden**

Häufigste Todesursache in der Bundesrepublik Deutschland waren 1985 die Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Mehr als 700 000 Menschen starben daran, teilte das Statistische Bundesamt gestern mit. *Das ist rund* ein Prozent mehr als 1984. Dem Krebs erlagen *160 000* Bundesbürger – 2,3 Prozent mehr als 1984. Dritthäufigste Todesursache mit 44 500 Sterbefällen waren Krankheiten der Atmungsorgane wie Bronchitis und Lungenentzündung.

Mexiko ausgezeichnet

AFP, New York

Mexiko wurde gestern mit dem Bevölkerungspreis der Vereinten Nationen 1986 ausgezeichnet. Der mit 25 000 Dollar dotierte Preis wurde damit zum ersten Mal einer staatlichen Institution, dem Nationalen Rat für Bevölkerung (Conapo), verliehen. In den letzten zehn Jahren konnte Mexiko sein Bevölkerungswachstum von 3,5 Prozent auf 2,1 Prozent senken und damit den Zustrom in die städtischen Ballungsgebiete eindämmen. Mexiko-Stadt hat 18 Millionen Einwohner.

Kein Rücktrittsgrund

dpa, **Hannover**

Die Sorge von Reisenden, ein Defekt an einem Flugzeug sei nicht ordnungsgemäß repariert worden, ist kein Grund für einen Reiserücktritt. Diese Auffassung vertritt das Landgericht Hannover in einem jetzt veröffentlichten Urteil. (Az.: 3 S 304/85)

Gefährliches Schnarchen

SAD, **London**

In Amerika ist schnarchbedingter Atemstillstand für 2000 bis 3000 Todesfälle im Jahr verantwortlich, berichtete der Halschirurg Professor Dr. David Fairbanks von der George-Washington-Universität auf einem Schnarchsymposion amerikanischer Ärzte in Philadelphia. Nach seinen Schätzungen leiden zwei bis fünf Millionen Amerikaner beim Schlafen an einem Atemstillstand von zehn bis 30 Sekunden, der sich hunderte Male in der Nacht wiederholen kann. Sauerstoffmangel und anschließendes Schnappen nach Luft belasten Herz und Lunge. Der lauteste Schnarcher brachte es übrigens auf 80-Phon – das entspricht dem Lärm eines Dieselmotors.

ZU GUTER LETZT

Ein Gerücht hielt sich in Moskau und Kiew so hartnäckig, daß sich offizielle sowjetische Stellen zu dem Dementi genötigt sahen: Wodka ist kein Heilmittel gegen Strahlenschäden. Die Spekulationen waren so weit gediehen, daß es in der Bevölkerung schon hieß, Wodka als „Medikament" würde billiger und koste zukünftig statt neun Rubel pro Flasche (31,50 Mark) nur noch zwei Rubel (etwa sieben Mark).

WETTER: Im Süden Regen

Lage: An der Südseite eines Tiefs über Skandinavien fließt in den nächsten Tagen mäßig frische Meeresluft nach *Deutschland.*

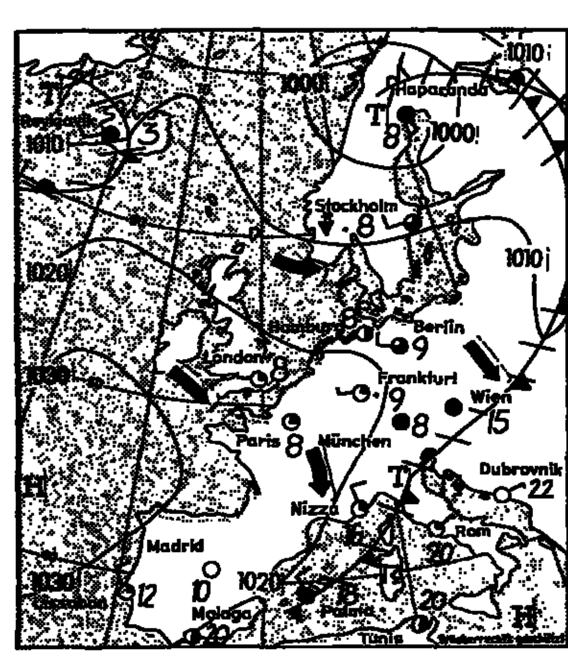
Vorhersage für Donnerstag: Im Norden und in der Mitte bewölkt und einzelne Schauer. Temperaturen 15 bis 18 Grad, nachts um 7 Grad. Im Süden stark bewölkt und zeitweise *Regen, im Alpenbereich* auch andauernd. Temperaturen in Baden-Württemberg bei 19, sonst um 16 Grad. Nachts 10 bis 6 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten: Im Norden heiter bis wolkig, kaum noch Regen, etwas wärmer. Im Alpenbereich abklingender Regen und Auflockerungen, ansteigende Temperaturen.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.13 Uhr*, Untergang: 21.26 Uhr; **Mondaufgang:** 2.34 Uhr, Untergang: 12.29 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 29. Mai, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	18	he
Bielefeld	15	bw
Braunlage	13	bd
Bremen	15	bw
Dortmund	14	bd
Dresden	14	R
Düsseldorf	15	bw
Erfurt	16	bd
Essen	14	bw
Feldberg/S.	7	iW
Flensburg	13	bw
Frankfurt/M.	13	R
Freiburg	19	bw
Garmisch	15	R
Greifswald	17	bw
Hamburg	15	bw
Hannover	15	bd
Kahler Asten	9	bw
Kassel	14	bd
Kempten	14	bd
Kiel	14	he
Koblenz	13	bd
Köln-Bonn	14	bw
Konstanz	15	R
Leipzig	17	bd
List/Sylt	11	he
Lübeck	15	bw
Mannheim	14	bd
München	15	bd
Münster	15	bw
Norderney	13	he
Nürnberg	15	R
Oberstdorf	15	R
Passau	18	R
Saarbrücken	9	R
Stuttgart	17	bw
Trier	12	bd
Zugspitze	2	iW

Ausland:		
Algier	25	he
Amsterdam	15	he
Athen	29	he
Barcelona	23	bw
Belgrad	27	he
Bordeaux	–	–
Bozen	23	bw
Brüssel	15	he
Budapest	27	he
Bukarest	27	he
Casablanca	22	he
Dublin	12	bw
Dubrovnik	24	he
Edinburgh	11	bw
Faro	22	he
Florenz	29	bw
Genf	19	bw
Helsinki	15	bw
Hongkong	26	he
Innsbruck	17	bw
Istanbul	–	–
Kairo	27	wl
Klagenfurt	25	he
Konstanza	22	he
Kopenhagen	15	he
Korfu	27	he
Las Palmas	23	he
Leningrad	18	he
Lissabon	22	he
Locarno	19	bw
London	14	he
Los Angeles	16	bd
Luxemburg	9	Rs
Madrid	25	he
Mailand	24	he
Malaga	23	he
Mallorca	28	he
Moskau	21	he
Neapel	27	he
New York	19	bw
Nizza	24	he
Oslo	13	bw
Ostende	13	he
Palermo	27	he
Paris	14	he
Peking	21	bw
Prag	14	R
Rhodos	24	he
Rom	27	he
Salzburg	17	bw
Singapur	31	Gw
Split	27	he
Stockholm	15	he
Straßburg	13	bd
Tel Aviv	25	he
Tokio	20	bw
Tunis	28	he
Valencia	24	he
Varna	23	he
Venedig	25	he
Warschau	25	bw
Wien	25	he
Zürich	15	Sp

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Ein altes Stück kommt wieder in Mode

Der Smoking feiert seinen hundertsten Geburtstag / Am Anfang stand der Skandal

AFP/DW. New York/Köln

Vor genau hundert Jahren löste *Grisworld Lorillard, Mitglied der* amerikanischen High Society, einen Skandal aus, indem er zu einem mondänen Fest mit einem Anzug ohne Rockschöße erschien: Der Smoking war geboren. Der denkwürdige Abend hatte im eleganten Club von Tuxedo-Park stattgefunden, einer Sommerfrische für Millionäre rund 60 Kilometer von New York entfernt. In den Vereinigten Staaten bezeichnet der Name Tuxedo noch immer den eleganten Abendanzug. Im Jahre 1986 kann man sich schwer vorstellen, wie revolutionär der heute als Inbegriff der Eleganz geltende Smoking damals wirkte.

Anzug für den Rauchsalon

Man wird diesen Aufstand wohl *mit Vorsicht als die „Geburtsstunde"* des Smokings bezeichnen müssen, denn über sein Erscheinen in der eleganten Welt existieren auch noch andere Geschichten. Zum Beispiel die, daß der Smoking vor etwa hundert Jahren in England das Licht der Welt *erblickte. Nach dem festlichen Din*ner legten die Herren den Frack ab und das Sakko an, wenn sie sich in die Rauchsalons zurückzogen – daher auch der Name.

Mag die Entstehunggeschichte des Smokings nun revolutionär gewesen *sein oder eher das Ergebnis prakti*scher Überlegungen, in der Folge der Jahrzehnte jedenfalls erlebte das gute Stück „dunkle Zeiten" – in den hin*teren Ecken des Kleiderschranks.* Denn in den 60er und 70er Jahren war er fast verschwunden, erinnert sich Harvey Weinstein, Präsident eines großen Herstellers von Abendgarderobe in den Vereinigten Staaten. Die Jugend lehnte dieses „bürgerliche" *Symbol* ab und zog es vor, zu festlichen Anlässen in Jeans oder Cordhose zu erscheinen.

In Amerika ist seit den 80er Jahren eine umgekehrte Entwicklung festzustellen. Nach Angaben Weinsteins tragen heute 85 Prozent der Bräutigame einen Smoking vor dem Altar. „Die Frage ist heute nicht mehr, ob er einen Smoking trägt, sondern was für einen", meint Weinstein. 1985 haben die Amerikaner 500 Millionen Dollar für das Leihen von einem Smoking ausgegeben, doppelt soviel wie 1980.

Der Verkauf des Abendanzugs nahm in gleichem Maße zu und die Industrie konnte einen Umsatz von 100 Millionen Dollar verbuchen. Der Berufsstand verbindet diesen Boom mit der Wahl Reagans zum Präsidenten und dem Einzug eines konservativeren Stils im Weißen Haus.

In Deutschland wird das festliche Stück jedoch kaum noch geliehen, beobachtet der Kölner Herrenausstatter Kriesel: „Dazu gehört der Smoking inzwischen viel zu sehr zum *selbstverständlichen Allround-Be*kleidungsstück des Mannes von 30 Jahren an aufwärts." Auch er bestätigt den Trend, daß man sich seit etwa *zehn Jahren zu festlichen Anlässen* auch wieder festlich kleidet. Jüngere Männer bevorzugen den Spencer und die Party-Jacke, wenn sie sich auf offiziellem Parkett bewegen oder zum Traualtar schreiten.

Phantasievolle Varianten

60 Prozent der Kunden ordern den klassischen Smoking in schwarz oder nachtblau mit Schalkragen. Phantasievollere Versionen setzen sich jedoch langsam durch. So gibt es inzwischen den farbigen und gemusterten Kummerbund zum Anzug, zum farbigen Anzug die farblich abgestimmte Weste, die elegante Variante in grauer Seide, die auch schon mal gestreift sein darf.

Künstler neigen wohl von *Berufs* wegen zu normbrechenden Auftritten: Der Künstler Andy Warhol beispielsweise trägt einen Rollkragenpulli unter einem gelben Smoking und ein anderer avantgardistischer New Yorker *Maler,* Keith Haring, *pflegt Turnschuhe zu seinem eben*falls gelben Abendanzug zu tragen. Schließlich vertauscht heute manche Dame ihr Abendkleid gegen den ursprünglich den Herren vorbehaltenen Anzug – wie auch Prinzessin Diana, die im vergangenen Jahr in einem *abgeänderten Smoking von Prinz* Charles Furore machte.

Mit Suhartos Ordnung durch die schwere See

Von PETER ISELI

Einheit in der Vielfalt: Der aus dem 15. Jahrhundert stammende Leitgedanke auf dem Banner zwischen den Klauen des Wappentieres Garuda prägt noch heute den Weg Indonesiens, eines Staates, der mit seiner Bevölkerung von fast 170 Millionen Menschen, seiner geographischen Ausdehnung über ein Achtel des Äquators und seiner kulturellen und ethnischen Vielfalt einem Kontinent gleichkommt.

Leitbild sind die fünf Grundprinzipien der Staatsphilosophie „Pancasila": Der Glaube an einen Gott, eine gerechte und zivilisierte Menschheit, die Einheit der Nation, eine auf Konsultation und Konsens aufgebaute Demokratie sowie soziale Gerechtigkeit für das ganze Volk Indonesiens. Obwohl 87 Prozent der Indonesier Muslims sind – nach Schätzungen der islamischen Missionsbewegung „Muhammadiyan" allerdings nur ein Viertel von ihnen strenggläubig –, fehlt heute im Gegensatz zur ursprünglichen Verfassung von 1946 in den „fünf Grundprinzipien" jeder Hinweis auf den Islam. Die Integration aller sozialen und politischen Kräfte des Landes in einen säkularen Konsensstaat, ohne regionale und lokale Eigenarten zu unterdrücken, ist für Präsident Suharto wichtiger als die Fixierung auf ein Glaubensbekenntnis.

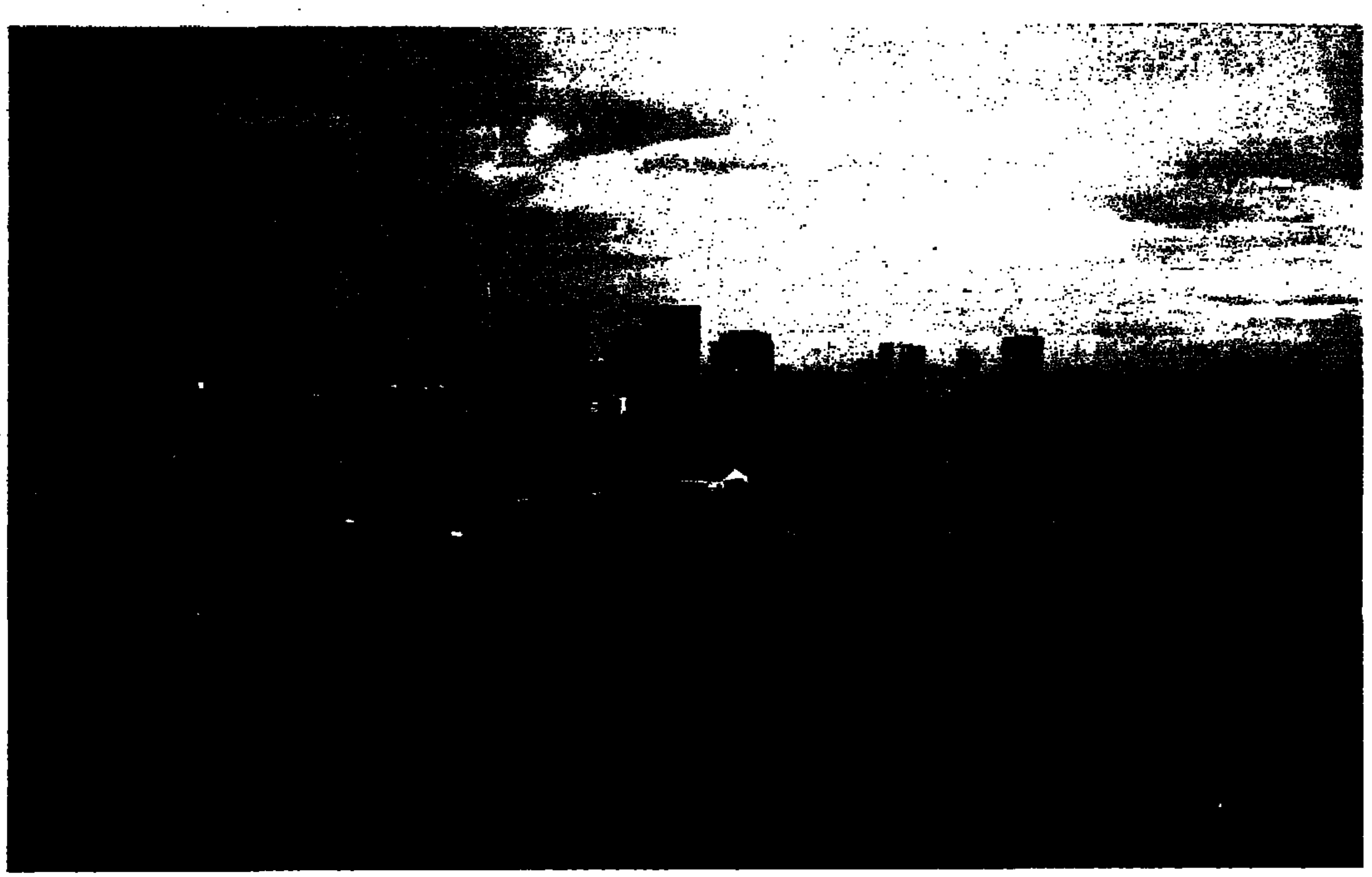
Schwieriger kann man sich ein solches Unterfangen allerdings kaum vorstellen, zieht man die sehr ungleiche Verteilung der Bevölkerung auf 6000 bewohnte Inseln in einem Gebiet von fast zwei Millionen Quadratkilometern, die Verschiedenheiten in der ethnischen Herkunft und die Vielfalt von zehn weiteren Sprachen und Dialekten in Betracht. Hohe Wirtschaftswachstumsraten ermöglichten in den 70er Jahren aber die Erschließung auch entlegenster Inseln, 94 Prozent der Sieben- bis Zwölfjährigen besuchen heute eine vereinheitlichte Grundschule, in der ausschließlich die Nationalsprache „Bahasa Indonesia" – eine ursprünglich aus Sumatra stammende Form des Malaysischen – gelehrt wird; der Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung hat laut der Weltbank zwischen 1970 und 1980 von 57 auf rund 40 Prozent abgenommen.

Indonesien wurde in den letzten Jahren dank verbesserter Anbaumethoden und durch die weitverbreitete Anwendung von Düngemitteln zum Selbstversorger in Reis. Auf der am dichtesten besiedelten Insel Java – hier leben auf sieben Prozent der Gesamtfläche mehr als 50 Prozent der Bevölkerung – gab es in der letzten Ernte sogar einen Überschuß von drei Millionen Tonnen.

Die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion war angesichts eines hohen Bevölkerungswachstums von 2,5 Prozent in den 70er Jahren ein Hauptanliegen der Wirtschaftsplanung. Dazu gesellte sich nach und nach eine stark expandierende Erdölförderung, die um 1980 Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts von gegen zehn Prozent und die Anhäufung der Währungsreserven auf heute rund 10,5 Milliarden Dollar ermöglichten.

Die weltweiten Probleme der erdölproduzierenden Länder gingen aber auch am Opec-Mitglied Indonesien nicht spurlos vorbei, das 70 Prozent seiner Deviseneinnahmen und über die Hälfte des Staatshaushaltes aus dem Export von Rohöl und Erdgas erwirtschaftet. Zwischen 1981 und 1984 gingen die Einnahmen aus diesem Bereich von jährlich 16,5 Milliarden auf 10,5 Milliarden Dollar zurück.

Die Reaktion der indonesischen Wirtschaftsplaner, allen voran „Koordinationsminister für wirtschftliche, finanzielle und industrielle Angelegenheiten", Ali Wardhana, war konservativ und zurückhaltend. Im Unterschied zu anderen Ländern wich Indonesien nicht auf Defizitfinanzierung oder Währungsabwertung aus, sondern verordnete Budgeteinschränkungen und – vor allem 1983 – die zeitliche Verschiebung von Großprojekten.



Jakarta erwacht, und 165 Millionen auf 6000 Inseln bemühen sich, eine Nation zu bilden FOTO: HHH

Das auf etwa vier Prozent gesunkene Wirtschaftswachstum und die damit verbundenen Budgetkürzungen wirken sich weniger auf die Landwirtschaft und die Rohstoffproduktion als vielmehr auf die verarbeitende Industrie aus. So nahm zum Beispiel im ersten Halbjahr 1985 der Wert der Exporte an Nicht-Öl-Produkten nur noch um 2,5 Prozent zu, weit unter dem Planziel von 17 Prozent für das ganze Jahr. In den ersten drei Monaten dieses Jahres vermeldete die Zentralbank sogar einen Rückgang um 6,3 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode. Zahlreiche Entlassungen in der verarbeitenden Industrie sind die Folge. Dies in einem Arbeitsmarkt, der einen jährlichen Zustrom von 1,8 Millionen jungen Indonesiern verkraften muß. Gerade auf der am weitesten entwickelten Insel Java mit ihren 100 Millionen Menschen, mit der Hauptstadt Jakarta und der zweitgrößten Industriestadt Surabaya, wird die Arbeitslosigkeit mehr und mehr ein dringendes Problem. Auch der Weggang von über zweieinhalb Millionen Menschen seit 1969 im Rahmen der Transmigrationspolitik reicht nicht aus, die zunehmende Enge zu mildern.

Die wirtschaftliche Lage Indonesiens ist bei weitem nicht frei von Sorgen. Sowohl die Regierung als auch internationale Gremien wie die Weltbank und die „Zwischenstaatliche Gruppe für Indonesien" (IGGI), das von den Niederlanden angeführte Geldgeber-Konsortium der Industrieländer, trauen dem Land aber zu, auch „schwere See" zu bewältigen. Zwei Milliarden Dollar an bisher nicht benutzten Krediten und 2,4 weitere Milliarden an zugesprochenen Darlehen und nicht rückzahlbaren Geldern zeugen vom Vertrauen, das die internationale Gemeinschaft nach wie vor in die wirtschaftliche Gesundheit des südostasiatischen Inselreiches setzt, aber auch in die politische Stabilität unter Präsident Suharto.

Im vergangenen Jahr hatte Indonesien an einigen Gedenktagen Gelegenheit, die Errungenschaften Revue passieren zu lassen: 40 Jahre Unabhängigkeit, 30 Jahre seit der denkwürdigen Afro-Asiatischen Konferenz von Bandung, dem Ursprung der Bewegung der blockfreien Länder. 20 Jahre seit der Machtübernahme der jetzigen Staatsführung. Neben stolzen Feiern über Erfolge wurden aber durch eine Serie von Ereignissen auch Erinnerungen an dunklere Zeiten wach: Ein Bombenanschlag auf eines der bedeutendsten buddhistischen Denkmäler, den Tempel von Borobudur in Zentraljava, Brände und Explosionen in von Chinesen geführten Banken und Geschäften, christlichen Kirchen und militärischen Einrichtungen schreckten nicht nur Einheimische auf und zeigten, daß in Indonesien trotz der fortgeschrittenen Einbindung der sozialen und politischen Kräfte in den nationalen Konsens nicht alle Kritik erloschen ist.

Offiziell existiert in Indonesien keine Opposition mehr. Kandidaten für das Einkammerparlament kommen entweder aus der regierungsgestützten „Golkar-Gruppe" oder aus der „Vereinigten Entwicklungspartei" (PPP) oder der „Demokratischen Partei Indonesiens" (PDI). Alle drei Gruppierungen stellten sich im vergangenen Jahr hinter die Statsphilosophie „Pancasila". Von den 364 gewählten Abgeordneten im 460sitzigen Parlament – 96 werden vom Präsidenten zumeist aus den Reihen des Militärs ernannt – stellt „Golkar" 246, die PPP 94 und die PDI 24. Parlamentsentscheidungen werden in Kommissionen im Konsensverfahren vorbereitet. Basisarbeit der politischen Gruppen ist mit Ausnahme der sehr kurzen offiziellen Wahlkampagnen verboten. Der Begriff der „liberalen Demokratie" hat für viele Indonesier einen negativen Beigeschmack, wird er doch mit der Sukarno-Zeit der 50er Jahre in Verbindung gebracht und als Wegbereiter des kommunistischen Umsturzversuches von 1965 angesehen.

Dissidenten-Gruppierungen wie etwa die „Petition EQ" scheuen den Begriff Opposition: „Reformer" oder „Korrektur" sind akzeptablere Bezeichnungen. Die „Neue Ordnung" Suhartos wird dabei allerdings kaum grundsätzlich in Frage gestellt. Andererseits löst aber die zunehmend säkuläre Ausrichtung von „Pancasila" – im vergangenen Jahr beschränkten fünf Regierungserlasse die Möglichkeit von Parteien und Basisorganisationen noch zusätzlich, sich auf religiöse Werte zu berufen –, Unzufriedenheit über die Wirtschaftslage und Neid gegenüber einflußreichen Chinesen Spannungen aus, die sich seit dem Herbst 1984 in Unruhen und Anschlägen entladen. Daß der Rahmen des Konsenses zunehmend enger wird, zeigt die scharfe Reaktion der Behörden: Prominente Persönlichkeiten wie der frühere Generalsekretär der Asean, Generalleutnant Dharsono, oder der frühere Minister für Leichtindustrie, Sanusi, wurden wegen ihrer angeblichen Verwicklung in fundamentalistische Verschwörungen zu zehn beziehungsweise 19 Jahren Zuchthaus verurteilt.

WIRTSCHAFT / Viele Kooperationsmöglichkeiten für ausländische Investoren

Deutsche Firmen konnten ihren Marktanteil sogar noch steigern

Das Opec-Land Indonesien bietet für die deutsche Wirtschaft vielfältige und interessante Kooperationsmöglichkeiten. Dies gilt nicht nur für das reine Liefergeschäft, sondern im wachsenden Maße auch für sonstige betriebliche Kooperationen, sei es in der Form von Joint-venture, im Rahmen von Lizenzabkommen oder beim Transfer von technisch anspruchsvollem Know-how. Nachdem die Inselrepublik Indonesien in den vergangenen zwei Jahrzehnten beachtliche Erfolge insbesondere bei der Nahrungsmittelerzeugung, dem Ausbau der Infrastruktur und dem Aufbau einiger Basisindustrien erzielt hat, liegt nun der Schwerpunkt der Wirtschaftsplanung auf der Entwicklung einer eigenen weiterverarbeitenden Industrie.

Zwar sind Japan und die USA mit großem Abstand die wichtigsten Handelspartner Indonesiens, doch ist die Bundesrepublik Deutschland traditionell unter den EG-Mitgliedstaaten führend. 1985 exportierten deutsche Unternehmen nach Indonesien Waren im Wert von über 1,7 Milliarden D-Mark. Überwiegend handelte es sich dabei um Maschinen (514 Millionen Mark), elektrotechnische Erzeugnisse (337 Millionen Mark), Wasser-, Luft- und Kraftfahrzeuge (231 Millionen Mark), chemische Vorerzeugnisse (119 Millionen Mark) und chemische Endprodukte (115 Millionen Mark).

Gegenüber dem Vorjahr weist 1985 der deutsche Export nach Indonesien einen Rückgang um knapp 21 Prozent auf. Gleichzeitig verminderte sich aber aufgrund der Sparmaßnahmen der Regierung und einer in einigen Bereichen sich abschwächenden Binnenkonjunktur der Wert der indonesischen Importe insgesamt um über 26 Prozent. Gemessen am indonesischen Gesamtimport konnten dadurch deutsche Firmen 1985 ihren Marktanteil nicht nur halten, sondern ihren Anteil sogar von 5,9 auf 6,8 Prozent erhöhen.

Die deutschen Einfuhren aus Indonesien mit über 1,1 Milliarden D-Mark weisen 1985 einen Rekordzuwachs um 43 Prozent aus. Traditionell bestehen diese Einfuhren überwiegend aus Nahrungs- und Genußmitteln wie Kaffee (103 Millionen Mark), pflanzlichen Ölen und Fetten (101 Millionen Mark), Ölkuchen (94 Millionen Mark), Kakao (77 Millionen Mark), Gewürzen (34 Millionen Mark), Tabak (23 Millionen Mark) und Tee (12 Millionen Mark) sowie aus Rohstoffen und Halbwaren wie Zinn (108 Millionen Mark, Kautschuk (99 Millionen Mark), Schnittholz (33 Millionen Mark) und Ferrolegierungen (27 Millionen Mark). Im wachsenden Maße importiert Deutschland aus Indonesien aber auch Vorerzeugnisse wie Furniere und Sperrholz (22 Millionen Mark), Leder (6 Millionen Mark) sowie Enderzeugnisse wie Kleidung (35 Millionen Mark, elektrotechnische Erzeugnisse (27 Millionen Mark), Strickwaren (11 Millionen Mark), Pharmazeutika (7 Millionen Mark) und Holzwaren (6,5 Millionen Mark). Die deutschen Einfuhren von technischen Fetten und Ölen erhöhten sich 1985 auf 104 Millionen Mark (1984: 400 000 Mark).

Als Produktionsstandort ist Indonesien in deutschen Unternehmerkreisen noch relativ wenig bekannt. Lediglich 29 deutsch-indonesische Gemeinschaftsunternehmungen mit einem genehmigten Grundkapital von 486 Mill. US-Dollar sind bei der indonesischen Investitionsbehörde BKPM registriert. Damit steht die Bundesrepublik Deutschland in der Rangliste der größten Auslandsinvestoren nach Japan, Hongkong, USA, Holland, Großbritannien und Indien nur auf dem achten Platz.

Oft übersehen, weil statistisch nicht erfaßt, wird auch die Tatsache, daß bereits schon viele deutsche Unternehmer seit langem mit indonesischen Firmen im Rahmen von Lizenz- und Know-how-Verträgen sowie „technical assistance agreements" erfolgreich zusammenarbeiten. Angesichts zunehmender Maßnahmen zum Schutz und Aufbau einer lokalen Industrie und damit verbundener Einfuhrbeschränkungen wird die Bedeutung der Zusammenarbeit in dieser Form weiter zunehmen. Gerade für mittlere und kleinere deutsche Unternehmen, die das Risiko eines großen Kapitalengagements scheuen, bieten sich diese Formen der Zusammenarbeit an. Das Spektrum der in Frage kommenden Kooperationsbereiche ist vielfältig.

Das steigende Interesse deutscher Unternehmer am indonesischen Markt spiegelt sich auch in der Bundesbankstatistik über den Netto-Kapitaltransfer ins Ausland wider. Die Erhöhung des Netto-Kapitaltransfers von 29 Millionen Mark (1984) auf 96 Millionen Mark im Jahre 1985 stellt, verglichen mit anderen Schwellenländern, eine der höchsten Zuwachsraten dar. Insgesamt erhöhte sich dadurch der deutsche Nettokapitaltransfer nach Indonesien kumuliert seit 1952 per Ende 1985 auf insgesamt 329 Millionen Mark.

Für die finanzielle und technische Zusammenarbeit der Bundesregierung ist Indonesien traditionell ein Schwerpunkt. Zwischen 1961 und 1985 wurden im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit knapp 2,5 Milliarden Mark zu günstigen Bedingungen für Projekte besonders aus den Bereichen Landwirtschaft, Wasserversorgung, Infrastruktur, Schiffbau und Industrie zugesagt. Für die technische Zusammenarbeit wurden rund 400 Millionen Mark bewilligt.

Die deutsch-indonesischen Wirtschaftsbeziehungen sind in eine Reihe von Abkommen eingebettet, wie das Handelsabkommen von 1953, der Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie ein Wissenschafts- und Technologie-Abkommen.

Ungeachtet des beachtlichen Wirtschaftspotentials und der daraus resultierenden günstigen Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau der deutsch-indonesischen Wirtschaftsbeziehungen erschließt sich der indonesische Markt dem Fremden in aller Regel nicht leicht. Es gilt nicht nur die geographische Entfernung zu überwinden, sondern auch den Zugang zu der anderen Lebens- und Denkweise zu finden. Vor allem sollte man sich auf einen erheblichen Zeitaufwand einstellen, sei es, um die erforderlichen Informationen zu beschaffen, oder sei es, um die guten persönlichen Kontakte zu entwickeln, die überall in Asien als die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche geschäftliche Zusammenarbeit gelten. Ekonid, die deutsch-indonesische Industrie- und Handelskammer, bietet dabei gerne ihre Hilfe an.

ULRICH ZIMPEL

AUF EINEN BLICK



Seit 20 Jahren lenkt Präsident Suharto die Geschicke Indonesiens

BHINNEKA TUNGGAL IKA

GEOGRAPHIE
5 193 250 qkm, davon rund 2 Mill. qkm Landfläche, verteilt auf 13 667 Inseln, zwischen 6 Grad nördlicher und 11 Grad südlicher Breite sowie zwischen 9 Grad und 141 Grad östlicher Länge. Rund 6000 Inseln sind permanent bewohnt. Das Staatsgebiet Indonesiens umfaßt den Hauptteil des Malaiischen Archipels mit den Großen Sunda-Inseln (Sumatra, Java, Kalimantan, Sulawesi), den Kleinen Sunda-Inseln (Bali, Lombok, Sumbawa, Flores, Alor, Roti, Timor), den Molukken („Gewürzinseln") und Irian Jaya (früher West-Irian).

EINWOHNER
165 Mill. Menschen, davon 102 Mill. auf Java (7 Prozent der Landfläche) und 32 Mill. auf Sumatra (25 Prozent der Landfläche). Bevölkerungszuwachs: ca. 2,2 Prozent p. a. Alterspyramide: 42 Prozent unter 15 Jahre, fünf Prozent über 65 Jahre. Die wichtigsten Städte sind: Jakarta 7,6 Mill. Einwohner, Surabaya 2,5 Mill. Einwohner, Bandung 1,7 Mill. Einwohner, Medan 1,5 Mill. Einwohner, Semarang 1,2 Mill. Einwohner, Palembang 0,9 Mill. Einwohner, Ujung Pandang 0,8 Mill. Einwohner.

BEVÖLKERUNGSDICHTE
748 Einwohner pro Quadratkilometer.

BRUTTOSOZIALPRODUKT
Pro Einwohner 493 US-Dollar (1984). Anteil der Landwirtschaft 25,7 Prozent (1984).

STAATSFORM
Präsidialrepublik; die gesetzgebende Gewalt liegt beim Repräsentantenhaus (Parlament), die Souveränität beim Beratenden Volkskongreß, der sich aus den Abgeordneten des Repräsentantenhauses sowie aus Vertretern der Funktionellen Gruppen (Streitkräfte, Arbeiter, Bauern etc.) zusammensetzt.

STAATSOBERHAUPT
und gleichzeitig Regierungschef ist seit 1967 Suharto. Im März 1983 wurde Präsident Suharto vom Beratenden Volkskongreß für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt.

WICHTIGE PARTEIEN
Golkar, Vereinigte Aufbaupartei, Demokratische Partei Indonesiens.

MITGLIEDSCHAFT IN INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSORGANISATIONEN
UNO, Weltbank, IWF, Gatt, Unctad, AO, Escap, Colomboplan, AEB, Asean, Opec, Islamische Konferenz (assoz.)

ABKOMMEN MIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND/EG
Handelsabkommen vom 22. 4. 1953, automatische Verlängerung um je ein Jahr. Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, Doppelbesteuerungsabkommen vom 2. 9. 1977, Abkommen vom 14. 6. 1976 über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie, Abkommen vom 20. 3. 1979 über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung.
Indonesien ist in die allgemeinen autonomen Zollpräferenzen der EG einbezogen. Abkommen über handwerkliche Erzeugnisse seit 1. 9. 1971 sowie über handgewebte Seiden- und Baumwollstoffe ab 1. 1. 1978. Textilabkommen in Kraft seit 1. 1. 1983, gültig bis 31. 12. 1986.
Kooperationsabkommen mit der Asean seit 1. 10. 1980.

INFLATIONSRATE
ungefähr neun Prozent (1984) gegenüber 11 Prozent (1983). Verhältnis der Außenverschuldung zum BIP 34,0 Prozent (1984). Verhältnis des Schuldendienstes zum Export 22,0 Prozent (1984/1985).

GESAMTIMPORT
13,9 Milliarden Dollar, davon aus der Bundesrepublik Deutschland 820,1 Millionen Dollar.

GESAMTEXPORT
21,9 Milliarden Dollar, davon in die Bundesrepublik Deutschland 246,4 Millionen Dollar.

INDONESIA AIR SHOW
Die Indonesia Air Show 1986 geht vom 26. Juni bis zum 1. Juli 1986 im Kemayoran Airport in Jakarta. Es ist die größte Flugshow des Jahres. Ihr Ziel ist es, die Luftfahrtindustrie der Welt mit dem Interesse der asiatischen Nation zu mehr und aktuellem Know-how in diesem Bereich zusammenzubringen. Kontakt: Organizing Committee, BEP, Teknologi Bldg., 20. Fl., Tel. 32 23 95, 3 04 21 61, 3 04 21 81, 33 43 54, Telex: 4 6 141 nur jkt ia, P. O. Box 4036 Jakarta.

WICHTIGE ADRESSEN

IN DER BUNDESREPUBLIK
Botschaft der Republik Indonesien, Bernkasteler Str. 2, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/31 00 91, tx. 8 86 769 indonesia bonn

Generalkonsulat, Bebel-Allee 15, 2000 Hamburg 60, Tel. 040/51 20 71, 51 20 72

Ferner Konsulate in Frankfurt/M., Düsseldorf, Hannover, Kiel, München, Berlin, Stuttgart und Bremen.

Indonesian Trade Promotion Centre, Glockengießerwall 20, 2000 Hamburg 1, Tel. 040/33 06 39, 33 93 89

Indonesisches Fremdenverkehrsamt, Wiesenhüttenstr. 18, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/23 56 81

Investment Promotion Office of the Government of Indonesia, Bockenheimer Landstr. 98/100, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 0611/74 79 28, tx. 4 14 571 hilio d.

INDOHAM
Hamburg-Indonesische Importgesellschaft mbH, Ferdinandstr. 2, 2000 Hamburg 1, Tel. 040-32 75 34, Telex 2 163 703 a ind d; Indoham Jakarta, Jl. Sisingamangara Nr. 35, P. O. Box 3654, Jakarta 10001, Tel. 71 66 92, Telex 4 7 231 indoh jkt.

IN INDONESIEN
Deutsche Botschaft, Jl. M. H. Thamrin 1, Jakarta Pusat, Tel. 32 39 08

Honorarkonsul in Medan, K. Schneider, Jl. Letjen. S. Parman 217, Medan/Nordsumatra; Tel. 061/32 40 73, Tx. 5 1 127.

EKONID – Deutsch-Indonesische Industrie- und Handelskammer, Wisma Metropolitan, 4. Etage; Jl. Jend. Sudirman Kav. 29, Jakarta-Selatan; Tel. 51 12 08, Tx. 4 5 769 ekonik ia.

Deutsche Lufthansa, Panin Centre, Jl. Jend. Sudirman 1, Jakarta Selatan; Tel. 71 02 47–51

TIPS FÜR REISENDE

KLIMA
Die Lage Indonesiens in der Äquatorzone bedingt das überwiegend tropisch feucht-heiße Klima der Inseln. Die Jahresdurchschnittstemperatur liegt bei 27 Grad Celsius und verzeichnet keine wesentliche nächtliche Abkühlung oder jahreszeitliche Schwankungen. Wetterbestimmend sind der Ostmonsun, der von Juni bis September die Trockenzeit mit sich bringt, und der Westmonsun mit der Regenzeit (Dezember – März).

ZEITVERSCHIEBUNG
Westzone: Java, Sumatra, Bali = MEZ plus sechs Std., Zentralzone: Kalimantan, Sulawesi = MEZ plus sieben Std., Ostzone: Molukken und Irian Jaya = MEZ plus acht Std.

EINREISE
Deutsche Touristen, die sich nicht länger als zwei Monate in Indonesien aufhalten wollen, benötigen für die Einreise kein Visum.

INDONESIEN HANDBUCH
Im Verlag Gisela E. Walther erschien 1985 in deutscher Übersetzung das Indonesien Handbuch von Bill Dalton, ein 813 Seiten starkes Kompendium, das für einen Preis von 39,80 Mark für Touristen und Geschäftsreisende umfassend Auskünfte gibt.

KREUZFAHRTEN
Die Reederei Lumba Lumba Permai hat von der indonesischen Regierung den langfristigen Auftrag, ein Netz von Kreuzfahrten zwischen den 13 000 Inseln Indonesiens aufzubauen. Betrieben wird von Lumba Lumba Permai das Schiff Island Explorer, ein 40,8 Meter langes Schiff mit 12 Kabinen und fünf Suiten. Vertreten wird die Reederei in der Bundesrepublik durch Seatours International, Weißfrauenstr. 3, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069/1 33 31, Telex 4 13 836.

KONGRESSREISEN
Mit der Messe in Jakarta, der Jakarta Convention Hall und einer Vielzahl von Hotels, die entsprechend ausgerüstet sind, in der Hauptstadt Jakarta, in Bali und an einigen anderen Orten bemüht sich Indonesien um den Einstieg in den Kongreßtourismus. Auskünfte über die Botschaft in Bonn und das Tourismusbüro in Frankfurt.

VIETNAM
PHILIPPINEN
THAILAND
Ho-Chi-Minh-Stadt
Pazifischer Ozean
MALAYSIA
MOLUKKEN
KALIMANTAN
SULAWESI
SUMATRA
IRIAN JAYA
KL. SUNDA-INSELN
JAVA
INDONESIEN
AUSTRALIEN
Indischer Ozean
1000 km
DIE WELT

AUSSENMINISTER / Politische Tour d'Horizont

„Ich sehe Hoffnung für Kambodscha"

Obwohl Indonesien ein weitgehend moslemisches Land ist und auch in den wichtigsten internationalen Organisationen der Staaten im Banne des Koran mitarbeitet, so als assoziiertes Mitglied der Islamischen Konferenz und Vollmitglied der OPEC verspürt das Land keinerlei Neigung, wie Außenminister Kusumaatmadja Mochtar der WELT bei einem Gespräch erklärte, sich an den terroristischen Unternehmungen moslemischer Bruderländer zu beteiligen.

So bestehen insbesondere zu Khadhafis Libyen keine diplomatischen Beziehungen und auf den militärischen Schlag der Amerikaner angesprochen meinte der Minister:

„Wenn Khadhafi den Amerikanern den Krieg erklärt, dann braucht er sich nicht zu wundern, daß diese militärisch aktiv werden."

Wobei sich der Minister nicht dazu äußern wollte, ob der Angriff der Amerikaner die „richtige Maßnahme" war. So glaubt der Minister auch nicht, daß es im Rahmen der OPEC eine gemeinsame Antwort an die Vereinigten Staaten etwa in Form eines Boykotts geben werde, selbst wenn aus unterschiedlichen Quellen Gegenteiliges zu hören sei.

Auf die Philippinen angesprochen glaubt der Minister nicht, daß die demokratische Revolution von Cory Aquino zu einer größeren politischen Stabilität und Ruhe in der Region führt.

Was auf den Philippinen in den letzten Jahren vorgefallen sei und heute geschehe, habe von der politischen Auswirkung her jeweils nur nationale, auf das Land beschränkte Bedeutung gehabt.

Von größerer regionaler Bedeutung seien die Vorgänge in Kambodscha.

Der indonesische Außenminister will sichere Hinweise haben, daß in die Haltung der Vietnamesen Bewegung gekommen sei. Er könne sich vorstellen, daß Kambodscha „bald", ohne daß er sich auf einen konkreten Zeitpunkt festlegen wollte, seine Unabhängigkeit zurückgewinnen könne.

Natürlich sei an die Vietnamesen ein Preis zu zahlen – vielleicht in Form von politischer Mitsprache –, aber immerhin ohne die Präsenz fremder Truppen in Kambodscha.

Außenminister Mochtar
FOTO: DIE WELT

Der Minister verwahrte sich auch gegen den Vorwurf, daß die Haltung seines Landes gegenüber der kommunistischen Regierung in Hanoi schwächlich und auf Nachgeben angelegt sei.

Sicherlich sei die Haltung Jakartas anders beschaffen als etwa die Bangkoks, das einen härteren Kurs fährt, aber niemand könne Indonesien das Recht absprechen, die Situation selbst zu beurteilen, und man dürfe diese Beurteilung nicht als Appeasement-Politik wie seinerzeit in München mißverstehen.

Den Grund dafür, daß Vietnam sein Kambodscha-Abenteuer alsbald beenden könnte, sieht er darin, daß die Vietnamesen des Krieges müde geworden seien. „Alle Länder der Region haben sich die industrielle Neugestaltung zur wichtigsten Aufgabe gemacht, selbst die Volksrepublik China" meint Minister Mochtar.

Und vor allen Dingen mit Hinblick auf diesen mächtigen Nachbar im Norden hätte Hanoi überhaupt keine Lust, durch eine Verlängerung militärischer Abenteuer außerhalb der Grenzen des eigenen Landes wirtschaftlich ins Hintertreffen zu geraten und den industriellen Anschluß zu verpassen. hhh

INVESTITIONEN / Die Regierung paßte sich der neuen Situation schnell an

Der Verfall der Ölpreise führte zu einem sinkenden Wachstum

Von G. KARTASASMITA

Mit Sorge hat man in Indonesien seit 1984 einen stetigen Rückgang bei den ausländischen Investitionen beobachtet. Die daraus resultierende negative Wirkung auf das Wirtschaftswachstum ist verstärkt worden durch den unerwartet drastischen Verfall der Ölpreise.

Nach jährlichen Wachstumsraten von sieben Prozent in den 70er Jahren beziehungsweise fünf Prozent bis 1984 ist auch aufgrund dieser Faktoren 1985 nur eine Rate von 2,3 Prozent erzielt worden.

Die indonesische Regierung paßte sich schnell und entschlossen der neuen Situation an. Die seit 1983 zurückgehenden öffentlichen Investitionen werden auch im kommenden Fiskaljahr 1986/87 weiter schrumpfen. Eine Vielzahl weiterer fiskalischer und monetärer Maßnahmen gewährleistete, daß sich die Entwicklung des Landes auf solidem Grund vollzieht.

Besondere Beachtung findet dabei die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den privaten Sektor. Nicht zuletzt muß er eine Hauptverantwortung bei der Absorption von 1,8 Millionen Menschen tragen, die jährlich neu auf den Arbeitsmarkt strömen.

Wie der Wettbewerb verbessert werden soll

Am 6. Mai wurde das bisher umfassendste einzelne Maßnahmenbündel zur Reform der indonesischen Wirtschaft verabschiedet. Es ist das Ergebnis monatelanger Konsultationen mit Betroffenen und Fachleuten im In- und Ausland. Seine Ziele sind:

– Verbesserung der Wettbewerbsposition indonesischer Nichterdöl- und Nichterdgas-Exporte;
– besseres Klima für Auslandsinvestitionen;
– Förderung kleingewerblicher und genossenschaftlicher Betriebe;
– Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Besonders vorteilhaft für Auslandsinvestoren sind folgende Änderungen:

1. Gleichbehandlung von Auslands- und Inlandsinvestoren (PMA/PMDN), wenn
– 75 Prozent des Eigenkapitals von indonesischen Partnern gehalten werden;
– 51 Prozent der Kapitalanteile über die Börse angeboten/verkauft wurden;
– 51 Prozent des Eigenkapitals von Indonesiern gehalten werden, wovon 20 Prozent über die Börse angeboten wurden.

Das Recht auf eigenes Marketing

Gleichbehandlung bedeutet vor allem den Zugang zu Krediten nationaler Banken, das Recht auf eigenes Marketing und auf Investieren in Projekte, die bisher nationalen Betrieben vorbehalten waren.

2. Verminderung des geforderten lokalen Kapitalanteils bei Gründung eines Joint-ventures auf fünf Prozent bei einem Exportanteil von wenigstens 85 Prozent der Produktion, in Geschäftsbereichen mit hohem Risiko oder Kapitalbedarf, mit Einsatz von High-Tech oder bei abgelegenem Standort.

3. Entlastung von Auflagen des Bezugs lokal hergestellter Anlagen, Maschinen und Vormaterialien wiederum für den Fall von 85 Prozent Exportanteil am Umsatz. Konkret haben derartige Unternehmen Anspruch auf Rückerstattung von Importabgaben, die in den Preisen solcher Warenkategorien enthalten sind.

4. Reinvestierung der Gewinne oder anderer Finanzmittel von Joint-ventures in Neuprojekte oder in andere indonesische Unternehmen, während vorher nur die Repatriierung oder die Reinvestition im eigenen Betrieb möglich war. Falls hiervon wie erwartet Gebrauch gemacht wird, kann es zu einer Vielzahl von Neugründungen nach dem Schneeballsystem kommen.

5. Erhebliche Erweiterung der durch die Prioritätsliste (DSP) definierten offenen Sektoren für Joint-ventures beziehungsweise Irrelevanz des DSP im Falle reiner Exportunternehmen.

Die Auflage, nach der bisher die Gesamtinvestitionssumme neuer Joint-ventures mindestens 1 Mill. US-Dollar betragen mußte, ist entschärft worden.

Die neuen Regelungen schaffen diese Auflage für eine Reihe von Geschäftsbereichen, etwa bei Engineering- und Beratungsunternehmen, ab.

In der Kombination der Errichtung neuer Zollfreizonen in Jakarta mit der Freistellung von lokalen Bezugsauflagen sieht die indonesische Regierung einen besonders wirksamen Anreiz für den Aufbau export- und veredelungsorientierter Projekte.

Weitere Änderungen sind u. a.: Die für 30 Jahre erteilte Genehmigung eines Joint-ventures kann um weitere 30 Jahre verlängert werden, falls dieses eine Erweiterung der Investition durch Diversifikation, Kapazitäts- oder „Local Content"-Ausdehnung nachweist.

Ist nach zehn Jahren der lokale Partner nicht imstande, bis 51 Prozent des Eigenkapitals zu übernehmen, so kann nun der ausländische Investor diese Kapitalanteile auch anderen lokalen Partnern anbieten (Privatpersonen, Unternehmen, Banken, Finanzierungsinstitute, Börse).

Ein entscheidender Schritt auf dem richtigen Weg

Das Kabinett von Bundeskanzler Helmut Kohl verfolgt die Politik, den Ländern der Dritten Welt zu helfen, starke Wirtschaftspartner der Bundesrepublik Deutschland zu werden. Auf dem Wege dahin sind die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit indonesischer Exporte und die verstärkte Präsenz deutscher Investoren im Falle Indonesiens wichtige Marksteine.

Die indonesische Regierung hofft, daß mit dem Maßnahmenbündel vom 6. Mai ein entscheidender Schritt zur Erreichung dieser Ziele gemacht worden ist.

G. Kartasasmita ist Vorsitzender der staatlichen Investitionsbehörde BKPM

WISSENSCHAFTSMINISTER HABIBIE

Neues Know-how ist der Schlüssel zum Erfolg

„Wissenschaft und Technologie ist ein unverzichtbarer Bestandteil im umfassenden Prozeß des Aufbaus der Nation", unterstrich Professor B. J. Habibie, Minister für Forschung und Technologie unlängst in Kuala Lumpur seine Position.

Beim dritten Treffen der ASEAN-Minister für Wissenschaft und Forschung sagte Habibie, daß es nicht die natürlichen Ressourcen seien, sondern zukunftgewandtes Know-how, die den Schlüssel für den Erfolg einer Nation bilden: „Sich selbst in ein Land mit einer starken und wachsenden Wirtschaft umzugestalten".

Diese Position des Mannes, der als „der Deutsche" im Kabinett in Jakarta gilt, weil er lange Zeit als Ingenieur in der Bundesrepublik arbeitete, ist nicht ohne Widerspruch im eigenen Kabinett und darüber hinaus geblieben.

Die Gegenposition sagt, daß ein in weiten Bereichen noch rückständiges Land, das kämpfen müsse, die grundlegendsten Bedürfnisse seiner Bevölkerung zu befriedigen, sich den Luxus einer eigenen Flugzeugindustrie, um Habibies Lieblingsprojekt zu nennen, nicht leisten könne.

Wissenschaftsminister Habibie
FOTO: DIE WELT

„Aber nur, wenn wir selbst technologisch tätig sind", hielt Habibie dem in Kuala Lumpur entgegen „sind wir auch imstande, die vorhandenen Fachkräfte auszubilden, daß sie vernünftig eingesetzt wird und eine vernünftige Verwendung der Bodenschätze betreibt.

Optimierung der Ressourcen und Optimierung wissenschaftlicher Freiheit sind die Ecksteine unserer Politik", sagte Habibie und teilte der Öffentlichkeit mit, daß Indonesien ein Zentrum für Wissenschaft, Forschung und Technologie Puspitek in Serpong, etwa 30 Kilometer südwestlich von Jakarta betreibe. Puspitek umfaßt eine Fläche von 1000 Hektar, die Hälfte davon soll multidisziplinären Laboratorien und Forschungseinrichtungen modernster Instrumentierung zur Verfügung stehen.

Mit seiner Hilfe sollen die Probleme Indonesiens aber auch der gesamten ASEAN-Region – so Habibie – als da sind ungenügende Arbeitskräfte, ungenügende Mittel, unzureichende Infrastruktur, unkoordinierte Programme und unzureichende gesellschaftliche Unterstützung und schließlich geringe Einkommen innerhalb der wissenschaftlichen Welt der Region zu bekämpfen.

Im Bereich von Wissenschaft und Technologie ist die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in Bonn besonders eng. Schwerpunkte in diesem Bereich sind die Fakultät für Schiffsbau an der Technischen Hochschule Surabaya, das Materialprüfamt Serpon, der Aufbau der Forstfakultät der Mulawarman, die Herstellung und Verbreitung von Lehrmaterial für Naturkunde an Primär- und Sekundarschulen, die Technische Hochschule in Bandung und anderes mehr.

Insgesamt hat die Bundesregierung an Indonesien Entwicklungshilfeleistungen in Höhe von rund 2,2 Milliarden Mark zugesagt. Damit steht Indonesien dem finanziellen Volumen nach unter den Empfängern deutscher Entwicklungshilfe an vierter Stelle weltweit, in Asien nach Indien an zweiter.

Ungleich höher sind die Zahlen im Bereich privatwirtschaftlicher Kooperationen. So konnte Habibie seine ehemalige Firma in der Bundesrepublik, MBB, zur Kooperation für das indonesische Luftfahrtunternehmen Nurtano gewinnen. M. M.



LANDWIRTSCHAFT / Bleibt Rückgrat der Wirtschaft

Nur wenige schaffen es: Reis wird exportiert

Reis ist das Grundnahrungsmittel der rund 160 Millionen Einwohner des *Inselstaates* Indonesien. Erst 1984 gelang es Präsident Suharto, durch verstärkte Anreize für die Bauern den Reisanbau so zu steigern, daß das Land zum Selbstversorger wurde.

Die Reisimporte betrugen noch 1980 rund zwei Millionen Tonnen. Heute werden rund 25 Millionen Tonnen mühlenfertiger Reis produziert, genug, um das Land nicht nur selbst zu versorgen, sondern auch noch Reis zu exportieren.

Diese Produktionssteigerung wurde hauptsächlich durch ein enormes Intensivierungsprogramm erreicht. Viele neue, hochleistungsfähige, resistente Reisarten wurden entwickelt und angepflanzt. Saatgut, Düngemittel und Pestizide wurden den Bauern über das *„Büro für Logistik" (Bulog)* günstig zur Verfügung gestellt, Schulungskurse für die Erhöhung der Produktivität durchgeführt.

Der Erfolg des letzten Jahres gab der Regierung recht und Mut zu neuen Programmen in der Landwirtschaft.

Von einer Gesamtfläche von 2,027 Millionen Quadratkilometern sind etwa 243 000 Quadratkilometer oder zwölf Prozent Nutzflächen. Diese Flächen teilen sich Millionen von Kleinbauern, die auf Höfen von oft nicht mehr als 0,6 Hektar wirtschaften.

Der Wandel Indonesiens von einem der größten Reisimporteure zu einem Netto-Exporteur ist einer der bedeutendsten Erfolge, zu denen ein Entwicklungsland fähig ist. Dabei sind die Fortschritte in der Landwirtschaft Indonesiens keineswegs nur auf den Reisanbau beschränkt. Im Jahre 1984 nahm die Landwirtschaft mit einer Wachstumsrate von 10,2 Prozent gegenüber 6,4 Prozent im Jahr davor eine Spitzenposition ein. Dieses Wachstum ist das Ergebnis einer zielgerichteten Agrarpolitik, *die bestrebt* ist, die umfangreichen natürlichen Ressourcen des Landes optimal zu nutzen.

Indonesien verfügt über ein reiches natürliches Nahrungsangebot, über Plantagenerzeugnisse und großen Fischreichtum. Obwohl Erdöl und Erdgas lange Zeit Indonesiens Hauptdevisenbringer waren, ist nach wie vor die Landwirtschaft das Rückgrat des Landes, macht sie doch ungefähr ein Drittel des Bruttosozialproduktes aus und stellt 55 Prozent der Arbeitsplätze. Eine zweite große Gruppe der Bevölkerung arbeitet als Zulieferer für die Landwirtschaft.

Indonesiens gesamte Landfläche beträgt rund zwei Millionen Quadratkilometer, wovon 243 000 oder 12 Prozent landwirtschaftlich *genutzt* werden. Die Regierung unterstützt gezielt die Kleinbauern; denn sie stellen *das Fundament der Agrarentwicklung* des Landes dar. Über 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche *des Staates liegt in den Händen von* Kleinbetrieben mit weniger als zwei Hektar Anbaufläche. Der Rest wird von *Agrarunternehmen* bebaut, die jeweils mehrere *tausend* Hektar besitzen. Acht Prozent dieser Unternehmen befinden sich im Besitz des Staates.



Eine wichtige Schlacht gegen das Bevölkerungswachstum wurde auf dem Reisfeld geschlagen: Es gibt genug. FOTO: CAMERA PRESS

Indonesien baut in erster Linie Reis an. Die Erträge machen rund die Hälfte der Getreideproduktion aus. Zwischen 1983 und 1984 stiegen die Erträge aus dem Reisanbau um mehr als sechs Prozent. In den letzten zehn Jahren haben sich die Ernteerträge bei Reis insgesamt mehr als verdoppelt: von 11,3 Millionen Tonnen (1975/76) auf 25 Millionen im Jahre 1984/85. Der Verbrauch an Mais und Futtermais zeigte 1984 ebenfalls eindrucksvolle Zuwachsraten: die Produktion betrug fünf Millionen Tonnen; gegenüber dem Vorjahr ein Plus von sechs Prozent. Weitere wichtige Agrarprodukte sind Erdnüsse, Cassava (Maniokwurzel), Sojabohnen, Süßkartoffeln, Gemüse und zahlreiche Früchte.

Nach *Malaysia* ist Indonesien der zweitgrößte Produzent von Naturkautschuk. In den letzten Jahren wurden neue Anbauflächen erschlossen und Pläne in Angriff genommen, mehr als 2,4 Millionen Hektar mit einer *neuen, besonders ertragreichen Züchtung* zu bepflanzen (rund *40* Prozent der derzeitigen Fläche).

Die Produktion indonesischen *Palmöls hat eine kontinuierliche Steigerung aufzuweisen.* Es wird erwartet, daß 1985 erstmals die Grenze von einer Million Tonnen überschritten wird. Palmöl dient als Rohstoff für die Herstellung von Seife, Margarine und Speiseöl. Die Regierung fördert die Anlage neuer Plantagen und der damit verbundenen Weiterverarbeitungsbetriebe.

Neben Gummibäumen und Ölpalmen wird noch eine Reihe anderer Pflanzen auf Plantagen angebaut: Kaffee, Tee, Kakao, Cashew-Nüsse, Kokosnüsse, Baumwolle, Zuckerrohr, Kapok und Kräuter. Besonders der Kakao spielt für die indonesische Wirtschaft eine zunehmend wichtige Rolle; ähnlich ist es mit dem Anbau der Kaffeesorte Robusta, die auf den Weltmärkten immer beliebter wird. *Hiervon gehen etwa 50 Prozent in den* Export. Die Produktion von schwarzen und grünen Tees erreichte im vergangenen Jahr *Rekordhöhen.* Der Wert der indonesischen Tee-Exporte übertraf 1984 das 83er Ergebnis um gut 14 Prozent.

Über 60 Prozent der gesamten Landfläche Indonesiens sind von tropischen Wäldern bedeckt. Damit gehört das Land zu den waldreichsten Gebieten in Südostasien. Da die Urwälder wichtige Holzlieferanten sind, werden Schonungen angelegt, um diese Ressourcen zu schützen. Zahlreiche Erwerbszweige leben vom Waldreichtum: Holzfäller, Sägewerke, Holzverarbeitung, Sperrholzfabriken, Papierhersteller, Möbel- und Rattanmöbel-Hersteller. Holzprodukte sind nach Erdöl und Erdgas die zweitgrößte Devisenquelle des Landes. Indonesien ist der weltgrößte Sperrholz-Produzent. In den ersten neun Monaten des Jahres 1985 stieg der Export von Sperrholz um 24,6 Prozent auf 2,67 Millionen Kubikmeter an. Die Exporterlöse stiegen dadurch um 22,5 Prozent und erreichten 581,15 Millionen Dollar. Als Produzent von Rattan-Holz für den Möbelbau spielt Indonesien ebenfalls eine bedeutende Rolle.

Molkereiprodukte und Rinderzucht sind zwei Bereiche, die große Wachstumsraten aufweisen. Weiterhin unternimmt das *Land* Anstrengungen, um auch die Zucht von Schafen, Ziegen, Schweinen und Hühnern *zu* fördern.

Indonesien exportiert mehr als 40 000 Tonnen frischer und gefrorener Krabben und *15 000* Tonnen Thunfisch pro Jahr. Weitere Produkte sind Aale und Schalentiere sowie Perlen *und* Seetang.

Wegen seiner Bedeutung für die Ernährung der indonesischen Bevöl*kerung wurde die Ausweitung* des Reisanbaus in den vergangenen zehn Jahren besonders intensiv gefördert. Gleichzeitig wurde aber auch die Diversifikation im landwirtschaftlichen Anbau vorangetrieben.

Kooperativen spielen eine bedeutende Rolle in der indonesischen Landwirtschaft. Die ersten wurden bereits Anfang des Jahrhunderts gegründet und leisten noch heute einen wichtigen Beitrag bei der Unterstützung der wirtschaftlich schwächeren Gruppen des Landes. In den Kooperativen arbeiten die Bauern zusammen, nutzen ihre Ressourcen gemeinsam und erreichen damit eine Produktivität, die sie allein nicht erreichen können.

E. S.

INVESTITIONSFÖRDERUNGSPAKET VOM 6. MAI / Neue Rahmenbedingungen

Diversifikation führt weg vom Öl. Banken helfen dem Investor

Von GÜNTER F. STRAUCH

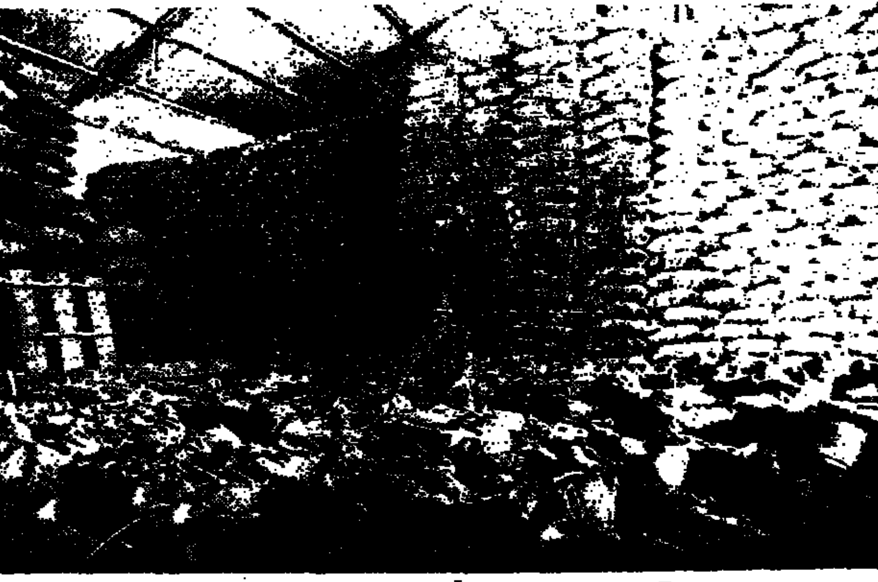
Sichtbarer Ausdruck veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Opec-Land Indonesien ist das Export- und Investitionsförderungspaket vom 6. Mai 1986. Konfrontiert *mit stark rückläufigen Erdöl-* und Erdgaserlösen – sie brachten noch 1985 etwa 65 Prozent der Devisen- *und Budgeteinnahmen* –, sind Maßnahmen zur Förderung nicht ölbezogener *Exporte* und *Erleichterungen* für Auslandsinvestitionen ein von der Regierung beschrittener Weg zur notwendigen wirtschaftlichen Diversifikation. Indonesien ist kaum ein Land der Investition für eine „verlängerte Werkbank". Auch eine primär dem Export dienende Investition hat sicher *längerfristig mit* rentabilitätsbelastenden Standortproblemen zu kämpfen. Denn Indonesien kann man trotz Niedriglöhnen nicht als billiges *Produktionsland* ansehen. In vielen Industriezweigen, ob mit oder ohne ausländischer Beteiligung, liegen die Herstellungskosten 15 bis 30 Prozent über Weltmarktniveau. Indonesien ist in erster Linie ein Land mit einem sehr bedeutsamen Absatzpo*tential. Nicht nur seine 165 Millionen* Einwohner, sondern seine politische und wirtschaftliche Stabilität machen das Land zu einem *interessanten* und zukunftsträchtigen Markt. In den letzten 15 Jahren hat sich auch gezeigt, daß man in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten über ein effektives Krisenmanagement verfügt. Aber jeder, und vor allem der mit seinem Produkt im Markt erfolgreiche deutsche Lieferant, muß ebenso wie der Investor wissen, daß die Palette der lokal gefertigen Produkte ständig größer wird und die indonesische Regierung daran interessiert ist, die lokale Fertigung auszubauen. Wie die Praxis belegt, kann dies durchaus dazu führen, daß eine solche lokale Produktion vor Auslandskonkurrenz abgeschirmt wird.

Für die bankmäßige Abwicklung all dieser Aktivitäten bietet Indonesien einen unschätzbaren Vorteil im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern: das Fehlen jedweder Devisen- und Transferbeschränkungen. Dies gilt für alle Währungen einschließlich der Landeswährung und ebenso für die möglichen Kreditaufnahmen privater *Unternehmen* im Ausland. Der Preis für dieses Maß an Liberalität it ein trotz niedriger Infla*tionsrate (im Augenblick etwa 5 Prozent)* hohes inländisches Zinsniveau von derzeit ungefähr 20 Prozent.

Zu den Geschäftsbanken gehören neben den fünf staatlichen Banken und den Privatbanken mit Foreign-Exchange-Lizenzen auch die elf ausländischen Bankfilialen in Jakarta. Unter ihnen befndet sich die Filiale der Hamburger European Asian Bank AG (Eurasbank), eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, die seit 1969 als einzige Niederlassung einer deutschen Bank alle Dienstleistungen anbietet.

Außer der Bestimmung, daß Kredite in lokaler Währung lediglich für Firmen im Großraum Jakarta bereitgestellt werden dürfen, unterliegen die Filialen ausländischer Geschäftsbanken keiner Beschränkung, die nicht auch für *lokale Banken* Gültigkeit hat. Die üblicherweise auf L/C-Basis erfolgende Abwicklung von Handelsgeschäften wie auch die Quotierung von Wechselkursen von Rupiah gegenüber allen international gängigen Währungen sind weitere Tätigkeitsfelder der Auslandsbanken. Während die Erstellung von *Fremdwährungsgarantien gegenüber* sog. Non-residents allen Banken in Indonesien untersagt ist – nur Zen*tralbank und Finanzministerium* sind davon ausgenommen –, können auch Auslandsbankfilialen Garantien gegenüber *staatlichen* Stellen für offizielle Tender erstellen, vorausgesetzt, ein entsprechender Garantieauftrag einer ausländischen Bank (z. B. aus Deutschland) liegt vor.

Die Eurasbank betreibt seit zwei Jahren das Maschinen- und Anlagenleasing mit der unter ihrem Management *stehenden* P. T. Ebli und hat dadurch die Möglichkeit, auch außerhalb Jakartas tätig zu sein, da – anders als bei den Auslandsbankfilialen – für die Leasing-Gesellschaften keine regionale Begrenzung gilt.



Verstärkt gelangen auch Nicht-Öl-Produkte in den Export. FOTO: VISUM

Günter F. Strauch ist Leiter der Eurasbank-Zentrale, Jakarta

Trotz des starken Rückgangs der Weltmarktpreise bleibt Öl Indonesiens Hauptquelle für Devisen und Staatseinnahmen. Die Nation hat sich dennoch seit einiger Zeit darauf vorbereitet, diesen Einbruch *ohne* übermäßige wirtschaftliche Strukturveränderungen aufzufangen.

Ali Wardhana, der indonesische Koordinationsminister für Wirtschaft, Industrie, Finanzen und Entwicklungsüberwachung, gab eine ausführliche Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Landes und seiner zukünftigen Pläne. Er wies darauf hin, daß die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität Indonesiens Hauptziel bleiben wird. Die Regierung werde ihre Ausgaben den verringerten Öleinnahmen anpassen und die Rupie nicht abwerten. „Wir werden uns nicht verausgaben", sagte der Minister. „Wir haben schon früher harte Zeiten bewältigt und gingen jedesmal gestärkt daraus hervor. Wir verfügen über alles Notwendige, um die derzeitige Ölpreissituation zu überstehen."

Der Staatshaushalt für 1986/87, den Indonesiens Präsident Suharto im Januar dem Parlament vorlegte, sah für dieses Jahr eine siebenprozentige Reduzierung der Staatsausgaben vor. Das Budget trat nach der Bewilligung durch das Parlament in Kraft.

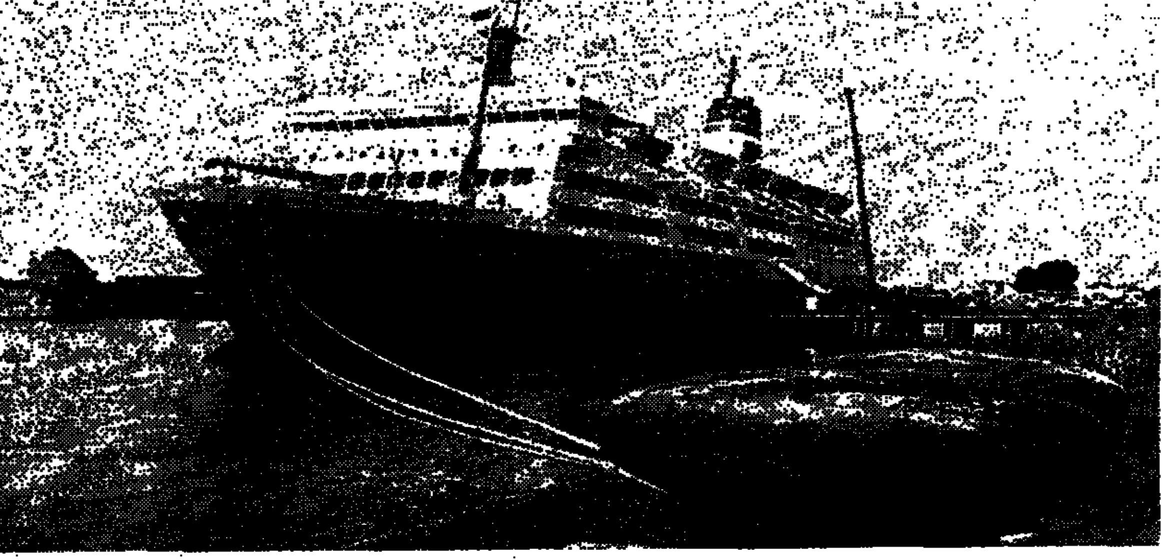
Der Minister betonte, daß Indonesien zusätzlich zur Kürzung von Ausgaben eine Vielzahl von Möglichkeiten – „sozusagen eine zweite Verteidigungslinie" – habe, um die verringerten Einnahmen beim Öl auszugleichen. Dazu gehören der noch nicht ausgeschöpfte Kreditrahmen, erhöhte Steuereinnahmen und möglicherweise höhere Ölförderung ebenso wie ausreichende Auslandsreserven.

Minister Wardhana erklärte, daß Indonesien sich weiterhin zum freien Welthandel bekenne. Er räumte allerdings ein, daß diese Haltung unvermeidlich zu einem Rückgang der Devisenreserven des Landes führen würde; dennoch fühle sich Indonesien der liberalen Verfassung des Weltwährungssystems verpflichtet. „Wir müssen das freie Währungssystem aufrechterhalten", sagte er. „Wenn man einmal die Tür zuschließt, bedeutet dies das Ende ohne die Chance zur Rückkehr. Wir sind eines der wenigen Länder, in denen die Währungsströme völlig frei fließen dürfen. Es gibt in Indonesien keine Restriktionen für Besitz und Transfer von Devisen."

Das Wachstum der indonesischen Wirtschaft hinge sowohl von nationalen als auch ausländischen Faktoren ab. „1984 beispielsweise erholte sich die amerikanische Wirtschaft. Dieses Wachstum regte die wirtschaftliche Aktivität in Japan und einigen europäischen Ländern an. Indonesiens Wirtschaft verzeichnete 1984 ein Wachstum von 5,8 Prozent. Jeder glaubte, daß die Rezession endgültig vorüber sei und daß eine Wiederbelebung eingesetzt habe. Die internationale Wirtschaft stagnierte jedoch 1985 erneut, und jetzt ist es schwierig vorauszusagen, wie sich die Situation innerhalb der nächsten Jahre entwickeln wird."

HAUSHALT / Probleme mit dem rapide sinkenden Ölpreis auf dem Weltmarkt

„Wir verfügen über alles, um die derzeitige Situation zu überstehen"



Von der Ems nach Südostasien: In Deutschland gebautes Fährschiff für Indonesien FOTO: DPA

Bei realistischer Einschätzung des aktuellen Trends in der Weltwirtschaft sei es für Indonesien unwahrscheinlich, sein Ziel von durchschnittlich fünf Prozent Wirtschaftswachstum im laufenden Haushaltsjahr zu erreichen. Nach dieser Prognose, *so der Minister, sei es erforderlich*, in der Entwicklungsplanung „flexibel" zu sein.

Indonesien bleibe, versicherte der Minister, ein wichtiger Bewerber um ausländische Investitionen. „Wir haben sehr intensiv darüber nachgedacht, was Investoren für ihr Auslandsgeschäft brauchen. Verglichen mit den meisten anderen Ländern, sind wir auf diesem Gebiet außerordentlich stark."

Ein Schlüsselfaktor hierfür sei die innere politische Stabilität Indonesiens: „Manchmal glauben Investoren, daß politische Stabilität etwas Selbstverständliches sei. Aber ohne sie hat es keinen Sinn, in einem Land zu investieren. In dieser Hinsicht hat Indonesien einen ausgezeichneten Ruf." Die hohe Zahl an Facharbeitern und angelernten Kräften, eines der niedrigsten Lohnniveaus Asiens und der Reichtum natürlicher Rohstoffe stärkten Indonesiens Position als zuverlässigen Partner zusätzlich.

Der Minister regte an, unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen die Rolle der Privatwirtschaft für die Entwicklung Indonesiens zu stärken. „Während des Ölbooms investierte der Staat stark in Wirtschaftszweige, die eng mit der Privatwirtschaft verbunden waren. Nach dem Sinken der Ölpreise können wir uns das jedoch nicht mehr leisten, und wir ermutigen die Privatwirtschaft, ihre Investitionen zu verstärken."

Diese Politik sei nicht neu. Der Unterschied *zu früher sei jedoch, daß* Indonesiens Privatwirtschaft sich so weit entwickelt habe, daß sie eine aktive Rolle übernehmen könne. Er bemerkte, daß die privaten Investitionen diejenigen des Staates inzwischen überträfen. Der Minister räumte ein, daß die Privatwirtschaft im Außenhandel auf schwachen internationalen Märkten gegen harte Konkurrenz anzutreten habe. Deshalb unternehme Indonesien intensive Anstrengungen, um seine ausländischen Märkte zu erweitern. Dies betreffe die traditionellen Märkte wie USA, Westeuropa und Südostasien als auch neuere Märkte wie China, Osteuropa und den Mittleren Osten.

Der indonesische Industrieminister Hartarto nahm Mitte Dezember die offizielle Eröffnung eines neuen Industriekomplexes vor. Der Industriepark in Ujung Pandang, einer der größten Städte Indonesiens, stellt eine Investition von über acht Millionen Dollar dar und schafft in Sulawesi 12 000 neue Arbeitsplätze.

Neun Unternehmen haben bereits ihre Produktion aufgenommen. Sie repräsentieren verschiedene Industriezweige; drei von ihnen – sie sind tätig im Bereich Krabbenverarbeitung, Rattan und Möbelherstellung – *erwarten jährlich Erträge in Höhe* von 15 Millionen Dollar allein aus Deviseneinnahmen.

„Indonesiens größtes Interesse ist es zur Zeit", sagte Minister Hartarto während der Eröffnung, „ölunabhängige Exporte zu fördern. Aus diesem Grunde unterstützt die Regierung exportorientierte Industrien."

Die neun Unternehmen im neuen Ujung-Pandang-Industriepark sind:

P. T. Carakaitira: Es beschäftigt 6700 Mitarbeiter. Erforderlich war eine Investition in Höhe von drei Millionen Dollar. Das Unternehmen betreibt zwei Fabrikanlagen: eine stellt *Möbel her, und die andere montiert* Radio- und Fernsehgeräte. Vier Millionen Dollar jährlich wird der Exportwert von Gütern aus beiden Produktionszweigen betragen.

P. T. Mahkota Maju Sejati: 900 000 Dollar wurden in dieses Unternehmen investiert; die Firma wird jährlich nahezu sieben Tonnen handgefertigter Rattanprodukte herstellen. Sie beschäftigt 140 Mitarbieter und hat ein Exportpotential von 4,4 Millionen Dollar.

P. T. Dataran Bosowa: Dieses Unternehmen verarbeitet Krabben und *besteht aus einem Kühlhaus und* einer Weiterverarbeitungsanlage; 1,5 Millionen Dollar wurden investiert. Exporte in Höhe von 6,5 Millionen Dollar werden erwartet. Das Unternehmen beschäftigt 110 Mitarbeiter.

P. T. Makasar Graha Kimia Industri: 275 000 Dollar wurden in die Fabrikationsstätte für Insektizide investiert. Das Unternehmen beschäftigt ungefähr 100 Mitarbeiter.

P. T. Ciluhur: Das Unternehmen produziert Streichhölzer und hat die Kapazität für die Herstellung von 72 Millionen Streichholzschachteln pro *Jahr. Mit einer Investition in Höhe* von 1,2 Millionen Dollar wurden Arbeitsplätze für 60 Mitarbeiter geschaffen.

P. T. Daya Sakti: Hier sind 45 Mitarbeiter beschäftigt, die Dachziegel produzieren. Die jährliche Kapazität beträgt ungefähr 350 000 Stück. Erforderlich war eine Investition von 75 000 Dollar.

P. T. Sari Indah Packaging Industry: 660 Tonnen Kartons werden jährlich von 40 Mitarbeitern hergestellt; dazu war eine Investition von 190 000 Dollar nötig.

P. T. Jansen: Mit 20 Mitarbeitern wird dieses Unternehmen 160 000 Stück dekoratives Sperrholz herstellen (Investitionssumme: 185 000 Dollar).

P. T. Eastindo Utama Industri Corp.: Das Unternehmen wird mit 10 *Mitarbeitern 600 Tonnen PVC-Röhren* jährlich produzieren. Investiert wurden 410 000 Dollar. M. M.

STAHLINDUSTRIE

Ein Stützpfeiler der Volkswirtschaft

Krakatau steht in Indonesien für ein Wirtschaftswunder: Noch vor Jahren kränkelte der Stahlgigant, heute ist Krakatau ein Stützpfeiler der indonesischen Volkswirtschaft. Krakatau steht auch für den Beginn einer eigenen, nationalen Stahlindustrie.

Nach vorsichtigen Schätzungen der Regierung in Jakarta wird der Bedarf an Stahl bis 1990 erst auf fünf Millionen Tonnen pro Jahr steigen. *Im Rahmen des Entwicklungsplanes* Repelita IV ist es das Ziel, die Maschinenbau- und Zuliefererindustrie im Inselreich mit Stahl aus eigenen Werken zu versorgen.

Vornehmlich versorgt Krakatau den Bausektor mit Baustahl, in steigendem Maße werden aber auch Rohre für Pipeline-Systeme produziert. Jahr für Jahr steigt der Ausstoß, da die Nachfrage nach Stahl naturgemäß in Indonesien stark ansteigt. Dies, obwohl auch Indonesien stark von Billigstahl aus Europa oder den USA überschwemmt wird.

Die Regierung unternahm strenge Maßnahmen, um den heimischen Markt vor Billigimporten abzuschotten und so die nationale Stahlindustrie zu schützen. Wer im Ausland Stahl ordern wollte, mußte so viele Tonnen abnehmen, daß dafür kaum eine Absatzchance bestand.

Trotz starker Abschottung gegenüber Stahlimporten rechnet die Regierung aber erst zur Jahrtausendwende damit, daß Krakatau, das größte Stahlwerk in Indonesien, ausgelastet ist. Andere Stahlwerke sind dort geplant, wo billige Energie, wie *das überreiche Gas, vorhanden ist.* Das ist entweder in Nord-Sumatra, Rajat oder in Süd-Sulawesi der Fall.

Schließlich wurde 1971 ein Kooperationsvertrag mit der deutschen Firma Ferrostaal in Essen abgeschlossen. Dabei wurde eine Erhöhung der Jahreskapazität auf 500 000 Tonnen beschlossen. Schließlich wurde die Jahreskapazität auf zwei Millionen Tonnen erhöht.

Mit Hilfe der Importrestriktionen hat sich die Situation für Krakatau in einigen Bereichen schon erheblich verbessert. Im Bereich von Weiß*blech etwa wird Indonesien vom* kommenden Jahre ab auf Einfuhren weitgehend oder ganz verzichten können. Weißblech soll von der ersten im vergangenen Jahr in Betrieb genommenen Zinnblechanlage des Landes hergestellt werden, die von der P. T. Pelat Timah Nusantara in Cilegon betrieben wird. Für dieses Jahr wird immerhin schon eine Gesamtproduktion von 115 000 Tonnen erwartet.

An der Pelat Timah Nusantara sind die beiden staatlichen Firmen P. T. Tambang Timah, ein Zinnproduzent, *die P. T. Krakatau Steel sowie die P.* T. Nusantara Ampera Bhakti, eine Privatfirma, beteiligt. Gebaut wurde die Anlage von Mannesmann, DEMAG und der japanischen Hitach Zosen. Abnehmer für die Weißbleche ist vor allem die lokale Konservenindustrie. Ein Konsortium bestehend aus der niederländischen Bredero Pipe Coating BV und den drei indonesischen Firmen will mit einer Anlage in Westjava jährlich 10 000 beschichtete Röhren und 10 000 Tonnen Schwellen, Eisenbahnstahlplatten und Gleisbalken herstellen.

*Ebenfalls in Westjava hat eine an*dere niederländisch-indonesische Gruppe, an der P. C. Krakatau beteiligt ist, mit dem Bau einer Produktionsanlage für Stahlbauteile und Stahlkonstruktionen begonnen. Ein drittes Vorhaben hat die Herstellung von Stahlknüppeln und Armierungsstahlstäben zum *Ziel. Es soll* in der Nähe von Jakarta errichtet werden.

Im Bereich von Stahlblechen für die Schiffsindustrie hat die P. T. Krakatau Steel schon vor zwei Jahren die Klassifizierung Rate A vom Londoner Lloyd Schiffsregister erhalten und ist *heute imstande, den Bedarf der* Werftindustrie an Schiffsblechen aus der eigenen Produktion decken zu können. Auch hier kann jetzt auf den Import verzichtet werden. Im Schiffsbau müssen nur noch besondere Stahlplatten und Bleche bestimmter Größen und Qualitäten sowie Winkeleisen und Winkelbleche importiert werden. Der Stahlwerkskomplex der P. T. Krakatau Steel in Cilegon ist zugleich das bislang größte Projekt der deutschen Industrie in Indonesien. Die Produktion lief im Juni 1983 an und hat bereits mehr als 100 000 Tonnen, Bleche, Platten und Coils für den inländischen Markt geliefert.

DW.

OST-KALIMANTAN / Besuch bei den ehemaligen Kopfjägern im dichten Dschungel von Borneo

Bei den Dayaks wird das Land knapp

Aus der Ferne ist leises Brummen vernehmbar. Es nähert sich schnell und wird zu ohrenbetäubendem Lärm, dessen Echo mehrfach von den Felswänden widerhallt. Nach einer waghalsigen Schleife am wolkenlosen *Himmel* verschwindet das weiße Rieseninsekt hinter einem Hügel – Augenblicke später rollt es auf wackligen Beinen über die Graspiste. Wenn Emile Borne auf dem Flugfeld von Sungai Barang landet, ist das immer eine Sensation. Nicht *nur*, weil er jedesmal tatsächlich heil herunterkommt: Die holprige Landebahn mit dem Knick in der Mitte ist nicht ungefährlich.

Die Sensation besteht vor allem darin, daß er überhaupt kommt. Durchschnittlich ist das zweimal im Monat der Fall. Es hängt von der Menge der Ladung ab. Erst mit voller Maschine lohnt sich ein Flug von der 330 Kilometer entfernten Provinzhauptstadt Samarinda in das abgelegene *Apokayan-Gebiet*. Seit *Anfang* der achtziger Jahre fliegen Piloten einer amerikanischen Missionsgesellschaft isoliert liegende Dörfer in Ost-Kalimantan an.

Nach Apokayan an der Grenze zum malaysischen Sarawak bringt der ehemalige Vietnamflieger Emile neben dem lebensnotwendigen Salz auch Kerosin, Zucker, Kochgeschirr, *Kleidung und sogar Geld: spärliche* Einnahmen aus dem Reisverkauf durch die Kirche, aus dem gelegentlichen Verkauf von Gold, das in den Flüssen gefunden wird und ab und zu auch ein paar Scheine von Verwandten aus der Stadt.

Selten sind Passagiere an Bord, kaum jemand kann sich den Flug leisten. Krankentransport allerdings wird von der *Mission subventioniert*. Gegenüber früher haben Schwerkranke dadurch reelle Überlebenschancen. Die Strecke nach Samarinda, die das Flugzeug in eineinhalb Stunden zurücklegt, beansprucht zu Fuß und mit dem Boot gut vier Wochen: Der Weg führt durch dichten, gebirgigen Dschungel, per Kanu den reißenden Sungai Boh entlang, dessen Stromschnellen mit geschultertem Boot umgangen werden müssen, und schließlich mit dem Linienschiff den gewundenen Mahakam hinunter. Kaum jemand aus dem Dorf hat die Reise je unternommen, genauso selten gelangt umgekehrt ein Fremder in diese Gegend. Verständlich, daß jeder Gast Aufsehen erregt, noch dazu, wenn er weißhäutig ist.

Das *ganze Dorf hat sich zum* Schauen und Staunen am Flugplatz versammelt: Frauen in bunten Hüfttüchern, den Sarongs, die Ohren durch schwere Messinggewichte langgezogen bis auf die Schultern. Die Männer tragen die gleiche Ohrentracht, *allerdings in Kombination* mit ausgeblichenen westlichen Hosen und T-Shirts.

Künftige Heimat für Tausende von Neusiedlern

Eine lange, hagere Gestalt überragt die Menge um gut zwei Kopflängen: Timothy Jessup, Ökologe und Anthropologe an einer Universität in New Jersey. Hier in Sungai Barang hat er drei Jahre lang für seine Doktorarbeit geforscht. Die gesammelten Daten sind inzwischen ausgewertet *und Timmy ist nach einjähriger Pause* zum erstenmal wieder zu Besuch hier – zu Besuch bei seiner Frau und den Kindern. Diese außergewöhnliche Verbindung zweier Menschen aus völlig unterschiedlichen Kulturen – ja Welten – war Auslöser für die Idee, Sungai Barang und Tinen, Timmys Frau, einen Besuch abzustatten. Wie leben die Menschen in der Einsamkeit der bornesischen Urwälder? Was denken sie, was fühlen sie – sind sie die „nackten Wilden" unserer westlichen Vorurteile und Klischees, oder sind sie Mitglieder der modernen Welt und integrierter Bestandteil der indonesischen Gesellschaft?

Die Leute aus Sungai Barang sind Dayak. Sie gehören zum Stamm der Kenyah, dem größten Dayak-Stamm in Ost-Kalimantan. Kalimantan ist der indonesische Teil der Insel Borneo, nach Grönland und Neu-Guinea die drittgrößte Insel der Erde. Die Provinz Ost-Kalimantan ist nur dünn besiedelt. Auf einer Fläche, fast so groß wie die Bundesrepublik, leben nur 1,4 Millionen Menschen. Lediglich in der Umgebung der beiden Städte Balikpapan und Samarinda haben sich Industrien im Öl-, Gas- und Holzsektor angesiedelt. Der Großteil der Bevölkerung muß mit kargen Erträgen aus der Landwirtschaft auskommen. Trotzdem sollen in den nächsten Jahren hier Hunderttausende von Menschen angesiedelt werden.

Durch die umfangreichen Transmigrationsprogramme, die Indonesien *schon seit Jahren* betreibt, will man die sogenannten „Außeninseln" Kalimantan, Sumatra, Irian Jaya und Sulawesi erschließen und dort neue Lebens- und Wirtschaftsräume schaffen. Transmigration soll aber auch dem immer stärker werdenden Bevölkerungsdruck auf Java entgegenwirken, wo rund 80 Prozent der 160 Millionen Indonesier zusammengedrängt leben. Drei Millionen Javaner wurden in den vergangenen Jahren bereits umgesiedelt; allein eine halbe Million von ihnen kamen nach Ost-Kalimantan. Das ist ein Viertel der Bevölkerung dieser Provinz, deren Bewohner zahlreichen verschiedenen ethnische Gruppen angehören: Ebenfalls ein Viertel stammt aus Süd-Kalimantan, ein Zehntel sind aus Sulawesi zugezogene Buginesen, verschwindend gering ist der Anteil der Chinesen.

Die einheimischen Deutero-Malaien – *die Kutai – sind mit rund 40* Prozent die größte Bevölkerungsgruppe. Sie siedeln vorwiegend an den Flüssen, *während die eigentlichen* Ureinwohner Kalimantans, die Dayak, immer weiter in die Wälder abgedrängt werden. Nur noch zehn Prozent – rund 140 000 Menschen – in Ost-Kalimantan sind Dayak, Protomalaien unterschiedlicher Volksstämme. In der Borneo-Literatur sind sie vor allem als Kopfjäger berühmt-berüchtigt.

In seinem Reisetagebuch „Unter den Kannibalen auf Borneo" schreibt der dänische Geograph Carl Bock *1879: „Der barbarische Gebrauch der* Kopfjagd, der bei allen Dayakstämmen vorherrschend ist, gehört wesentlich zu ihren religiösen Gebräuchen. Geburtstage und Taufen, Hochzeiten und Begräbnisse, der weniger wichtigen Ereignisse nicht zu gedenken, können nicht in geeigneter Weise begangen werden, wenn nicht mehr oder weniger feindliche Köpfe *zur Erhöhung der Festlichkeit und* Feierlichkeit beschafft worden sind. Demnach bildet die Kopfjagd die größte Schwierigkeit in dem Verhältnis, in welchem die unterworfenen Rassen zu ihren weißen Herren stehen, und die schwerste Aufgabe, welche die *Zivilisation* zu lösen hat, sobald sie künftighin die noch unabhängigen Stämme des inneren Borneo regieren soll."

Die Zivilisation hat die Aufgabe gelöst. Zu Beginn dieses Jahrhunderts setzten holländische Armee-Einheiten das Verbot der Kopfjagd durch. Sie kontrollierten die Dayak, indem sie ihnen Land und Besitz wegnahmen – und brachten ihnen das Christentum, dem viele, auch unblutige *Rituale, weichen mußten. Und dabei* ist es geblieben. Die geographische Lage setzte der weiteren Entwicklung enge Grenzen. Für die Dayak im Apokayan und anderen Gebieten ist das schwer zu akzeptieren: Wie andere wollen sie am Fortschritt teilhaben, *wollen Handel* treiben, Schulbildung genießen, medizinisch versorgt sein.

Sie erfahren das Gegenteil: Die indonesische Regierung scheint sie schlicht zu vergessen. Kein Wunder, daß die Bevölkerung im Apokayan seit 1930 um die Hälfte zurückgegangen ist. Das Dorf Sungai Barang verlor durch Abwanderung in nur 20 Jahren sogar vier Fünftel seiner Bewohner. Heute leben gerade noch 320 Menschen an einer der Flußbiegungen des 800 Meter hoch gelegenen Kayan. Eine schwankende Hängebrücke aus Rattan verbindet die beiden Ufer miteinander; ein schmaler, lehmiger Pfad führt unter Bambusstauden vom *Fluß* weg und endet nach einigen hundert Metern vor einem der vier Langhäuser des Dorfes.

Die Lebensform im Langhaus hat Tradition. Sie bietet Schutz vor Angreifern – Menschen oder Tieren – und sie ermöglicht eine sinnvolle Arbeitsteilung, vor allem bei der Kinderaufsicht. Im zugänglicheren Tiefland sind die meisten Langhäuser winzigen Einfamilienhütten gewichen. Sie passen nicht zum indonesischen Fortschrittsbild, das die Zentralregierung in Jakarta nach außen so gerne zeichnet. Kleinfamilien sind zudem leichter kontrollierbar als das bunte *Durch- und Miteinander* eines Langhauses. Bis nach Sungai Barang reichen die Fäden der Regierung *scheinbar nicht*.

Erst im vergangenen Jahr haben die Dörfler ein neues Langhaus auf der anderen Flußseite gebaut. Jede der etwa zehn Familien pro Haus bewohnt einen eigenen Bereich, zu dem ein kleines Gärtchen mit Obstbäumen und Betelpalmen auf der Hausrückseite gehört.

Alte Frauen hocken auf den breiten Holzplanken und flicken Netze, flechten Körbe oder besticken Hüte mit bunten Glasperlen. Kaum eine, die dabei nicht Betel kaut, deren Saft die Zähne mit den Jahren dunkelrot oder sogar schwarz färbt. Junge Mädchen dreschen Reis in langen Eisenholztrögen. Das dumpfe, rhythmische Stampfen beginnt schon am frühen Morgen und endet kaum vor der Dunkelheit. Dazwischen spielende oder singende Kinder, gackernde Hühner und das Grunzen der Hausschweine aus den Bambusverschlägen im Hof.

Ins Innere fällt nur wenig Licht. Die Augen müssen sich erst an die Dunkelheit gewöhnen. Es riecht nach Rauch und Feuer. Die tragenden Balken werden von Rattanschnüren zusammengehalten. Zwei mit Tüchern verhängte, *hölzerne Bettgestelle sind* das einzige Mobiliar.

Mehrere Reiskiepen mit eingeflochtenen Mustern stehen in einer Ecke, daneben zusammengerollt Sitzmatten aus Rattan. Außerdem entdecke ich ein getrocknetes Palmblatt, das als Regenschutz dient, Kürbiskalebassen zum Aufbewahren von Salz oder Hirse, verrußtes Kochgeschirr an der Feuerstelle und das unentbehrliche Mandau, das Busch- und Arbeitsmesser. Sein Griff ist oft kunstreich geschnitzt und mit Tierhaarbüscheln verziert. Hier also wohnt *Amei Daut – mein Gastgeber*.

„Amei" heißt „Vater", „Daut" ist der Name des ältesten Sohnes. Die Dayak haben keine verbindliche Namensregelung. Männer wie Frauen nehmen nach der Geburt ihres ersten Kindes dessen Namen an, sind also „Vater" oder „Mutter" von ... Nach schweren Schicksalsschlägen wie Krankheit oder Tod eines Familienmitglieds ändern sie den Namen wieder, so daß ein Dayak im Laufe seines Lebens eine Reihe ganz verschiedener Namen haben kann.

Amei Daut ist 55. Seine Frau Sinam oder Tinen Daut ist zwanzig Jahre jünger. Sie lacht viel und zeigt dabei stolz ihre blitzenden Goldzähne. Ihr linkes Ohrläppchen ist ausgerissen, das rechte ist noch lang und prächtig geschmückt. Der *älteste* Sohn Daut verließ das Dorf vor drei Jahren und geht im Tiefland zur Mittelschule. Die 18jährige Tochter Tuén hat bereits selbst ein einjähriges Baby. Dann ist da noch die kleine Nachzüglerin Diwing: Sie ist erst fünf. Tinen Daut bringt das Mittagessen: Reis, trockenen Salzfisch, Gemüse aus Farnkräutern und Ananasstaudenwurzeln, ein Glas abgekochtes Flußwasser. Die Mahlzeiten ähneln sich.

Selten wird ein Huhn geschlachtet, ein Hausschwein *nur zu sehr festlichen* Anlässen. Wild im Speiseplan ist abhängig vom Jägerglück. Dafür gibt es öfter mal Kürbisse, Tomaten oder Bohnen. Sehr schmackhaft sind die Ananas, die zu Hunderten auf den Feldern am Dorfrand wachsen. Außer Zuckerrohr und wildem Honig gibt es keine Süßigkeiten.

Ebenfalls nur zu Feierlichkeiten wird Arrak getrunken, selbstgebrannter Reisschnaps. Als Köstlichkeit gilt gegorener Reis, den Tinen Daut als Nachspeise serviert. Es ißt immer erst der Gast, dann die Familie. Nach dem Essen versammeln sich alle um die noch glimmende Feuerstelle. Amei Daut erzählt, wie das ganze Dorf vor vierzig Jahren hierher umgezogen sei. Eigentlich dauert der Weg vom Jamahang-Fluß bis an diese Flußschleife nur zwei Stunden – damals brauchten die Leute den ganzen Tag, weil sie immer wieder tanzten, sangen und die Gongs schlugen, um die bösen Geister zu vertreiben.

Der Grund für den Umzug war das knapper werdende Holz, das von immer weiter her aus dem Wald herangeschleppt werden mußte. Der Wald ist die Lebensquelle der Dayak. Neben dem wertvollen Holz liefert er ihnen das Fleisch der Hirsche und Schweine, das neben dem Fisch wichtiger *Eiweißspender ist*, und zahlreiche Pflanzen, die ihnen als Nahrung dienen. Schweinefett ist au*ßerdem Brennstoff für Lampen*. „Im Wald", erzählt Amei Daut, „leben die Affen. Wir töten sie, um ihre Gallensteine zu bekommen. Wir verkaufen sie schon seit vielen, vielen Jahren an die Chinesen. Sie machen daraus Medizin, glaube ich. Genau weiß ich es nicht."

Carl Bock notierte dazu vor hundert Jahren: „Ein merkwürdiger I*ndustriezweig ist das Einsammeln* von Galiga oder Bezoarsteinen. Diese Galiga werden zu arzneilichem Gebrauche sehr geschätzt und zu fabelhaften Preisen an die Bugis verhandelt, welche sie wieder an die Chinesen verkaufen. Die ‚Galiga buhis' findet man, wie mir die *Dayak* sagten, in verschiedenen Körperteilen der Buhis-Affen. Sie sind von verschiedener, meistens grünlich-brauner Farbe, oft schön poliert und gewöhnlich von nierenförmiger Gestalt und sind eigentlich nichts anderes als die Gallensteine, die man im menschlichen Körper findet. Die Chinesen zermahlen die Galiga zu einem Pulver und schütten ein *wenig davon in einen* Becher Wasser. Der bittere Geschmack ist dem Chinin ähnlich und schon wahrzunehmen, sobald man ein Stück in die Hand nimmt und mit der Zunge berührt. Die heilsamen Wirkungen, die man diesem Tranke zuschreibt, sind unzählig; es gibt keine Krankheit, die sich damit nicht heilen ließe. Ich habe allerdings nicht gefunden, daß die Dayak selbst den Galiga oder Bezoarsteinen irgendeine Wirkung zu*schrieben*."

Außer den kuriosen Gallensteinen und einem bißchen Gold gibt es *nichts, womit* Handel zu treiben wäre. Die Menschen im Apokayan betreiben Subistenzwirtschaft: Die gerodeten Waldböden enthalten genügend Nährstoffe für den Anbau von Reis und Ananas. Die Regierung wirft den Dayak rücksichtslosen Wander*feldbau und Waldzerstörung vor*.

Timothy Jessup hat sich in seiner Doktorarbeit mit den Wirtschafts- *und Lebensbedingungen der Dayak* im Apokayan beschäftigt und kommt zu einem anderen Schluß: Sie pflegen und nutzen das Land mehrere Jahre und betreiben Ackerbau nur in Sekundärwäldern, in denen schon seit Jahrhunderten Landwirtschaft existiert. *Primärwälder* lassen sie unberührt. Sie wandern ab, so der Wissenschaftler, weil sie aufgrund ihrer iso*lierten Lage* die ökonomischen Probleme nicht mehr meistern können und nicht etwa deshalb, weil ihr Land knapp wird. Was die indonesische Regierung gern verschweigt: Der drastische Rückgang von Borneos Wäldern geht zum allergrößten Teil auf das Konto der Loggingfirmen, die über ihre Lizenzen hinaus illegal Holz einschlagen. Eine geregelte Forstwirtschaft fehlt in Kalimantan, Waldpflege und Wiederaufforstung werden so gut wie nicht betrieben.

Timothy Jessup, 32 Jahre alt, begann mit seiner Forschungsarbeit in Sungai Barang 1979. Außer einem Missionar ist er bisher der einzige Weiße, der dort für längere Zeit gelebt hat. Nach der ersten, anstrengen*den Zeit im Langhausabteil des kepala* kampung, des Bürgermeisters, in dem es keinerlei Rückzugsmöglichkeiten gab, fiel die Eingewöhnung dann in der eigenen „Wohnung" im gleichen Langhaus leichter. Im Rotationssystem wurde Timmy von den Frauen der anderen Familien bekocht. „Das war keine gute Lösung", erinnert sich Timmy. „Jede Woche mußte ich von neuem erklären, welches Essen mir schmeckte und wie es zubereitet werden *sollte. Manche waren* nett und brachten mir viele gute Sachen, manche wieder brachten mir jeden Abend *nur Kassavablätter* und winzige Fischchen, die ich gar nicht mochte." Bis Maria auftauchte.

Timmy war ihr schon öfter in den Reisfeldern begegnet und mochte sie gleich. Von ihr lernte er die ersten Brocken der Kenyah-Sprache, half ihr bei der Ernte ihres kleinen Reisfeldes, freundete sich mit ihrem kleinen Sohn Kuley an. Sie bekochte ihn – und traf seinen Geschmack. Maria lebte wie die meisten Frauen in Sungai Barang ohne Mann.

Die Hälfte der Männer – etwa vierzig – arbeiten als Holzfäller oder Plantagenarbeiter in der angrenzenden Provinz Sarawak. Es ist die einzige Möglichkeit, Geld zu verdienen. Der Weg dorthin ist weit, mehr als eine Woche ist man unterwegs. Die Verträge gehen über ein *oder zwei Jahre*; viele bleiben länger oder kommen gar nicht zurück, so wie Kuleys Vater. Er hat seinen fünfjährigen Sohn noch nie gesehen. Marias Vater und ein Bruder sind auch schon lange fort. Als sie Timmy kennenlernte, war sie allein für die Familie verantwortlich, für ihre Mutter, deren Schwester und zehn Geschwister, Cousins und Cou*sinen*.

In Timmy hatte Maria nicht nur einen Freund *gefunden*, sondern auch jemanden, der ihr einige der schweren Arbeiten abnahm. Für die Leute im Dorf war es nichts Ungewöhnliches, daß die Beziehung zwischen dem jungen Weißen und einer ihrer Frauen enger wurde. Timmy: „Eines Tages war ich draußen in den Wäldern mit einem alten Mann, der mir bei der Arbeit half und die Namen aller Bäume kannte. Bei einer Rast zwischendurch sagte er: „Wenn du mit einer Frau leben willst, tu es ruhig, das ist schon in Ordnung!"

Ich erklärte ihm, ich sei ja nur für begrenzte Zeit hier, und es wäre möglicherweise keine Beziehung auf Dauer. Er winkte ab und bekräftigte mich: Es sei eine ganz normale Situation, daß eine Frau und ein Mann für *eine Weile* zusammenlebten und sich dann wieder trennten. Das sei eine Vereinbarung, die man schon vorher träfe. Daraufhin sagte ich ihm, daß da schon eine Frau wäre, die ich sehr gern hätte und mit der ich gerne zusammenleben würde."

Einen Monat nach dem Gespräch mit dem alten Mann heirateten Timothy Jessup und Maria. Marias Mutter, *der Ältestenrat des Dorfes und der* Bürgermeister wurden um ihr Einverständnis gebeten. Timmy besorgte Schweine, und man feierte ein großes Fest. Amei Daut: „Ob es eine Verbindung für immer ist, wissen wir nicht. Das ist auch nicht wichtig. Pak Timmy ist gut zu den Leuten im Dorf. Er bringt uns auch Salz. Wir freuen uns, daß er gekommen ist. Zu uns in die Einsamkeit kommt niemand so gerne. Wir freuen uns, wenn jemand kommt, wir sind traurig, wenn nie*mand kommt. Und dann denken wir*, wir eigentlich woanders leben."

Maria ist eine zierliche, schwarzhaarige Frau mit ebenmäßigen Zügen und fröhlichen, dunklen Augen. Sie ist ungefähr 25, genau weiß sie es *nicht. Sohn Kuley jedenfalls ist fünf*, Timmys Tochter Kerin inzwischen zwei. Kerin wurde ein Jahr nach der Hochzeit geboren. Kurz nach ihrer Geburt verließ Timmy Sungai Barang, um jetzt zum erstenmal wieder zurückzukommen. Maria – oder besser Tinen Kerin, wie sie seit Kerins Geburt heißt – hat die Kleine bei jeder Arbeit dabei, beim Holzschlagen im Wald, auf der Jagd, bei der Arbeit im Reisfeld. Die kleine Kerin sitzt friedlich in einer Rückentrage, die ihre Mutter selbst mit Perlen bestickt und mit Leopardenzähnen geschmückt hat.

Das Motiv auf den Babytragen weist auf den gesellschaftlichen *Stand des Besitzers* hin und wird meistens über Generationen weitervererbt. Adelige – die Paren – schmük*ken ihre Babytragen mit Figuren*, die Arme und Beine haben, während die Panyen, die Bürgerlichen – nur einen Kopf als Schutz vor Krankheit und bösen Geistern auf die Trage sticken dürfen. Aristokraten verwenden als zusätzlichen Schmuck Tigerzähne; die einfachen Leute dagegen müssen sich mit Leopardenzähnen begnügen.

Beide Tierarten sind heute selten geworden. Deshalb behilft man sich inzwischen oft mit Plastikzähnen, die in Samarinda hergestellt werden. Einen weiteren Hinweis *auf* die Schichtzugehörigkeit geben die kunstvollen Tätowierungen auf Armen und Beinen, Händen und Füßen. Diese Kunst stirbt allerdings langsam aus. In Sungai Barang sind nur noch einige alte Frauen tätowiert, unter ihnen die Frau des kepala kampung, des Bürgermeisters.

Die Bürgermeister und auch diejenigen, die jedem Langhaus vorstehen, kommen aus der Adelsschicht. Trotzdem ist ihre Position nicht unbedingt vererbbar. Sie werden gewählt und können genauso wieder abgewählt werden. *Heute haben* die Paren, die Adeligen, keine Privilegien mehr. Die unterste gesellschaftliche Schicht – die dritte Klasse der Sklaven – ist schon seit langem abgeschafft. Wie die Panyen, die bürgerlichen Bauern, bestellen die Paren ihre Reisfelder selbst. Nur der Bürgermeister kann zusätzliche Hilfe beanspruchen: Er braucht mehr Reis als die anderen, weil er alle Gäste des Dorfes bei sich bewirten muß.

So, wie sich die gesellschaftlichen Strukturen verändert haben, verändern sich auch die traditionellen Moden. Das Aussterben der Tätowierungskunst ist ein Beispiel, ein ande*res der Wunsch nach westlicher Kleidung*. Immer mehr junge Leute verzichten auf die schweren Ohrringe: Die langgezogenen Ohrläppchen sind das auffälligste Zeichen der Stammeszugehörigkeit zu den Dayak. Sie gelten in Ost-Kalimantan als die „Unterentwickelten" und sind wenig geachtet.

Auch Tinen Kerin bevorzugt kleine, moderne Ohrringe aus Gold. Sie ist eine der wenigen im Dorf, die eine Armbanduhr und eine Taschenlampe besitzen. Beides hat ihr Timmy geschenkt. Er hat auch das Langhausabteil umgebaut. Die Rückwand hat jetzt Fensteröffnungen, so daß es innen viel heller geworden ist. *Die revolutionärste* Neuerung aber ist der Tisch, der einzige im Dorf. Tinen Kerin kommt auch weiterhin gut ohne ihn aus. Nur gemeinsam mit Timmy nimmt sie die Mahlzeiten am Tisch ein. Bei einem Spaziergang durch die Reisfelder frage ich Timmy nach den größten Unterschieden zwischen ihm und Maria und nach den Schwierigkeiten, die daraus möglicherweise entstehen:

„Ein Unterschied ist der, daß ich als *Lernender herkam, um etwas* über Marias Kultur und ihre Art zu leben zu erfahren. Sie kam nicht nach Ame*rika, um etwas* über meine Kultur zu lernen. Sie hat natürlich auch nie damit gerechnet, daß einmal ein Amerikaner in ihr Leben treten würde. Von Anfang an war ich der Außenstehende, der Fremde. Ich bin der Forschende und Fragende von uns beiden. Ich versuche also, mich an sie und ihr Leben anzupassen und an das der Leute in Sungai Barang. Eine der Schwierigkeiten ist die, daß ich Kenyah noch nicht fließend spreche. Wir haben manchmal Kommunikationsprobleme. Oft bin ich frustriert, wenn ich etwas zu erklären versuche, das kompliziert oder abstrakt ist. *Dafür* kenne ich die Worte nicht; und wenn ich sie kenne, hat Maria keine Erfahrung mit dem, was ich ihr erklären will: Wenn sie mich zum Beispiel fragt, worüber im Radio gesprochen wird, und es ist europäische Politik oder die amerikanischen Baseball-Ergebnisse ..., dann wird es schwer, zu erklären, worum es geht. Und umgekehrt, wenn ich etwas über ihre Erfahrungen wissen möchte oder etwas über die *Kenyah-Kultur*, hat sie Probleme, es mir zu erklären, weil ich nicht die Erfahrungen ihres Lebens habe."

Sonntag in Sungai Barang. Schon am frühen Morgen herrscht rege Geschäftigkeit: Mädchen und Frauen ziehen ihre schönsten Kleider an, schminken ihre Gesichter mit hellem Reismehlpuder und roter Lippenfarbe, Männer schlüpfen in die Sonntagshosen. Ein Zug von etwa hundert Kindern und ebenso vielen Erwachsenen bewegt sich über die schwankende Hängebrücke auf das Holzkirchlein am anderen Flußufer zu. Es ist in den Kenyah-Farben Gelb, Weiß und Türkis auf schwarzem Grund mit schwungvollen Ornamenten bemalt. Die beiden Türflügel zieren zwei freundlich dreinblickende Tiger. Sonnenlicht durchflutet den mit gelb und blau gestrichenen Fenstern versehenen Innenraum. *Der kleine Altar* ist mit einer weißen Spitzendecke, frischen Blumen und einem Holzkreuz geschmückt. Statt einer Kerze flakkert ein Schweinefettlämpchen. Ein verschmitzter Jesus Christus mit Heiligenschein und weißem Engelsgewand schmunzelt von der Wand herunter. Die Predigt wird auf Indonesisch gelesen.

Währenddessen klettert ein kleiner Junge unverdrossen an den Hosenbeinen des Predigers herum. Nie*mand scheint* so recht zuzuhören. Erst als der Mann hinter dem Altar die Geschichte in Kenyah übersetzt, verstummt das Murmeln. Alle lauschen gespannt. Die vier Dorfältesten hocken neben dem Altar auf dem Boden. Ihre zerfurchten Gesichter strahlen Würde aus. Obwohl sie ganz bei der Sache sind, passen sie und die um sie herum sich abspielende Szenerie nicht so recht zusammen.

„Jetzt gibt es bei uns keinen Streit mehr"

Etwas Archetypisches haftet diesen Männern an, eine Form von jahrhundertealter Ur-Lebenskraft und Ur-Weisheit, die nichts mit den Liedern zu tun hat, die die Gemeinde zwischen Predigt und Gebeten zur Musik zweier selbstgebauter Gitarren singt. Ob es seit der Christianisierung noch das „adat", die alten Bräuche von früher gäbe, frage ich nach dem *Gottesdienst Amei Daut. Er weicht* aus, halbe, halbe, meint er, und es ist an mir, diese Antwort zu deuten.

Nein, in *Sungai* Barang sei *man* zufrieden, wie es ist. Erst kamen die protestantischen Missionare, 1968 trat dann die noch nicht getaufte Dorfbevölkerung zum Katholizismus über, der mit dem holländischen Pastor Gramm nach Apokayan kam. „Jetzt", sagt *Amei* Daut, „gibt es keinen Streit mehr. Wir folgen gemeinsam einem Glauben. Natürlich gibt es Unterschiede zu früher. Aber der *größte* Unterschied ist der, daß wir heute das Evangelium haben, das uns zusammenbringt."

„Adat" ist ein Sammelbegriff für die Riten und Gebräuche der Dayak. Die Kopfjagd war ein wesentliches Merkmal des „adat" und hatte in erster Linie zeremonielle Bedeutung. „Adat" beinhaltet den Glauben an Geister *und den Glauben* an Zeichen der Natur: Als Omen gelten beispielsweise Richtung und Flugart des Habichts und des Nashornvogels. Bei Totenfesten schlachten die Benuag-Dayak im Tiefland auch heute noch Büffel, damit deren Kraft auf die Verstorbenen übergeht und sie leichter den Weg ins Reich der Toten finden. Auch der Namenswechsel ist noch heute gebräuchliches *„adat", um die* bösen Geister abzuhalten. Geschnitzte Talismane, um den Hals getragen, sollen vor Krankheit und Tod schützen, Holzfiguren bewachen Häuser und Gräber vor Geistern und anderen unerwünschten Eindringlingen.

In Sungai Barang hält ein mannshoher Holzwächter mit seinen toten Augen Ausschau über den Fluß. Von Wind und Regen zerfressen, von der Tropensonne ausgebleicht, ist er Sinnbild für das langsame Sterben der Dayak-Kultur. Die Dayak wollen den Fortschritt. Was sie nicht wollen, ist der Verlust ihrer Identität. Einen Teil ihrer Traditionen und Werte hat ihnen das Christentum genommen. Andererseits verdanken sie der Kirche die wenigen Verbesserungen ihres kargen Lebens. Die Missionierung hat eine Entwicklung in Gang gesetzt, die nicht mehr aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen ist.

Wenn wir heute glauben, der Fortschritt – den wir mit Zerstörung gleichsetzen – sollte von den wenigen noch verbliebenen Naturvölkern ferngehalten werden, drückt das unsere eigene Sehnsucht aus: unsere Sehnsucht nach einer verlorenen, heilen Welt. Wir sind diejenigen, die Bedürfnisse geweckt haben; wir sollten nicht so vermessen sein, den Wunsch nach ihrer Befriedigung zu verurteilen.

ULRIKE SEIBERT




Das Christentum verdrängte blutige Rituale: Dayaks bei der Jagd im Dschungel von Borneo FOTOS: DIE WELT

Heute . . . Wir bieten nicht nur Naturgummi, Kaffee, Tee und Gewürze, sondern auch Textilien, Sperrholz, kunsthandwerkliche Erzeugnisse und elektronische Artikel . . .

Indonesien ist mehr als die alten Tempel von Borobudur, von Palmen gesäumte Sandstrände oder . . . Bali. Heute bietet Indonesien Geschäftsleuten und Investoren einzigartige Möglichkeiten.

Indonesien produziert und exportiert ein breitgefächertes Angebot von Erzeugnissen:

Aus der Landwirtschaft, Naturgummi, Tee, Keffee, Palmöl, Tabak, medizinische Kräuter, Meeresfrüchte und exotische Fische., Schnittblumen und Orchideen sowie dekorative Hauspflanzen.
Aus der Industrie: Holz- und Holzprodukte wie Sperrholz, Parkettböden, Zierleisten, Furnierholz, Möbel und Textilien, Glaswaren, Papier- und Papiererzeugnisse, Elektronik, verarbeitete Nahrungsmittel usw.

Kunsthandwerk: handgewebte und gefärbte Stoffe, Strickereien, Batik, geschnitzte Möbel, Rattanmöbel, Lederwaren, Keramik, Halbedelsteine, Silberartikel und Zinn.
Wegen weiterer Auskünfte und Hilfestellung beim Aufbau geschäftlicher Beziehungen zu indonesischen Exportunternehmen sowie bei der Ein- und Ausfuhr von Gütern werden Sie sich bitte an die Außenstelle des Indonesian Trade Promotion Centre in Ihrer Nähe. Unsere Mitarbeiter werden sich glücklich schätzen, Ihnen in jeder Hinsicht behilflich zu sein.

● BAGHDAD

Indonesian Trade Promotion Centre
24/6/33 Al-Walhliq Street Alwiyah
P. O. Box 420 Baghdad, Iraq
Telefon: 9 86 77 / 9 86 79 / 9 86 80 / 9 02 60. 7 19 43 23 / 71
Telex: 2517 INDON IK

● DUBAI

Indonesian Trade Promotion Center
Arfiel Tower, 12th floor/1208
Bin Yas Street
Telefon: 21 47 68
Telex: 47954 ITPC EM

● DALLAS

Indonesian Trade Promotion Centre
c/o World Trade Centre – 168
2300 Stemmans Freeway Ste
M5110/AM DALLAS USA.

● HAMBURG

Indonesian Trade Promotion Centre
Glockengießerwall 20
D-2000 Hamburg 1
Bundesrepublik Deutschland
Telefon: (0 40) 33 06 39
Telex: 213 993 ipch d
Telegrammadresse: ITEPECEHA HAMBURG

● JEDDAH

Indonesian Trade Promotion Centre
c/o Indonesian Consulate
Khalid Bin Walid Street, Sharafiah
P. O. Box 10
Jeddah. Saudi Arabia
Telegrammadresse: Indonesia jeddah

● LONDON

Indonesian Trade Promotion Centre
Sherbone House (ground floor)
13. Saville Row
London W IX IAE
United Kingdom
Telefon: 01 - 4390189 / 07 / 07 67
Telex: 299236 INDIRC G.
Telegrammadresse: Indonesia Trade LONDON W IX IAE

● LOS ANGELES

Indonesian Trade Promotion centre
3457 Wildhire Blvd. C 101
Los Angeles CA 90010
Telefon: (2 13) 738-8955
Telex: 194 152 ITPC LA

● OSAKA

Indonesian Trade Promotion Centre
1St Floor Mitsut Building. Midoshjidori
5-1 Bingo' Machi. Higashi-ku
OSAKA JAPAN

● ROTTERDAM

Indonesian Trade Promotion Centre
c/o C. B. I.
Beursgebouw. 5th Floor Coolsingel 58
meent 132 The Netherlands
Telefon (0 10) 13 07 87
Telex: 27151 cbibz
Postanschrift: P. O. Box 3009
3001 DA Rotterdam Niederlande

● SYDNEY

Indonesian Trade Promotion Centre
17th National Mulual Centre
Corner Markel and York Streets
Sydney. N. S. W. 2000
Telefon: (02) 29 77 41
Telex: TPCS – AA 22788
G. P. O.: 2699 Sydney N. S. W. 2001

Besuchen Sie unsere Leistungsschau

Resource Indonesia 86

Nationale Rohstoff- und Warenschau – Djakarta – 10.19. Oktober 1986

Zeit: 10.–19. Oktober 1986
Ort: Monas Ausstellungsgelände im historischen Djakarta (nur 5 Minuten vom Stadtkern entfernt)

Blickpunkt: Indonesiens Hauptexportprodukte, Rohstoffe und Waren einschließlich:

Textilien und Bekleidung

Gewebe und Stoffabschnitte, Baumwolle, Kunstfasern, bearbeitete und bedruckte Baumwolle, handgewebte Stoffe, Seide, Ikat, Lurik, Batik.
Damen- und Herrenbekleidung, Textilien für Jungen und Mädchen, Konfektionskleidung, Modellkleidung und modische Unterwäsche, Nachthemden und -anzüge, Strandkleidung und Badeanzüge, Brautausstattungen, Handschuhe, Schuhe usw.

Möbel und Zubehör für Haus und Garten

Standardmobiliar und elegante Möbel aus Hartholz, Rattan, Metall, kombin. Materialien. Möbel für Hotels und Restaurants, nach Kundenangaben gefertigtes Mobiliar, Korbmöbel. Geschenkartikel, dekoratives Zubehör, Haushaltwaren, Möbel für Garten und Patio, Schreibwaren, künstlerisch gestaltete Gegenstände.

Konsumgüter

Kleine elektronische Geräte, Kassetten, Radios, Lederwaren, Reiseutensilien, Vorratsbehälter, Kosmetika usw.

Industriegüter

Farben, Alkohol, Lacke, Düngemittel, Chemikalien, Arzneimittel und andere Produkte der pharmazeutischen Industrie, Papiererzeugnisse, Gummiprodukte, Stahl, PVC-Beläge, Aluminiumwaren, Zinn, Kupfer, Holzkohle, Batterien.

Baumaterialien

Sperrholz, Sägeholz, Zierleisten, Fußböden, Parkett, Holzblöcke, Zement, Gußeisen, Glas, Verkleidung, Rohre und Abzugsrohre.

Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Fische und Meeresfrüchte

Speiseöle, ätherische Öle, Häute und Felle, verarbeitete Nahrungsmittel, Gemüse, Obst, Thunfisch, Krabben und Garnelen, See- und Frischwasserfische, Austern.

Roherzeugnisse

Kaffee, Tee, Kakao, Zucker, Gewürze wie z. B. Vanille, Zimt, Cassiavera, Muskatblüte, Pfeffer, Ingwer, Muskatnüsse, usw., Gummi, Kohle, Aluminium, Bauxit, Phosphate, Öl, LNG.

Gewürze

Indonesien ist einer der führenden Erzeuger von Gewürzen auf der Welt. Allerdings schlägt diese Sparte lediglich mit 2% am Gesamtvolumen indonesischer Nicht-Öl-Exporte zu Buche.



Die Regierung hat den Versuch unternommen, die Gewürzerzeugung zu intensivieren, indem sie Spezialprogramme für Kleinbauern entwickelte, die den größten Beitrag an der Gesamtproduktion leisten. Den Gewürzausfuhren Indonesiens haben diese Maßnahmen allerdings bisher wenig genützt. Darüber hinaus beschränkt sich die Exporttätigkeit noch immer auf *Pfeffer, Vanille, Cassiavera, Muskatblüte, Zimt und Muskatnüsse.*

Produktion

Gewürzplantagen existieren im wesentlichen im Westen und Süden Sumatras, in Lampung, Minahas, auf den Molukken und im Westen Javas.

Pfeffer gedeiht zur Hauptsache in Südsumatra und Lampung. Diese beiden Provinzen produzieren im Jahresdurchschnitt 40 000 bis 50 000 Tonnen. Muskatblüte und Muskatnüsse werden größtenteils auf den Molukken, in Minahasa (Nordsulawesi) und Irian Jaya erzeugt. Produktion p. a. 16 000 bis 19 000 Tonnen.

Nord- und Westsumatra, Jambi und Java sind die größten Produzenten von Cassiavera mit einer Jahreskapazität von 14 000 bis 19 000 Tonnen.

Tee

Tee ist eine vorrangige Exportware. Er rangiert an siebter Stelle der Devisenbringer unter den Nicht-Öl-Exporten hinter Holz, Gummi, Kaffee, Zinn, Shrimps und Nickel.

Indonesien entwickelt seine Teeindustrie weiter durch die Schaffung neuer Plantagen in den Produktionszentren Westjava, Nordsumatra und Jambi.



Furnierholz (Sperrholz)

Im Laufe der letzten vier Jahre hat sich Indonesiens Furnierholzindustrie enorm entwickelt. Dies ist in erster Linie einer Initiative der Regierung zu verdanken, die 1980 den Export von Rohholz (Baumstämme) stark einschränkte und gleichzeitig die Konzessionäre in der einheimischen Forstwirtschaft beim Bau von Furnierholzwerken großzügig unterstützte.

Die Entwicklung der Furnierholzindustrie schritt so schnell voran, daß Indonesien inzwischen der größte Furnierholzproduzent der Welt ist. Die Indonesian Wood Panel Association (APKINDO) beziffert Indonesiens Anteil an der Weltproduktion von Furnierholz auf 67%.

Indonesien hat in der Zwischenzeit so bedeutende Furnierholzlieferanten wie Singapur, Japan, Taiwan und Südkorea von ihren führenden Plätzen verdrängt. In diesen Ländern haben viele Furnierholzwerke entweder Bankrott gemacht oder mußten wegen drastischer Beschneidungen in der Ausfuhr von Rohholz von seiten Indonesiens ihre Tore schließen.

Allerdings müssen viele der indonesischen Furnierholzfabriken immer noch ihre Erzeugnisse zum Selbstkostenpreis ausführen wegen der gegenwärtig schlechten Wirtschaftslage auf den Weltmärkten. Hinzu kommmen mangelnde Erfahrungen der indonesischen Produzenten im internationalen Geschäft. Die drastische Ausweitung der indonesischen Furnierholzproduktion zu einer Zeit schwacher wirtschaftlicher Entwicklung versetzt ausländische Importeure in eine starke Verhandlungsposition. Somit werden Indonesiens Furnierholzpreise trotz seiner Rolle als der Welt größter Exporteur immer noch im wesentlichen von den ausländischen Importeuren bestimmt.

Produktionsaspekte

Die Zahl der indonesischen Furnierholzwerke, die 1973 aus Produktionseinheiten mit einer kombinierten Kapazität von 28 000 m^3 bestanden, erhöhte sich auf 29 mit einer Gesamtkapazität von 1,95 Mio. m^3 im Jahre 1980. Inzwischen gibt es 95 Fabriken mit einer kombinierten Kapazität von 5,3 Mio. m^3 pro Jahr.
Die Furnierholzproduktion Indonesiens erhöhte sich von 9 000 m^3 1973 auf 1 Mio. m^3 und auf 3,7 Mio. m^3 1984 (Aufschlüsselung s. Tafel 1).

Formhölzer (Zierleisten, Holztäfelungen usw.)

Das Regierungsdekret aus dem Jahre 1980 über die allmähliche Einstellung von Rohholzexporten hatte ein bedeutendes Wachstum in Indonesiens Holzverarbeitungsbetrieben zur Folge. In erster Linie schossen Säge- und Furnierholzwerke aus dem Boden. Andere auf Holz basierende Industrien, die zwar noch relativ jung sind, aber große Entwicklungsmöglichkeiten haben, beinhalten die Herstellung von Fußböden, Wandbeschichtungen, Holztäfelungen, Zierleisten, Brettern usw.

Begünstigt durch reichlich vorhandenes Rohmaterial und expandierende Exportmärkte wird Indonesiens Formholzindustrie sicherlich ein gesundes Wachstum beschieden sein.

Produktion

Die Formholzindustrie stellt Produkte wie Türrahmen, Türpfosten, Bodenbretter, Mobiliarteile, Verkleidungen, Kücheneinrichtungen, Spielzeug, Tennis- und Golfschläger, Schachspiele, Bilderrahmen, Lampenfüße usw. her. Ein Formholzbetrieb ist normalerweise Bestandteil eines Sägewerkes. Es wird geschätzt, daß Indonesien über insgesamt 20 Formholzwerke verfügt. In dieser Zahl sind auch die noch nicht fertiggestellten Betriebe beinhaltet. Ihre gesamte Kapazität beläuft sich auf schätzungsweise 500 000 m^3 pro Jahr.
Formholzbetriebe sind zum größten Teil auf West-, Zentral- und Ostjava sowie auf Ost- und Südkalimantan angesiedelt.

Formholzbetriebe verarbeiten unterschiedliche Hölzer – so z. B. Ramin, Teak, Meranti, Agathis, Kiefer und Jelutung. Eine neuere Untersuchung ergab, daß die Maschinen und technischen Ausrüstungen für Formholzbetriebe hierzulande zum größten Teil aus der Bundesrepublik Deutschland, den USA, Italien und Taiwan stammen.



Textilindustrie

Sofort nach Inkrafttreten des ersten Fünfjahresplanes im Jahre 1969 wurde der Textilindustrie hohe Priorität eingeräumt. Dies geschah in Übereinstimmung mit dem von der Regierung verabschiedeten Programm, zunächst einmal den Bedarf an Grundkleidung zu befriedigen.
Die Industrie ist heute in der Lage, das notwendige Grundmaterial herzustellen – Baumwolle, Kunstfasern sowie ein breites Spektrum an Textilien für den einheimischen Bedarf und überseeische Märkte.

In den letzten Jahren wurde die Entwicklung der *Textilindustrie jedoch stark beeinträchtigt durch* die allgemein schlechte Geschäftslage. Verschiedene Textilfabriken haben ihre Produktion eingeschränkt, manche mußten schließen und sich anderen Geschäftsbereichen zuwenden. Allerdings gibt es verschiedene Unternehmen, die auch weiter expandieren und ihre Produktion stark diversifizieren.

Produktion

Die Textilindustrie in Indonesien begann ihren Aufstieg mit dem Bau von Webereien. Dann folgten Spinnereien und Kunstfaserwerke. Indonesiens Textilindustrie wurde dadurch außerordentlich vielseitig. Sie produziert Garn, Stoffe und Kleidung.



Die Abhängigkeit des Landes von importierten Grundmaterialien für Kunstfasern wird ein Ende kinden, wenn das zur Zeit noch im Bau befindliche Aromatic Centre in Palembang auf Südsumatra in den nächsten Jahren seinen Betrieb aufnimmt.

Es gibt zur Zeit zehn Kunstfaserfabriken im Lande, *die über eine kombinierte Produktionskapazität* von 176 950 Tonnen pro Jahr verfügen, davon 75 550 Tonnen NF und 36 000 Tonnen RS.

Exporte

Das Zentrale Büro für Statistiken berichtet, daß Indonesiens Textilexporte 1980 in Höhe von 15 993 Tonnen, die sich auf einen Wert von 136,41 Mio. US-$ beliefen, im Jahre 1981 um 13,6% auf 18 099 Tonnen anstiegen und einen Gesamtwert von 126,29 Mio. US-$ erreichten. 1982 wurden 24 093 Tonnen 152,85 Mio. US-$), 1983 50 717 Tonnen (263,24 Mio. US-$) und 1984 76 221 Tonnen (469,1 Mio. US-$) registriert.



Indonesien hätte sogar noch größere Mengen ausführen können, wenn die Hersteller ihr Angebot weiter diversifiziert hätten. Die Produktion konzentriert sich zur Zeit hauptsächlich auf Kategorie 6 (Hosen), Kategorie 7 (Blusen) und Kategorie 8 (Hemden).

Indonesiens Textilausfuhren von 1980 bis 1984 entwickelten sich nach Auskunft des Zentralen Büros für Statistiken (Central Bureau of Statistics) wie folgt:

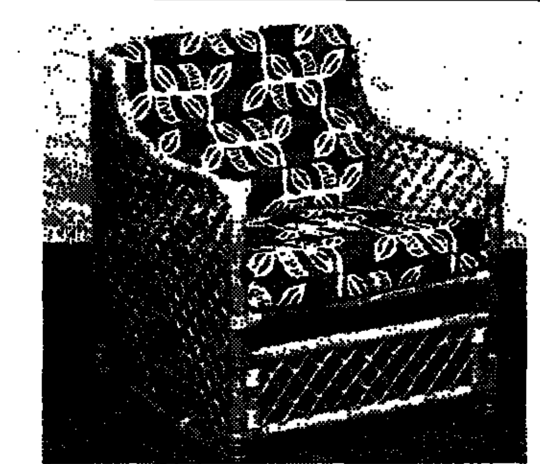
Indonesisches Rattan

Indonesien ist der größte Rattanproduzent der Erde. 80% des weltweiten Aufkommens stammen von hier.

Verschiedene Charakteristika der indonesischen Rattanindustrie sind für ausländische Käufer von Rattanprodukten – das gilt ganz besonders für Möbel – sehr interessant.

Da ist zunächst einmal der technologische Fortschritt in der Möbelindustrie während der letzten Jahre. Er beeinflußte nicht nur die Produktionspreise, sondern auch die Qualität der Arbeitskräfte.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Herstellung von Rattanmöbeln sehr arbeitsintensiv ist. Die Qualität hängt häufig im gleichen Maße von der angeborenen Geschicklichkeit der Arbeitskräfte und den gegenwärtigen Holzbearbeitungsmethoden ab. Hieraus ergibt sich eine gewisse quantitative Produktionsbeschränkung. Da die Käufer aber handwerkliche Arbeit immer mehr zu schätzen wissen, was zu Lasten mechanisierter Produktionsmethoden geht, steigt die Nachfrage.



Es kommt hinzu, daß Rattanmobiliar heutzutage eine wesentlich vielseitigere Verwendung findet als früher. Man stellt es sowohl im Haus als auch im Garten und auf der Terrasse auf. Rattanmöbel werden somit zu einem angemessenen Ersatz herkömmlicher Möbel.

Die Relation zwischen den Ausfuhren von Rattanmöbeln und rohem Rattan war lange Zeit sehr unausgeglichen. Die indonesische Regierung fordert jetzt die Industrie auf, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen und sich mehr der Herstellung von Fertigerzeugnissen zu widmen.

Indonesien ist gut gerüstet und kann jetzt einen langfristigen Anpassungsprozeß in Angriff nehmen. Seine Rohmaterialausfuhren sind beträchtlich; ca. 80% des Weltaufkommens an Rattan stammen aus Indonesien. Zudem verfügt das Land über ein bedeutendes Potential geschickter Arbeitskräfte.

Verarbeitete Nahrungsmittel

Nahrungsmittelverarbeitende indonesische Unternehmen haben im Laufe der letzten Jahre ein bedeutendes Wachstum erfahren.

Indonesien als tropisches Agrarland hält ein breites Angebot landwirtschaftlicher Produkte bereit, u. a. Fischereierzeugnisse und Viehzucht. Das Land bietet eine Vielzahl an Rohstoffen für nahrungsmittelverarbeitende Industrien, die sowohl auf dem einheimischen Markt als auch in den Nachbarländern und in Übersee ihren Absatz finden.

Rohmaterial wie Obst, Gemüse, Nüsse, Gewürze, Fisch, Shrimps und andere Meeresfrüchte, Froschschenkel, Schildkröten, Schnecken usw. bietet Indonesien im Überfluß.

Nachfolgend eine Aufstellung der Produktionsmengen einiger indonesischer Unternehmen der nahrungsmittelverarbeitenden Industrie





Sind Sie an der Einfuhr indonesischer Nicht-Öl-Produkte interessiert? Benötigen Sie Hilfe bei Verhandlungen und Abschlußgesprächen mit indonesischen Exporteuren? Brauchen Sie Informationen und Hilfestellung, ganz gleich welcher Art, für Geschäfte mit Indonesien? Dann nehmen Sie bitte Verbindung mit der NATIONAL AGENCY FOR EXPORT DEVELOPMENT (NAFED) auf.



NATIONAL AGENCY FOR EXPORT DEVELOPMENT (NAFED) · MINISTRY OF TRADE
JL. GAJAH MADA 8, JAKARTA PUSAT, INDONESIA, P.O. BOX: 443/JKT
TEL.: (021) 362666, 345096, 340640, TELEX: 46279 DAGLN IA/44210 DEPDAG JKT., TELEGRAMMADRESSE: NAFED JKT.

INVESTITIONSANREIZE / Was deutsche Unternehmen beachten müssen

Indonesien gelang es, die Rezession ohne Schuldenberg zu überwinden

Südostasien gehört heute ohne Zweifel zu den interessantesten und zukunftsträchtigsten Wirtschaftsräumen der Welt. Führende Industrienationen wie die USA und Japan haben dies erkannt und ihre Investitionstätigkeit in dieser Region gezielt verstärkt. Obwohl immer mehr deutsche Unternehmen – darunter zahlreiche mittelständische Betriebe – in Südostasie Fuß fassen, scheint die Bundesrepublik Deutschland in diesem bedeutenden Wirtschaftsraum noch unterrepräsentiert.

Das gilt auch für Indonesien, das *größte Land Südostasiens. Hinter* Japan, den USA, Hongkong, Belgien, Kanada und Holland nehmen Investitionen aus der Bundesrepublik mit Abstand erst den sechste Rang ein. Die Republik Indonesien, ein Land mit über 160 Millionen Einwohnern und überaus reichen Rohstoffvorkommen, wächst in der Wirtschaftsregion Südostasien zunehmend in eine Schlüsselposition hinein. Dank einer pragmatischen und eher konservativen Wirtschaftspolitik konnte das Land die Schläge der Weltrezession 1982/83 wesentlich besser verkraften als die meisten Entwicklungsländer vergleichbarer Größenordnung.

Heute steht Indonesien ohne überhöhte Schulden*last auf soliden* Füßen und genißt das volle Vertrauen von Weltbank und IMF. Die indonesische Regierung unternimmt alle erdenklichen Anstrengungen, um den Aufschwung kontinuierlich auszubauen.

Gerade an Investitionsprojekten aus der Bundesrepublik Deutschland *ist Indonesien* sehr *interessiert.* Der deutsche Investor findet ideale Bedingungen für arbeitsintensive Produktionen.

- Die Herstellungskosten bei Grundindustrien in der Bundesrepublik sind hoch
- Der Inlands- bzw. europäische Nachbarmarkt wird allmählich eng
- Der Kostenanteil für den Export-Transport der Güter ist unverhältnismäßig groß
- Ein schier unerschöpfliches Reservoir preiswerter und teilweise bereits ausgebildeter Arbeitskräfte
- Billige und ausreichende Rohstoffe
- Günstige Konditionen für Produktionsstätten bzw. Grundstücke
- Ein geradezu maßgeschneidertes Steuersystem, das langfristige ausländische Investitionen in großem Rahmen sichert und unterstützt.

Darüber hinaus bietet die indonesische Regierung Anlegern aus dem Ausland eine Fülle von Anreizen und Garantien. Besondere Unterstützung erfahren dabei Projekte, die im Bereich des aktuellen Fünf-Jahres-Plans 1984–1989 liegen.

Folgende Wirtschaftszweige und Technologien haben heute in Indonesien die größten Chancen:

- Maschinen sowie technische Ausrüstungen
- Herstellung von Basis-Chemikalien
- Schiffbau, Transportgeräte (Bauteile)
- Land- und Forstwirtschaft, Fischfang
- Ernährungs-, Getränke- und Tabakindustrie, Textilindustrie, Baumaterialien, Elektronik sowie elektrische Haushaltsgeräte
- Petrochemie, Produktion von Chemikalien auf Kohle-Basis
- Förderung von Erdöl und Erdgas
- Grubenbau
- Glas, Flaschen und Keramik-Erzeugnisse

Mit diesem Planvorhaben will die Regierung die Industrialisierung des Landes kontinuierlich ausbauen. Wie die meisten „Schwellenländer" ist auch Indonesien bemüht, seine Volkswirtschaft durch die Entwicklung warenproduzierender Industriezweige auf eine breite Plattform zu stellen.

Man sucht Kapital und Technik zu Arbeitskräften und Rohstoffen, die man hat. Dazu wird in großem Rahmen die Hilfestellung ausländischen Kapitals und Wissens benötigt. Indonesien bietet ein schier unerschöpfliches Potential an Arbeitskräften, Rohstoffen und Unterstützung.

Mit der Förderung der Warenproduktion im Lande verfolgt die Regierung folgende Ziele:

- Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch Entwicklung arbeitskräfteintensiver Produktionszweige
- Ermutigung der ausländischen Anleger, ihre Betriebe auch außerhalb der Hauptstadt bzw. der Hauptinsel Java in entfernteren Inselregionen anzusiedeln
- Steigerung der Devisen-Einnahmen durch Exporte sowie gleichzeitige Verringerung der Einfuhren durch im Lande hergestellte Waren
- Erhöhung des Wertes ausgeführter Waren durch Weiterverarbeitung traditioneller Exportartikel aus den Bereichen Landwirtschaft und Bergbau
- Intensivierung der Entwicklung von Wirtschaftszweigen, die die Beschäftigung kleineer Unternehmen sowie Heimarbeitsbetriebe gewährleisten.

Um diese Zielsetzung zu erreichen, hat die indonesische Regierung Prioritäten für industrielle Projekte festgelegt. Höchste Priorität haben dabei Projekte, die das größte Potential zur Förderung weiteren industriellen Wachstums aufweisen. Beispielsweise die Gewinnung und Primärverarbeitung von Bodenschätzen.

Die zweite Prioritätsstufe wurde Wirtschaftszweigen zugewiesen, die den Wert der im Inland gewonnenen Rohstoffe durch Dekundärverarbeitung anheben, die ein realisierbares Exportpotential aufweisen, arbeitskräfteintensiv sind oder mit denen die Einführung neuer bzw. höherentwickelter Technologien verbunden ist.

Priorität der dritte Stufe haben diejenigen Wirtschaftszweige, die überwiegend Verbrauchsgüter für den Ilandsmarkt erzeugen.

Folgende Wachstumsregionen wurden vorerst für den Fünf-Jahres-Plan ausgewiesen: das nördliche Sumatra *einschließlich* der Provinzen Nordsumatra, Aceh und Riau, das südliche Sumatra, Java, Bali, Ost-Kalimantan sowie das südliche und südwestliche Sulawesi.

Für ein Land von der Größe Indonesiens (allein die Provinz Ost-Kalimantan verfügt in etwa über die Flächenausdehnung der Bundesrepublik *Deutschland) gehört eine gesun*de Infrastruktur, die eine effiziente Kommunikation und einen funktionierenden Leistungsaustusch innerhalb des Wirtschaftssystems ermöglicht, zu den wichtigsten Voraussetzungen einer kontinuierlichen Entwicklung. Dem Ausbau des Verkehrsnetztes sowie des Fernmeldewesens wird daher hohe Dringlichkeit zugemessen.

Für investitionsfreudige Unternehmen aus Europa und den USA ist bisher nur Java von größerem Interesse gewesen, geht es um neue Ansiedlungsinvestitionen.

Gegenwärtig bemüht sich die Regierung darum, das Interesse in neue, bisher weniger oder gar nicht bekannte Regionen zu lenken. In Übereinstimmung mit dem nationalen Entwicklungsplan werden vor allem solche Gebiete gefördert, in denen natürliche Bodenschätze wie Mineralien, Öl und Gas vorhanden sind, der Ausbau der Infrastruktur keine großen Schwierigkeiten macht und ein leichter Zugang zu den nationalen wie *internationalen* Absatzmärkten besteht.

In diesen „Industrie-Zonen" wird immer einer bestimmten Fertigung Priorität eingeräumt, zum Beispiel der Chemie, Zementherstellung, Stahlindustrie, Holzverarbeitung. Der Gedanke, der dahinter steckt, ist simpel: Wo neue Industrien entstehen, werden Arbeitskräfte gebraucht, kommen Banken und andere Dienstleistungsbetriebe, entstehen Arbeitsplätze, Dörfer und Städte. Neue Regionen entstehen so ganz zwangsläufig.

Inzwischen wurden eine ganze Reihe dieser Industrie-Zonen geschaffen.

Zement, Kunstdünger, Petrochemie und Holzverarbeitung sind die Standbeine der Aceh Zone, im Norden von Sumatra.

Ebenfalls im Norden von Sumatra liegt Asahan. Hier werden vornehmlich Palmöl und Zucker verarbeitet.

In West-Sumatra hat sich die elektro-chemische Industrie und die Kohleverarbeitung angesiedelt.

Das Spektrum in den Zonen im Süden von Sumatra ist groß: Petrochemie, Zement, Kohle, Holz und Papier.

Merak, Tangerang, Cibinong, Jakarta und Cikampek-Purwakarta in West-Java waren Anziehungsregionen für die Stahl- und Gummiindustrie, für Chemie und Textilverarbeitung.

Auf Central-Java bei Cilacap und Pamotan werden Papier und Röhren gefertigt.

Im Osten von Kalimantan bei Bontang und Tarakan dominieren die Petrochemie und die Papierindustrie.

US

Diskussion mit einem Gast aus der Bundesrepublik: Altbundeskanzler Helmut Schmidt (2.v.r.) inmitten von indonesischen Wirtschafts- und Agrarexperten bei Gesprächen über die Wirtschaft des Landes in der Hauptstadt Jakarta. FOTO: DIE WELT

DEUTSCH-INDONESISCHES PROJEKT

Experten verhelfen Bauern zu mehr Milch

Anfang Juli 1985. Seit zwei Monaten hat es in Air Runding nicht geregnet. Man muß mit dem Wasser sparsam umgehen. Die Büffelwasserstelle ist ausgetrocknet und man sieht sie auch nicht. Eine Kuhherde ist auf dem Felde. Das Wispern des Windes und andere *Geräusche von Tier,* Generator und ab und zu von Autos oder Motorräder vermischen sich. Alltägliche Atmosphäre in Air Runding. Der Projektleiter und seine Assistenten, einige Angestellte sowie ein deutscher Berater wohnen dort.

Air Runding liegt etwa 270 km von Padang (130 km von Sukamenanti) entfernt. Die Straße kann nicht als besonders gut bezeichnet werden, aber seitdem die von ADP (Area Development Project) über den Batang Pasaman *fertig ist, ist Air Runding in* relativ kurzer Zeit zu erreichen.

Von 2000 Hektar Land werden schon 900 Hektar als Gras-Wirtschaftsfelder genutzt. Jeden Morgen bekommen die 627 Kühe noch „dedak", monatlich insgesamt 12 bis 15 Tonnen Kleie. Mit dieser Fütterung aus Deutschland will man die Kühe so ernähren, *daß sie in der Kondition* von West Pasaman gut leben können.

Die besten unter ihnen werden als Zuchttiere benutzt; die zweitbesten werden auf Kreditbasis oder im „Seduaan"-System abgegeben, der Rest wird geschlachtet.

Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Indonesien auf dem *Viehzucht-Sektor wurde 1980 in* Simpang Empat begonnen und 1982 in Air Runding erweitert. Die Kühe von Simpang Empat wurden nach Air Runding gebracht und mit Sumba-Kühen gekreuzt.

Der Bauer Yapeth Sembiering ist zufrieden. Er hatte seine Tomaten, Erbsen und den Chinakohl bei der *Sammelstelle für Gemüse abgeliefert,* beim Reinigen und Sortieren geholfen und bereits am nächsten Tag Bargeld von seiner Genossenschaft Surbakti erhalten. Auch die Preise stimmten, lagen sie doch über den lokalen Tagespreisen.

„Pa" Sembiering ist einer den Bauern aus dem Hochland von Karo, die *von den ersten erfolgreichen „trial* shipments" unmittelbar profitieren, die von dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Genossenschaftsprojekt Pasmakop in Nordsumatra sorgfältig vorbereitet worden waren.

Das Gemüse war von der genossenschaftlichen Warenzentrale (Puskud) ohne weitere Zwischenhändler nach Singapore exportiert worden. Dort zeigte man sich *nach den ersten* Lieferungen wegen der gleichbleibenden guten Qualität ebenfalls zufrieden und zahlte gute Preise.

Durch das *Projekt soll nun eine* selbständige Vermarktungskette aufgebaut werden, die Modellcharakter für weitere genossenschaftliche Vermarktungseinrichtungen in Indonesien haben soll. Die Arbeit dieser Einrichtungen soll unmittelbar zur Einkommensverbesserung der Bauern beitragen.

Ansatzpunkt für die Projektarbeit sind dörfliche Bauerngruppen („klompok"), die sich als aktiv erwiesen haben, deren Entfernung vom *Absatzmarkt, Produktionsmöglich*keiten und Bereitschaft zur Selbsthilfe eine günstige Grundlage für den Aufbau einer eigenen Vermarktungseinrichtung bieten. Den Bauern und ihrer Genossenschaft werden Beratungsleistungen bei der Produktion, Ernte, Sammlung, Reinigung, Selektion, Verpackung und Versand angeboten.

Zufrieden zeigt sich auch Sersoy Ginting aus Sirbakti, der sich mittlerweile voll auf die Herstellung der durch das Projekt verbesserten Verpackung für das Gemüse spezialisiert hat und für diese Arbeit mittlerweile Arbeitskräfte eingestellt hat.

In der Zeit vom Mai 1984 bis jetzt wurden ca. 300 t Gemüse (13 Sorten) per Schiff und Flugzeug nach Singapore exportiert. Die Phase der „trial shipments" soll bis Mitte 1986 dauern. Erst wenn sich die Bauern selbst an die Qualitätsnormen, Einhaltung von Lieferfristen und Regelmäßigkeit der Lieferungen gewöhnt haben und die Vermarktungstransaktionen für die genossenschaftlichen Einrichtungen zur Routine geworden sind, wird das Vermarktungsvolumen graduell gesteigert werden.

Seit Februar 1985 erfolgt die kontinuierliche Belieferung eines Supermarktes in Jakarta sowie für ein Gebiet in Süd-Sumatra. E.S.

TRANSMIGRATION / Bevölkerungsproblem gelöst?

Der Kampf gegen das Gleichnis vom Fisch

Die Entwicklungsaufgaben Indonesiens sind vielfältig und komplex. Eines der schwersten Probleme stellt das rasche natürliche Bevölkerungswachstum und die höchst ungleiche regionale Bevölkerungsverteilung dar. Mit rund 165 Millionen Menschen (1985) ist Indonesien nach der Volksrepublik China und Indien das bevölkerungsreichste Land Asiens.

Zwischen 1920 und 1989 hat sich die Bevölkerung mehr als verdreifacht. Während die mittlere jährliche Wachstumsrate zwischen 1930 und 1961 noch bei 1,5 Prozent lag, betrug die mittlere Zunahme zwischen 1971 und 1980 bereits 2,32 Prozent. Dies *bedeutet, daß sich die Bevölkerung* gegenwärtig pro Jahr um etwa 3,8 Millionen Menschen vermehrt. Mit dieser Dynamik vermag die infrastrukturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung kaum Schritt zu halten. So müßten zwischen 1984 und 1988 beispielsweise allein rund 7,5 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden, um das jährlich um annähernd 1,5 Millionen wachsende Potential der Erwerbssuchenden beschäftigen zu können.

Ungleiche Verteilung belastet Entwicklung

Außer dem schnellen Bevölkerungswachstum belasten jedoch auch die extremen Unterschiede in der regionalen Bevölkerungsverteilung die Entwicklung des Landes nachdrücklich. Denn über 60 Prozent der indonesischen Gesamtbevölkerung leben auf der Insel Java, die aber nur 6,9 Prozent des Territoriums umfaßt. Die Bevölkerungszahl Javas erhöhte sich von schätzungsweise 6 Millionen um 1800 auf rund 101 Millionen im Jahre 1985. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte stieg von etwa 45 E/qkm (1800) auf 761 E/qkm (1985) an. Diese Durchschnittswerte vermitteln jedoch *kein realistisches Bild* der wahren Problematik. Denn regional, wie beispielsweise in den überbevölkerten ländlichen Bezirken Zentral-Javas oder in der Landeshauptstadt Jakarta mit ihren 8 Millionen Einwohnern (1985), finden sich erheblich höhere Bevölkerungskonzentrationen.

Demgegenüber sind andere Inseln wesentlich geringer besiedelt. So weisen beispielsweise Sumatra durchschnittlich nur 70 E/qkm, Kalimantan lediglich 14 E/qkm und Irian Jaya sogar nur 3 E/qkm auf (1985).

Daher wurden bereits 1905 von der ehemaligen niederländischen Kolonialverwaltung Versuche eingeleitet, *die aus dem raschen* Bevölkerungswachstum Javas resultierenden gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgeprobleme durch staatliche geförderte Umsiedlungsmaßnahmen zu vermindern. So gelangten zwischen 1905 und 1941 im Rahmen dieser ursprünglich als „Kolonisation" bezeichneten Programme rund 239 000 landlose oder landarme Javaner zur Umsiedlung. Diese wurden als kleinbäuerliche Agrarkolonisten vor allem auf Sumatra und dort insbesondere in den heutigen Provinzen Lampung und Süd-Sumatra seßhaft gemacht. In geringerem Umfange erstreckte sich diese Form der staatlich gelenkten und finanzierten Binnenwanderung auch auf Bengkulu, Nord- und West-Sumatra, Süd- und Ost-Kalimantan sowie Sulawesi. Während der japanischen Besatzungszeit (1942/45) beschränkte sich die Umsiedlung auf 1867 Familien aus West-Java und 355 Familien von der Insel Bangka, die in 8 neu errichteten Dörfern in Lampung ansässig gemacht wurden.

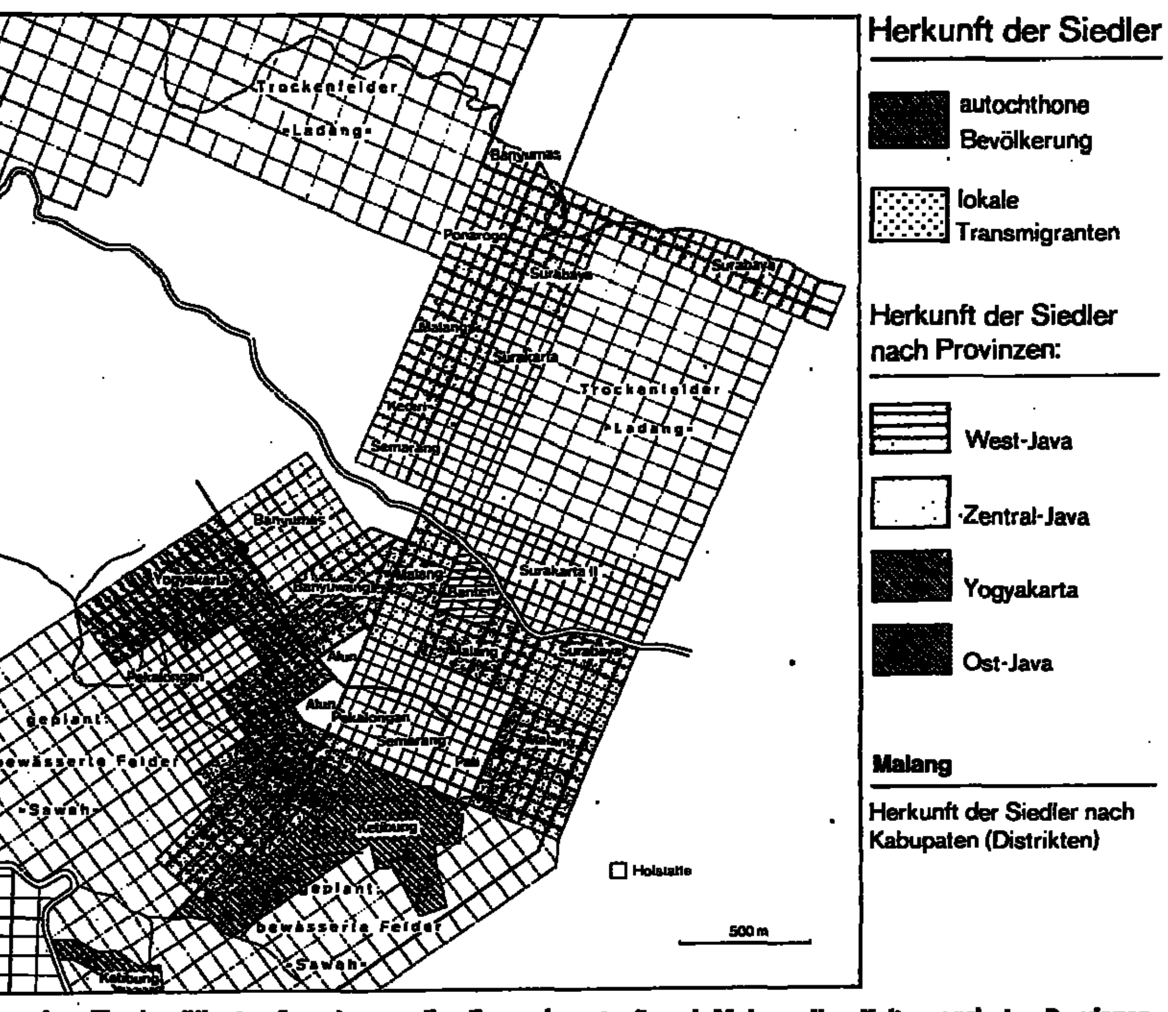
Nach Erlangung der vollen politischen Unabhängigkeit (1949) setzte die indonesische Regierung den skizzierten staatlichen Bevölkerungstransfer verstärkt fort. Seit 1950 wird *er als „Transmigration" bezeichnet.* Dabei soll das Präfix „Trans" verdeutlichen, daß diese binnenstaatlichen Migrationen Wanderungen in „überseeische" Regionen darstellen. Unter den verschiedenen staatlichen, halb-staatlichen, privaten und kirchlichen Umsiedlungsprogrammen kommt der sogenannten „Allgemeinen Transmigration" (transmigrasi umum) bis heute die größte Bedeutung zu. Landwirtschaftliche Neusiedlungsprojekte bilden ihre Schwerpunkte.

Voraussetzungen zur Einbeziehung in die staatliche Umsiedlung sind gute Gesundheit, legale Verehelichung, ein Höchstalter des Familienoberhaupts von 40 Jahren, Erfahrung in der Landwirtschaft, politische Zuverlässigkeit usw. Jede Transmigrantenfamilie erhält hetue landwirtschaftliche Nutzflächen, deren Größe je nach Siedlungsmodell zwischen etwa 2 und 4 Hektar liegt. Ferner wird sie mit einem einfachen Holzhaus, Nahrungsmitteln bis zur Einbringung der ersten Ernte, Geräte zur Bodenbearbeitung und mit Saatgut ausgestattet. Ein Teil der agraren Nutzflächen, die unter die Neusiedler verlost werden, soll bei deren Ankunft in den Dörfern bereits kultiviert sein. Ein weiterer muß von den Umsiedlern selbst gerodet werden. *Die Anlage* von Wegen, Brunnen, Bewässerungsanlagen, der Bau von Schulen, Krankenstationen und anderer dörflicher Infrastruktureinrichtungen tritt heute in der Regel hinzu.

Ferner trägt die Transmigrationsbehörde die Transportkosten. In Projekten, die mit Hilfe der Weltbank finanziert werden, beliefen sich die Gesamtaufwendungen pro umgesiedelter Familie 1984 auf mehr als 10 000 US-Dollar. Um die Neusiedlungen möglichst kostengünstig anlegen zu können, wird daher in jüngster Zeit versucht, etwa 2000 Familien in Projektgebieten von rund 5000 bis 10 000 Hektar anzusiedeln.

Wie in der Vorkriegszeit rekrutiert sich auch heute noch die Mehrzahl der Umsiedler aus der landlosen oder landarmen Agrarbevölkerung Javas. Seit 1953 sind aber auch die übervölkerte „Touristeninsel" Bali und seit 1973 das benachbarte Lombok in das allgemeine staatliche Transmigrationsprogramm einbezogen. Dennoch ist die Bereitschaft zur Umsiedlung, insbesondere bei der Gruppe der Allerärmsten, in der Regel gering. Denn auch auf Bali und Lombok gilt noch immer das javanische Gleichnis vom Fisch: „Lieber daheim Not leiden, als in der Ferne im Überfluß schwimmen." Zwischen 1950 und 1983 konnten demzufolge auch nur rund 1,2 Millionen Menschen in Sumatra, Sulawesi und Kalimantan sowie untergeordnet auf den Molukken und in Irian Jaya angesiedelt werden. Während des gegenwärtig laufenden vierten Fünfjahresplanes (Repelita IV) ist vorgesehen, zwischen 1984 und 1989 rund 800 000 Familien umzusiedeln.

Die Projekte, die sich auf tropische Regenwaldareale, schwer kultivierbare Alang-Alang-Langgrasflächen und Sumpfgebiete im Küstenbereich erstrecken, werden durch die Weltbank, FAO das World Food Programm, die Asiatische Entwicklungsbank und andere ausländische Institutionen finanziell gefördert. Bilaterale Hilfe kommt insbesondere aus den USA, Niederlanden, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland.



Aus dem überbevölkerten Java kamen die „Transmigranten" nach Malang. Ihre Kultur, nach den Provinzen verschieden, blieb neben der bodenständigen erhalten

Deutsche helfen in Ost-Kalimantan

Als Beispiel für die deutsch-indonesische Zusammenarbeit sei das Regionalentwicklungsprojekt in Ost-Kalimantan (TAD) genannt. Trotz erheblicher Verbesserungen in jüngster Zeit, beeinträchtigen jedoch noch immer finanzielle, wirtschaftliche, technisch-organisatorische, psychologische und sozio-kulturelle Probleme die staatliche Siedlungspolitiker. Doch stellt der Bevölkerungstransfer kein isoliertes Programm zur bloßen demographischen Entlastung der Abwanderungsregionen dar. Denn die Transmigration wird heute primär als ein wichtiges Instrument zur Erschließung der Zuwanderungsräume, das heißt als integraler Bestandteil der nationalen Entwicklungsplanung zum Abbau bestehender regionaler Disparitäten in der Wirtschaftsentwicklung Indonesiens, angesehen.

Darüber hinaus kommt der Umsiedlung aber auch eine nicht zu unterschätzende politische *Bedeutung im* Prozeß des „Nation Building" des erst seit 40 Jahren unabhängigen, weiträumigen Insel- und Vielvölkerstaates zu.

Neuguinea, mit 771 900 qkm die nach Grönland zweitgrößte Insel der Welt, ist eine der wenigen Regionen, denen noch der Hauch des Unerforschten anhaftet. Auch hier gibt es namhafte Transmigrationsvorhaben. Obwohl die Insel bereits 1527 von Portugiesen entdeckt und 1569 auf der Weltkarte des Mercator dargestellt wurde, blieben doch große Teile bis nach dem Zweiten Weltkrieg unerschlossen. Selbst heute sind noch *einige Gebiete* weitgehend unerforscht. Dies gilt insbesondere für Teile des schwer zugänglichen, zentralen Berglandes in indonesisch West-Neuguinea. Dieses riesige Gebiet von rund 422 000 qkm wurde 1828 von den Niederlanden in Besitz genommen und 1963/69 unter Beteiligung der Vereinten Nationen dem indonesischen Staat angegliedert.

Irian Jaya ist von mehreren parallel zueinander verlaufenden Gebirgsketten durchzogen. Sie erreichen in dem schneebedeckten Puncak Jaya mit 5030 m ihre höchste Erhebung. Insbesondere im Süden und Westen schließen sich den Faltengebirgen große versumpfte und daher schwer zu durchdringende Schwemmlandebenen an. Sie werden von großen Flüssen, wie etwa dem Digul, durchzogen. Etwa 65 bis 70 Prozent der Provinz sind noch mit verschiedenen, artenreichen tropischen Waldformationen bedeckt. Die reiche Vegetation soll allein etwa 3000 Orchideenarten umfassen.

Aber auch kulturell ist West-Neuguinea einer der faszinierensten Landesteile Indonesiens. Denn in kaum einer anderen Region des Vielvölkerstaates haben sich auch nur annähernd so viele urtümliche Phänomene und Verhaltensweisen bis heu*te behaupten können. Die nur rund* 1,3 Millionen Menschen zählende melanesische Bevölkerung (1985) konzentriert sich überwiegend in den Hochtälern und im Küstenraum. Sie zerfällt traditionell in zahlreiche, vielfach isoliert nebeneinander lebende, ethnische Gruppen. Fast jeder Stamm bietet in Sprache, Religion, Kunst und gesellschaftlicher Ordnung etwas Besonderes. Wichtigste Wirtschaftsform der teilweise noch auf steinzeitlicher Kulturstufe lebenden Stammesgesellschaften ist die mit Brandrodung verbundene Land-Wechselwirtschaft. Aus diesem Grund gab es hier auch den heftigsten Widerstand gegen die Ansiedlung von Fremden. Viele Melanesier gingen über die Grenze nach Neu-Guinea. Es kam zu politischem Zwist zwischen beiden Staaten, die inzwischen aber ausgeräumt sind.

Neusiedler helfen Irian Jaya zu entwickeln

Die infrastrukturelle und wirtschaftliche Entwicklung stößt bis heute auf große Schwierigkeiten. Exportwirtschaftlich bedeutsam sind neben Holz, Kopra und Fisch insbesondere Nickel und Kupfer. Aber auch Gold- und Erdöllagerstätten werden abgebaut. Ausgangspunkt für Abenteuerreisen ist die Provinzhauptstadt Jayapura, das frühere Hollandia beziehungsweise Sukarnopura. Dieser rasch wachsende zentrale Ort (1961:14 500; 1985: 60 000 Einwohner) mit seinem Flugplatz in Sentani *ist von Jakarta über die Insel Biak* mit der indonesischen Fluggesellschaft Garuda heute fast mühelos zu erreichen. Mit den Neusiedlern kam auch das Interesse an der fernen Provinz.

WERNER RÖLL

DEUTSCHE GTZ / ADP-Projekt in West-Pasaman

Den Beginn der Zukunft markiert eine Straße

Majestätisch thront der Gunung Talamau, ein erloschener Vulkan von fast 3000 m Höhe, über der Landwirtschaftsstation Sukamenanti. Dort wurde 1980 das Zentrum des Area Development Project West Pasaman (ADP) eingerichtet, dort lebt ein Teil der Experten der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und ihre indonesischen Counterparts, von dort werden die Aktivitäten und Programme für die Projektregion geplant und ausgeführt, um die Entwicklung West-Pasamans voranzubringen.

West-Pasaman liegt im extremen Nordwesten der Provinz West-Sumatra. Etwa 215 000 Einwohner zählt die Region, deren Größe nahe an die Gesamtfläche Balis heranreicht. Aber im Gegensatz zu der „Insel der Götter" ist West-Pasaman dünn besiedelt. Dies liegt an den natürlichen Gegebenheiten, denn West-Pasaman gliedert sich in eine sumpfige, teilweise unbewohnte Küstenzone, der eine mittlere Hügelzone folgt, die das Hauptsiedlungsgebiet darstellt. Diese geht über in eine bewaldete Bergzone, die bis zur Gebirgskette der Barisan Berge an der Grenze zu Nord-Sumatra reicht, dominiert von dem Malintang Vulkan (1983 m). Ebenso wie die höheren Zonen des Talamau, dessen Kegel den Südwesten überragt, sind beträchtliche Teile im Norden noch von unberührtem Bergwald beherrscht. Menschen siedeln hier kaum, aber eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt ist zu finden, gekrönt vom majestätischen Sumatra-Tiger.

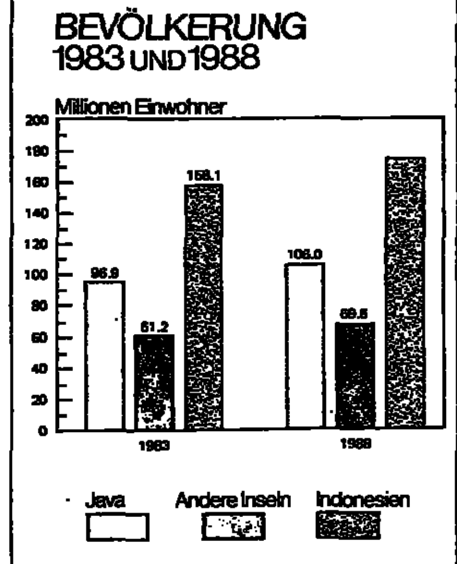
Abweichend vom restlichen *West-Sumatra, der* Provinz der Minangkabau, finden sich in West-Pasaman, neben einer Minangkabau-Mehrheit, auch Vertreter anderer indonesischer Volksgruppen. Von Norden her wanderten seit Jahrhunderten eine große Zahl Familien mit Batak-Mandailing-Abstammung ein. Außerdem wurden bereits zur Holländerzeit Javaner nach West-Pasaman gebracht, um auf der Ölpalmenplantage Ophir zu arbeiten. Nach der Unabhängigkeit kamen weitere javanische Familien im Rahmen des Umsiedlungsprogramms „Transmigrasi" in die Region, die meisten wurden am Fuße des Talamaus angesiedelt.

In Zukunft soll das noch relativ dünn besiedelte West-Pasaman neue Heimat werden auch für eine größere Anzahl von Siedlern aus den Ballungsgebieten West-Sumatras, die aufgrund von Landknappheit und Naturkatastrophen in ihrem angestammten Gebiet in Armut leben müssen. Durch die Umsiedlung soll ihnen eine bessere Lebensgrundlage gegeben werden; gleichzeitig können die noch nicht ausgenutzten wirtschaftlichen Möglichkeiten – hauptsächlich in der Landwirtschaft – West-Pasamans besser genutzt werden.

Die Region ist vom übrigen West-Sumatra nur schwer zugänglich, behindert durch die Gebirgskette im Norden, das Talamau-Massiv im Süd*osten und den 120 km langen Küsten*streifen im Westen. Hier soll die indonesisch-deutsche Zusammenarbeit Abhilfe schaffen: Entlang des Küstenstreifens ist eine Verbindungsstraße zur Provinzhauptstadt Padang im Bau; Ende 1984 wird man Sukamenanti von dort aus in 3½ Stunden erreichen können, anstatt der 12 Stunden auf einer holprigen, gefährlichen Wegstrecke über Bukittinggi.

Im Rahmen der Vorbereitung von Repelita III wurde West-Pasaman – neben den Mentawai Inseln – als zurückgebliebene, ärmste Region der Provinz West-Sumatra identifiziert. Da die indonesische Entwicklungsplanung eine Schwerpunktverlagerung in Richtung auf Verteilungsgerechtigkeit und regionalen Ausgleich signalisierte, und sich auch in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine starke Hinwendung zum Konzept „ländliche Entwicklung" vollzogen hatte, wurde 1980 im Anschluß an eine gemeinsame indonesisch-deutsche Projektfindungsmission das ADP-Projekt als ländliches Regionalentwicklungsprojekt aus der Taufe gehoben.

Voraussetzung sämtlicher Aktivitäten war der Bau der Verbindungsstraße. Gemeinsam damit begann ADP mit der Förderung des für West-Pasaman wichtigsten wirtschaftlichen Bereichs: der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Dabei standen Ausbau der Beratungsdienste für Nahrungskulturen, einschließlich Reis, Baumkulturen und Tierhaltung zunächst im Vordergrund.



Gleichzeitig dazu wurden in dieser ersten Phase weitere Zusatzinformationen zu grob identifizierten Potentialen und Möglichkeiten gesammelt: Küsten- und Teichfischerei, Genossenschaften und Selbsthilfeorganisationen, ländliches Kreditwesen, Kleinindustrie, Forst, Reisbewässerung, Ausbau der Küstenhäfen, Situation der Frauen. Außerdem wurden die vielfältigen Informationen aufbereitet und ausgewertet, die sich aus den Maßnahmen vor Ort ergaben. Eine Sonderaktivität war die Wiedereröffnung der von den Holländern errichteten Ölpalmenplantage Ophir.

K.B.

AUSSENPOLITIK / Nach den politischen Abenteuern der Sukarno-Ära setzte Präsident Suharto neue Akzente

„Wir können auch heute eine Schlüsselrolle bei den Pazifik-Anrainerstaaten spielen"

Von M. WEIDENHILLER

Indonesiens Stolz war verletzt, seine Ehre gekränkt, als Präsident Reagan 1983 seinen Jakarta-Besuch absagte. Der Gipfel in Tokio Anfang Mai bot eine neue Gelegenheit: Der „Wind der Freiheit", so das Motto der Elf-Tage-Tour des Präsidenten, „wehte" Ronald Reagan auf die Insel Bali. Sein Händedruck, sein Gespräch mit *Präsident Suharto erheischte höchste* Aufmerksamkeit – ein Ereignis in der ansonst wenig ereignisreichen Außenpolitik Indonesiens.

In den vergangenen 20 Jahren nämlich konzentrierte sich das Land auf sich selbst. Es pflegte eine „introvertierte Orientierung", wie es in Jakarta hieß. Das Interesse galt einer innenpolitischen Stabilisierung und dem wirtschaftlichen Aufbau.

Man könnte auch sagen, diese selbstgewählte Isolation glich einer Reaktion auf die bewegten Zeiten der *Sukarno-Ära. Sukarno betrieb eine* Außenpolitik ständiger Abenteuer. Mit Sukarno verband sich die Konferenz der Blockfreien in Bandung, aber auch die Konfrontation mit Malaysia, der Flirt mit der Sowjetunion und später mit China.

Nach dem gescheiterten Putschversuch des Jahres 1965 setzte Sukarnos Nachfolger Suharto andere politische Akzente. Die Außenpolitik überließ er fähigen Technokraten. Er selbst konzentrierte sich auf Indonesien, auf die Region. Vor etwa zwei Jahren begann er umzudenken. Er reiste in die USA und erstmals auch nach Osteuropa; er suchte die Annäherung an China. Den vorläufigen Höhepunkt seiner Bemühungen erreichte er 1985 auf der Bandung II Konferenz, an der 82 Nationen teilnahmen.

Auch sein sehr reger Außenminister Mochtar Kusmatmaadja warb für sein Land; er kräftigte Indonesiens Einfluß innerhalb der Islamischen Weltkonferenz. Er setzte sich für eine Kooperation der Pazifik-Anrainer-Staaten ein, und er ist Wortführer innerhalb der Asean in Sachen Kambodscha. Über diese neuen Aktivitäten sagt er selbst: „Wir spielten eine Schlüsselrolle in der nachkolonialen Zeit. Wir können das auch heute." Suharto habe intern Ordnung geschaffen, jetzt *könne man* sich der Welt draußen widmen.

Verständlich der Wunsch, daß Indonesien, mit 160 Millionen Menschen das fünftgrößte (und das größte islamische) Land der Welt, eine seiner Bevölkerung entsprechende Rolle *spielen will. Die Aufbauleistungen in* der Landwirtschaft und der Industrie sind beachtlich. Aber trotz der bis vor kurzem reichlich fließenden Ölmilliarden steht die Republik recht arm da. Ihr BSP ist gering, verglichen mit anderen Ländern Südostasiens, wie etwa Malaysia oder Thailand, wird *unterschritten nur bei den kommunistischen* Nachbarn der Region.

Die Mehrheit der Bevölkerung hat von dem Aufbauerfolg also nicht nachhaltig profitiert. Die gegenwärtige Wirtschaftslage treibt außerdem die Zahl der Arbeitslosen in die Höhe. Diese Tatsachen gilt es zu berücksichten, wenn von nationaler Stabilität und Sicherheit die Rede ist. Sie sind auch geeignet, einen möglichen außenpolitischen *Höhenflug* zu bremsen.

Die These von der „nationalen und regionalen Spannkraft", die Jakarta seit mehr als einem Jahrzehnt propagiert, bleibt somit gültig. Obwohl interpretationsfähig, besagt sie, daß es gilt, die eigenen Kräfte zu mobilisieren, innere Ruhe und damit die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Außenpolitische Initiativen sind gleichwohl wünschenswert. Die Welt um Indonesien herum hat sich nachhaltig verändert: Der Niederlage der Amerikaner in Indochina folgte eine *sowjetische* Machtentfaltung in der Region. Das Kambodscha-Problem ist eine ständige Herausforderung. Auch die Modernisierung Chinas und die Entwicklung auf den Philippinen kann Jakarta nicht länger ignorieren.



Idylle vor tropischer Kulisse: Surfer vor der Küste von Bali FOTO: DIE WELT

Seit Jahren bemüht es sich als Partner der Asean, Vietnam zu einem Einlenken – *einem* Abzug seiner Truppen aus Kambodscha – zu bewegen. Darüber hinaus pflegt es eine rege bilaterale Diplomatie mit Hanoi. Trotz der abweisenden Haltung Hanois in der Kambodscha-Frage ist Jakarta darauf bedacht, die Tür zum Dialog offen zu halten. Anders als Thailand, das einer militärischen vietnamesischen Bedrohung unmittelbar ausgesetzt ist, ist Indonesien überzeugt, daß die Hauptgefahr für die Region nicht von Vietnam, sondern von China ausgeht.

Es mißtraut seinen langfristigen Plänen in Südostasien. Es überrascht daher nicht, daß vor allem den indonesischen Militärs viel an einem stabilen und unabhängigen Vietnam liegt – als Puffer gegenüber China. Noch immer herrscht die Meinung vor, daß China die indonesischen Kommunisten 1965 unterstützt hat.

Die 1967 eingefrorenen Beziehungen wurden erst vor einem Jahr etwas aufgetaut: Statt über Drittländer wie Singapur und Hongkong wird der Handel nun direkt abgewickelt. Ein weiterer „Durchbruch" folgte auf Bandung II. Suharto und Chinas Außenminister Wu Xuequian reichten sich die Hand. Zweifelsohne ein historischer Augenblick.

Chinas Öffnung nach außen und die enger werdende Kooperation mit den USA beunruhigen Indonesien zutiefst. *Es gerät gewissermaßen* in Zugzwang, nach Gleichgewicht zwischen den in der Region anhaltenden Supermacht-Rivalitäten zu suchen. Anders ausgedrückt bedeutet dies, das Verhältnis Jakartas zu Moskau aufzulockern und zu intensivieren. *Zwar* gelten die Beziehungen als korrekt, und ein Handelsabkommen gibt es seit 1974. Aber Suharto hat Moskaus Afghanistan-Invasion verurteilt, und er hat vor einigen Jahren zwei Sowjets wegen Spionage ausgewiesen. Eine pragmatische Haltung hat inzwischen die Oberhand gewonnen. Die Handelsbeziehungen wurden erweitert, Indonesien öffnete den Sowjets vier seiner Häfen.

Den nach wie vor wichtigsten Platz in der indonesischen Außenpolitik nehmen die USA ein. Irritationen gibt es aber auch hier. *Indonesien hat sich* von Amerikas Versicherung nicht ganz überzeugen lassen, daß die engere Zusammenarbeit mit Peking nicht auf Kosten Südostasiens gehen werde. Anders als Thailand und Singapur wartet es noch immer auf eine feste Zusage über die Lieferung von F-16-Flugzeugen. Trotzdem: Die Beziehungen sind besser als die Jakartas zu Moskau oder gar Peking. Reagans *Händedruck mit Suharto auf* Bali war dafür das äußere Zeichen.

STEUERSYSTEM / Voraussetzung für reibungslose Tätigkeit der Industrie

Reform schuf ideale Bedingungen für ausländische Investoren

Mit der Anfang 1984 in Kraft getretenen Steuerreform hat Indonesien wesentliche Voraussetzungen für den reibungslosen Ablauf einer in- wie *ausländischen* Investitionstätigkeit geschaffen. Nach Meinung internationaler Wirtschaftsexperten verfügt Indonesien heute über eines der einfachsten, gerechtesten und effizientesten Steuersysteme der Welt.

Vor allem drei wichtige Gesetze haben entscheidend zur Steuerreform beigetragen. Zum einen wurden die Spitzensätze für Unternehmen wie Einzelverdiener *sowie die* Vielzahl der Steuerklassen beträchtlich verringert.



Ein Land mit hohem Freizeitwert: Tempelreise auf einer der Inseln FOTO: DIE WELT

Dennoch konnten mit den getroffenen Maßnahmen die Staatseinkünfte angehoben werden, da bei verringertem Verwaltungsaufwand nunmehr ein größerer Bevölkerungskreis veranlagt wird. Im Juli 1984 wurden eine Mehrwertsteuer sowie eine Umsatzsteuer für spezielle Luxusgüter eingeführt.

Die Reform des indonesischen Steuersystems war dringend notwendig, da es zum großen Teil noch aus der Kolonialzeit stammte. Seine komplizierte und unübersichtliche Struktur war ein gravierender Hemmschuh *für eine positive Wirtschaftsentwicklung.*

Die 84er Steuerreformen stellen darüber hinaus den Staatshaushalt der Republik auf eine breitere Basis. Die ungesunde Abhängigkeit von den Erträgen aus Erdöl- und Erdgasförderung konnte abgebaut werden.

Einige der wichtigsten Veränderungen durch die Steuerreform im einzelnen:

Jahreseinkommen von Körperschaften und Einzelpersonen in Höhe von über *50 Millionen Rupien (44 000* US-Dollar) unterliegen einem Steuersatz von 35 Prozent. Bei Einkommen zwischen 10 und 50 Millionen Rupien (zwischen 9000 und 44 000 US-Dollar) liegt der Satz bei 25 Prozent, bei Einkünften unter 10 Millionen Rupien bei 15 Prozent.

Vor den Reformen gab es für Körperschaften drei Steuergruppen mit Steuersätzen bis zu 45 Prozent, für Einzelpersonen 19 verschiedene Steuersätze bis zu 50 Prozent. Die 1984 eingeführte Mehrwertsteuer beträgt 10 Prozent, die Umsatzsteuer für bestimmte *Luxusgüter liegt zwischen* 10 und 20 Prozent.

Bei Exporterzeugnissen aus Indonesien entfallen Mehrwert- und Umsatzsteuer. Somit kann eine Rückvergütung dieser Abgaben beantragt werden.

Die 84er Steuergesetze – in Verbindung mit einer Reihe von Durchführungsbestimmungen – gelten für Unternehmen im indonesischen Inland, Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Indonesien sowie die erwerbstätige Bevölkerung Indonesiens einschließlich der im Lande tätigen ausländischen Arbeitnehmer.

Ein entscheidender Pluspunkt für den Entschluß eines deutschen Investors, in Indonesien Fuß zu fassen, ist sichtlich die überaus positive Arbeitsmarktsituation. *Die Löhne im Lande* gehören zu den niedrigsten in ganz Asien. Dennoch gibt es bereits eine große Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte, da die indonesische Regierung in den letzten Jahren mit erheblichem Aufwand Ausbildungs- und *Schulungsprogramme gefördert hat.*

Auch auf die Frage nach Sicherheiten für seine Kapitalanlage wird dem deutschen Investor eine zufriedenstellende Antwort zuteil. BKPM-Direktor Sjamsoel Arifin: „Es existieren internationale Schutzverträge, die Garantievereinbarungen mit der Bundesrepublik Deutschland *sowie* Konventionen über die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Personen *verschiedener Nationalität* bei Investitionsprojekten beinhalten."

Ausländischen Anlegern ist mehr denn je daran gelegen, in der Republik Indonesien zu investieren. Interessen-Schwerpunkte sind dabei nach Aussage des indonesischen Ministers für nationale Entwicklungsplanung Dr. J.B. Sumarlin: Verkehrswesen, Holzveredlung, Elektrizitätswirtschaft sowie die Metall- und Maschinenbauindustrie.

Wie aus einer neuen Untersuchung des Finanzinstituts für Investitionsprojekte in Entwicklungsländern, der DEG GmbH in Köln, hervorgeht, liegen beispielsweise die Investitionsschwerpunkte deutscher Mittelbetriebe in Indonesien auf den Sektoren der Lebensmittel-Veredlung, Konservenfabrikation, Reisplantation, Transportausrüstung und Chemieindustrie.

Allerdings ist von europäischen Unternehmern und Geschäftsleuten immer wieder zu hören, wie relativ schwierig kompetente und verläßliche indonesische Partner für ihre *Investitionsbemühungen zu finden* seien. EDWIN SIEWERT

OST-TIMOR / Erst langsam normalisiert sich das Leben nach dem Bürgerkrieg auf dem neuen Territorium der Republik Indonesien

Mit großem Einsatz hilft Jakarta den Insulanern

Von RÜDIGER SEIFERT

Im Juli 1973 war ich zum ersten Mal in der damaligen Kolonie Portugals, in Ost-Timor, bevor der Bürgerkrieg ausbrach zwischen der Befreiungsfront „Fretelin" und den portugiesischen Verwaltern. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen griff die Republik Indonesien in den Konflikt ein, besetzte den Inselteil, wie von dem damaligen Rat der Timoresen erbeten, und versuchte seine Befriedung, was zu einem erbitterten Kampf mit der sich immer mehr marxistisch ausrichtenden Freiheitsbewegung der „Fretelin" führte, wobei der letzte Gouverneur Portugals mit seinen Beamten schon zuvor die Insel in Richtung Atauro verlassen hatte.

Beide Armeen gingen sehr hart vor, was zuletzt die Zivilbevölkerung am ärgsten betraf. Neben den kriegerischen Handlungen kam es zu Versorgungsschwierigkeiten, so daß eine akute Hungersnot auf dem Inselteil ausbrach, die ebenfalls einen großen Teil der Bevölkerung wegraffte.

Man kann sagen, daß eigentlich in jeder timoresischen Familie Opfer aus diesen Auseinandersetzungen zu beklagen sind, die bis heute nicht vergessen sind, und die Beklemmung Indonesien gegenüber zurückgelassen haben, obgleich man die Schuld dafür niemals einer Seite alleine zurechnen kann. Indonesien verhängte scharfe Einwanderungsbestimmungen, bedingt durch die angespannte Sicherheitssituation auf der Insel, und sperrte mehr oder weniger diesen neuen Landesteil für alle Ausländer, zunächst auch für die übrigen Bewohner des eigenen Landes.

Nach meinem jetzigen Besuch habe ich ein wenig Verständnis für diese Maßnahme finden können. Ich habe die Anklagen gegen Indonesien seitens der Organisationen gelesen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Die indonesischen Behörden haben mir völlig freie Hand gelassen, was die Zusammensetzung meines Besuchsprogramms anging.

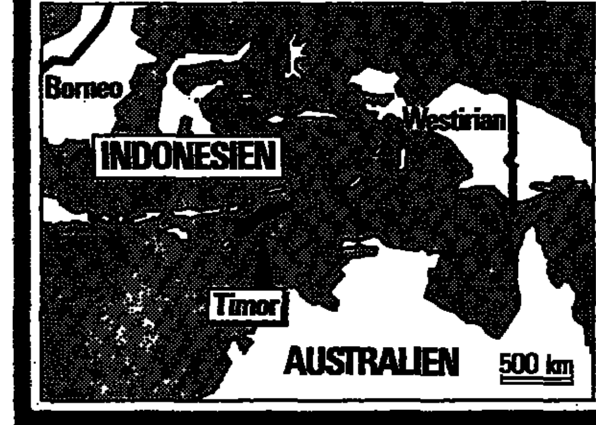
Ich unterlag keinen Beschränkungen, konnte das Programm ad hoc abändern, so daß ich keine vorbereiteten Besuche abstattete, vielmehr alle Personen und Einrichtungen überraschend aufsuchte, was mir einen realistischen Einblick in die heutige Situation gegeben hat.

Da der Gouverneur zur Zeit meines Besuches im Weihnachtsurlaub war, konnte ich ihn nicht treffen, dafür aber den Sekretär der Provinzregierung. Mit ihm hatte ich ein ausführliches Gespräch über die derzeitige Situation des Landesteiles. Die „Fretelin" ist seiner Meinung nach nicht mehr aktionsfähig. Sie betätige sich nur noch als umherziehende Räuberbande, vor der sich die Bevölkerung fürchte, und habe 25 indonesischen Soldaten im Dezember das Leben gekostet. Ich habe in verschiedenen Dörfern nachgefragt, durch Priester, die das Vertrauen der Bevölkerung haben, ob dies ihrer Meinung nach so der Fall sei.

Man bestätigte mir, daß man vor diesen Leuten Angst habe, weil sie nicht nur raubten, sondern auch Häuser ansteckten und Menschen erschlügen. Mir wurde das alles sehr leise und verschwiegen berichtet, denn man fürchtete deren Rache, erzählt man so etwas einem europäischen Ausländer. Konkret gesprochen, ich befragte in diesem Punkte die Timoresen in den Dörfern Fatumaka, Venilale, Cairui, Sare und Komoro. In der Stadt Baucau war es nur schwer, wie mir der Pfarrer bestätigte, da man Angst habe.

Während meines Besuches habe ich keine Unterernährung gefunden, weder in den Dörfern der Hauptinsel noch auf Atauro, auch nicht im Lager in Atauro. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß man das Problem der Hungersnot überwunden hat, wenngleich nur mit massiver Nahrungseinfuhr aus dem übrigen Indonesien. Dieser Inselteil alleine ist nicht in der Lage, hinreichend Nahrungsmittel für sich selbst zu produzieren.

Ich habe den Wochenmarkt an einem Sonntag in Baucau besucht: Das Angebot war reichhaltig, im Vergleich zu manch anderer Provinz in Indonesien sogar reichhaltiger. Es war ein reges Treiben, Kaufen und Verkaufen auf dem Marktplatz, und die Bevölkerung hatte auch das Geld, sich mit den notwendigen Dingen zu versorgen, was vor allem für Nahrungsmittel gilt.



Auch die Utensilien des täglichen Bedarfs waren hinreichend vorhanden und wurden entsprechend gekauft. Die Kleidung der Timoresen war einfach, jedoch äußerst sauber und den Umständen entsprechend gepflegt. Gleiches gilt für die besuchten Wohnungen, die meisten in der üblichen lokalen Bauweise.

Ein großes Problem sind die Straßen und die Transportmittel, die für den Personenverkehr noch nicht hinreichend vorhanden sind. Die Mobilität der Bewohner ist gering, so daß sie über ihre Dörfer und Distrikte kaum hinauskommen. Ich hatte allerdings nicht den Eindruck, daß man dies als allzu negativ betrachtete, denn diese Situation herrschte dort immer schon vor, obgleich Indonesien sich bemüht hat, die vorhandenen Straßen durchgängig befahrbar zu machen.

Ein großes Problem stellt noch die Versorgung der Waisenhäuser dar, die zum größten Teil in der Hand der lokalen katholischen Gemeinden liegen. Man tut sein Bestes, die Kinder nicht nur zu versorgen, sondern sie auch auszubilden, aber die Mittel reichen einfach nicht aus.

Die katholische Kirche Indonesiens hat hier viel geholfen, auch der Provinzgouverneur, wie mir Pfarrer Locateli versicherte, hat ein offenes Ohr für diese Sorgen. Hier wird jedoch dringend das Engagement des Auslandes notwendig sein, um diese Kriegswunden zu schließen. Dies gilt insbesondere für das Waisenhaus in Venilale. Pfarrer Locateli benötigt dringend Geldmittel, um das Haus mit sechzig Kindern am Leben zu erhalten. Im Augenblick sprang finanziell der Gouverneur ein, nachdem die katholische Kirche es bislang hat tun können.

Der katholischen Kirche in Ost-Timor kommt eine Schlüsselstellung bei der Entwicklung dieses Inselteils zu. Der apostolische Administrator von Dili, der direkt dem päpstlichen Staatssekretär unterstellt ist, macht einen engagierten Eindruck, ganz besonders dann, wenn es darum geht, einen Weg in die Zukunft für seine Christen zu finden.

Die Kirche hat in der ersten Linie Seelsorge zu betreiben, das heißt sie muß ihre Gläubigen an der Problematik empfangen, in der sie stehen. Die meisten Familien haben den Bürgerkrieg noch nicht vergessen, denn sie haben Opfer zu beklagen. Das hindert sie vielfach daran, offen auf die neuen Behörden zuzugehen, insbesondere das Militär. So kommt es dem Priester vor allem zu, Versöhnung zu schaffen, den Ausgleich zu suchen, um eine friedvolle Entwicklung des Landes zu ermöglichen, das den Bürgern ein normales Leben ermöglicht.

Ich glaube, daß die Praxis einer solchen Zusammenarbeit der beste Brückenschlag zum Wohle des timoresischen Volkes ist. Das Bistum verfügt lediglich über 35 Priester, die jedoch für die Versorgung der Menschen nicht ausreichen. Im Gegensatz zu Europa liegt das Problem jedoch nicht im mangelnden Nachwuchs, sondern an der Finanzierung des Priesternachwuchses.

In der portugiesischen Zeit mußten sie alle in Portugal ausgebildet werden, was für die Finanzkraft des Bistums zu schwierig gewesen war, es sei denn, man bekam ausländische Missionare. Heute hat man in Dili ein vorbereitendes Seminar, und im Anschluß schickt man sie zur direkten Priesterausbildung in ein zentraljavanisches Priesterseminar.

Ich kann nur empfehlen, hier finanziell zu helfen, denn das wäre eine lohnende Investition für den Aufbau der Insel und ihrer Bewohner. Theologisch ist die timoresische Kirche sicherlich nicht zu vergleichen in der Ausbildung mit der europäischen, aber von ihrer Aktivität aus gelebtem Glauben heraus ist sie überzeugend, und sie hat mich tief beeindruckt, auch die einfache Gläubigkeit der Menschen, die aus ihrem Glauben heraus ihre Welt erschließt, keineswegs aber passiv der Zukunft gegenübersteht.

Bei einem Gottesdienst in der Motael Kirche in Dili, wie bei einem Weihnachtsempfang in Dili habe ich die Zuversicht gespürt, daß man eine Zukunft glaubt. Besonders beeindruckend waren für mich die Entwicklungsprojekte der Kirche in Fatumaka, einem Ausbildungszentrum für Jugendliche, das auch vom Provinzgouverneur finanziell unterstützt wird, wie auch die neue Dorfgemeinschaftsansiedlung von Cairui im Manatuto-Distrikt.

Man hat Freiwillige aus den umliegenden Dörfern in einer Kooperation angesiedelt, um mit ihnen zusammen das Land zu bearbeiten, die Produktion zu erhöhen, so daß sie zu Selbstversorgern werden können.

Bischof Belo, wie auch Pfarrer Locateli habe ich versprochen, mich bei den kirchlichen Organisationen Deutschlands dafür einzusetzen, daß man ihnen finanziell bei der Bewältigung ihrer Arbeit hilft. Gleiches gilt auch für eine mögliche Hilfe der Bundesregierung für diese Region.

Das Schulwesen zur Zeit der portugiesischen Verwaltung war absolut unterentwickelt, und die Analphabetenrate der Bevölkerung eine der höchsten der Welt. Die Republik Indonesien hat in der Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche hier angefangen, diesem Mißstand ein Ende zu bereiten. Mit großen Aufwand versucht man, selbst Zwergschulen in abgelegenen Dörfern zu errichten, denn nur mit einer qualifizierten Ausbildung der jungen Bevölkerung wird es möglich sein, die Lebensbedingungen der Menschen in Ost-Timor grundlegend zu verändern.

Mit Nachdruck fördert man die Lehrerausbildung, insbesondere unter den Einheimischen, so daß sie einmal in die Lage versetzt sein sollen, eigenständig die Erziehung ihrer Kinder zu übernehmen. Ich habe mehrere Junior High-Schools besucht, sowohl solche in kirchlicher Trägerschaft als auch solche in staatlicher Trägerschaft.

Ich war vom Stand der Ausbildung überrascht. Beeindruckend war für mich der Eifer der Schüler und die Einsatzfreudigkeit der jungen Lehrer, die mit wenigen Mitteln auskommen müssen. Es war eine gute Stimmung in den Klassen.

Aber auch in den Schulen wird dringend Hilfe von außen erwartet, um den Stand nicht nur zu halten, sondern noch weiter zu verbessern. Es muß das Ziel der Regierung und der Kirche sein, das Analphabetentum rasch zu beseitigen. Besonders beeindruckend war für mich der Besuch in der Catholic Junior High-School „St. Paulus" in Dili.

Hier möchte ich noch ein Erlebnis berichten, das kennzeichnend für den Wandel in der Einstellung der Armee ist. Im Baucau Distrikt haben wir überraschend eine Grundschule besucht, eine Zwergschule, die noch keine Lehrer hat, und ich fand zwei Offiziere der indonesischen Armee vor, die den Unterricht abhielten.

Der Besuch war absolut unvorbereitet, denn wir änderten das Programm ad hoc, so daß keineswegs die Zeit geblieben wäre, einen solchen Besuch vorzubereiten, zumal es kein Telefon gibt. Außerdem waren die beiden jungen Offiziere nicht nur verblüfft, einen Europäer bei ihrem Unterricht zu sehen, sondern sogar ein wenig scheu, da ihnen dieses Metier doch ein wenig fremd war.

Die Armee hat gelernt, daß man nicht nur Sicherheit produzieren kann, sondern daß ein Volk nur zu gewinnen ist, wenn man ihm hilft, sich selbst zu helfen, und da ist die Schule eine Schlüsselposition. Ich kann die lokale Armeeführung nur dazu ermutigen, in dieser Weise auf Ost-Timor weiterzuarbeiten.

Auch hat man bei dem letzten Angriff der „Fretelin", bei dem Soldaten umkamen, nicht mit Gewalt geantwortet, so daß vielleicht auf diesem Wege Haß und Auseinandersetzungen abgebaut werden können. In Ost-Timor hat man dies ausgezeichnet verstanden.

Eine der hauptsächlichen Sorgen der Timoresen, auch innerhalb der Kirche, war die, daß die indonesische Armee doch mehr Vertrauen in die Fähigkeiten der zivilen Verwaltung legen sollte, um die Übermächtigkeit der Armeepräsenz abzubauen. Sicherlich wäre das ein geeigneter Weg für die Zukunft der Insel.

Wenn dann die Einreisemöglichkeiten erweitert und erleichtert werden könnten, so wäre das für die Bevölkerung auch ein Zeichen für die Bereitschaft Indonesiens, Ost-Timor an die Entwicklung des Gesamtlandes voll anzuschließen. Niemand der Verantwortlichen übersieht dabei die großen finanziellen Anstrengungen Indonesiens, Ost-Timor zu entwikkeln.

Diese Anstrengungen überschreiten weit das Maß, das anderen Provinzen zukommt. Ich glaube, das ist auch bezeichnend für den guten Willen des Landes, in Ost-Timor die Zeichen wirklich auf eine lebensfähige Zukunft zu stellen. Ganz sicher wird es auch in absehbarer Zukunft noch Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit geben, denn Armee- und Zivilverwaltung sind nicht nur in Indonesien verschiedenartig geprägt, aber es ist kein Problem, das nicht zu bewältigen wäre.

ENERGIEWIRTSCHAFT / Steigende Exporterlöse

Öl und Gas sind die Stützen des Haushalts

Indonesiens Entwicklung hängt entscheidend vom Energiesektor ab. Mit nachgewiesenen Ölreserven von über 1,3 Milliarden Tonnen ist die Inselrepublik der neuntgrößte Ölproduzent der Welt. Beim Flüssiggas ist Indonesien der Welt größter Exporteur. Die Energiewirtschaft, die zu 25 Prozent die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung bestreitet, ist Hauptstütze des öffentlichen Haushaltes. Gut 70 Prozent aller Export-Verkaufserlöse stammen aus Öl und Gas.

Jährlich fördert Indonesien rund 490,3 Millionen Barrel Öl, das entspricht einer Tagesförderung von rund 1,4 Millionen Tonnen. Im Rahmen der Planungen soll die Förderung in den nächsten vier Jahren auf 1,7 Millionen Barrel pro Tag steigen oder 630 Millionen Barrel pro Jahr. Gleichzeitig soll die Raffineriekapazität von 610 000 b/d auf 717 800 d/b ausgeweitet werden.

Auch im Ölland Indonesien gilt die Politik, den Einsatz von Öl als Primärenergie-Träger zu verringern. So geht die Regierung in ihren Bedarfsprognosen bis 1990 davon aus, daß der Energiebedarf zwar um 40 Prozent wachsen wird, der Einsatz von Öl aber als Energieträger von 78 Prozent im laufenden Jahr auf 62 Prozent gesenkt werden kann. Der Anteil von Gas und Wasserkraft soll verstärkt werden.

Besonderes Gewicht erhält die Kohle als Energieträger. Ihr Anteil liegt gegenwärtig bei nur 0,5 Prozent am Energieverbrauch, dieser Anteil soll auf zehn Prozent in den nächsten fünf Jahren gesteigert werden.

Die großen Reserven liegen in Sumatra. Insgesamt werden die abbaufähigen Lagerstätten auf allen Inseln auf rund fünf Milliarden Tonnen veranschlagt. Einige bedeutende Lagerstätten befinden sich noch in Kalimantan und Irian Jaya.

Die größten Leistungen mit insgesamt 75 000 Jahrestonnen stammen aus dem Kohlerevier von Bukit Assam. Der Anteil dieser Region an der Gesamt-Förderleistung liegt bei 40 Prozent. Im Tagebau wird überwiegend Hartbraunkohle gewonnen.

Ende nächsten Jahres wird der dritte Kernreaktor der Inselrepublik in Betrieb genommen. Bisher verfügt Indonesien über einen Atomreaktor mit einer Leistung von 1 MW in Bandung sowie über einen Meiler mit 0,25 MW in Yogjakarta. Von dem dritten Reaktor mit einer Leistung von 30 MW erwartet die Regierung die Grundlagen zur Entwicklung einer nuklearen Industrie. Grundsätzlich gilt: kleine, aber wirkungsvolle Reaktoren statt großer Anlagen.

Besonderes Gewicht wird ohnehin im Energiesektor der Forschung beigemessen. So wurde bereits 1965 Lemigas, das staatliche Erdöl- und Erdgas-Technologie-Entwicklungszentrum, gegründet. Die Lemigas-Forschungsprogramme werden in der Zentrale in Jakarta ausgeführt. Die Forschung soll der Regierung Daten als Entscheidungsgrundlagen für die Energiepolitik liefern. Ebenfalls untersucht werden der Inlands-Energiebedarf, mögliche Energieeinsparungen und die Erschließung alternativer Energiequellen.

Ein uralter Ölbohrturm in der winzigen Siedlung Talang Akar etwa 160 Kilometer landeinwärts von Palembang im südlichen Sumatra ist von Zeit zu Zeit eine Attraktion für Ölfachleute und verirrte Touristen. Hier begann vor knapp 65 Jahren das Ölzeitalter Indonesiens.

Die „Standard Oil" (heute: Exxon) pumpte damals das erste Öl hoch. Aber erst 1922 wurde ein größeres Ölvorkommen entdeckt, dessen Ausbeutung sich lohnen sollte. Heute ist Talang Akar wieder ein kleiner Ort, in dem außer dem Bohrturm nicht viel zu sehen ist.

Dafür stehen überall im Land neue Türme. Indonesien besitzt mit 1,3 Milliarden Tonnen Erdöl rund die Hälfte der gesamten bekannten Ölreserven der Region Süd- und Ostasien, Australien und Ozeanien. Das sind rund 1,4 Prozent der weltweiten Ölreserven. Aus dem Öl stammen rund 70 Prozent des Staatseinkommens und rund drei Viertel der Exporteinkünfte. Größter Abnehmer ist Japan.

Die staatliche Ölgesellschaft Pertamina (Perusahaan Pertambangan Minyak dan'Gas Bumi Negara) hat die Ölverarbeitung in alleiniger Hand. Sie wurde 1968 gegründet, um die natürlichen Vorräte an Gas und Öl zu erkunden und den „größten Nutzen für Volk und Staat" daraus zu ziehen. Seit Mitte der sechziger Jahre ist eine Ausbeutung der reichen Lagerstätten nur noch über „Production-Sharing"-Verträge ausländischer Gesellschaften mit der Staatsgesellschaft Pertamina möglich.

Dabei fahren die Konzerne nicht schlecht. Zur Zeit gibt es rund 80 solcher Kontrakte, die Pertamina mit 38 Gesellschaften geschlossen hat.

Die größten Anreize bieten die von Indonesien gewährten Vertragsbedingungen. Bei den über 30 Jahre laufenden Verträgen trägt zwar der ausländische Partner das finanzielle Risiko der Exploration. Wird er aber fündig, fließen die eingesetzten Mittel für Aufschluß und Gewinnung über Beteiligungen an der Fördermenge rasch zurück.

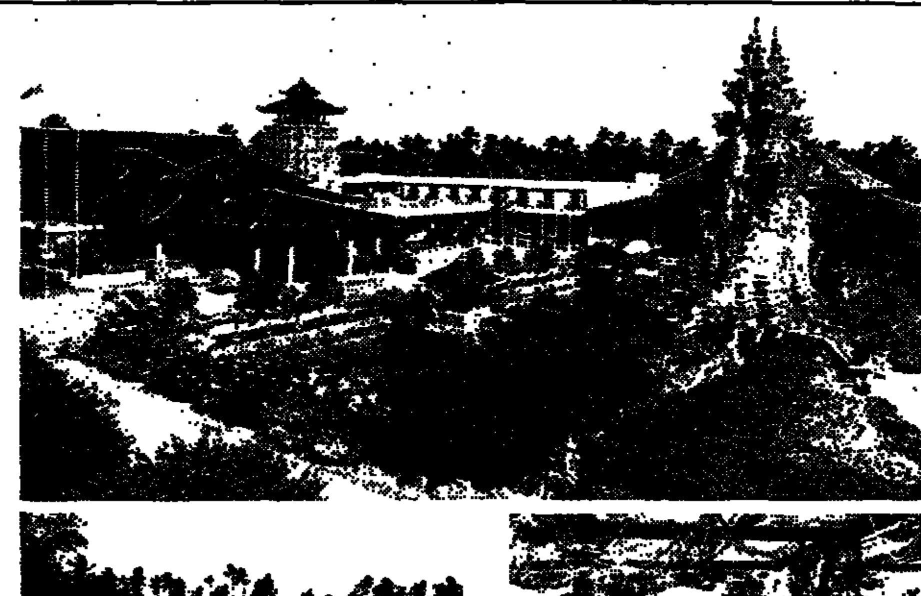
Pertamina verarbeitet das Rohöl in neun Raffinerien auf Sumatra, Java, Balikpapan und Kalimantan. Die Raffinerie-Kapazität liegt bei täglich 800 000 Barrel Rohöl.

Ebenso bedeutsam wie Öl ist Erdgas. Die Inselrepublik ist der größte Lieferant von verflüssigtem Erdgas in der Welt. 85 Prozent der Gasexporte von rund 16 Milliarden Kubikmetern gehen per Schiff nach Japan.

Hauptquelle für das Indonesien-Gas ist das Arun Feld an der Nordspitze Sumatras. 26 Fördersonden holen es aus 3000 Metern hoch. In vier Kältestraßen wird es auf 162 Grad minus abgekühlt und dann in Tanker verladen, die zwischen Indonesien und Japan pendeln. Jedes der zur Zeit 11 Schiffe kann 120 000 cbm fassen.

Erdgas wurde bei der Ölsuche gefunden. Reserven gibt es reichlich, Abnehmer dazu. Nach vorsichtigen Schätzungen wird sich der Bedarf an verflüssigtem Erdgas von jetzt rund 18 Millionen Tonnen bis 1990 auf 36 Millionen Tonnen verdoppeln; je nach Ölpreis. M.M.









TOURISMUS / Das Riesenreich verfügt auf nahezu jeder seiner zahlreichen Inseln über größere Reservate für Pflanzen und Tiere

Balis Hotels sind nicht höher als die Kokospalmen

Die Insel Bali war schon in der Vergangenheit der Joker im Blatt der indonesischen Regierung *für das Spiel* um Touristen, das mit den Nachbarländern der Region ausgetragen wird. Jetzt erwartet man von Präsident Reagans Besuch im Inselparadies und der Tatsache, daß 500 Journalisten ihn begleiten werden, einen zusätzlichen Schub.

Pünktlich zum Besuch des hohen Gastes wird in Bali auch ein Asean-Tourist-Information-Center eröffnet. Im Bali-Sol-Hotel, wo all die Journalisten *untergebracht werden, will man* nicht nur Indonesien, sondern auch Urlaubszentren in den übrigen fünf *Asean-Ländern* vorstellen. *Ein* Programm balinesischer Kunst, das einen Monat dauert und am 14. Juni *eröffnet wird, soll einen weiteren* Anreiz für die Touristen bieten, die man sich nach Beendigung des Staatsbe*suches erhofft.*

Aber trotz der herausragenden Bedeutung der Insel für den Tourismus und der Tatsache, *daß dieser* Wirtschaftszweig an fünfter Stelle steht, was die Einnahme ausländischer De*visen angeht, will man Bali nicht dem* Massentourismus opfern. Tourismusdirektor Theo Polii in Frankfurt erklärte *hierzu gegenüber der WELT*: „Wir werden die Einwohner der Insel gegen einen zu starken Ansturm von *Ausländern schützen. Wir haben* auch verfügt, daß keine weiteren Hotels dort gebaut werden dürfen und *die Hotels, für die schon eine Baugenehmigung* vorliegt, dürfen nicht höher sein als die Kokospalme."

Eine Insel, die auch zunehmend ausländische Besucher anzieht, ist das an Papua-Neuguinea grenzende *Irian Jaya. Über 3000 Ausländer* haben die Insel, die zur Hälfte zu Indonesien gehört, im vergangenen Jahr besucht, *neben knapp 40 000 Indonesiern.* Die Verantwortlichen für Tourismus auf der Insel räumen aller*dings ein, daß noch erhebliche* Anstrengungen nötig sind, um die Anlagen auf ein Niveau zu heben, das in*ternationalen Ansprüchen genügt.* Auf einem Tourismusseminar, das am 24. Mai zuende ging, sagte A. *Kambuaya vor etwa 100 Zuhörern,* daß man über genügend Attraktionen für Ausländer verfüge. Es reizen *nicht nur Landstriche, die unberührt* aus der Steinzeit in die Moderne gelangt sind. Es gibt auch Stellen, die *im Zweiten Weltkrieg zu Berühmtheit gelangten, so das McArthur-Monument* – das Denkmal über die Landung der Alliierten in Jaya Pura als auch die Höhle der Japaner in Biak Nomfor und andere.

Große Zuwachsraten verzeichnet auch der Tourismus nach Nordsumatra, das immerhin das Ziel Nummer drei nach Bali und Zentraljava im Tourismus ist.

Liegt der Reiz Balis nach Meinung von Direktor Polii vor allem in den Traditionen der Balinesen – „schöne Strände gibt es auch, ohne daß man *von Europa aus so weit fliegen muß*" – sind es die Baudenkmäler, die in Zentraljava die Besucher *faszinieren.* Borobodur etwa das buddhistische Klo*ster aus dem 9. Jahr*hundert, das 42 Kilometer westlich *von Yogjakarta liegt* und mit Hilfe der Unesco dem tropischen *Regenwald* entrissen werden konnte, zählt zu recht zu den berühmtesten Tempelanlagen der ganzen Welt.

Nur drei Kilometer entfernt liegt der *Mendut-Tempel.* Sein drei Meter hoher Buddha und die *beiden Bodhisattva*-Figuren von Lokes Vara und *Vajrapani zählen zu* den wichtigsten Darstellungen *buddhistischen Denkens und* buddhistischer Kunst. Man hat den Eindruck in Mendut, und vieles *spricht dafür, daß er nicht verkehrt* ist, daß der Regenwald noch große Teile des Borobodur-Komplexes verborgen hält. 17 Kilometer von Jogjakarta hat sich eine andere Religion, der Hinduismus, mit dem Pramba*nan-Tempel, einen Ort religiöser* Besinnung für Gläubige und Besucher gesetzt. Der shivaistische Tempel, der *„schlanken Jungfrau"* gilt als der größte und schönste seiner Art in Indonesien. Auch er stammt aus dem 9. Jahrhundert, ein *Zeichen* für die Toleranz zwischen den Glaubensgemeinschaften in Java. Seine Brüstun*gen sind mit* Reliefs verziert, die die Geschichte von Ramayana schildern. Galt die Hauptstadt Jakarta viele Jahre lang nur als Umsteigeplatz für Reisende aus dem Ausland, *ist es heute* selbst zu einem Reiseziel der Touristen geworden. Im holländischen Batavia, Hauptstadt der niederländischen Kolonie, sind es nicht nur das alte Rathaus, das heute ein Museum ist und der Hafen Sunda Kelapa, die einen Besuch lohnen. Die gesamte Architektur dieses alten Stadtteils Jakartas atmet niederländisch. Vielleicht auch deswegen lassen die Indonesier vieles davon verfallen.

Eine Reihe von guten und gutge*führten Hotels der Hauptstadt haben* auch dazu geführt, daß man sich ernsthaft damit befaßt, sich am wach*senden Kongreßgeschäft beteiligen* zu können. Schon mehr als zehn professionelle Ausstellungs- und Kongreßorganisatoren bieten ihre Dienste an. Die Jakarta Convention Hall bietet Platz für 4000 Kongreßteil*nehmer in der Mainarena und verfügt* über alle modernen Ausrüstungen inklusive Dolmetscheranlage. Die *Jakarta-Messe hat drei Hallen und eine* offene Überdachung mit insgesamt etwa 12 000 Quadratmetern. Die *Gesamtfläche der Messe addiert sich* auf 17 000. Ergänzt wird das Angebot im Convention-Bereich durch 12 Hotels der *gehobenen* Klasse. Auch Bali bietet Raum für Seminare und Kongresse in sieben Hotelanlagen.

Schon heute gilt dies für Abenteuerreisen, *nachdem der Kampf um die* Camel-Trophy in East Kalimantan für Furore sorgte. Nicht ganz so rauh geht es etwa auf den Touren der P.T. Tomaco zu (Head Office Jakarta, Centre Bldg. II M.H. Thamrin 9, Jakarta, Tel. 347453, 354551, 320087, Telex 45238 toma ia). Wem es im Schiff zu langsam geht, dem bietet Tomaco auch Touren per Helikopter. Schon heftiger geht es auf dem Feuerdrachenfluß in Sumatra zu. Hier muß man das Ruder im Schlauchboot *selbst in die Hand nehmen,* wenn man den Alas, so heißt der Fluß auf indonesisch, bezwingen will. Von Su*matras zweithöchstem Berg, immerhin* 3500 Meter hoch, fließt er 300 Kilometer bis in den indischen Ozean und gilt als einer der wildesten aber auch schönsten in Südostasien.

Für zivilisationsmüde Leute aus *dem Westen – so weiß Polii – bietet* sein Land noch unbegrenzte Möglichkeiten, sich mit der ungezügelten *Natur auseinanderzusetzen oder mit* einer Bevölkerung wie in Irian Jaya, die noch in der Zeit vor der Erfindung *des Flugs lebt. Wobei indes die indo*nesische Tourismusbehörde ihr Blatt auf keinen Fall überreizen will, denn *der Schutz der Einwohner und der* Natur hat – so jedenfalls sagt man – Vorrang vor dem Gewinn ausländischer Devisen. Etwas, was den meisten Touristen völlig fremd ist und ihm nur zufällig in Indonesien begegnet, sind die Naturschutzgebiete.

Das Riesenreich verfügt auf nahezu jeder seiner Inseln, mit Ausnahme von Java über größere Reservate für Pflanze und Tier. Um sie zu betreten, bedarf es jedoch einer besonderen Erlaubnis. Sie wird erteilt von dem Directorate of Natural Conservation and Wild Life Management (auf Indonesisch: Direktorat Perlindungan dan Pengawetan Alam oder kurz PPA).

Das Head Office von PPA liegt in Bogor in Westjava, 60 Kilometer südlich von Jakarta, Jalanjuanda 9, und das Gebäude liegt direkt am Haupteingang der Bogor Botanic Gardens. Ist kein PPA-Beamter in der Nähe, kann man sich an die lokale Waldbehörde wenden.

In Kalimantan und Erean Jaya benötigt *man dazu ein* Travel Letter genannt Surat Jalan, der nähere Informationen über den Reisezweck ent*halten soll. Ein Empfehlungsschreiben* des Provinzgouverneurs ist ebenfalls zu empfehlen. Schließlich sollte man bei der Ankunft *sofort* Kontakt zum Dorfoberhaupt, dem Kepala Kampong aufnehmen.

EDWIN SIEWERT



Das Land ist voll von Attraktionen für Touristen aus allen Teilen der Welt FOTOS: DIE WELT

GESCHICHTE

Der lange Weg zur gelenkten Demokratie

Das heutige Staatsgebiet der Republik Indonesien zählt zu den Plätzen auf dieser Welt, die wahrscheinlich zuerst von Menschen besiedelt wurden. Vor fünf Jahren wurden auf der Insel Java die Überreste von Vorzeitmenschen entdeckt, die mit den Neandertalern verwandt waren und inzwischen längst ausgestorben *sind. Fest jedenfalls steht:* Schon 10 000 Jahre vor der Zeitrechnung waren die Inseln Java, Celebes, Sumatra und Borneo, das Kerngebiet des Landes, von Menschen bewohnt.

Vor allem das nahe Indien, mit dem einst die Inseln durch eine Landbrücke verbunden waren, hat die ersten Ortschaften und Städte in Indonesien kulturell stark beeinflußt. Hinduismus und Buddhismus wurden die Hauptreligionen auf dem indonesischen Archipel.

Die Geschichte des Landes in den ersten nachchristlichen Jahrhunderten ist nur bruchstückhaft überliefert. Historisch gesichert ist, daß es um 600 auf Sumatra das mächtige Fürstentum Malayu gab, von dem die Malaien ihren Namen herleiten. Zu dieser Zeit trugen die regierenden Fürsten indische Namen, wurden in zahlreichen Tempeln die Götter Wishnu und Shiva verehrt.

Die erste Zäsur kam im frühen Mittelalter. Der Islam trat seinen Sieges*zug* über die Inseln an und *drängte* den Buddhismus in die Randregionen ab. Von den großen Inseln hielt *nur Bali an der alten Religion fest.*

Aufstände wurden blutig niedergeschlagen

Als gegen Ende des 15. Jahrhunderts der Portugiese Vasco da Gama den Seeweg nach Indien entdeckte, sollte dies weitreichende Folgen für Indonesien haben, zu dessen Territorium die sagenhaften Gewürzinseln gehörten. Die Portugiesen konnten sich nur wenige Jahrzehnte halten, dann setzte sich die niederländische Ostindische Kompanie auf Java fest.

1814 setzten die Holländer einen Generalgouverneur *ein, der die Kolo*nie von Batavia aus, dem heutigen Jakarta, regierte. Es kam in der Folge *zu mehreren Aufständen, die von der* Kompanie blutig unterdrückt wurden.

Es gelang den Indonesiern schließlich mit der Hilfe von anderen Eroberern, sich zu befreien. 1942 besetzten die Japaner das Land und internierten die Truppen der Kolonialherren. Nach der Niederlage des japanischen Kaiserreichs proklamierte Achmed Sukarno, *einer der* führenden Freiheitskämpfer, die Unabhängigkeit der Republik Indonesien.

Achmed Sukarno war der Mann der ersten Stunde

Die Holländer vermochten sich zunächst nicht damit abzufinden und versuchten gewaltsam, das Rad der Geschichte *zurückzudrehen.* Fallschirmjäger der ehemaligen Kolonialmacht waren in Jakarta gelandet und hatten die *Regierung,* darunter auch Sukarno, verhaftet. Den Haag mußte aber internationalen Druck nachgeben und *erkannte* die neue Republik schließlich an.

Achmed Sukarno war der Mann der *ersten Stunde und versuchte,* die vielen unterschiedlichen Regionen und ethnischen Minderheiten zu einem Staat zusammenzufassen. Er regierte mit harter Hand fast wie ein Diktator und installierte in seinem Land das System der Gelenkten Demokratie. Im Mai 1967 wurde Sukarno zum Rücktritt gezwungen und verbrachte danach die *letzten Jahre* bis zu seinem Tod (1970) unter Hausarrest.

Zwei große Erfolge konnten die Indonesier in den letzten beiden Jahrzehnten noch verbuchen. 1962 zwangen sie die Holländer zum Rückzug aus dem Westen der Insel Neuguinea, die seitdem als West Irian zum indonesischen Staatsverband gehört. Wenig später besetzte Indonesien den Ostteil der Insel Timor und vertrieb die Portugiesen, die über dieses Gebiet seit dem 15. Jahrhundert geherrscht hatten.

KLAUS BODEN

INDONESIEN
Redaktion: H.-H. Holzamer und Klaus Boden, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg